

# GEGENSTANDPUNKT 1-22

<b>Editorial</b> .....	5
<b>Russland ringt um seine Behauptung als strategische Macht –</b>	
<b>Amerika um deren Erledigung</b> .....	7
I. Russland vollzieht eine Wende .....	9
1. Der Kreml zieht Bilanz .....	9
2. Russland zieht dem Westen eine rote Linie: Keine Aufnahme der Ukraine in die NATO .....	18
3. Russland stellt dem Westen ein Ultimatum .....	18
4. Das diplomatische Ultimatum wird mit einer Kriegsdrohung unterstrichen .....	21
II. Die Antwort der USA .....	23
1. Der Antrag auf Anerkennung russischer Sicherheitsinteressen: abgelehnt! .....	23
2. Amerika übernimmt die Definitionshoheit über die Lage .....	24
3. Die Wiederbelebung der NATO als verlängerter Arm der amerikanischen Weltmacht .....	26
a) Die militärischen Beiträge .....	27
Mit noch viel mehr Geld und Rüstung die Ukraine für Russland „unverdaulich“ machen .....	27
NATO-Verbündete sowie ‚neutrale‘ Staaten rund um Russland verstärken die Bedrohungskulisse .....	29
Aufmarsch des US-Militärs selbst .....	31
b) Die Sanktionen .....	33
4. Mit Russland „im Gespräch bleiben“: aber immer! .....	36
III. Der Machtkampf eskaliert .....	37
<b>Eine Zeitenwende</b> .....	41
<b>Merkels Land im Härtetest</b>	
<b>16 Jahre Merkel: Eine alternative Bilanz</b> .....	45
Warum verdient wer wie viel? .....	47
„Möglichst viele Menschen mitnehmen“ Klimakrisenbewältigung – die neue soziale Frage .....	49
Und die Antwort des deutschen Proletariats? – Bettelei um Berücksichtigung! .....	50
Noch ein Erfolg der Krisenmanagerin: Flüchtlingskrise – „geschafft!“ .....	53
Die nationale Protestkultur .....	54

,Querdenker‘ - ‚Demokratischer Widerstand‘ – ‚Freie Sachsen‘ Rebellion aus lauter Identität mit den kapitalistischen Lebensverhältnissen .....	57
Verbote können kein Schutz sein! .....	58
Die Querdenker und ihre Freunde machen die Bürgerfreiheit gegen ihren staatlichen Garanten geltend .....	59
Normalbürger radikalisiert sich und entdeckt bei ihrem Staat totalitäre Herrschaft .....	60
Politische Antworten auf die Frage: Woher dieser Abgrund an Freiheitsverrat? .....	62
Merkels Land in einer Welt feindlicher Großmächte: Ganz gut drauf! .....	63
Und jetzt? .....	67
<b>Die fast vergessene „Migrationskrise“ in Osteuropa .....</b>	<b>69</b>
Wie Weißrussland zum neuen Hotspot der Migration geworden ist .....	69
„Toughest sanctions yet“: Die Notlage, die der Diktator loswerden will .....	70
... und die neue Notlage, in die er gerät:	
Wie Polen mit unfreiwilligen Statisten eine Großkrise produziert .....	72
Höhere imperialistische Mächte schalten sich ein .....	76
Die USA verkünden die gültige Sicht der Dinge .....	79
<b>Koblenzer Prozess gegen einen Assad-Offizier</b>	
Hoffnung für die Völker: Deutschland setzt sich als Vorsitzender Richter übers weltweite Böse in Szene .....	81
<b>Lieferengpässe durch Pandemie und andere Havarien</b>	
<b>Die globale Marktwirtschaft beweist ihre Vernunft .....</b>	<b>84</b>
I. Die ökonomische Natur der globalen Lieferketten und ihrer derzeitigen Belastung .....	84
1. Vom entscheidenden Kriterium und herrschenden Zweck der gestressten internationalen Arbeitsteilung .....	85
2. Relevante und nicht so relevante Betroffenheiten .....	86
3. Die Rolle der Preise bei der kapitalistischen Kooperation und ihren Störungen .....	89
4. Die modernen Formen der Lagerhaltung und ihr Beitrag zu Art und Umfang der derzeitigen Klemmen .....	92
5. Systemgemäßer Umgang mit Engpässen und seine zwiespältigen Wirkungen .....	94
6. Systemgemäße Schlussfolgerungen aus den aktuellen Schwierigkeiten .....	95
II. Die Rolle des marktwirtschaftlichen Transportwesens für die Globalisierung und die aktuellen Stockungen .....	97
1. Auch in der Transportbranche: Vom multiplen Nutzen der freien Verfügung über die (manchmal auch nicht) bezahlte Arbeitskraft in ordentlichen und außerordentlichen Zeiten .....	98
2. Alte und neue Techniken des Transportgewerbes für die Sicherung seines Wachstums unter allen Umständen .....	99

<b>Die Einführung des Bitcoins in El Salvador</b>	
<b>Klarstellungen zu dem gewagten Geld-Projekt des internetaffinen</b>	
<b>Präsidenten eines Landes ohne eigenes Geld</b> .....	103
1. Die Dollarisierung El Salvadors .....	104
Der Ersatz des Colón durch den Dollar .....	104
Die dollarisierte Ökonomie unter US-Aufsicht .....	106
2. Das neue nationale Zahlungsmittel Bitcoin	
und wie es herrschaftsfrei funktioniert .....	107
3. Die landesspezifischen Versprechungen im Hinblick	
auf die Kryptowährung .....	111
4. Der Aufstand eines kaputten Landes gegen die US-Herrschaft .....	115
<b>Korrespondenz</b>	
Leserbrief zu „Deutschlands Energieimperialismus wird klimaneutral“	
Zum strittigen Zusammenhang von Klima- und Energiepolitik .....	118

# **GEGENSTANDPUNKT 2-22**

**erscheint am  
17. Juni 2022**

## Editorial

Die Welt erlebt Krieg in der Ukraine. Sie erlebt, wie Staaten für ihre Selbsterhaltung – wer dieses „Selbst“ ist und was dazu gehört, definieren sie selbst – in großem Stil über Leichen gehen. Und die Menschen, welt- und vor allem europaweit, reagieren: mit bedingungsloser Selbstverpflichtung zu moralischer Parteinahme.

Geht's noch?

Die Sache wird nicht besser, wenn die nachdenkliche Privatperson zu dem weisen Schluss kommt, dass irgendwie keine der Mächte, die als Kriegsparteien gegeneinander über Leichen gehen, ihre kostbare uneingeschränkte Parteinahme verdient. Man erlebt, wie Staaten über Menschenleben verfügen, wenn es für sie ernst wird in ihrem Gegeneinander; man erlebt – auch wenn man das Glück hat, nicht vor Ort zu sein – die totale eigene Ohnmacht gegenüber den brutalen staatlichen Verfügungen. Und dann imaginiert man sich als Richter, der über Recht und Unrecht staatlicher Machtentfaltung befindet; schaut von oben herab auf Leichen und Verwüstungen und fühlt sich allen Ernstes zur Antwort auf die Frage berufen: *Dürfen die das?*

Klar, die Frage stellt sich, hierzulande wenigstens, so gut wie kein Zeitgenosse; weil schon die Feststellung, dass hier Staaten als Kriegsparteien über Leichen gehen – also zeigen, was in ihnen als souveränen Mächten steckt –, längst zurückgewiesen ist: Hier hat doch eine Seite angegriffen, die andere sich nur verteidigt, ist folglich die gute und verdient fraglos Parteinahme. Deswegen noch mal: In der Ukraine wird verwüstet, wird getötet und gestorben, weil Staaten mit dem Einsatz, also der zweckmäßigen Verschleuderung von Leben, des Überlebens ihrer und der Leute ihres Gegners, betätigen, was sie als ihr gutes Recht, als mit dem Feind unvereinbares „Selbst“ definieren. Und ausgerechnet deswegen, weil einen das nicht kaltlässt, wäre es unabweisbar, tief im Innern für die eine und gegen die andere Seite zu sein? Man erfährt, was die Privatperson im Krieg zählt, nämlich gar nichts, und wünscht dem Krieg den richtigen Ausgang? Ist man dann eigentlich noch ganz bei Trost?

In der Ukraine prallen die zwei militärischen Weltmächte aufeinander, die sich in überreichlichem Maß Gewaltmittel verschafft und deren Einsatz auch schon durchgeplant und vorbereitet haben, um auf einer finalen Stufe ihrer kriegerischen Kollision einen Großteil der Menschheit umzubringen und die Lebensbedingungen auf der Erde zu zerstören. Am „Fall“ Ukraine erleben wir einen ersten Schritt vom kriegerischen Erpressen zum kriegerischen Zerstören, wie er in der Kriegsdoktrin der beiden Weltmächte vorgezeichnet ist; den Einstieg in die Eskalation, von deren Endpunkt beide Seiten versichern, dass er nie stattfinden darf. Und mit dem sie gleichwohl so ernsthaft drohen, dass die dafür Zuständigen einander davor warnen, ernst zu machen – was die diplomatische Art ist, einander eben damit zu drohen.

Soll man als betroffene Privatperson da immer noch Partei ergreifen? Wo final unübersehbar deutlich wird, wie Staaten das Verhältnis zwischen sich, dem eigenen souverän definierten Existenzrecht, und dem Menschenmaterial sehen und handhaben, das sie nach Nationen sortieren? Oder soll man wieder in weiser Abwägung beider Seiten im Blick auf den letzten Übergang gleichermaßen Unrecht geben – zwei Mächten, die stolz darauf sind, *kein* Recht anzuerkennen als das, das sie sich selbst zuerkennen; als ‚God’s own Country‘ in der einen oder der anderen Version?

Es ist ganz einfach inadäquat, unhöflich gesprochen: extrem albern, mit dem privaten Moralismus des betroffenen Menschen auf die Brutalität des Rechts zu reagieren, mit dem Staaten, vom kleinsten bis zu den weltvernichtungsfähigen Großmächten, agieren.

Anders sieht es aus, wenn man nicht wirklich als humanitär herausgeforderte Privatperson, sondern als moralisch in Anspruch genommener Staatsbürger denkt und urteilt. Dann *ist* man Partei, noch bevor man Partei *nimmt*. Das ist der wirkliche Grund, weshalb eine aufgeweckte Bürgerschaft niemandem Unparteilichkeit durchgehen lässt. Wer die richtige Stellungnahme nicht abliefert, schließt sich aus der Partei aus, die die Nation *ergreift*, weil – und soweit – sie im aktuell stattfindenden, am Ende nolens volens auch im sachgerecht eskalierenden, final ausufernden Staaten-Gemetzel Partei *ist*. Diese Parteilichkeit wird mit Bildmaterial und Sprachregelungen versorgt, die wiederum den Menschen als empfindende Privatperson rühren – sollen – und doch zugleich regelmäßig etwas ganz anderes bewirken – und bewirken sollen: Im von Staats wegen angerichteten Leid und Elend nimmt das informierte Individuum nicht mehr seine Ohnmacht gegenüber den Staatsgewalten wahr, die ganze Völkerschaften für ihren Selbsterhaltungswillen funktionalisieren; es versteht sich als *Repräsentant* der Macht, die über es verfügt. Folglich werden dann auch nicht einfach Opfer bedauert und Täter verabscheut, sondern Waffen für Täter auf der politisch richtigen Seite gefordert und Freiwillige wie Dienstverpflichtete zu Kriegstaten ermutigt.

Zumindest diese geistigen Missgriffe: den humanitären wie den staatsbürgerlichen und deren gesinnungsmäßig so produktive Kombination, kann man sich sparen – auch wenn es einem weder den Krieg noch die Kriegsbegeisterung empörter Mitbürger erspart. Denn das geht ja immerhin: sich und allen, die bereit sind zuzuhören, den Krieg und seine Gründe, die allgemeinen eines jeden staatlichen Souveräns wie die besonderen weltkriegstauglichen von NATO und Russland, *erklären*. Hoffnung – ohnehin nichts als eine der Haupttugenden eines kriegsfesten Moralismus – kann man daraus zwar bestimmt nicht schöpfen. Aber wenigstens ist man dann nicht auch noch mit der eigenen Urteilskraft das Spielmaterial der großen bewaffneten Rechthaber.

Angebote stehen in dieser Zeitschrift.

# Russland ringt um seine Behauptung als strategische Macht – Amerika um deren Erledigung

Mitten in unserem schönen Europa mit seiner wunderbaren Friedensordnung auf einmal wieder Krieg? Wie konnte es bloß dazu kommen? Ja, wie nur? *Auf einmal*, mitten im schönsten Frieden, ist da jedenfalls nicht ein Krieg ausgebrochen. Er ist auch nicht *aus unerfindlichen Gründen* von irgendeinem durchgeknallten russischen Autokraten vom Zaun gebrochen worden. Auch in dem Fall gilt: Die Gründe für den Krieg werden im Frieden geschaffen. Von Staaten, die es in ihrem Verkehr untereinander wieder einmal so weit gebracht haben, dass sie meinen, sich wechselseitig eine vernichtende Niederlage beibringen zu müssen. Im vorliegenden Fall sind die Gründe lange herangereift. Und dass es nun in der Ukraine losgeht, ist auch kein Zufall.

Es ist mittlerweile fast schon ein Vierteljahrhundert her, dass ein weitblickender strategischer Denker und Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten seine Einschätzung abgegeben hat, dass sich das Schicksal Russlands, sein Status und seine Rolle in der Welt, an der Ukraine entscheidet:

*„Man kann gar nicht genug betonen, dass Russland ohne die Ukraine aufhört, ein Imperium zu sein, mit einer ihm untergeordneten und schließlich unterworfenen Ukraine aber automatisch ein Imperium wird.“* (Brzeziński, NZZ, 29.10.99)

Der amerikanische Strategie *weiß*, dass es für Russland von entscheidender strategischer Bedeutung ist, diesen großen Nachbarstaat politisch an seiner Seite zu behalten. Und selbstverständlich ist seine Einschätzung *nicht* so gemeint, dass hier vitale Interessen Russlands im Spiel sind, die im Umgang mit diesem Staat zu berücksichtigen sind. Genau umgekehrt ist es gemeint: Mit dem Zugriff auf die Ukraine kommt die amerikanische Weltmacht ihrem strategischen Ziel, den Rivalen Russland als militärische Größe irrelevant zu machen, einen entscheidenden Schritt näher.

Amerika und seine Verbündeten in der NATO und in der EU haben mit dieser Zielsetzung die aus dem Zerfall der Sowjetunion hervorgegangenen souveränen Staaten in der westlichen Nachbarschaft Russlands systematisch in eine von den NATO-Staaten beherrschte und politisch und ökonomisch an die EU assoziierte Zone verwandelt. Die Kennzeichnung als ‚Einflusssphäre‘ reicht dafür längst nicht hin, nachdem diese Staatenwelt fest in den westlichen Bündnissen verankert ist und – dasselbe anders gefasst – russischer Einfluss und russische Interessen ebenso grundsätzlich ausgeschlossen worden sind. Zu diesem Zweck hat man sich der ökonomischen Notlage der ehemaligen sowjetischen Bündnispartner bzw. Sowjetrepubliken bedient und ihnen die Perspektive eines Anschlusses an den potenten gemeinsamen Markt eröffnet. Dem freien Willen der Völker hat man die Entscheidung darüber auch nicht ganz überlassen. Die EU hat ihre Erweiterung gemeinsam mit den USA politisch flankiert und den dort freigesetzten Nationalismus, soweit er sich gegen die frühere Bündnisvormacht bzw.

den Gesamtstaat Sowjetunion richtete, mit allen Mitteln in Gestalt von unzähligen sogenannten NGOs und ‚Beratern‘ gefördert, um ihn als Staatsräson zu etablieren. Und dieser Zugriff ist Zug um Zug auch militärisch abgesichert, diese Staatenwelt weitestgehend in der NATO verstaubt und zum Standort von NATO-Kräften hergerichtet worden.

Und schon gleich nicht hat man im Fall der Ukraine lockergelassen. In einem ersten Anlauf wird 2004 vermittels einer ‚Farbrevolution‘ der ‚prowestliche‘ Juschtschenko an die Macht gebracht, und 2008 stellen die USA der Ukraine und Georgien den Eintritt in ihr Kriegsbündnis in Aussicht. Nach Juschtschenkos Ablösung durch Janukowitsch erfolgt der zweite Anlauf: 2014 wird letzterer, nachdem er das Assoziationsabkommen mit der EU abgelehnt hatte, durch einen mit amerikanischer Hilfe organisierten Aufstand auf dem Maidan gestürzt; das nationalistische russlandfeindliche Lager übernimmt die Macht und erklärt die Ukraine umgehend zum Schutzobjekt von EU und USA. Dass genau das der höhere Sinn und Zweck der EU-Osterweiterung war, hat die EU auch ausdrücklich zu Protokoll gegeben: Die geplante Assoziation der Ukraine mit der EU gehe Russland nichts an, hieß es damals, keineswegs werde man mit Russland darüber verhandeln.<sup>1)</sup>

Damit hatte Europa seine Methode der friedlichen Eroberung allerdings auch ausgeschöpft. Russland hat in dem Fall nicht mehr einfach unter Protest hingegenommen, dass seine strategischen und sonstigen Interessen übergangen werden. Es schaffte seinerseits Fakten, annektierte die Krim, unterstützte tatkräftig den Aufstand im Osten der Ukraine, wo große Teile der Bevölkerung die von Kiew verfolgte russlandfeindliche Linie ablehnten, und stellte damit praktisch klar, dass hier eine rote Linie überschritten worden war.<sup>2)</sup> Die andere Seite hat daraufhin den Übergang zur Ächtung und Sanktionierung Russlands vollzogen, den Rest der Staatenwelt in diesem Sinn in Stellung gebracht und damit klargestellt, dass Russland nachzugeben und seine Einkreisung und deren Fortschritte zu akzeptieren hat.

Es hat die ganze Zeit niemand übersehen können, worum es hier geht: um einen *Machtkampf auf höchster Ebene*, in dem es der einen Seite um ihre Selbstbehauptung als eine Macht geht, die in der Welt ihren Interessen Geltung verschafft, um ihren Einfluss auf fremde Souveräne kämpft, einen entsprechenden Status beansprucht und in ihrer Bewaffnung auch über die nötigen Mittel verfügt, um diesen Anspruch anzumelden – und der anderen darum, ihre Weltordnung durchzusetzen, in der ein solches Russland *genau deswegen* keinen Platz hat, weil ihr Anspruch auf Weltherrschaft unteilbar ist.

- 1) Nachträglich, nach den blutigen Verlaufsformen der Demokratisierung der Ukraine, haben einige europäische Politiker das Vorgehen der EU als ‚Fehler‘ bedauert; ein billiges Bekenntnis, da der Lagerwechsel ja schon passiert und der Putsch als eine Form von freier Selbstbestimmung der Ukraine deklariert worden war. Daran, den besagten ‚Fehler‘ rückgängig zu machen, war natürlich nie gedacht.
- 2) Nachzulesen in GEGENSTANDPUNKT 1-14: „EU-Osterweiterung zum Dritten: die ‚östliche Partnerschaft‘ mit der Ukraine. Europa geht bis an die Grenzen seiner Methode friedlicher Eroberung und darüber hinaus“ und GEGENSTANDPUNKT 2-14: „Ein Bürgerkrieg in der Ukraine und eine neue weltpolitische Konfrontation“.



# I. Russland vollzieht eine Wende

## 1. Der Kreml zieht Bilanz

Die russische Regierung präsentiert die Resultate der gesamten postsowjetischen Etappe der schönen neuen Weltordnung und erhebt schwere Vorwürfe: In 30 Jahren sind mit dem Vorrücken der NATO alle diesbezüglichen Zusicherungen im Rahmen der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen gebrochen worden.

*„Es ist allgemein bekannt, dass uns versprochen wurde, dass sich die Infrastruktur des NATO-Blocks nicht einen Zentimeter nach Osten ausdehnen würde. Jeder weiß das. Heute sehen wir, wo die NATO steht: in Polen, in Rumänien und in den baltischen Staaten. Sie haben das eine gesagt, aber das andere getan. Sie haben uns einfach betrogen.“* (Wladimir Putin, 1.2.22)<sup>3)</sup>

Ob das Versprechen überhaupt vorgelegen hat, ob schriftlich, mündlich oder gar nicht, der Streit, für den man in die Archive abtaucht und Protokollnotizen sowie das Erinnerungsvermögen der damals Beteiligten mobilisiert, mag für die völkerrechtlichen Rechtfertigungsarien der NATO-Staaten erheblich sein – was die unübersehbare strategische Sachlage betrifft, erfüllen die westlichen Widerlegungen den Tatbestand eines Ablenkungsmanövers. Tatsache ist jedenfalls, dass sich das westliche Kriegsbündnis nicht nur mit den Staaten des Warschauer Pakts das komplette ehemalige Glacis der Sowjetunion inkorporiert hat, sondern diese sowie ehemalige Sowjetrepubliken wie Georgien und die Ukraine inzwischen auch als integrale Bestandteile seiner Front gegen den Kreml behandelt und mit seiner militärischen Infrastruktur unmittelbar an die russischen Grenzen heranrückt.

*„Früher hat die NATO mit Begriffen wie ‚vorübergehende Stationierung‘ gespielt. Jetzt spricht sie von einer vollständig nachhaltigen und turnusmäßigen Präsenz. Das bedeutet in Wirklichkeit eine ständige Präsenz... Liest man die Berichte der führenden westlichen politikwissenschaftlichen Zentren, so geben sie freimütig zu, dass sich die NATO durch die Verlegung ihrer Grenzen in die Vororte von St. Petersburg eigene Schwachstellen geschaffen hat. Gleichzeitig kann die Strecke von Tallinn nach St. Petersburg mit dem Fahrrad zurückgelegt werden; NATO-Kampfflugzeuge können St. Petersburg in weniger als zehn Minuten erreichen.“* (Vize-Außenminister Alexander Gruschko, Rossijskaja Gaseta, 20.12.21)

- 3) Der russische Standpunkt wird im Folgenden ausführlich zitiert. Die deutsche Öffentlichkeit mit ihrem überragenden Ethos der freien Meinungsbildung hält es ja nicht für nötig, die Argumentation der anderen Seite bekannt zu machen, und billigt auch ausdrücklich die Unterbindung der Versuche russischer Medien, sich Gehör zu verschaffen, siehe die aktuelle Verhinderung eines deutschsprachigen Fernsehkanals von Russia Today. Mit der Identifizierung als ‚Fake News‘, ‚Desinformation‘, der modernen Fassung von auszuschaltender Feindpropaganda, ist das Thema erledigt.

Die Sache wäre leicht abzuhaken, wenn man es hier bloß mit der subjektiven Wahrnehmung der russischen Führung zu tun hätte. Es ist schlimmer: Hier nimmt eine militärische Weltmacht ihre strategische Lage wahr, in die ihr erklärter Gegner sie bringt, und erklärt dem, dass und warum sie die nicht aushält. Das für einen bloßen Wahn zu halten ist eine parteiliche Dummheit der demokratischen Weltöffentlichkeit. Das zu ignorieren ist nichts Geringeres als eine *Gegen-Kriegserklärung* der Verantwortlichen im Westen.

Die russische Bilanz im Einzelnen:

a) Insbesondere die Verwandlung der Ukraine in einen dezidiert antirussischen Frontstaat verleiht der militärischen Bedrohung für Russland eine neue, kriegsentscheidende Qualität.

*„Was sie in der Ukraine tun, versuchen oder planen, findet nicht Tausende von Kilometern von unserer Landesgrenze entfernt statt. Es geschieht direkt vor unserer Haustür. Sie müssen verstehen, dass wir uns einfach nirgendwo mehr hin zurückziehen können.“* (Wladimir Putin, 21.12.21)

– Das **ukrainische Heer**, seit 2016 im Rahmen des „*Comprehensive Assistance Package for Ukraine*“ in allen seinen Abteilungen von verschiedensten NATO-Staaten mit Hundertschaften von Ausbildern arbeitsteilig gedrillt, in mehr oder minder ununterbrochenem Manöverbetrieb an NATO-Standards in Sachen Bewaffnung, Organisation, Kampftechnik herangeführt, hat enorm an Schlagkraft gewonnen. Aus einer depravierten Truppe mit ein paar Tausend noch einsatzfähigen Soldaten, im Donbass-Krieg vernichtend geschlagen, ist ein ernstzunehmender Kriegsgegner mit eigenen militärischen Fähigkeiten geworden.<sup>4)</sup> Etwa die Hälfte der ukrainischen Armee steht an der Kontaktlinie im Osten; dazu kommen die bewaffneten Formationen der ukrainischen Rechten. Die Truppe ist ausgestattet mit gebrauchten Waffen in größeren Mengen und zunehmend auch modernem US-Gerät, das inzwischen nicht mehr frontfern gelagert – wie noch von der Trump-Administration gefordert –, sondern *eingesetzt* wird, ebenso wie neuerdings türkische Kampfdrohnen – so viel zur Einhaltung des sogenannten

4) Zwar bestehen etliche Defizite des ukrainischen Militärs, die die NATO-Betreuer beklagen, weiterhin; aufgrund des notorischen Geldmangels des ukrainischen Staats bleibt immer wieder einmal der Sold von Soldaten und Offizieren aus; auch die Subsumtion der Freiwilligenverbände unter eine strikte Befehlshierarchie ist keineswegs beendet. Aber die ‚Westernization‘ der ukrainischen Armee (siehe den Artikel in GEGENSTANDPUNKT 2-20: ‚Von Russland befreit, bis zum Ruin verwestlicht, von Krisen überrollt‘) hat gewirkt.

*„Die Aufrüstung der Ukraine wird vor allem von den USA vorangetrieben, die dafür seit 2014 gut 2,5 Milliarden US-Dollar aufgewandt haben und im Gesetz für ihren nächsten Militäretat weitere 300 Millionen US-Dollar einplanen. Washington lieferte unter anderem mindestens 360 ‚Javelin‘-Panzerabwehrraketen, 30 gepanzerte Fahrzeuge sowie 24 Aufklärungsdrohnen des Modells ‚Raven‘. Das geht aus einem Bericht des ‚Bonn International Center for Conflict Studies‘ (BICC) hervor... Tschechien hat der Ukraine 50 gebrauchte Schützenpanzer und 40 gebrauchte Selbstfahrlafetten geliefert, aus Polen erhielt sie laut dem BICC weitere 37 gebrauchte Schützenpanzer plus 54 gebrauchte gepanzerte Mannschaftstransporter... Die Türkei wiederum verkauft der Ukraine die unter anderem im aserbaidjanischen Krieg gegen Armenien erfolgreich erprobten bewaffneten ‚Bayraktar-TB2‘-Drohnen.“* (junge Welt, 10.12.21)

*„Ein weiteres Ziel der Streitkräfte war eine ansteigende Teilnahme an multinationalen Übungen, um die neu eingeführten Standards weiter zu verbessern und NATO-Erfahrungen zu sammeln... Die ukrainische Armee befindet sich im internationalen Ranking der Streitkräfte von Staaten auf Platz 29 mit einem Aktivstand von 250 000 und einem Reservestand von über 900 000 Personen (ukrainische Angaben). Das Verteidigungsbudget nimmt mittlerweile über fünf Prozent des Bruttoinlandsproduktes ein.“* (Michael Barthou, truppendienst.com, 26.8.18)

Waffenstillstands vonseiten der Ukraine. Die amerikanische Luftwaffe liefert die für eine Invasion in die Separatistenrepubliken nötigen Daten.<sup>5)</sup>

Die *Kriegsfähigkeit* der Ukraine hat entsprechend zugenommen, und an ihrem *Kriegswillen* lässt die aktuelle Regierung auch keine Zweifel aufkommen, abzu- lesen an ihrem Aufmarsch im Frühjahr 2021 und den einschlägigen strategischen Planungen, auf die Russland verweist:

*„Im März 2021 wurde in der Ukraine eine neue Militärstrategie verabschiedet. Dieses Dokument ist fast ausschließlich der Konfrontation mit Russland gewidmet und hat zum Ziel, ausländische Staaten in einen Konflikt mit unserem Land zu verwickeln. Die Strategie sieht die Organisation einer sogenannten terroristischen Untergrundbewegung auf der russischen Krim und im Donbass vor. Außerdem werden die Konturen eines möglichen Krieges skizziert, der nach Ansicht der Kiewer Strategen ‚mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft zu günstigen Bedingungen für die Ukraine‘ sowie – hören Sie bitte gut zu – ‚mit ausländischer militärischer Unterstützung in der geopolitischen Konfrontation mit der Russischen Föderation‘ enden soll.“* (Wladimir Putin, 21.2.22)<sup>6)</sup>

Im Frühjahr ist die Ukraine zwar noch von ihren Schutzmächten ausgebremst worden,<sup>7)</sup> davon verblieben ist aber eine dauerhafte *Kriegsdrohung* für die zwei ‚Volksrepubliken‘ und deren Schutzmacht Russland.

– Mit der Inbesitznahme der Ukraine durch das Bündnis verliert Russland sein wichtigstes strategisches Vorfeld in Europa; oder, dasselbe umgekehrt ausgedrückt, die NATO steht unmittelbar an der mehr als 2000 km langen Grenze zu Russland; sie beherrscht das einstige russische Vorfeld fast lückenlos, bestückt es zügig mit immer mehr Kriegsmitteln (Ausbau von Flughäfen, Radarstationen, Marinebasen), darunter schweres Gerät wie Raketen-Artillerie mit einer Reichweite von um die 1000 Kilometer. Die für Russland bedrohlichste Aufrüstung in der Ukraine ist freilich die nach dem Ausstieg der USA aus dem INF-Vertrag wieder erlaubte Dislozierung von nuklearen Kurz- und Mittelstreckenraketen.<sup>8)</sup>

- 5) *„Die US-Luftwaffe hat einen ersten Aufklärungseinsatz über der Ostukraine nahe der Grenze zu Russland geflogen... Bei dem Flugzeug Northrop Grumman/Boeing E-8 Joint STARS (Joint Surveillance Target Attack Radar System) handelt es sich um einen Komplex zur Fernüberwachung und Zielzuweisung, zur Ortung und Klassifizierung von Bodenzielen rund um die Uhr bei beliebigen Wetterbedingungen sowie zur Koordinierung von Kampfhandlungen und zum bilateralen Austausch von Daten mit Bodentruppen in Echtzeit.“* (sna, 29.12.21)
- 6) Die ukrainische Seite macht also kein Geheimnis daraus, dass das, was als ‚friedensstiftende‘ ‚Rückholung‘ legitimen ukrainischen Besitzstandes vorstellig gemacht wird – *„Dabei, so Jermak, habe sein Chef Biden gegenüber bekräftigt, die Ukraine habe nicht vor, jemanden anzugreifen: ‚Wir wollen nur Frieden in unser Land bringen, unser Territorium zurückholen und unsere Menschen.“* (de.rt.com, 10.12.21) –, auf ein Kriegsszenario der NATO mit Russland berechnet ist.
- 7) Nachzulesen in GEGENSTANDPUNKT 3-21: *„Wie die Ukraine die Szenerie eines drohenden Kriegsausbruchs produziert und die Welt um eine neue Anklage gegen Russland bereichert“*
- 8) *„Die US-Regierung sei offen, über die Zahl ihrer in Zukunft stationierten Offensivraketen in der Ukraine zu sprechen, teilten ranghohe Mitarbeiter in einer Telefonschalte mit Journalisten mit“* (Zeit Online, 9.1.22) – eine Aufrüstung, die bis gestern entschieden in Abrede gestellt worden ist.

– Die derzeit noch bescheidenen Fähigkeiten der ukrainischen **Kriegsmarine**, die genutzt werden, um im Verbund mit NATO-Kräften die Manövrierfähigkeit der russischen Schwarzmeerflotte, deren Zugang zum Mittelmeer zu beschränken, werden vor allem mit britischer Hilfe zügig ausgebaut. Es entsteht eine moderne, an NATO-Standards orientierte militärische Infrastruktur am Schwarzen Meer, die Ukraine erhält neue Fregatten und Landungsschiffe – eine wertvolle Ergänzung der regelmäßig im Schwarzen Meer kreuzenden und übenden NATO-Zerstörer und -Fregatten (mit je ein paar Dutzend Marschflugkörpern und/oder mit Atomsprengköpfen bestückbaren Raketen an Bord), die Russland jetzt schon eine ständig bedrohlichere, eigenständige strategische Front an der südrussischen Peripherie eröffnen.<sup>9)</sup>

– Die NATO übt am Standort Ukraine den Krieg in **Dauermanövern**<sup>10)</sup> in so gut wie jedem Format und jeder Aufgabenstellung, von der nächtlichen Landungsoperation bis zum Raketenabschuss auf die russischen Machtzentren und Übungen zur Abschreckung auch mit Atomwaffen, alles ganz ohne formellen Beitritt der Ukraine zum Bündnis. Der Umfang dieser Manöver mit den Teilnehmern Georgien und Ukraine und zuweilen auch mit Provokationen, die einem Übergang zum offenen Krieg nahekommen – im letzten Frühjahr nimmt ein britischer Zerstörer in voller Gefechtsbereitschaft Kurs auf den Heimathafen der russischen Schwarzmeerflotte und lässt sich erst durch Bombenabwürfe der russischen Luftwaffe stoppen –, verlangt dem Gegner permanente Kriegsbereitschaft ab. Und das nicht nur in der Ukraine; an allen russischen Grenzen finden rund ums Jahr NATO-Manöver mit schweren Waffen statt, die eine dauerhafte Invasionsgefahr darstellen und das auch sollen. Angekündigt ist die nächste Übung in der Arktis, wobei mit der größten Selbstverständlichkeit auch ‚neutrale‘ Staaten wie Finnland und Schweden mit einbezogen und nachdrücklichst darauf aufmerksam gemacht werden, dass ihre Sicherheit letztlich nur in der NATO zu garantieren ist.<sup>11)</sup>

9) *„Bei der Aufrüstung der ukrainischen Marine tut sich inzwischen besonders Großbritannien hervor. Im Juni 2021 unterzeichneten Vertreter beider Seiten eine Übereinkunft, die eine enge Kooperation nicht nur bei der Beschaffung neuer Kriegsschiffe, sondern auch bei der Ausbildung ukrainischer Marinesoldaten sowie beim Bau neuer Marinebasen vorsieht. Bei letzterem geht es konkret um eine Marinebasis in Berdjansk, deren Bau auch die USA sowie die EU unterstützen sollen. Weiter soll die Ukraine zwei Minenjagdboote erhalten, die die britische Marine im August außer Dienst gestellt hat. Zudem ist die gemeinsame Produktion von Schnellbooten und einer Fregatte geplant... 20 neue Patrouillenboote hat Kiew bei der französischen Werft Ocea bestellt, fünf von ihnen werden im ukrainischen Mikulajiw montiert.“* (junge Welt, 10.12.21)

10) *„Die Ukraine lässt ... in diesem Jahr mehr ausländische Soldaten auf ihrem Gebiet zu. Das entschied das Parlament am Dienstag in der Hauptstadt Kiew. Demnach dürfen sich 2021 bis zu 2000 US-Soldaten und weitere 2000 Militärs aus NATO-Staaten im ganzen Land dauerhaft aufhalten. Das sind 1000 mehr als im Vorjahr. Ganzjährig werden auch ausländisches Militärgerät und bis zu zehn Flugzeuge in den an Russland grenzenden Staat gelassen. Ziel seien taktische Übungen und das Training ukrainischer Soldaten, teilte die Rada mit. Darüber hinaus werden 2021 sechs Manöver mit ausländischer Beteiligung in der Ukraine abgehalten.“* (rnd.de, 26.1.21)

11) *„Finnland, das eine 1340 Kilometer lange Landgrenze mit Russland hat, hat auf die militärische Aufrüstung des Kremls und das Muskelspiel in der Region reagiert, indem*

Dies alles summiert sich zu einem militärischen Aufbau, der zur Eröffnung von für den Kreml mit konventionellen Mitteln nicht mehr beherrschbaren Kriegsszenarien an mehreren Frontabschnitten aus dem Stand heraus taugt:

*„Wenn die Ukraine in den Besitz von Massenvernichtungswaffen kommt, wird sich die Lage in der Welt und in Europa drastisch verändern, insbesondere für uns, für Russland. Wir können nicht anders, als auf diese reale Gefahr zu reagieren, zumal, ich wiederhole es, die westlichen Schirmherren der Ukraine ihr helfen könnten, diese Waffen zu erwerben, um eine weitere Bedrohung für unser Land zu schaffen. Wir sehen, wie hartnäckig das Kiewer Regime mit Waffen gefüttert wird... In den letzten Monaten sind ständig westliche Waffen in die Ukraine geliefert worden, ostentativ und vor den Augen der ganzen Welt. Ausländische Berater überwachen die Aktivitäten der ukrainischen Streitkräfte und Spezialdienste... In den letzten Jahren waren Militärkontingente der NATO-Länder unter dem Vorwand von Übungen fast ständig auf ukrainischem Gebiet präsent. Das ukrainische Truppenkontrollsystem ist bereits in die NATO integriert worden. Das bedeutet, dass das NATO-Hauptquartier den ukrainischen Streitkräften direkte Befehle erteilen kann, sogar an ihre einzelnen Einheiten und Truppenteile.“* (Wladimir Putin, 21.2.22)

Diese Bestandsaufnahme der ‚realen Gefahr‘ aus russischer Sicht ist keine bloße Sichtweise, wird in Russland beileibe nicht nur so ‚gefühl‘, sondern fällt zusammen mit dem real existierenden, gewaltigen militärischen Aufwuchs der NATO-Kräfte im Osten. Was auch Militärfachleute der NATO in ihrer nüchternen Art als *Tatsache* unterstellen, wenn sie in ihren Planungen davon ausgehen, dass sich das ‚konventionelle Kräfteverhältnis‘ in Mittel- und Osteuropa massiv zuungunsten Russlands ‚verschoben‘ hat. Und das fällt zusammen mit der immer weiter verschärften NATO-offiziellen Einstufung als *Feind*, die Russland sich mit seinem Beharren auf seinen Rechtsansprüchen als strategische Vormacht in Osteuropa zugezogen hat.<sup>12)</sup> Und nicht nur das.

**b)** Als nächsten Posten in seiner Bilanz führt Russland die Raketenstellungen in Polen und Rumänien auf, die, wie bereits erwähnt, demnächst durch weitere in der Ukraine ergänzt werden könnten:

*„Es ist äußerst besorgniserregend, dass Elemente des globalen US-Verteidigungssystems in der Nähe Russlands stationiert werden. Die ‚MK-41‘-Abschussrampen, die sich in Rumänien befinden und in Polen stationiert werden sollen, sind für den Abschuss der ‚Tomahawk‘-Raketen ausgelegt. Wenn diese Infrastruktur weiter ausgebaut*

*es seine Verteidigungsinfrastruktur verstärkt hat. Im Dezember 2021 unterzeichnete Finnland einen 11,2-Milliarden-Dollar-Vertrag mit Lockheed Martin über den Kauf von 64 ‚F-35A‘-Flugzeugen, um seine alternde Flotte von Boeing ‚F/A-18C‘-Hornets zu ersetzen.“* (defensenews.com, 6.1.22) *„Finnlands sich vertiefende Verteidigungsbeziehungen mit der NATO wurden im Januar deutlich, als US-Flugzeuge im Rahmen eines internationalen Manövers unter der Leitung des Lappland-Geschwaders der finnischen Luftwaffe Luftbetankungsübungen über Nordfinnland durchführten. Bei der viertägigen Übung, die am 27. Januar stattfand, wurden finnische ‚F/A-18‘-Hornets von einem ‚KC-135‘-Stratotanker der US-Luftwaffe aufgetankt.“* (defensenews.com, 4.2.22)

12) *„Nicht erst unter Trump, unter Trump aber in neuer Entschiedenheit: Die amerikanische Weltmacht treibt die Entmachtung ihres russischen Rivalen voran“.* In: GEGENSTANDPUNKT 3-19



wird und die Raketensysteme der USA und der NATO in der Ukraine stationiert werden, beträgt ihre Flugzeit nach Moskau nur 7-10 Minuten, bei Hyperschallsystemen sogar nur fünf Minuten. Dies ist eine große Herausforderung für uns und unsere Sicherheit.“ (Wladimir Putin, 21.1.22)

Damit können sich die USA die Option verschaffen, Großstädte, Kommandozentren, Raketensilos, kriegsentscheidende Infrastruktur aller Art im europäischen Teil Russlands binnen Minuten zu zerstören, dem Feind also militärisch nicht abzuwendende katastrophale Schäden zuzufügen und ihm zugleich die Fähigkeit zu einem wirksamen Gegenschlag zu nehmen; also die Option für den „*Enthauptungsschlag*“, von dem US-Strategen schon lange träumen.<sup>13)</sup>

**c)** Die russischen ‚Besorgnisse‘ (eine herablassende Sprachregelung, mit der man im Westen die russische Lagebestimmung diplomatisch zurückweist) werden dadurch bekräftigt, dass Amerika seit dem Ende der Sowjetunion Zug um Zug sämtliche Rüstungskontrollverträge, gerade einmal mit Ausnahme von New START, gekündigt hat und Russland damit eine Neuauflage des Reagan’schen Totrüstens serviert.<sup>14)</sup>

„*Gruschko* [Vize-Außenminister] wies auf den völligen Verfall des Rüstungskontrollsystems hin: ‚Es begann damit, dass die Vereinigten Staaten aus dem Vertrag zur Bekämpfung ballistischer Raketen ausstiegen. Dann haben sie die NATO-Länder daran gehindert, das Abkommen über die Anpassung des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) zu ratifizieren, das als Eckpfeiler der europäischen Sicherheit dienen könnte. Dann ließ die US-Regierung den INF-Vertrag (über die Abschaffung von Raketen mittlerer und kürzerer Reichweite) fallen. Und letztes Jahr wurde der Vertrag über den Offenen Himmel ernsthaft ausgehöhlt... In ihrer Militärpolitik haben die USA und ihre Verbündeten versucht, die Überlegenheit in allen Räumen zu erlangen: zu Lande, in der Luft und auf See. Jetzt kommen noch der Weltraum und der Cyberspace hinzu. Sowie alle möglichen Schauplätze von Kampfeinsätzen. Konzeptionell, operativ und technisch wird die Schwelle für den Einsatz von Atomwaffen gesenkt. Wir stellen fest, dass die Szenarien verschiedener Übungen eine nukleare Komponente enthalten, was uns größte Sorgen bereitet.‘“ (TASS, 12.1.22)

**d)** Des Weiteren musste Russland registrieren, dass alle seine diplomatischen Bemühungen um die Anerkennung russischer Sicherheitsinteressen ins Leere gelaufen sind. Die Angebote im Sinne des ‚gemeinsamen Hauses Europa‘, der Vorschlag zum Aufbau einer ‚europäischen Friedensarchitektur‘ sind ebenso unbeantwortet geblieben wie die Alternative, die Putin auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 vorgelegt hat.<sup>15)</sup>

13) „*Das Auftauchen von taktischen Atomwaffen in der Ukraine ist eine strategische Bedrohung für uns. Denn die Reichweite kann von 110 Kilometern auf 300, auf 500 Kilometer erweitert werden – und schon ist Moskau in der Reichweite von Militärschlägen. Das ist eine strategische Bedrohung für uns. Und so haben wir es auch verstanden. Wir müssen und werden sie auf jeden Fall sehr ernst nehmen.*“ (Wladimir Putin, 22.2.22)

14) „Rüstungsdiplomatie unter Trump und Biden: INF, Open Skies et al. gekündigt, New START verlängert. Fortschritte in der amerikanischen Friedenspolitik gegen den Rivalen in Moskau“. In: GEGENSTANDPUNKT 3-21

15) Nachzulesen in GEGENSTANDPUNKT 1-07: „Putin auf der Sicherheitskonferenz: Wir können auch anders“.

*„Im Jahr 2009 legten wir unseren westlichen Kollegen den Entwurf eines Europäischen Sicherheitsvertrags zur Prüfung vor. Wir wurden missverstanden und ziemlich unhöflich behandelt. Man sagte uns, dass dieser Entwurf niemals auf den Tisch kommen würde. Wir verwiesen auf die Dokumente, darunter die Europäische Sicherheitscharta und andere Dokumente, in denen die Notwendigkeit der Einhaltung des Grundsatzes der Unteilbarkeit der Sicherheit hervorgehoben wird. Wir haben deutlich gemacht, dass wir die politischen Verpflichtungen, die wir alle eingegangen sind, in eine rechtsverbindliche Form bringen wollen. Ihre Antwort hat alles gesagt: Rechtsverbindliche Sicherheitsgarantien können nur den Bündnismitgliedern gewährt werden.“* (Außenminister Sergej Lawrow, 14.1.22)

*„Vor über zwei Jahren, nachdem die Amerikaner den INF-Vertrag (Intermediate-Range Nuclear Forces) zerstört hatten, schickten wir eine Initiative des russischen Präsidenten Wladimir Putin praktisch an alle OSZE-Länder. Er lud sie ein, sich einem einseitigen Moratorium anzuschließen, das wir für die Stationierung von landgestützten Mittelstreckenraketen und Kurzstreckenraketen verhängten. Voraussetzung dafür war, dass die gleichen Raketen US-amerikanischer Bauart nicht stationiert werden. Wir schlugen ein gemeinsames Moratorium vor. Sobald wir dies ankündigten, nannten uns die Amerikaner und Europäer, die NATO-Mitglieder, hinterhältig. Sie sagten, wir hätten bereits Iskander-Raketen im Kaliningrader Gebiet stationiert und wollten ihnen nun eine solche Gelegenheit vorenthalten. Als der russische Präsident Wladimir Putin vor zwei Jahren diese Initiative vorschlug, schlug er vor, Überprüfungsmaßnahmen zu vereinbaren, die später vom Verteidigungsministerium erläutert wurden. Wir wollten sie einladen, Kaliningrad zu besuchen, die dort stationierten Iskander-Systeme in Augenschein zu nehmen und sich selbst davon zu überzeugen (wie wir es ihnen mehrfach vorgeschlagen hatten), dass sie nicht unter die Beschränkungen des INF-Vertrags fallen. Im Gegenzug wollten wir US-Raketenabwehrbasen in Rumänien und Polen besuchen, um ‚MK-41‘-Abschussgeräte zu besichtigen. Lockheed Martin stellt diese Raketen her und bewirbt sie auf seiner Website mit einer doppelten Zweckbestimmung: für die Raketenabwehr und den Abschuss von offensiven Marschflugkörpern... Die NATO-Vertreter sagten, dass ihnen das nicht passe... Der stets misstrauische NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg erklärte erneut, dies sei ein hinterhältiger Vorschlag.“* (Sergej Lawrow, 13.1.22)

**e)** Im Fall der Ukraine-Diplomatie im Normandie-Format macht sich Russland keine Illusionen mehr über die deutsch-französischen ‚Vermittlungsbemühungen‘: Frankreich und Deutschland agieren nicht als ehrliche Mittler, sondern decken die ukrainische Weigerung, ihre im Minsker Abkommen fixierten Pflichten zu erfüllen,<sup>16)</sup> den Versuch, das, was die Ukraine damals aufgrund der militärischen

16) *„Dazu gehören der Sonderstatus des Donezbeckens, der mit den Republiken abgestimmt wurde, sowie die Festigung dieses Sonderstatus in der Verfassung der Ukraine, in der das Element der Föderalisierung, Dezentralisierung, wie es in den Minsker Vereinbarungen festgeschrieben ist, enthalten ist. Auch die bedingungslose Amnestie und Durchführung von Wahlen nach den Regeln, die zwischen Kiew und Donezk und Lugansk auf Grundlage der OSZE-Prinzipien abgestimmt wurden. Danach wird die vollwertige Kontrolle der Führung des ukrainischen Staates über den von ihm jetzt nicht kontrollierten Teil der Grenze zu Russland wiederhergestellt. Das ist schwarz auf weiß in den Minsker Vereinbarungen geschrieben.“* (Sergej Lawrow, 18.11.21)

Lawrow zitiert *„... die Sabotage, die vom ukrainischen Regime bezüglich der Minsker Abkommen kontinuierlich erfolgt. Sie wollen sie nicht erfüllen, [sie] wollen sie*

Übermacht Russlands unterschreiben musste, am Verhandlungstisch wieder auszuhebeln – was ukrainische Politiker inzwischen auch offiziell zu Protokoll geben.<sup>17)</sup>

*„Was unsere westlichen Kollegen tun müssen, anstatt Spielchen zu spielen, ist, Wladimir Selenskyj zur Umsetzung der Resolution 2202 des UN-Sicherheitsrates zu zwingen, mit der die Minsker Vereinbarungen angenommen wurden...*

*Sie [die Vertreter der Ukraine] haben vorgeschlagen, die Reihenfolge jetzt umzukehren und zu sagen: ‚Gebt uns unsere Grenze zurück, und danach werden wir entscheiden, ob es einen Sonderstatus geben wird oder nicht.‘ Nehmen Sie den ukrainischen Gesetzentwurf über die Grundsätze der Staatspolitik in der Übergangszeit... Dieser Gesetzentwurf verbietet ukrainischen Beamten die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen. Er sieht Lustration [Entfernung von politisch belasteten Mitarbeitern aus dem Staatsdienst] statt Amnestie, eine militärisch-zivile Verwaltung statt eines Sonderstatus und keine mit diesem Teil der Ukraine abgestimmten Wahlen vor. Er sieht lediglich die ‚Wiedererlangung der Kontrolle über die besetzten Gebiete‘ vor.*

*Obwohl Frankreich und Deutschland versprochen haben, Selenskyj davon abzubringen, diesen Gesetzentwurf voranzutreiben, werden energische Anstrengungen unternommen, ihn in das Gesetzgebungsverfahren einzubringen. Sie haben ihn dem Europarat vorgelegt. Die Venedig-Kommission des Europarats hat gesagt, dass der Entwurf ihrer Meinung nach in Ordnung ist. Sie äußerte sich zu den Rechtstechniken, erwähnte aber nicht, dass dieser Gesetzentwurf in direktem Widerspruch zur einschlägigen Resolution des UN-Sicherheitsrates steht.“ (Sergej Lawrow, 22.12.21)*

Auf die russischen Beschwerden reagieren die europäischen Verhandlungspartner mit halb-öffentlichen Erklärungen, nach denen man Selenskyj die Erfüllung der Vertragspflichten im Interesse an der Haltbarkeit seiner Regierung einfach nicht zumuten kann:

*„Lawrow beklagte die Äußerungen von Jean-Yves Le Drian und Heiko Maas, dass der russische Entwurf Punkte enthalte, die im Normandie-Format ‚mit Sicherheit nicht akzeptiert werden‘, insbesondere ‚die Organisation eines direkten Dialogs zwischen Kiew, Donezk und Lugansk‘.“ (Russisches Außenministerium veröffentlicht Briefwechsel mit Deutschland und Frankreich zur Ukraine, de.rt.com, 17.11.21)<sup>18)</sup>*

*neu schreiben. Dazu versuchen sie, Ministertreffen und Treffen auf der höchsten Ebene in der Hoffnung einzuberufen, dass man sich an den Verhandlungstisch setzt, Tee trinkt und Sergej Lawrow bzw. Wladimir Putin dazu überredet, ‚hier ein bisschen zu revidieren‘, weil Kiew dies gar nicht erfüllen kann.“ (Ebd.)*

17) *„Oleksiy Danilov, der Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine ... ‚Die Erfüllung des Minsker Abkommens bedeutet die Zerstörung des Landes... Als sie unter russischen Gewehrläufen unterzeichnet wurden – und die Deutschen und die Franzosen zusahen – war es bereits für alle vernünftigen Menschen klar, dass es unmöglich ist, diese Dokumente umzusetzen‘... Danilow rief dazu auf, ein neues, realistisch umsetzbares Dokument auszuhandeln, und fügte hinzu, dass es ‚Putin zwingen sollte, seine Truppen und Panzer einfach zurückzuziehen‘.“ (USNews, 31.1.22)*

18) *Russland versucht auch immer wieder, die europäischen Schutzmächte der Ukraine darauf hinzuweisen, wie großzügig sie über den Umgang der Ukraine mit hohen demokratischen Werten wie u.a. der Meinungsfreiheit hinwegsehen: „Was die Medien betrifft, so haben wir, als drei Fernsehsender in Kiew verboten wurden, die Gelegenheit unseren französischen Kollegen vorgetragen. Sie sagten, sie seien alle für die*



An anderer Stelle ‚loben‘ höchste europäische Repräsentanten die Politik der Ukraine und bestärken damit den revanchistischen Standpunkt der Selenskyj-Regierung:

„Nur zwei Tage nach dem Telefongespräch, in dem die Staats- und Regierungschefs Frankreichs und Deutschlands ihr uneingeschränktes Engagement für die Minsker Vereinbarungen bekräftigten, fand in Kiew ein Gipfeltreffen zwischen der Europäischen Union und der Ukraine statt, auf dem eine ausführliche Erklärung verabschiedet wurde, die von der Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen, dem Präsidenten des Europäischen Rates Charles Michel und dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskyj unterzeichnet wurde und in der ‚der konstruktive Ansatz der Ukraine im Normandie-Format und in der Trilateralen Kontaktgruppe‘ sowie die Art und Weise, wie sie die Minsker Vereinbarungen umgesetzt hat, gelobt wurden. Über Donezk und Lugansk und die Notwendigkeit eines direkten Dialogs mit ihnen wurde nichts gesagt. Russland wurde als ‚Aggressorland‘ dargestellt und als ‚Konfliktpartei‘ im Donbass bezeichnet. All dies steht im Widerspruch zu dem, was Angela Merkel und Emmanuel Macron versprochen haben.“ (Sergej Lawrow, 22.10.21)

Angesichts dieser Konfrontation veröffentlicht das russische Außenministerium in einem demonstrativen Bruch der diplomatischen Gepflogenheiten den Briefwechsel mit Le Drian und Maas, um der Weltöffentlichkeit den Beweis zu unterbreiten, dass und wie die europäischen Verhandlungsführer ihre diplomatischen Zusicherungen Lügen straften:

„Ich bin sicher, dass Sie die Notwendigkeit eines solchen unkonventionellen Schrittes verstehen werden, denn es geht darum, der Weltgemeinschaft die Wahrheit darüber zu vermitteln, wer die auf höchster Ebene eingegangenen völkerrechtlichen Verpflichtungen erfüllt und wie diese erfüllt werden.“ (Russisches Außenministerium veröffentlicht Briefwechsel mit Deutschland und Frankreich zur Ukraine, de.rt.com, 17.11.21)

„Die Franzosen und die Deutschen haben diese Dokumente mitgetragen und sind Vertragsparteien des Normandie-Formats, aber sie beginnen, sich ganz auf die Seite des ukrainischen Regimes zu stellen... Präsident Wladimir Selenskyj traf kürzlich ... mit den Staats- und Regierungschefs Deutschlands und Frankreichs zusammen. Einmal mehr wurden die Maßnahmen Kiews zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen voll unterstützt. Das bedeutet, dass unsere Kollegen entweder ihre Unfähigkeit anerkannt haben, die Umsetzung der von uns gemeinsam festgelegten Bestimmungen zu gewährleisten, oder sie versuchen wissentlich, die Minsker Vereinbarungen zugunsten des Kiewer Regimes zu untergraben.“ (Sergej Lawrow, 22.12.21)

Das ist das Fazit, das der russische Chefdiplomat aus den x Verhandlungsrunden zieht: Die europäischen ‚Partner‘ sind entweder nicht dazu in der Lage, die Ukraine zur Erfüllung ihrer Vertragspflichten zu zwingen, oder nicht willens. Entweder fehlt ihnen die nötige politische Macht oder sie sind Falschspieler; jedenfalls taugen sie nicht als Verhandlungspartner, und Russland verabschiedet sich vom Normandie-Format als einer sinnlosen Veranstaltung.

*Meinungsfreiheit, aber diese Kanäle wurden in Übereinstimmung mit der ukrainischen Gesetzgebung verboten. Das ist bezeichnend. Wir wollen, dass die EU eine unabhängige Rolle spielt. Hier ist ein weiteres Beispiel, das die Ukraine betrifft. Die EU fungierte als Garant für das Abkommen zwischen Viktor Janukowitsch und der Opposition vom Februar 2014. Doch schon am nächsten Tag warf die Opposition die Vereinbarung über den Haufen. Brüssel hat geschwiegen, und nun bezeichnen manche diesen Aufstand als ‚demokratischen Prozess‘.“ (Sergej Lawrow, 14.1.22)*

## **2. Russland zieht dem Westen eine rote Linie: Keine Aufnahme der Ukraine in die NATO**

Die Perspektive, dass die Ukraine nicht nur de facto, sondern auch de jure der NATO einverleibt wird, stellt für Russland eine essentielle strategische Bedrohung dar. Lawrow weist darauf hin, dass die NATO-Staaten die Ukraine zu militärischen Unternehmungen befähigen, sodass diese nach einem Eintritt ins westliche Bündnis dazu in der Lage wäre, Russland unmittelbar in einen Krieg mit der NATO hineinzuziehen:

*„Unter den Bedingungen, dass das Kiewer Regime hysterisch nach Wegen sucht, die Aufmerksamkeit von seiner Unfähigkeit abzulenken, die wirtschaftlichen, sozialen Probleme der Bevölkerung zu lösen, den Konflikt im Donezbecken gemäß Minsker Vereinbarungen zu regeln, ermutigt der Westen die Kiewer Behörden auf jede erdenkliche Weise, im Donbass militärische Gewalt anzuwenden. Das ist es, was Washington und andere westliche Hauptstädte sowie die NATO-Führung tun...“*

*Wir dürfen die Wahrscheinlichkeit nicht ausschließen, dass das Kiewer Regime zu einem militärischen Abenteuer greifen wird. Das alles schafft eine direkte Sicherheitsbedrohung für die Russische Föderation.“* (Sergej Lawrow, 30.11.21)

Der russische Präsident redet Klartext darüber, welche weiteren politischen Absichten die große Schutzmacht der Ukraine damit verfolgt, wenn sie die an die Macht gebrachte antirussische Staatsräson bekräftigt und anfeuert, und sie dafür mit den nötigen Mitteln ausrüstet:

*„Nehmen wir an, die Ukraine ist Mitglied der NATO. Sie wird mit Waffen vollgestopft, moderne Angriffswaffen werden auf ihrem Territorium stationiert, genau wie in Polen und Rumänien – wer wird das verhindern? Nehmen wir an, sie beginnt mit Operationen auf der Krim, vom Donbass ganz zu schweigen... Stellen Sie sich vor, die Ukraine ist ein NATO-Land und beginnt mit diesen militärischen Operationen. Was sollen wir dann tun? Gegen den NATO-Block kämpfen? ... Ich glaube immer noch, dass die Vereinigten Staaten nicht so sehr um die Sicherheit der Ukraine besorgt sind... Ihr Hauptziel ist es, die Entwicklung Russlands einzudämmen. Das ist der springende Punkt. In diesem Sinne ist die Ukraine lediglich ein Mittel, um dieses Ziel zu erreichen.“* (Wladimir Putin, 1.2.22)<sup>19)</sup>

## **3. Russland stellt dem Westen ein Ultimatum**

Die russische Führung identifiziert die Erfolge der NATO im Osten als das, was sie sind: Schritte zur Herstellung einer überlegenen *Kriegsfähigkeit*. Sie legt diesen Befund in aller diplomatischen Förmlichkeit den USA und der NATO vor, um sie hinsichtlich ihres *Kriegswillens* zu befragen.

*„Es ist unerlässlich, auf ernsthafte und langfristige Garantien zu drängen, die Russlands Sicherheit in diesem Gebiet [Russlands westliche Grenzen] gewährleisten, denn Russland kann nicht ständig darüber nachdenken, was dort morgen passieren könnte.“* (Wladimir Putin, 18.11.21)

Russland besteht hier auf seinem *Recht*, es beruft sich auf Zusagen, die ihm gemacht worden sind, nämlich auf die Formel der *„Unteilbarkeit der Sicherheit“*

19) Man sieht: Die schlechte Gewohnheit des gesunden Menschenverstandes, in der eigenen Vorstellung kriegerische Maßnahmen der Staaten gegeneinander aufzurechnen, um aus einem geglaubten Ungleichgewicht oder mittels der Kindergarten-

in den OSZE-Verträgen, darauf, dass die „*eigene Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit anderer*“ gestärkt werden darf,<sup>20)</sup> um seinerseits den Rechtsverstoß aufseiten der NATO-Staaten anzuklagen.

„2010 in Astana und davor 1999 in Istanbul haben alle Präsidenten und Premierminister der OSZE-Länder ein Paket unterzeichnet, das miteinander verknüpfte Prinzipien zur Gewährleistung der Unteilbarkeit der Sicherheit enthält. Der Westen hat nur einen Slogan aus diesem Paket ‚herausgerissen‘: Jedes Land hat das Recht, seine Verbündeten und Militärbündnisse selbst zu wählen. Aber in diesem Paket ist dieses Recht mit einer Bedingung und einer Verpflichtung für jedes Land verbunden, die der Westen unterschrieben hat: die eigene Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit anderer zu stärken... Ich möchte betonen, dass die Präsidenten, einschließlich des US-Präsidenten, diese Verpflichtungen unterschrieben haben, in denen sie versprochen, dass niemand versuchen würde, die eigene Sicherheit auf Kosten eines anderen zu erhöhen. Die Vereinigten Staaten behaupten, dass das Recht, Allianzen zu wählen, unantastbar ist. Aber wir sagen, vorausgesetzt, es verschlechtert nicht die Sicherheitslage für ein anderes Land. Das ist es, was Sie unterschrieben haben, meine lieben Herren.

Sie versuchen jetzt, unsere Vorschläge als Ultimatum darzustellen, aber wir sind da, um ihr Gedächtnis aufzufrischen und dafür zu sorgen, dass sie, anstatt zu schwafeln, ehrlich ihre Interpretation dessen darlegen, was ihr Präsident unterschrieben hat. Wenn er diese Dokumente in der Gewissheit unterschrieben hat, dass Russland niemals bekommen würde, was er versprochen hat, dann müssen sie das anerkennen. Dies wird ein weiteres Eingeständnis von ihrer Seite sein.“ (Sergej Lawrow, 28.1.22)

Russland besteht auf seinem Recht in der Form, dass es den USA und der NATO ausformulierte Verträge vorlegt mit der Forderung, die Antworten mit schriftlichen Begründungen zu versehen – aufgrund der schlechten Erfahrungen mit westlichen Zusagen:

„Unsere Initiativen sind eine komprimierte Darstellung der 30-jährigen Erfahrung unserer Beziehungen zum Westen.“ (Sergej Lawrow, 26.1.22)

„Die Militärinfrastruktur der NATO nähert sich direkt unseren Grenzen an. Wir wurden regelmäßig betrogen, von mündlichen Versprechen bis zu politischen Verpflichtungen, die in der Russland-NATO-Grundakte festgeschrieben waren. Diesmal beharren wir ausschließlich auf rechtlich verpflichtenden Garantien.“ (Sergej Lawrow, 22.12.21)

Desgleichen verlangt man schriftliche Antworten darauf, wie der Westen die Formel von der Unteilbarkeit der Sicherheit einzuhalten gedenkt:

„Wir möchten eine klare Antwort auf die Frage erhalten, wie unsere Partner ihre Verpflichtung verstehen, ihre eigene Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit anderer Staaten zu stärken, und zwar auf der Grundlage des Bekenntnisses zum Grundsatz

frage ‚Wer hat angefangen?‘ die eigene höchstpersönliche Entscheidung darüber abzuleiten, welcher Seite ein moralisches *Recht auf Krieg* zuzubilligen sei – ein Verfahren, mit dem eine ganz anders begründete Parteilichkeit bloß sich selber rechtfertigt –, findet ihre Anhaltspunkte allemal in den praktischen Rechnungen der Strategen beider Seiten mit den militärischen Fortschritten ihres Gegners.

- 20) Dass die OSZE-Verträge sowohl die Sicherheit der einzelnen Staaten als deren Recht festschreiben, die unter Staatsgewalten eben von ihresgleichen infrage gestellt wird, wie auch allen zusammen eine *gemeinsame* ‚unteilbare‘ Sicherheit zusichern, also diesen Widerspruch für gut vereinbar erklären, ist eine sehr konstruktive Anwendung des Prinzips des Völkerrechts, die Gewalt der Staaten als ihr Recht festzuschreiben.

der unteilbaren Sicherheit. Wie gedenkt Ihre Regierung diese Verpflichtung unter den gegenwärtigen Umständen konkret zu erfüllen? Sollten Sie sich dieser Verpflichtung entziehen, bitten wir Sie, dies deutlich zu erklären.“ (Sergej Lawrow, 1.2.22)

„Indem sie sich den ersten Teil dieses untrennbaren Pakets (das Recht jedes Staates, sich für ein Bündnis zu entscheiden) aneignen, versuchen unsere US- und NATO-Kollegen, alle anderen Teile zu streichen, ohne die der erste Teil ungültig ist. Wir sind nicht an diese Norm (Achtung des Rechts auf freie Wahl der Bündnisse) gebunden, wenn sie unter eklatanter Verletzung der anderen Teile dieses untrennbaren Pakets angewendet wird. Wir haben dies hinreichend ausführlich erläutert. Jetzt warten wir auf die schriftlichen Antworten.“ (Sergej Lawrow, 14.12.22)

Im Einzelnen verlangen die russischen Vertragsentwürfe, dass sich USA und NATO einer weiteren Ausdehnung auf Kosten Russlands enthalten, insbesondere keine weitere Beschlagnahme von Ex-Sowjetrepubliken mehr unternehmen und ihre militärische Infrastruktur und Truppen auf den Stand von 1997 vor der ersten NATO-Osterweiterung zurückführen. Die Weltmacht soll auf weitere nukleare Aufrüstung rund um die Russische Föderation verzichten, die schon dislozierten nuklearen Kurz- und Mittelstreckenraketen abbauen – inklusive der Infrastruktur, die es für die Nutzung dieser Waffen braucht –, die Ausbildung von militärischem Personal für die Anwendung dieser Geschosse in allen „non-nuclear countries“ einstellen und auch die Aufstellung neuer Atomraketen kürzerer und mittlerer Reichweite auf ihrem eigenen Territorium unterlassen, die Russland bedrohen können. Russland bietet einen Deal auf Augenhöhe an, verpflichtet sich dazu, im Gegenzug ebenfalls keine neue atomare Bedrohung durch Kurz- und Mittelstreckenraketen aufzubauen, schlägt also eine Rückführung der nuklearen Abschreckung auf das Potential der USA und der RF vor.<sup>21)</sup>

In dem der NATO vorgelegten Vertragsentwurf werden zudem der Verzicht auf die Aufnahme neuer Mitglieder sowie Beschränkungen der invasionsträchtigen Dauermanöver in den notorischen Krisenregionen Baltikum und Schwarzes Meer verlangt.

In Gestalt dieses Forderungskatalogs wird die Gegenseite vor die Alternative gestellt: Lassen sich die USA auf Verhandlungen über die von Putin gezogenen roten Linien ein, auf Verhandlungen über so etwas wie eine Abgrenzung der

21) „**Artikel 6:** Die Vertragsparteien verpflichten sich, bodengestützte Mittel- und Kurzstreckenraketen weder außerhalb ihres Territoriums zu stationieren noch in solchen Gebieten innerhalb ihres Territoriums, von denen aus diese Waffen Ziele im Territorium der anderen Vertragspartei erreichen können.

**Artikel 7:** Die Vertragsparteien verzichten darauf, Nuklearwaffen außerhalb ihres Territoriums zu stationieren, und werden solche Waffen, die bereits außerhalb ihres Territoriums stationiert sind, mit Inkrafttreten dieses Vertrages zurückführen. Die Vertragsparteien werden jegliche bestehende Infrastruktur für die Dislokation von Nuklearwaffen außerhalb ihres Territoriums vernichten.

Die Vertragsparteien werden weder militärisches noch ziviles Personal von Nicht-Atom-Staaten im Gebrauch von Nuklearwaffen ausbilden. Die Vertragsparteien werden weder Manöver noch Übungen der Allgemein-Streitkräfte durchführen, die Szenarios mit Atomwaffengebrauch einschließen.“ (Vorschlag für einen Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Russischen Föderation über Sicherheitsgarantien, mid.ru, 17.12.21)

Einflussphären in Osteuropa, die Einrichtung einer entNATOfizierten Pufferzone in Mittel- und Osteuropa? Lassen sich die USA also dazu bewegen, die mit ihrer erfolgreichen Einkreisungsstrategie für Russland eingetretene existentielle Bedrohung anzuerkennen und sich zur Rücknahme dieser Drohung und einer friedlichen Koexistenz mit der Großmacht im Osten zu verpflichten? Oder wollen sie sich zu diesem Vorrücken als ihrem politischen Vorhaben bekennen und damit definitiv beschlossen haben, dass Amerika mit der russischen Macht nicht leben kann und will, sodass folglich die Frage von Krieg und Frieden auf der Tagesordnung steht? Das sollen sie dann aber auch schriftlich zu Protokoll geben und sich damit weltöffentlich dazu bekennen, dass ihre regelbasierte Weltordnung für nichts anderes steht als für die Legitimation ihrer Gewalt.<sup>22)</sup>

#### **4. Das diplomatische Ultimatum wird mit einer Kriegsdrohung unterstrichen**

Die Warnung vor der „*kategorisch unannehmbaren*“ (Lawrow) weiteren Missachtung der „*roten Linien*“ Russlands ist eine Kriegsdrohung, und sie wird auch militärisch substantiiert.

„*Niemand sollte an unserer Entschlossenheit zweifeln, unsere Sicherheit zu verteidigen. Alles hat seine Grenzen. Wenn unsere Partner weiterhin militärisch-strategische Realitäten konstruieren, die die Existenz unseres Landes gefährden, werden wir gezwungen sein, ähnliche Schwachstellen für sie zu schaffen. Wir sind an einem Punkt angelangt, an dem es für uns keinen Rückzug mehr gibt. Die militärische Erkundung der Ukraine durch die NATO-Mitgliedstaaten stellt für Russland eine existentielle Bedrohung dar.*“ (Anatoli Antonow, Russlands Botschafter in den Vereinigten Staaten. Foreign Policy, 30.12.21)

Aus diesem Grund hat die russische Führung nach dem ukrainischen Kriegsetöse vom Winter 21 einen Truppenaufmarsch an der Grenze der Ukraine organisiert und diesen militärischen Schritt um die explizite Drohung ergänzt, im Falle eines Angriffs auf den Donbass die ukrainische Staatlichkeit zu zerstören.

„*Unsere jüngsten Warnungen haben eine gewisse Wirkung gezeigt: Es sind dort ohnehin Spannungen aufgetreten... Es ist wichtig, dass sie so lange wie möglich in diesem Zustand bleiben, damit sie nicht auf die Idee kommen, irgendeinen Konflikt an unseren westlichen Grenzen zu inszenieren, den wir nicht brauchen, wir brauchen keinen neuen Konflikt.*“ (Wladimir Putin, 18.11.21)

In dem den USA vorgelegten Vertrag erinnert die russische Seite ihren Feind auch gleich eingangs daran, mit wem er es zu tun hat – „*in Bekräftigung der Tatsache, dass ein Atomkrieg nicht gewonnen werden kann und niemals geführt werden darf,*

22) Auch Russland will nicht auf eine Legitimationsveranstaltung der völkerrechtlichen Art verzichten und möchte das daher bitte schriftlich bestätigt haben, dass USA und NATO gegen die Bestimmung der OSZE-Verträge verstoßen – „*dies wird ein weiteres Eingeständnis von ihrer Seite sein*“. Schließlich ist es selbst auf dieser Ebene immerzu den Angriffen der Vertreter der ‚regelbasierten Weltordnung‘ ausgesetzt, die ihre Interessen in der Fassung verbindlicher, völkerrechtskonformer Bestimmungen geltend machen und umgekehrt auf der völkerrechtlichen Delegitimierung der russischen Interessen bestehen, damit sich die Staatenwelt in die amerikanisch geführte Front einreihet.



*und in der Erkenntnis, dass alle Anstrengungen unternommen werden müssen, um die Gefahr des Ausbruchs eines solchen Krieges zwischen Staaten, die über Atomwaffen verfügen, zu verhindern“.*

Damit sich in Washington keiner über den Ernst der Lage täuscht, d.h. über die Entschlossenheit des Kreml, sich ihr militärisch zu stellen, wird die Erinnerung an die Kuba-Krise aufgewärmt. Einige militärische Gegenmittel werden demonstriert,<sup>23)</sup> der Einsatz anderer wird angedeutet, dann ordnet Putin schließlich auch noch eine Übung der strategischen Abschreckungskräfte an, die die Erprobung von ballistischen Raketen und Marschflugkörpern umfasst – zur Klarstellung, was Russland alles im Zweifelsfall zur Verfügung steht.

Russland droht seinerseits damit, sich unberechenbar zu machen, um den Gegner zu beeindrucken und abzuschrecken. Parallel zu der diplomatischen Offensive, die die USA und die NATO auf die Entscheidung zwischen Respektierung oder Missachtung des russischen Sicherheitsbedarfs festlegen soll, verstärkt die russische Führung ihre an den Grenzen der Ukraine aufgestellten Militärkontingente, bis hin zu einem jederzeit aus dem Stand an diversen Fronten mobilisierbaren invasionstauglichen Ausmaß, immer noch versehen mit der Erklärung, dass an eine Invasion nicht gedacht wird – *sofern* sich USA und NATO dazu herbeilassen, über die von Russland geforderten Sicherheitsgarantien zu verhandeln. USA und NATO sollen begreifen: Wenn sie sich dem Antrag verweigern, die russischen Sicherheitsinteressen förmlich anzuerkennen, dann bekommen sie es mit einem Russland zu tun, das in der Verfolgung seiner Sicherheitsinteressen für die amerikanische Weltmacht und ihr Kriegsbündnis auch nicht mehr berechenbar ist.

- 23) Das russische Militär verstärkt seine Präsenz insbesondere an der Westgrenze und im Schwarzmeerraum so massiv, dass die Gegendrohung auch glaubhaft wird, führt seinerseits ständig Manöver durch, beweist per Satellitenabschuss, dass es auch die Kriegführung im Weltraum beherrscht, lässt strategische Bomber patrouillieren und feuert – ein kriegstechnisches Novum – Salven einer neuen Hyperschallwaffe ab, damit die andere Seite gut versteht, wozu man bereit ist.

*„Der Salvenstart von zwölf Hyperschall-Antischiffsraketen des Modells ‚Zirkon‘ in der Weihnachtsnacht [war] durchaus ein Präsent eigener Art an die Adresse Washingtons. Denn wenige Tage vor dem Fest war den USA ein weiterer Test einer eigenen Hyperschallwaffe schiefgegangen. Die ‚Zirkon‘ hat nach russischen Medienberichten das Potential, den Flugzeugträgerformationen, durch die die USA ihre Herrschaft über die Weltmeere ausüben, zumindest sehr empfindliche Schläge zuzufügen.“ (junge Welt, 5.1.22)*

*„Russland antwortet mit Satelliten-Abschuss... NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg ... Der Test sei besorgniserregend, weil er zeige, dass Russland neue Waffensysteme entwickle, die auch die Infrastruktur für zivile Navigations- und Kommunikationssysteme auf der Erde zerstören könnten... Die NATO hatte bereits im Juni beschlossen, dass Angriffe aus dem oder im Weltraum künftig nach Artikel 5 zur kollektiven Verteidigung als Bündnisfall behandelt werden können. Das gilt bisher für Angriffe am Boden oder im Luft-, See- oder Cyberraum. Begründet wurde der Schritt unter anderem damit, dass Angriffe auf Satelliten im Fall eines Krieges genutzt werden könnten, um Teile des öffentlichen Lebens lahmzulegen. So könnten die Abwicklung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs, Handynetze oder Navigationssysteme für den Straßen-, See- und Luftverkehr schwer beeinträchtigt werden.“ (DWN, 16.11.21)*

## II. Die Antwort der USA

### 1. Der Antrag auf Anerkennung russischer Sicherheitsinteressen: abgelehnt!

Die Forderungen des Kreml, erklärt die US-Führung, sind definitiv „*unerfüllbar*“, die NATO-Osterweiterung ist und bleibt unhintergebar Besitzstand. Eine Anerkennung der russischen Sicherheitsinteressen ist für Amerika kategorisch ausgeschlossen; die würde ja auf die Annullierung all der strategischen Fortschritte der letzten Jahrzehnte hinauslaufen, die den mächtigen Rivalen so erfolgreich in Bedrängnis gebracht haben. Änderungen an ihrem Programm, Russland zur Regionalmacht zu degradieren und zur Unterordnung zu zwingen, hat die Weltmacht bei aller Härte der russischen Drohung einfach nicht im Angebot.

*„Zu den Forderungen [Moskaus] gehören ein Ende der NATO-Osterweiterung und der Zusammenarbeit mit ehemaligen Sowjetrepubliken, die nicht Mitglied des westlichen Militärbündnisses sind – insbesondere mit der Ukraine. Russland fordert außerdem Einschränkungen in Europa bei der Stationierung von Raketen und bei Militärübungen. Nach den Gesprächen mit dem stellvertretenden russischen Außenminister Sergej Rjabkow sagte Sherman, sie habe deutlich gemacht, dass die ersten beiden Forderungen – die Ukraine für immer aus der NATO herauszuhalten und die militärische Zusammenarbeit mit Kiew zu unterbinden – nicht infrage kämen. Wir werden nicht zulassen, dass irgendjemand die Politik der offenen Tür der NATO, die schon immer ein zentrales Element des Bündnisses war, zunichtemacht. Wir werden nicht auf die bilaterale Zusammenarbeit mit souveränen Staaten verzichten, die mit den Vereinigten Staaten zusammenarbeiten wollen.“* (U.S. Deputy Secretary of State Wendy Sherman, rfe/rl, 11.1.22)

Das US-Kriegsbündnis: nichts als eine „*offene Tür*“. Von einem *antirussischen Zweck*, der das Bündnis und seine Bündnispolitik begründen und leiten würde, will die Vizeaußenministerin nichts wissen. Russland wird glatt das Dementi präsentiert, dass beim Vorrücken der NATO doch weit und breit keine Bedrohung Russlands zu sehen sei, und anstelle der objektiven, von der NATO hergestellten strategischen Lage beteuert man seine *Absichten*, gut gemeinte natürlich: Begreifen soll man die NATO als einen großen Hilfsverein für souveräne Staaten, die *Schutz* suchen – bei wem, ist keine Frage; und *vor* wem, ebenso wenig – die NATO hat viel Verständnis für die Ängste der Balten etc. vor dem großen Nachbarn; der braucht sich nicht zu wundern, wenn das frei betätigte Selbstbestimmungsrecht der Völker –

*„Jedes Land hat das Recht, über seinen Weg selbst zu entscheiden.“* (Stoltenberg et al. bei jeder erdenklichen Gelegenheit) –

binnen kurzem zu einem Aufwuchs des größten Kriegsbündnisses aller Zeiten auf 30 Nationen führt. Als Konter gegen den russischen Antrag, die Osterweiterung der NATO zurückzunehmen, muss man nur stereotyp diejenigen, die den Antrag aufs Mitmachen-Dürfen im Bündnis stellen, zu den *eigentlichen Subjekten* des ehrenwerten Vereins ernennen – auch wenn es sich die NATO selbstverständlich vorbehält, den Wunsch mancher Völker, von ihrem souveränen Selbstbestim-

mungsrecht auf Beitritt Gebrauch zu machen, bis auf Weiteres zu überhören.<sup>24)</sup> Das Kriegsbündnis ist immer noch das wirkliche Subjekt, bei dem die Zuständigkeit für die Aufnahme liegt, das die nationalen Ambitionen der Antragsteller für seine strategischen Interessen instrumentalisiert und sich damit nach Osten erweitert. Damit – „*Russland hat kein Veto-Recht*“ (Stoltenberg, Blinken et al. bei jeder erdenklichen Gelegenheit) – sind die ‚Begründungen‘ dann am Ende. Der Vorwurf, dass Russland dem Westen etwas ‚verbieten‘, sich ein Recht herausnehmen möchte, das ihm gar nicht zusteht, diese Verschiebung auf eine imaginierte Rechtsanmaßung fertigt in apodiktischer Weise das *Interesse* Russlands ab, sich der von der NATO ausgehenden existentiellen Gefährdung seiner Macht durch die Beschlagnahmung seines Glacis zu erwehren.

Die russischen Kernforderungen sind ein für allemal zurückgewiesen. Das hat Moskau hinzunehmen.

## 2. Amerika übernimmt die Definitionshoheit über die Lage

Amerika geht in seiner Offensive einen Schritt weiter, indem es die weltpolitische Lage definiert: Die russische Drohung, den Ausbau der Ukraine zum Bestandteil der NATO-Front nicht hinzunehmen, wird als das *einzig* Thema auf die weltpolitische Tagesordnung gesetzt, das Amerika in seinem Verhältnis zu Russland zu behandeln gedenkt, und zwar so, dass es hier nicht um eine Auseinandersetzung zwischen Russland und der NATO geht, sondern ausschließlich um einen bevorstehenden Überfall Russlands auf die Ukraine.

Vor dem warnt die US-Administration täglich, detailliert und anschaulich ausgestaltet, bis schließlich Blinken der UNO den vollständigen russischen Schlachtplan vorlegt:

*„Erstens plant Russland, einen Vorwand für seinen Angriff zu schaffen. Dabei könnte es sich um ein gewalttätiges Ereignis handeln, das Russland der Ukraine in die Schuhe schieben wird, oder um eine ungeheuerliche Anschuldigung, die Russland gegen die ukrainische Regierung erheben wird. Wir wissen nicht genau, in welcher Form dies geschehen wird. Es könnte ein erfundener sogenannter ‚terroristischer‘ Bombenanschlag innerhalb Russlands sein, die erfundene Entdeckung eines Massengrabs, ein inszenierter Drohnenangriff auf Zivilisten oder ein vorgetäuschter – oder sogar echter – Angriff mit chemischen Waffen. Danach werden russische Panzer und Soldaten auf wichtige Ziele vorrücken, die bereits in detaillierten Plänen festgelegt wurden. Wir glauben, dass zu diesen Zielen auch die ukrainische Hauptstadt Kiew gehört, eine Stadt mit 2,8 Millionen Einwohnern.“* (Außenminister Antony Blinken, 17.2.22)

Man gibt also erstens bekannt, dass man über die russischen Pläne genauestens Bescheid weiß. Eine Gewissheit, die sich bestimmt nicht den ‚deklassifizierten Informationen‘ der eigenen großartigen Geheimdienste verdankt, vielmehr weiß

24) Siehe z.B. die Auskunft von Victoria Nuland, die damals als Assistant Secretary im amerikanischen Außenministerium den Maidan-Umsturz für die USA orchestriert hatte, noch bei ihrem Ukraine-Besuch vom vergangenen Jahr: „*Bei dem Treffen mit den Fraktionsvorsitzenden hat seine mitgereiste Stellvertreterin, die nach 2017 reaktivierte Victoria Nuland, nach Angaben eines Teilnehmers den Parlamentariern gesagt, sie sollten aufhören, ständig dieses Thema anzusprechen. Das bringe der Ukraine gar nichts.*“ (junge Welt, 7.5.21)



man deshalb so gut Bescheid, weil man selber Russland mit der Zurückweisung seiner Forderung vor die Alternative stellt, in einer Materie, die es als eine Existenzfrage deklariert, aufzugeben oder seine Drohung wahr zu machen:

*„Bedenken Sie, dass Russland zwar wiederholt unsere Warnungen und unseren Alarm als Melodrama und Unsinn abgetan hat, aber dennoch ständig mehr als 150 000 Soldaten an den Grenzen der Ukraine zusammengezogen hat und über die Fähigkeiten verfügt, einen massiven militärischen Angriff durchzuführen.“ (Ebd.)*

Zweitens teilt Blinken also mit, dass man Russland bis ins Letzte durchschaut, also in keinem Punkt von der russischen Invasion überrascht werden wird, dass man sie schon in allen Einzelheiten vorwegnehmen kann, inklusive des Datums und der vorhersehbaren russischen Kriegsverbrechen.<sup>25)</sup> Und drittens gibt man zu verstehen, dass Amerika davon gänzlich unbeeindruckt ist, also die Lage beherrscht, weil man sich schon lange und gründlich darauf vorbereitet hat. Biden:

*„Wir haben uns umfassend und sorgfältig vorbereitet. Wir haben Monate damit verbracht, eine Koalition aus anderen freiheitsliebenden Nationen von Europa und Amerika bis Asien und Afrika aufzubauen, um Putin die Stirn zu bieten. Ich habe unzählige Stunden damit verbracht, unsere europäischen Verbündeten zu vereinen. Wir teilten der Welt im Voraus mit, was wir von Putins Plänen wussten und wie genau er versuchen würde, seine Aggression fälschlicherweise zu rechtfertigen. Wir haben Russlands Lügen mit der Wahrheit gekontert.“ (Joe Biden, 1.3.22)*

Der Triumphalismus, mit dem Blinken und Biden verkünden, dass sie die ‚Wahrheit‘ auf ihrer Seite haben, und zwar so sehr, dass der Außenminister geradezu damit kokettiert, wie erfreut er sein werde, wenn sich seine Vorhersage als falsch erweisen würde – *„Wenn Russland nicht in die Ukraine einmarschiert, dann werden wir erleichtert sein, dass Russland seinen Kurs geändert und bewiesen hat, dass unsere Vorhersagen falsch waren“* (Antony Blinken, 17.2.22) –,

- 25) Die US-Vertreterin bei den Vereinten Nationen schreibt an die Hohe Kommissarin der UNO für Menschenrechte, sie müsse zur Kenntnis nehmen, wie Russland nach der Invasion in der Ukraine herumwüten werde; der CIA habe bereits Einblick in die Todeslisten:

*„Ich möchte Sie auf beunruhigende Informationen aufmerksam machen, die die Vereinigten Staaten kürzlich erhalten haben und die darauf hindeuten, dass Menschenrechtsverletzungen und -missbräuche im Anschluss an eine weitere Invasion geplant sind. Diese Handlungen, zu denen bei früheren russischen Operationen gezielte Tötungen, Entführungen / zwangsweises Verschwindenlassen, ungerechtfertigte Inhaftierungen und die Anwendung von Folter gehörten, würden sich wahrscheinlich gegen diejenigen richten, die sich den russischen Aktionen widersetzen, darunter russische und belarussische Dissidenten im ukrainischen Exil, Journalisten und Aktivisten zur Korruptionsbekämpfung sowie gefährdete Bevölkerungsgruppen wie religiöse und ethnische Minderheiten und LGBTQI+ Personen. Uns liegen insbesondere glaubwürdige Informationen vor, die darauf hindeuten, dass die russischen Streitkräfte Listen von identifizierten Ukrainern erstellen, die nach einer militärischen Besetzung getötet oder in Lager geschickt werden sollen.“ (U.S. letter to the U.N. alleging Russia is planning human rights abuses in Ukraine, Washington Post, Updated 21.2.22)*

Anklagen wegen voraussichtlicher Kriegsverbrechen können schon vorbereitet werden.

dokumentiert den Standpunkt einer grenzenlosen Überlegenheit, mit dem die Führer der amerikanischen Weltmacht die von Russland geschaffene, von den USA aber nicht bloß beobachtete, sondern mit strategischer Weitsicht herbeigeführte Lage angehen. Sie sind es ja, die Russland nur *die* Wahl offenlassen, entweder nachzugeben und die Verwandlung der Ukraine in ein kriegsentscheidendes Potential der NATO hinzunehmen oder diesen Übergang militärisch zu unterbinden, entweder zu kapitulieren oder in die Konfrontation hineinzugehen, für die die Ukraine präpariert worden ist. Und sie bekunden ihren festen Willen, sich von russischen Gegendrohungen in keiner Weise beeindrucken zu lassen: Man *rechnet damit*, dass Russland die Ukraine angreifen wird, ist darauf vorbereitet, selber *zu jeder Eskalation bereit*, und man ist sich sicher, dass man alle Mittel in der Hand hat, um beim Eskalieren die eigene Dominanz zu behaupten.

### **3. Die Wiederbelebung der NATO als verlängerter Arm der amerikanischen Weltmacht**

Praktisch beantwortet Washington die mit dem russischen Truppenaufmarsch an der ukrainischen Grenze bewehrte Forderung Russlands nach Sicherheitsgarantien mit einer massiven Aufrüstung und Mobilisierung der militärischen Kräfte. Es sorgt für eine Restauration der NATO. Präsident Biden revidiert die Linie seines Vorgängers Trump, der, ausgehend von einer Politik des ‚America first!‘, die NATO für ‚obsolet‘ erklärt und eine Berücksichtigung von Verbündeten als unnötige Belastung verstanden hatte, die Amerika nur zum Diener fremder Interessen machen, in für Amerika nicht lohnende Machenschaften verwickeln würde. Er treibt Verbündeten Eigenmächtigkeiten aus, die, siehe Macrons Diagnose vom ‚Hirntod‘, immerhin bis an eine Absage an die NATO herangereicht hatten, und *verpflichtet* sie, indem er die Konfrontation mit Russland vorantreibt, eine praktische Lage herstellt, die den Westeuropäern eine eindeutige Entscheidung abverlangt, auf Bündnistreue.<sup>26)</sup> Amerika bringt so innerhalb kürzester Zeit eine schlagkräftige Kriegscoalition von 30 Staaten auf die Beine, die bereit sind, im Konflikt mit Russland ihren Beitrag zu leisten.

- 26) Die europäischen Verbündeten werden demgemäß heftig von amerikanischen Funktionären bearbeitet:

*„Hinter den Kulissen haben US-Beamte damit begonnen, Informationen mit europäischen Verbündeten auszutauschen und davor zu warnen, dass eine erneute russische Invasion in der Ukraine unmittelbar bevorstehen könnte. Amerikanische und britische Beamte haben, was ungewöhnlich ist, Informationen über die Bedrohung mit europäischen Partnern außerhalb des Five-Eyes-Geheimdienstnetzwerks ausgetauscht, dessen einziges europäisches Mitglied das Vereinigte Königreich ist... In den letzten Wochen reiste ein Team von Diplomaten und Sanktionsexperten, darunter Molly Montgomery und Erik Woodhouse vom Außenministerium, nach Europa, um die Grundlagen für neue gemeinsame Sanktionen der USA und Europas gegen Moskau zu schaffen, falls der Kreml nicht einlenkt.“ (Foreign Policy, 6.12.21)*

### **a) Die militärischen Beiträge,**

die verlangt und von Europa geliefert werden, baut Amerika in eine dreistufige Abschreckung ein; erstens:

#### **Mit noch viel mehr Geld und Rüstung die Ukraine für Russland „unverdaulich“ machen**

So soll Russland zur Anerkennung der neuen strategischen Lage gezwungen werden.

*„Und wissen Sie, ich habe ihm [Putin] gesagt, dass wir unsere NATO-Verbündeten an der Ostflanke verstärken werden – falls er tatsächlich einmarschieren sollte. Wir werden – ich habe bereits hochentwickelte Ausrüstung im Wert von über 600 Millionen Dollar an die Ukrainer geliefert, Verteidigungsausrüstung. Die Kosten eines Einmarsches in die Ukraine, was den Verlust von Menschenleben angeht, werden die Russen mit der Zeit überwinden können, aber sie werden schwerwiegend sein, sie werden real sein und sie werden Konsequenzen haben. Hinzu kommt, dass Putin – Sie wissen schon – die Wahl hat: Entweder Deeskalation und Diplomatie; oder Konfrontation und die Konsequenzen.“ (Joe Biden, 19.1.22)*

Der Kern der amerikanischen Strategie besteht darin, die von Russland für fällig erachtete Durchsetzung seiner Sicherheitsinteressen unmöglich zu machen und den Kreml so zur Anerkennung der Besetzung seines wichtigsten strategischen Vorfelds durch seine Feinde zu zwingen. Die US-Strategen bereiten ein Kriegsszenario vor, in dem Russland bei einer etwaigen militärischen Sicherung seiner Interessen ein dauerhafter Abnutzungskrieg in der Ukraine droht. Das ist die Substanz der Rede von den hohen Kosten einer russischen Invasion. Der Ukraine fällt die Ehre zu, einen Krieg gegen einen massiv überlegenen Gegner führen zu dürfen; einen Krieg, in dem die amerikanischen Kriegsplaner den Untergang der ukrainischen Armee und die Zerstörung von Land und Leuten nüchtern einpreisen, weil es sich – strategisch gesehen – *lohnt*: Russland soll sich in seinem großen Nachbarland verkämpfen und sich dort entscheidend schwächen.<sup>27)</sup>

27) *„Russland könnte dem ukrainischen Militär durch Luftangriffe auf die Frontlinien, militärische Einrichtungen und kritische Infrastrukturen erheblichen Schaden zufügen... Obwohl die russische Luftwaffe seit dem Georgien-Krieg nicht mehr gegen eine feindliche Luftabwehr geflogen ist, gibt es eine Vielzahl von Marschflugkörpern und ballistischen Raketen, die entweder vom Schwarzen Meer oder vom russischen Heimatland aus ins Spiel kommen können, und das ukrainische Luftabwehrsystem wird damit kaum fertigwerden... Ein möglicher Angriff könnte den Einsatz von Raketen, schwerer Artillerie und Flammenwerfern mit großer Reichweite beinhalten... Das wäre für die ukrainische Landmacht unglaublich verheerend.“ (Financial Times, 31.12.21)*

*„Die ukrainischen Streitkräfte sind zwar besser als zu der Zeit, als Putin 2014 begann, das Land in Stücke zu reißen, aber sie sind nicht annähernd stark genug, um eine russische Invasion aufzuhalten. Es besteht auch keine Chance, dass die NATO-Länder militärisch eingreifen werden, um die Ukraine zu verteidigen... Es gibt jedoch Möglichkeiten, die Kosten eines Einmarsches für Putin zu erhöhen... Obwohl Russland die Ukraine leicht überrennen könnte, ist es eine andere Sache, ein Land langfristig zu besetzen, wie Amerika im Irak feststellen musste. Die Ukraine muss sich selbst*

Diesem Zweck entsprechend bauen USA und NATO ihren Partner militärisch auf: Sie versetzen die ukrainische Armee in die Lage, dem Kreml mit vergleichsweise bescheidenen militärischen Mitteln, also unter massiven eigenen Opfern, schwere Verluste zuzufügen.

Zu den Mitteln, die Kiew zur Verteidigung des Vaterlandes erhält, zählen in erster Linie schultergestützte Raketen und Artillerie mit kurzer Reichweite zur Bekämpfung einer russischen Invasion mit Panzerfahrzeugen, Kampfhubschraubern und tieffliegenden Kampf- und Transportflugzeugen; außerdem, das können die Fachleute gar nicht oft genug hervorheben, Handfeuerwaffen und viel Munition für den hinhaltenden Widerstand in einer Art Partisanenkrieg. Großbritannien hilft mit Waffen, die schon deswegen keine Bedrohung für Russland darstellen, weil sie nicht *strategischer* Natur sind, und einem Heer von Militärausbildern, denen die ukrainischen Soldaten neue Fähigkeiten für die Bewährung im zähen Häuserkampf verdanken.<sup>28)</sup>

*unverdaulich machen. Der Westen sollte sie mit mehr Finanzhilfe und Verteidigungswaffen versorgen, um ihr dabei zu helfen. Das Ziel [sollte] darin bestehen, selbst einen kleinen Krieg für Herrn Putin unattraktiv zu machen.“ (The Economist, 18.12.21)*

*„Litauen beabsichtigt, in kurzer Frist Wärmebildkameras an die Ukraine zu liefern – aber auch die Zahl der Ausbilder der nationalen Ausbildungsmission in der Ukraine zu erhöhen sowie die Behandlung und Rehabilitation verletzter ukrainischer Soldaten in seinem Hoheitsgebiet fortzusetzen... Litauen war unter den ersten Staaten, die nach dem Maidan-Putsch im Frühjahr 2014 mit militärischen Hilfen an die Ukraine begannen – im selben Jahr noch erfolgten die ersten Lieferungen abgeschriebener Handfeuerwaffen noch sowjetischer Kaliber samt der Munition dazu.*

*Kanadas Verteidigungsministerin Anita Anand erwägt einen Ausbau der momentan 200 Mann starken kanadischen militärischen Ausbildungsmission UNIFIER im Westen der Ukraine um weitere mehrere Hundert Mann... Weitere Optionen seien die Entsendung eines Kampfschiffes ins Schwarze Meer oder aber eine Verlegung eines Teils der aktuell in Rumänien stationierten Kampfflugzeuge des Typs ‚CF-18‘... Zudem plant Kanada, in der Ukraine eine Munitionsfabrik zu bauen: Die einzige Fabrik in der Ukraine, die Munition für Handfeuerwaffen herstellt, fand sich im Laufe des bewaffneten Konflikts im Osten des Landes im Gebiet der Volksrepublik Lugansk wieder und versorgt nun die Volksmilizen der beiden Rebellenrepubliken... Auch Deutschland hat weiterhin vor, der Ukraine im militärischen Bereich zu helfen. Dies betrifft den Bau eines Militärkrankenhauses in der Ukraine, die Lieferung von medizinischer Ausrüstung und Verbrauchsmaterial sowie die Behandlung verwundeter ukrainischer Soldaten, auch in Krankenhäusern der Bundeswehr.“ (de.rt.com, 16.1.22)*

*„Der polnische Verteidigungsminister Mariusz Blaszczak kündigte an, dass die Regierung des Landes am 1. Februar die Lieferung von tragbaren Luftabwehrsystemen (MANPAD) mit kurzer Reichweite vom Typ ‚Piorun‘ (Thunderbolt) sowie von Munition an die ukrainischen Streitkräfte genehmigt habe... ‚Wir sind bereit, der Ukraine mehrere Zehntausend Schuss Munition und Artilleriemunition, Luftabwehrsysteme, aber auch leichte Mörser und Aufklärungsdrohnen zu liefern‘, sagte Morawiecki.“ (defensenews.com, 2.2.22)*

28) *„Seit 2015 hat das Vereinigte Königreich im Rahmen der Operation ORBITAL, bei der über 22000 ukrainische Soldaten ausgebildet wurden, dazu beigetragen, die Widerstandsfähigkeit und die Fähigkeiten der ukrainischen Streitkräfte zu stärken... Wir haben beschlossen, der Ukraine leichte, panzerbrechende Verteidigungswaffensysteme*

Und als hätte es diese Klarstellung auch noch gebraucht, reichen die Kriegsplaner aus dem Pentagon noch die Warnung an die Russen nach, dass sie wenig Freude an einem Sieg über ihren Nachbarn haben dürften; denn für den Fall sorgen sie dafür, dass ihre zwar geschlagenen, aber zu ihrem Vaterland stehenden Ukrainerinnen und Ukrainer dem Okkupanten ein zweites Afghanistan bereiten.<sup>29)</sup>

\*

Für den Fall, dass Russland den Konflikt in der Ukraine dennoch eskaliert, um sich aus dem ihm bereiteten unhaltbaren Kriegsszenario zu befreien, muss es die konzertierte Macht der an seine Grenzen herangerückten und täglich weiter aufrüstenden NATO-Staaten und ihrer neutralen Mitmacher in Rechnung stellen.

### **NATO-Verbündete sowie ‚neutrale‘ Staaten rund um Russland verstärken die Bedrohungskulisse**

Zusätzlich zur schon erreichten Einkreisung verstärkt das Kriegsbündnis eben die militärischen Maßnahmen, deren Rücknahme Russland kategorisch fordert, und baut seine Präsenz an den russischen Grenzen in Rekordtempo aus. Ob sich das alles noch mit der alten NATO-Russland-Akte der 90er Jahre verträgt, interessiert nicht.<sup>30)</sup> Für die öffentliche Propaganda bemessen sich die Maßnahmen jetzt ja an der russischen Invasionsgefahr, und die rechtfertigt jede Aufrüstung.

*zu liefern. Ein ... Sicherheitsunterstützungspaket ergänzt die Ausbildung und die Fähigkeiten, über die die Ukraine bereits verfügt und die auch vom Vereinigten Königreich und anderen Verbündeten in Europa und den Vereinigten Staaten bereitgestellt werden. Die Ukraine hat jedes Recht, ihre Grenzen zu verteidigen, und dieses neue Hilfspaket stärkt ihre Fähigkeit, dies zu tun. Ich möchte klarstellen, dass es sich bei dieser Unterstützung um kurzfristige und eindeutig defensive Waffenkapazitäten handelt; sie sind keine strategischen Waffen und stellen keine Bedrohung für Russland dar.“* (Ben Wallace, gov.uk, 17.1.22)

- 29) *„Die Ukraine bildet Freiwillige aus und rechnet damit, dass Partisanen sich als wichtiger Faktor im Widerstand erweisen können... Vorläufig laufen Manager, Programmierer, Verkäufer, Lkw-Fahrer durch den Kiefernwald bei Kiew mit hölzernen Maschinenpistolen. An den Übungen nehmen auch Mädchen mit Medizin-Köfferchen teil. Ziel des Vorbereitungsprogramms, das die ukrainische Regierung durchführt, ist es, den zivilen Widerstand zu bilden, der den Kampf im Fall einer Zerschlagung der Ukrainischen Armee fortsetzen wird ... ähnliche Programme gebe es in Estland, Lettland und Litauen, als Antwort auf die angenommene Bedrohung durch Russland. Dort wird auch ein Teil der Zivilbevölkerung daran gewöhnt und werden die Grundlagen des Partisanenkriegs unterrichtet.“* (Moskowskij Komsomolez, 27.12.21)
- 30) *„Viele Mitgliedstaaten haben seit Ende Januar entschieden, ihre Präsenz kurzfristig im Baltikum und in der Schwarzmeerregion auszubauen, um auf den fortgesetzten russischen Aufmarsch zu reagieren... Nach Auffassung der Allianz halten sich diese Verstärkungen im Rahmen der NATO-Russland-Grundakte, in der sich das Bündnis 1997 verpflichtet hatte, auf dem Gebiet des früheren Warschauer Pakts keine ‚substantziellen‘ Kampftruppen ‚dauerhaft‘ zu stationieren. Allerdings wurde nie festgelegt, was substantziell und dauerhaft bedeutet; es gibt dazu unterschiedliche Lesarten auf beiden Seiten.“* (FAZ, 16.2.22)

Faktisch bemisst sie sich an dem Zweck, Russland mit immer neuen Kriegsmitteln vor eine völlig unkalkulierbare und unbeherrschbare militärische Lage zu stellen; es mit einer rund um seine Grenzen – schwerpunktmäßig im Westen und Süden – aufgebauten Schlagkraft zu konfrontieren, die hinreicht, Russland für den Fall des Gebrauchs seiner Machtmittel militärische Zerstörungen und Niederlagen zuzufügen.

– Dafür braucht es neue militärische Mittel, um den Luftraum im hohen Norden, die Ostsee- und Atlantikzugänge noch besser kontrollieren zu können;<sup>31)</sup> um noch näher heranzurücken an die Heimathäfen der russischen Marine, um sie dort einsperren und insbesondere die dort stationierten strategischen Atom-U-Boote effektiver bekämpfen zu können<sup>32)</sup> usw. usf.; eingeschlossen in dieses Szenario ist die Perspektive, Russland die Verteidigung seiner Ostsee-Exklave Kaliningrad zu verunmöglichen.

– Außerdem braucht es noch mehr *Enhanced Forward Presence* an der russischen Westgrenze; noch ein paar Tausend Soldaten mehr, noch schneller einsatzbereit, noch mobiler, noch unberechenbarer für den Feind:

*„Die Präsenz der NATO im östlichen Teil der Allianz werde fortlaufend verstärkt, sagte Jens Stoltenberg in Rumänien. ‚Wir haben auch die Bereitschaft der NATO-Reaktionskräfte erhöht. Diese Truppen befinden sich in ihren Heimatbasen, können aber bei Bedarf schnell überall in der Allianz verlegt werden.‘ Das Bündnis ziehe*

31) *„Dänemark führt Gespräche, um US-Soldaten und militärische Ausrüstung auf seinem Boden zuzulassen und damit eine jahrzehntelange Politik zu beenden, die ausländische Truppen von seinem Territorium ausschloss... Es geht nicht um die Eröffnung eines eigenen US-Stützpunktes, sondern darum, den amerikanischen Truppen die Möglichkeit zu geben, mit ihren dänischen Kollegen zu trainieren und Übungen durchzuführen, sowie um eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Marine, so Verteidigungsminister Morten Bodskov. Dänemark, Gründungsmitglied der NATO im Jahr 1949, verfolgt seit den 1950er Jahren die Politik, keine ausländischen Truppen oder Atomwaffen auf seinem Boden zuzulassen, als es sich auf Druck der Sowjetunion weigerte, den USA die Stationierung von Truppen zu gestatten.“ (Financial Times, 11.2.22)*

*„Die nordischen Bündnismitglieder Dänemark und Norwegen haben beide ihre militärische Präsenz und Bereitschaft im hohen Norden und in der Ostsee erhöht. Dänemark hat zusätzliche Fregatten und vier ‚F-16‘-Kampfflugzeuge bereitgestellt, um die Marine- und Luftoperationen der NATO im Ostseeraum zu unterstützen. ‚Unsere Maßnahmen zur Unterstützung der NATO ... sollen die Souveränität der baltischen Staaten stärken. Wir werden weitere Kapazitäten bereitstellen, wenn sich die Lage ändert und der Bedarf entsteht‘, sagte Trine Bramsen, Dänemarks Verteidigungsministerin.“ (defensenews.com, 4.2.22)*

*„Das norwegische Militär erweitert den Stützpunkt [Bodø], um dort auch P-8 Poseidon-Seeüberwachungsflugzeuge zu stationieren und damit wichtige Luft- und Seeüberwachungseinrichtungen in ein Gebiet zu verlegen, in dem die russischen Militärübungen zunehmen.“ (defensenews.com, 6.1.22)*

32) Denselben Zweck verfolgt die US-Marine, die seit zwei Jahren – und erstmals nach dem Kalten Krieg – wieder mit Zerstörern in der Barentssee kreuzt: die russische Nordflotte mit den Atom-U-Booten als dem Rückgrat der russischen Zweitschlagsfähigkeit in ihrem hauseigenen Operationsgebiet zu kontrollieren und zu neutralisieren.



aber auch eine längerfristige Anwesenheit in der Schwarzmeerregion in Betracht.“ (DW, 12.2.22)

– „Zur Abschreckung Russlands“ an der „südlichen Ostflanke“ will die NATO auch „in ... Rumänien multinationale Kampftruppen stationieren. Bislang gibt es die sogenannten Battlegroups nur in den baltischen Staaten Estland, Litauen und Lettland sowie in Polen. Neben Rumänien sollen auch die Slowakei und Bulgarien Standorte für multinationale NATO-Einheiten bereitstellen.“ (DW, 12.2.22)

– Überhaupt etabliert die NATO ein neues Niveau der Interoperabilität und Bündelung der Fähigkeiten in der antirussischen Staatenallianz:

„Britische, französische und estnische Soldaten werden in einer Reihe von Panzer-, Infanterie-, Planungs-, Technik- und Artillerieszennarien zusammenarbeiten. Zu den Mitgliedern der vom Vereinigten Königreich geführten Battlegroup gesellen sich auch Soldaten der Fallschirmjäger- und Yorkshire-Regimenter der britischen Armee, die lernen werden, in einer winterlichen Umgebung mit Panzern zu trainieren... ,F-16'-Kampffjets der belgischen Luftwaffe, die derzeit im Rahmen der NATO-Luftpolizeimission auf dem Luftwaffenstützpunkt Ämari in Estland stationiert sind, werden die Luftunterstützung übernehmen.“ (NATO eFP Battlegroup Estonia and Estonian Army hone interoperability during largest winter exercise, mncne.nato.int, 2.2.22)

Also wird auch dafür gesorgt, „dass alle NATO-Staaten ihre Überwachungsfähigkeiten durch Satelliten und andere Sensorik auf die Krisenregion lenken und die Erkenntnisse umgehend in der Allianz teilen“ (US-General Wolters, Spiegel Online, 18.12.21).

### **Aufmarsch des US-Militärs selbst**

Mit eigenen Truppen ist das US-Militär in der Ukraine nicht präsent, und das soll bis auf Weiteres auch so bleiben. Die amerikanische Weltmacht lenkt die große antirussische Front *from behind*, nutzt die Potenzen ihrer Verbündeten, die sie erfolgreich auf Interoperabilität getrimmt hat, klinkt sich mit eigenen Kräften nach ihren Prioritäten in verschiedene Missionen ein, vornehmlich in die Luftaufklärung, die es für eine kriegstaugliche Lagebeurteilung unbedingt braucht.<sup>33)</sup>

Sie verschiebt ein paar schon in Europa stationierte Truppenteile Richtung Osten und holt ein paar Tausend Mann, darunter Fallschirmjäger-Elitetruppen, für alle Eventualitäten aus den USA nach. Washington konfrontiert den Kreml so mit einer Lage, in der sämtliche Operationen des russischen Militärs vom Baltikum bis zur „südlichen Ostflanke der NATO“ aus dem Stand mit den vereinten Kräften des Bündnisses gekontert werden können – samt der Option auf eine schnelle und massive Verstärkung dieser *Stolperdraht*-Kräfte. Die dafür nötige Logistik ist eingerichtet und im Manöverbetrieb getestet.

Daneben führt Amerika Russland vor Augen, wie die letzte Stufe einer all-fälligen Eskalation seines bewaffneten Konflikts mit der NATO aussieht. Die

33) „Unterdessen setzt das US-Verteidigungsministerium weiterhin ,F-16'-Flugzeuge im Baltikum ein, einem weiteren Brennpunkt für NATO-Luftpatrouillen an der Grenze zu Russland. Anfang dieses Monats trafen amerikanische Jets in Polen ein, wo sie sich zusammen mit polnischen und belgischen ,F-16' auf diesen Einsatz vorbereiteten.“ (defensenews.com, 6.1.22)

Supermacht im Hintergrund kommt ihrem Feind – noch nicht mit neuen Atomraketen in Europa,<sup>34)</sup> aber – mit einer Flugzeugträger-Kampfgruppe:

*„Angesichts der angespannten Lage im Ukraine-Konflikt haben die USA entschieden, einen Flugzeugträger im Mittelmeer zu belassen... Die Änderung des Zeitplans spiegelt die Notwendigkeit einer dauerhaften Präsenz in Europa wider und ist notwendig, um unseren Verbündeten und Partnern unser Engagement für die kollektive Verteidigung zu versichern.“* (US-Verteidigungsminister Austin, DW, 29.12.21)

Die Verlängerung der Mission dieses Verbands dient der Klarstellung, dass die Weltmacht selbst mit beachtlichen Kräften auf dem erweiterten Kriegsschauplatz präsent ist und bleibt. Russland soll damit rechnen müssen, bei einer gewaltsamen Sicherung seiner roten Linien die „robust response“ Amerikas zu erhalten, also in den großen Krieg mit der Weltmacht zu geraten.

\*

Der militärische Schulterchluss zwischen den USA und den europäischen NATO-Partnern ist also gelungen. Russland steht dem kombinierten Militärapparat und dem (fast) geschlossenen, hochgerüsteten und in Kriegsbereitschaft versetzten Kriegswillen von 30 Nationen gegenüber.

Einen Krieg will natürlich niemand. Am wenigsten die US-Regierung. Für den Fall, dass Russland in Erwägung ziehen sollte, seine übergangenen vitalen Interessen doch gewaltsam zu sichern, wird ihm einstweilen ein unannehmbar hoher „Preis“ angesagt – Amerika droht aber nicht mit dem Krieg. Genauer gesagt: mit keinem „unilateralen“, von ihm selbst geführten Krieg. Den will Biden – „zumindest vorerst“ – nicht:

*„Gleichzeitig stellte Biden am Mittwoch klar, dass keine US-Truppen in die Ukraine geschickt werden, um den Russen gegenüberzutreten, und kündigte künftige Gespräche zwischen den USA, ihren wichtigsten NATO-Verbündeten und Russland an, um einige der Sicherheitsbedenken Moskaus auszuräumen... Präsident Joe Biden sagte am Mittwoch, dass die Unterstützung der USA für die Ukraine gegen die besorgniserregende Aufstockung der russischen Streitkräfte zumindest vorerst keine zusätzlichen US-Truppen umfassen wird. Das steht nicht zur Debatte.“* (defenseone, 8.12.22)

Man darf also beruhigt sein: Die Ukraine ist den Vereinigten Staaten – höchstwahrscheinlich – keinen Dritten Weltkrieg wert. Russland auf dem prospektiven Kriegsschauplatz bekämpfen, das wollen sie „zumindest vorerst“ nicht selbst erledigen. Die Weltmacht kann sich den Luxus leisten, andere für ihre Sache kämpfen zu lassen und souverän zu entscheiden, mit welchen Mitteln sie die

34) *„Die Rückkehr der Mittelstreckenraketen, die durch das Ende des INF-Vertrags ausgelöst wurde, stellt Russlands Sicherheit infrage und beeinflusst zweifellos die Entscheidungsfindung des Landes. Seit dem Auslaufen des Vertrags hat Russland durch sein Handeln deutlich gemacht, dass es nicht zulassen wird, dass erneut Mittelstreckenraketen in Europa stationiert werden. Die Reaktion des Westens ging jedoch nicht nur nicht auf die Bedenken Russlands ein, sondern behandelte die Wiedereinführung dieser Raketen als ausgemachte Sache und konzentrierte sich fast ausschließlich auf den relativen Vorteil, den ihre Stationierung den Vereinigten Staaten und der NATO verschaffen könnte. Die NATO-Erweiterung mag zwar die Hauptursache für Russlands Vorgehen gegenüber der Ukraine sein, aber die Rückkehr dieser strategischen Raketen ist auch ein Faktor, den die Vereinigten Staaten berücksichtigen sollten.“* (warontherocks.com, 28.1.22)



Auseinandersetzung bestreitet, wo und wie sie den Konflikt eskaliert. Da stehen ihr noch ganz andere Mittel zu Gebote, um Russland verheerende Schäden zuzufügen.

## **b) Die Sanktionen**

Der Friedensfreund im Weißen Haus weiß, dass Amerika neben seinem Militär über eine weitere mächtige Waffe verfügt, nämlich seinen Dollarimperialismus:

*„Ich war sehr, sehr direkt und unverblümt gegenüber Präsident Putin, sowohl am Telefon als auch persönlich: Wir werden die strengsten Sanktionen verhängen, die jemals verhängt wurden.“*

*Und ich denke, Sie werden sehen – jeder spricht zum Beispiel davon, dass Russland die Kontrolle über die Energieversorgung hat, die Europa aufnimmt. Nun, wissen Sie was? Das Geld, das sie damit verdienen, macht etwa 45 Prozent der Wirtschaft aus. Ich sehe das nicht als eine Einbahnstraße ... dann ist es so, wie meine Mutter zu sagen pflegte: ‚Du beißt dir die Nase ab, um dein Gesicht zu schützen.‘ Wir befinden uns in einer Situation, in der ich glaube, dass es schwerwiegende wirtschaftliche Konsequenzen geben wird. Zum Beispiel alles, was mit Dollarwerten zu tun hat, wenn sie – wenn sie einmarschieren, werden sie zahlen; sie werden nicht – ihre Banken werden nicht in der Lage sein, in Dollar zu handeln. Es wird also eine Menge passieren.“ (Joe Biden, 19.1.22)*

In der amerikanischen Optik stellt Russland eine geradezu absurde Herausforderung dar: ein Staat mit einer jämmerlichen ökonomischen Basis, mit einem BIP, das gerade einmal 7,2 % des amerikanischen beträgt, fast gänzlich abhängig vom Export von Brennstoffen, aber mit Kriegsmitteln versehen, die ein echtes Problem sind und die ihm – recht betrachtet – gar nicht zustehen. Dass er sich die eigentlich gar nicht leisten kann, will man ihm praktisch vor Augen führen, indem man seine ökonomische Schwäche und Abhängigkeit als Waffe gegen ihn wendet. Biden setzt – mit einer hohen Schlagzahl an nahezu täglich neu hinzukommenden Maßnahmen – die konzertierte Zerstörung der russischen Ökonomie auf die Tagesordnung:

– In Sachen *SWIFT* ist von Anfang an nichts Geringeres geplant als der Ausschluss Russlands aus dem internationalen Zahlungsverkehr – also die Lahmlegung des grenzüberschreitenden Handels, von dem diese Nation nach ihrer Absage an die sozialistische Planwirtschaft und dem Verschwinden ihres Wirtschaftsblocks lebt.<sup>35)</sup> Kein Wunder, dass sich bei der betroffenen europäischen Geschäftswelt und ihren Dolmetschern in der Qualitätspresse Alarmstimmung über die ruinösen Folgen dieser Sanktion breitgemacht hatte: Der Ausschluss Russlands wäre *„die Atombombe für die Kapitalmärkte und auch für die Waren- und Dienstleistungsbeziehungen“* (Friedrich Merz, FAZ, 18.1.22).

– Und was *Nord Stream 2* angeht: Da verkündet der US-Präsident in Anwesenheit des stoisch blickenden deutschen Bundeskanzlers, dass er es ist, der das Projekt im Fall der Fälle abwürgen wird – *„We will bring an end to it... We will, I promise you, we'll be able to do it.“* – und dass ihm die Aussicht, den Russen eine milliardenteure Investitionsruine und künftige Geschäftseinbußen in noch

35) *„Wir werden Russlands Fähigkeit einschränken ... Teil der Weltwirtschaft zu sein ... wir werden seine Fähigkeit beeinträchtigen, in einer hochtechnologischen Wirtschaft des 21. Jahrhunderts bestehen zu können.“* (Joe Biden, 24.2.22)

viel größeren Dimensionen zu beschern, ein bisschen Relativierung der Souveränität des geschätzten Partners Deutschland wert ist; sodass der nette Herr Scholz also gar nicht umhinkommen wird, ein großes Stück des deutschen Energieimperialismus für die gute antirussische Sache zu opfern.<sup>36)</sup>

– Des Weiteren soll die russische *Industrie* von lebenswichtigen Zulieferungen abgeschnitten werden, beispielsweise vom Zugang zu Halbleitern und modernster Software; die USA wollen Russland die Möglichkeit nehmen, sein Militär zu modernisieren, und sein komplettes Luft- und Raumfahrtprogramm paralysieren.<sup>37)</sup>

– Hinzu kommt der direkte Angriff auf das Auslandseigentum und auf die Bewegungsfreiheit der *politischen Elite*, von Lawrow, Putin und seinem *inner circle*.<sup>38)</sup>

Die Sanktionen, die darauf berechnet sind, Russland langfristig „so viel Schaden wie möglich“ zuzufügen,<sup>39)</sup> sind also mit Zumutungen für die europäischen Partner verbunden.<sup>40)</sup> Dass denen darüber ein Schaden entsteht, der je nach

36) Einige Republikaner verlangen, das Sanktionsinstrumentarium schon *präventiv* zum Einsatz zu bringen, nämlich Nord Stream 2 zu verbieten, unabhängig davon, ob Russland in die Ukraine einmarschiert. Sie bekommen im amerikanischen Senat zwar dafür noch keine Mehrheit; die Einheitsfront mit Europa soll vorerst nicht dadurch gefährdet werden. „*Ein parteiübergreifender Vorstoß zur Verabschiedung der ‚Mutter aller Sanktionen‘ scheiterte, nachdem die Republikaner darauf bestanden, vor einer Invasion umfassende Sanktionen zu verhängen, und die Demokraten, die das Weiße Haus unterstützten, dies ablehnten.*“ (New York Times, 18.2.22) Die gute Idee, die ‚Bestrafung‘ unabhängig davon zu vollziehen, ob die Straftat begangen worden ist, findet aber mittlerweile weitergehende Zustimmung und nähert sich mit dem Verzicht auf jede politmoralische Einkleidung dem wirklichen Sinn der Sanktionen, den Gegner einfach fertigzumachen.

37) „*Einige der stärksten Auswirkungen unserer Maßnahmen werden erst im Laufe der Zeit eintreten, wenn wir Russlands Zugang zu Finanzmitteln und Technologie für strategische Sektoren seiner Wirtschaft beschneiden und seine industrielle Kapazität auf Jahre hinaus schwächen ... wir gehen davon aus, dass wir mehr als die Hälfte von Russlands Hightech-Importen beschneiden werden. Das wird ein Schlag für seine Fähigkeit sein, sein Militär weiter zu modernisieren. Es wird Russlands Luft- und Raumfahrtindustrie, einschließlich ihres Raumfahrtprogramms, beeinträchtigen. Es wird ihre Fähigkeit mindern, Schiffe zu bauen... Das wird ein schwerer Schlag für Putins langfristige strategische Ambitionen sein.*“ (Ebd.)

38) „*Es handelt sich dabei um Personen, die persönlich von der Politik des Kremls profitieren, und sie sollen den Schmerz mittragen.*“ (Ebd.)

39) „*Auf die Frage, was Putin aufhalten könnte, wenn Sanktionen es nicht können, antwortete Biden: ‚Ich habe nicht gesagt, dass Sanktionen ihn nicht aufhalten können. Die Androhung von Sanktionen ... die Verhängung von Sanktionen und das Erkennen der Wirkung von Sanktionen sind zwei verschiedene Dinge... Es wird seine Zeit brauchen... Wir müssen Entschlossenheit zeigen, damit er weiß, was auf ihn zukommt. Und damit die Menschen in Russland wissen, was er ihnen angetan hat. Darum geht es hier.‘*“ (cnn.com, 25.2.22)

40) „*Die USA und ihre europäischen Verbündeten bereiten das aggressivste Paket wirtschaftlicher und finanzieller Sanktionen vor, das je geschnürt wurde... Hochrangige Beamte der Biden-Administration sagten, sie hätten ‚spezifische Sanktionspakete‘ ausgearbeitet, die sich auf russische Oligarchen und ihre Familienmitglieder konzen-*

Betroffenheit auch nicht gerade unerheblich ausfällt, nehmen die USA nüchtern in Kauf. Schließlich steht viel auf dem Spiel: „*Es geht darum, für das einzustehen, woran wir glauben.*“ (Biden)

Kürzlich hatte sich Biden noch mit einer freundschaftlichen Adresse eigens ans *russische Volk* gewandt<sup>41)</sup> und ihm versichert, dass Amerika ihm nur das Beste wünscht. So sehr, dass er in Gestalt der ökonomischen Sanktionen machtvolle Hebel zu seiner Verarmung in Bewegung setzt. Man will ihm damit ja auch nur helfen zu begreifen, dass das Regime, unter dem es lebt, dem amerikanischen Druck nicht standhalten kann und untergehen wird, und dass es sich deshalb definitiv eine andere Führung suchen sollte.

Unterstrichen werden diese Klarstellungen überdies durch die Ankündigung, Russland mit allen diplomatischen Mitteln in so gut wie allen Sphären zwischenstaatlicher Aktivitäten zu isolieren, moralisch zu ächten, es also zu dem ‚pariah-state‘ zu machen, der es nach der amerikanischen Definition *eigentlich* schon ist, also unbedingt werden soll.

*trieren. Sie wollten nicht sagen, wer auf der Liste stehen würde, weil sie ein ‚Fluchtrisiko‘ befürchteten, aber der Geltungsbereich könnte breit gefächert sein. Am Montag versprach das Vereinigte Königreich, neue Gesetze einzuführen, die die Möglichkeiten Londons stärken, gegen Kreml-nahe Unternehmen und ihre Eigentümer im Land vorzugehen... Die USA und die EU wollen auch das russische Bankensystem ins Visier nehmen und Moskau aus dem internationalen Finanzsystem ausschließen... Die größten russischen Finanzinstitute, darunter die Sberbank, die VTB, die Gazprom-Bank, der Russische Direktinvestitionsfonds und die Alfa Bank, stehen in der Schusslinie... Die USA und die EU haben erwogen, strenge Exportkontrollen für westliche Technologie einzuführen, um Russlands industrieller Basis und seiner Innovationsfähigkeit so viel Schaden wie möglich zuzufügen... Maßnahmen, die auch neu entstehende Technologien wie Quantencomputer und künstliche Intelligenz einschließen ... eines der wirkungsvollsten Instrumente, das die USA einsetzen könnten, ist die ‚Foreign Direct Product Rule‘, die eingesetzt wurde, um das chinesische Technologieunternehmen Huawei zu zügeln. Diese Regel würde Drittländer daran hindern, bestimmte sensible Technologien, die US-Komponenten enthalten, nach Russland zu exportieren. Der politisch und wirtschaftlich sensibelste Bereich, in dem die USA und die EU Sanktionen vorbereiten, ist wohl der Energiesektor. Moskau ist in hohem Maße von Energieexporten als Quelle von Devisenreserven abhängig, und die EU deckt 40 Prozent ihres Verbrauchs mit russischem Gas ab... Trotz einer gewissen Ungewissheit über die Haltung der neuen deutschen Regierung haben die USA und die EU beschlossen, dass sie im Falle eines Einmarsches Russlands in die Ukraine die umstrittene Gaspipeline Nord Stream 2, die Russland und Deutschland verbindet, nicht in Betrieb nehmen würden... Brüssel ist besorgt über einen möglichen Zusammenbruch der Gaslieferungen im Falle eines Krieges, entweder aufgrund von Schäden an ukrainischen Pipelines oder weil Russland die Gaslieferungen einschränkt.“ (Financial Times, 2.2.22)*

- 41) „*An die Bürgerinnen und Bürger Russlands: Ihr seid nicht unser Feind. Und ich glaube nicht, dass ihr einen blutigen, zerstörerischen Krieg gegen die Ukraine wollt – ein Land und ein Volk, mit dem ihr so tiefe familiäre, historische und kulturelle Bindungen teilt. Vor siebenundsiebzig Jahren haben unsere Völker Seite an Seite gekämpft und Opfer gebracht, um den schlimmsten Krieg der Geschichte zu beenden. Der Zweite Weltkrieg war ein Krieg der Notwendigkeiten. Aber wenn Russland die Ukraine angreift, wäre es ein Krieg der Wahl oder ein Krieg ohne Grund und Ursache.*“ (Joe Biden, 15.2.22)

Und für den Fall, von dem man in Washington ausgeht, dass nämlich Russland sich gegen die Sanktionen zur Wehr setzen wird – Stichwort: Cyberattacken – baut man daher schon vor.<sup>42)</sup>

\*

Als Antwort auf seinen erpresserisch gemeinten Aufmarsch gegen die Ukraine bekommt Russland einen Gegenangriff serviert, der ihm die Wirkungslosigkeit seiner Machtmittel vor Augen führen, also zur Einsicht in seine Kapitulation als einzig realistische Option nötigen soll. Dafür müssen die USA dem Kreml noch nicht einmal mit militärischen Mitteln begegnen. Es gehört zur Freiheit der Weltmacht, aus einem ganzen Arsenal an zivilen Mitteln schöpfen zu können, die das Potential haben, ihrem Feind Schäden zuzufügen, die dazu hinreichen, ihn zu zerstören.

*Auf der Grundlage* bietet Amerika großzügigst an, Verhandlungen zu führen.

#### **4. Mit Russland „im Gespräch bleiben“: aber immer!**

Die Warnungen der russischen Regierung, sie werde sich nicht an Gesprächen beteiligen, in denen kein ernsthafter Wille zu erkennen ist, sich ihren Forderungen zu stellen, bleiben fruchtlos – bzw. werden von Amerika in umgekehrter Hinsicht zugespitzt: Unter penetranter Betonung, in Washington würde „non-stop-diplomacy“ trotz allem noch an erster Stelle stehen, wird Russland eine Diplomatie angetragen, die die Anerkennung der russischen Interessen definitiv ausschließt. Stattdessen werden Verhandlungen über untergeordnete, nebensächliche Themen offeriert bzw. über solche, bei denen Amerika einer Verständigung möglicherweise etwas abgewinnen könnte.

So könnte man sich in Washington beispielsweise ein informelles Agreement darüber vorstellen, die Ukraine in den nächsten Jahren nicht in die NATO aufzunehmen, und auch gewisse Konzessionen bei der Umsetzung von Minsk sind im Angebot. Die sind für die USA auch vergleichsweise billig zu haben – die gehen ja gänzlich zu Lasten der Ukraine.<sup>43)</sup>

42) „Wenn Russland Cyberangriffe gegen unsere Unternehmen und unsere kritische Infrastruktur durchführt, sind wir bereit, darauf zu reagieren“, sagte Biden... Dem Bericht [in dem Präsident Biden zahlreiche Optionen für die USA zur Durchführung größerer Cyberangriffe gegen Russland vorgelegt worden waren] zufolge gehörten zu den Optionen die Unterbrechung der Internetverbindung in ganz Russland, die Abschaltung der Stromversorgung und die Störung des russischen Eisenbahnverkehrs.“ (defenseone, 24.2.22)

43) „Biden sagte, die USA seien bereit, mit ‚vertrauensbildenden Maßnahmen‘ bei der Umsetzung eines Friedensabkommens von 2015 zu helfen... Regierungsvertreter haben angedeutet, dass die USA die Ukraine dazu drängen werden, ein gewisses Maß an Autonomie in der östlichen Donbass-Region abzutreten, die derzeit de facto von den von Russland unterstützten Separatisten kontrolliert wird... Für Biden wird die Herausforderung darin bestehen, Kiew zu ermutigen, einige der Fakten vor Ort in der Ostukraine zu akzeptieren, ohne den Anschein zu erwecken, Putin nachzugeben... Dazu könnten Maßnahmen gehören, die es der mit Russland verbündeten Donbass-Region erlauben, ihre eigene Gesundheitsversorgung, Polizei und Schulen zu kontrollieren... Auf die Frage nach der Notwendigkeit ukrainischer Kompromisse sagte Sullivan am Dienstag gegenüber Reportern, dass ‚die Ukrainer konstruktive Ideen

Und auch ein bisschen mehr Transparenz bei der Manövertätigkeit ist denkbar, vielleicht sogar Absprachen über die Nicht-Stationierung von Kurz- und Mittelstreckenraketen – den Russen einiges in dieser Waffenkategorie abzuhandeln ist ja einen Versuch wert.

Russland wird so vor die vergiftete Alternative gestellt, sich entweder mit der Ablehnung dieses ‚Angebots‘ weltöffentlich ins Unrecht zu setzen und die Schuld für das ‚Ende der Diplomatie‘ auf sich zu nehmen.<sup>44)</sup> Oder sich auf dieses ‚Angebot‘ einzulassen – und damit seine substantiellen Forderungen auf Respektierung seines Großmachtstatus zu streichen.

### III. Der Machtkampf eskaliert

1. Die russische Führung braucht nicht lang, um einzusehen, dass der Versuch, den USA in einem ultimativen diplomatischen Akt – per Kriegsdrohung – die vertraglich abgesicherte Anerkennung ihrer Existenz als nukleare Großmacht abzurufen, gescheitert ist. Sie stellt sich der Alternative, sich entweder mit der installierten existentiellen Bedrohung abzufinden und sich der Weltmacht unterzuordnen oder sich gewaltsam den verweigerten Respekt zu verschaffen; so, wie es ihr die Verantwortung für ihre große Nation gebietet: Sie geht von der Drohung zum offenen Krieg über, marschiert in der Ukraine ein, um ihre „*roten Linien*“ gewaltsam durchzusetzen und die andere Seite zur Anerkennung ihrer strategischen Interessen zu *zwingen*.

Sie fasst diesen Beschluss im Wissen darum, welches erdrückende Szenario gegen sie aufgebaut worden ist, was also auf sie zukommt. Putin nimmt in der Erklärung seiner Entscheidung zur Besetzung des Nachbarstaats ausdrücklich auf die angedrohten, für Russland verheerenden Sanktionen Bezug; er erklärt seinen Bürgern, dass es hart wird für sie und ihr Land. Und er verweist in dieser Erklärung darauf, dass die Zeit drängt, weil Russland zu gewärtigen hat, dass die Machtmittel, über die es heute noch verfügt, in absehbarer Zukunft womöglich durch das amerikanische Aufrüstungsprogramm strategisch immer mehr entwertet werden. Mit beidem stellt er klar, dass es für Russland um viel mehr als um die Ukraine geht, nämlich um eine *Existenzfrage* als respektierte Großmacht, in der es für Russland *keine Alternative* gibt.

Er verbindet zwar auch noch den Beschluss zum Einmarsch mit der Nachfrage, ob die andere Seite nicht doch einlenken kann, indem er sein *begrenztes* Kriegsziel in der Ukraine, deren ‚Entmilitarisierung‘ und ‚Neutralisierung‘, bekannt gibt, nimmt aber mit der Eröffnung des Feldzugs auch *in Kauf*, was ihm an *unabsehbaren*, von Russland nicht beherrschbaren, vernichtenden Folgen in

*vorgebracht haben, wie man die Diplomatie voranbringen kann. Wir ermutigen sie dazu.*“ (Associated Press, 10.12.21)

44) Für den Fall ist die Lage bereits fertig eingeordnet: Dann kommt der Westen nämlich nicht umhin, auf einen akuten russischen Eskalations- und Kriegswillen zurückzuschließen – siehe das Getöse darüber, dass Putin und Lawrow sich auf der Münchner Sicherheitskonferenz nicht vorführen lassen wollen: „*Hunderte Entscheidungsträger auf der Konferenz bedauern es sehr, dass Russland sich nicht stellt.*“ (Vorsitzender der Konferenz Ischinger im ARD-Morgenmagazin)

Aussicht gestellt wird. Denn – sofern es ihm überhaupt gelingen sollte, dieses begrenzte Ziel in der Ukraine herzustellen – das, was er *an diesem Fall* herstellen will, nämlich eine Wende im Verhältnis zur Weltmacht USA und zur NATO, also die andere Seite vermittelt des russischen Übergangs zur militärischen Durchsetzung in der Ukraine dazu zu nötigen, von ihrem Bestreben abzulassen, die russische Macht zu demontieren, das *ist* an diesem begrenzten Fall gar nicht herzustellen.

2. Die amerikanische Regierung beantwortet diesen militanten Übergang auf ihre Weise als überlegene Weltmacht. Sie ist nicht nur völlig unbeeindruckt und meilenweit davon entfernt, sich durch Krieg ein Arrangement abtrotzen zu lassen, das auch nur irgendwie den russischen Interessen Rechnung trägt – sie ist ganz im Gegenteil bis ins Kleinste darauf vorbereitet, die Eskalation des Kreml zu einer Katastrophe ungeahnten Ausmaßes für ihn zu machen.

Biden gibt regelrecht damit an, die Berechnungen der anderen Seite seit Monaten genau zu kennen – kein Wunder, er ist es ja, der Russland in sein Dilemma manövriert hat –, gleich eine ganze Reihe von neuen, vernichtenden Gegenkriegsmaßnahmen für das antizipierte Vorgehen des Kreml vorbereitet zu haben und nach seiner souveränen Entscheidung einsetzen zu können. Erstens sorgen die Vereinigten Staaten mit ihren Alliierten durch nach der russischen Invasion noch gesteigerte Waffenlieferungen auf den Kriegsschauplatz Ukraine – die zusehends mehr „*letales*“ Gerät umfassen, inzwischen sind sogar Kampffjets im Gespräch – dafür, dass der Feldzug zu dem blutigen Fiasko wird, das man der russischen Armee prophezeit hat. Zweitens verstärkt Biden mit seinem Kriegsbündnis die militärische Schlagkraft gegen Russland, auf breiter Front werden Waffen und Truppen an die russische Grenze geschafft. Drittens werden ökonomische Sanktionen beschlossen, die binnen Tagen ruinös auf die russische Wirtschaft wirken: den Rubel entwerten, das Kapital großer Staatsunternehmen wie Gazprom vernichten, den russischen Staatsfonds und der Nationalbank den Zugriff auf in westlichen Banken und Zentralbanken gehaltenes Milliardenvermögen entziehen, sie von jeder Transaktion in Dollar abschneiden, also enteignen.<sup>45)</sup>

Für all das wird viertens im Prinzip die ganze Welt als *Weltkriegseinheitsfront* gegen Russland in Stellung gebracht, die militärisch, diplomatisch und auf dem Feld eines entfesselten Wirtschaftskriegs Russland eine vernichtende Niederlage ansagt.

45) „*Nach der Europäischen Union haben auch die USA ihre schwerwiegenden Sanktionen gegen die russische Zentralbank in Kraft gesetzt. US-Bürgern und Institutionen sind nun Transaktionen mit der Zentralbank verboten, zudem kann die Notenbank in Moskau damit weltweit keine Geschäfte in US-Dollar mehr durchführen, wie ein ranghoher Vertreter des Weißen Hauses sagte.*

*Zusammen mit den Sanktionen der Verbündeten sei der Großteil der russischen Devisenreserven im Wert von rund 630 Milliarden US-Dollar nun de facto blockiert und könne von Moskau nicht dafür genutzt werden, die wirtschaftlichen Folgen des Kriegs aufzufangen, sagte er. Auch der russische Staatsfonds, dessen Chef und das Finanzministerium in Moskau würden mit Sanktionen belegt, erklärte das US-Finanzministerium.“ (Tagesschau, 28.2.22)*



Für die amerikanische Weltmacht und ihre Verbündeten geht es hier nämlich – genauso grundsätzlich, wie es Russland um seine Selbstbehauptung geht – um einen *Angriff auf die Weltordnung*, um eine Infragestellung *ihrer Weltherrschaft*, praktisch ins Werk gesetzt von einer Macht, die aufgrund ihres militärischen Potentials zu dieser Infragestellung *imstande* ist und *deswegen* für Amerika eine unerträgliche, unbedingt zu beseitigende Schranke darstellt.

**3.** Für beide Seiten steht hier die Substanz dessen auf dem Spiel, was sie als Nation jeweils sind und zu sein beanspruchen: für die eine ihr Status als Großmacht und maßgebliches Subjekt in der Staatenwelt, für die andere ihre uneingeschränkte Weltherrschaft. Die Standpunkte, die da aufeinanderprallen, sind unvereinbar. Sie dulden keine Relativierung, weil jede Relativierung einer Aufgabe des Standpunkts gleichkommen würde. Für beide Seiten hat die Behauptung des eigenen Standpunkts daher die Qualität einer *Existenzfrage*, die zur Entscheidung gebracht werden muss. Und so gehen sie aufeinander los. Beide Seiten machen den Übergang von der Abschreckung hinein in eine Auseinandersetzung, in der beide Seiten in der Anwendung ihrer Gewaltmittel eskalieren, um die jeweils andere zum Einlenken zu zwingen. Sie tun dies im Wissen um die Machtmittel, über die die Gegenseite verfügt, und in dem festen Willen, in dieser Auseinandersetzung die *Eskalationsdominanz* zu behalten und auszuüben, also jede Eskalation der Gegenseite mit einer weiteren Eskalation zu beantworten. Mit dem Unterschied, dass es die in diesem Ringen in die strategische Defensive gebrachte russische Staatsgewalt ist, die den Übergang in die militärische Offensive gemacht hat und vor der schlechten Alternative ‚Rückzug oder weitere Eskalation‘ steht; während die überlegene amerikanische Seite sich *bei ihrer* Eskalation – immer noch – die Freiheit wahrt, über den Übergang zur direkten militärischen Konfrontation nach eigenem Kalkül zu entscheiden; also auch: ohne jeden Machtverlust eigene Eskalationsschritte zu unterlassen, was allemal nur heißt: sie zu vertagen. Oder eben doch strategisch ‚in Vorleistung zu gehen‘...

Die Ukraine ist dafür das erste Schlachtfeld.





## Eine Zeitenwende

hat Deutschlands neue Regierung ausgerufen. Sie muss es wissen. Sie *macht* sie ja.

Was sie da macht, erklärt sie ihrem Volk. Dabei bleibt allerdings ein gewisser Ergänzungsbedarf.

### 1.

Der erste und Hauptpunkt der Erklärung geht so: Die Staatenwelt im Allgemeinen, Europa im Besonderen und ganz besonders Deutschland sind ohne eigenes Zutun und gegen alle Erwartungen in einer neuen Epoche aufgewacht. Die ist durch „Putins Krieg“ definiert. Der zerstört nämlich nicht nur die Ukraine in ihrer bisherigen Verfassung, sondern Europas Frieden und Friedensordnung und überhaupt den bisherigen gepflegten Umgang der Staaten miteinander.

Was in der Erklärung fehlt, ist jede sachliche Bezugnahme auf die Erklärung, die die russische Seite zu ihrem Krieg abgibt: Er *soll* zerstören, was – in ihrer für das Geschehen ja nicht ganz unwichtigen Sicht der Dinge – der wirkliche strategische Inhalt dieser Friedensordnung ist. Nämlich die fortschreitende Zerstörung der Sicherheit, die Russland für seinen Fortbestand als anerkannte Weltmacht reklamiert und auch nach westlichem Expertenwissen für diesen Zweck braucht: einen Respekt, der unbedingt einschließt, dass die NATO bei ihrer nicht ganz verabredungsgemäßen Ostausdehnung vor der Westgrenze von Belarus und Ukraine Halt macht. Dass es „dem Kreml“ beim Angriff auf die Ukraine um diesen Respekt, die Respektierung eines elementaren Sicherheitsbedarfs geht, ist den Zuständigen in der NATO und ihren Mitgliedsländern lange bekannt: Die entsprechenden ausführlichen Erklärungen der russischen Regierung haben sie ohne Zweifel mitbekommen; der Präsident hat jedenfalls alles getan, um so verstanden zu werden. Ganz gewiss braucht es keine Geheimdienste, um „Putins wahre Absichten“ zu verstehen. Und die werden ja auch zur Kenntnis genommen, ganz offiziell. Nämlich einerseits mit der tröstlichen Zusicherung, die NATO wäre doch für niemanden eine Bedrohung, schon gar nicht für die offiziell und zunehmend nachdrücklich als Feind eingestufte Russische Föderation. Andererseits, und das ist das viel Härtere, in Form einer ebenso schiefen wie entschiedenen Zurückweisung des strategischen Interesses Russlands: „Der Kreml“ habe kein Recht, das unzweifelhafte Recht einer souveränen Ukraine auf Beitritt zur westlichen Allianzversicherung infrage zu stellen. Das ist *schräg*, weil es der NATO wie der russischen Seite *am Fall* der Ukraine um die Reichweite dessen geht, was „der Westen“ als *seinen* Sicherheitsbedarf in Europa definiert – die Einschränkung und Verdrängung russischer Macht –, und *nur insofern* um die Entscheidungsfreiheit eines ukrainischen Souveräns. Genau darin ist der Ablehnungsbescheid aus dem Westen zugleich und vor allem *radikal*: Mit dem Stichwort „souveränes Recht“ gilt der russische Anspruch auf strategischen Respekt, geltend gemacht an der Ukraine als Entscheidungsfall, als definitiv erledigt und fortan ein staatsverbrecherischer Eroberungswille Putins als der einzig wahre Kriegsgrund. Zur Demonstration dessen, dass „der Westen“ von russischem Sicherheitsbedarf als Zweck der Moskauer Ukraine-Politik nichts wissen *will*,

ihn also entschlossen *ignoriert* und so gezielt ins Leere laufen lässt, inszeniert die US-Regierung ziemlich meisterhaft die *Kriminalisierung* dieser Politik: Sie lässt ihre Geheimdienste „ermitteln“, „deckt auf“, was die russische Regierung als Mittel für ihr erklärtes strategisches Ziel, die weitere Ostausdehnung der NATO zu blockieren, unmissverständlich in die Wege leitet; der US-Präsident „entlarvt“ höchstpersönlich das Timing des russischen Vorgehens gegen die Ukraine. Die Dementis, mit denen Moskau seinen demonstrativen Aufmarsch begleitet, werden dementsprechend von vornherein nicht als die diplomatische Botschaft genommen, als die die russische Seite sie verstanden haben will, nämlich als letzte Aufforderung an die NATO, ihr mit Garantien für Selbstbeschränkung entgegenzukommen. Sie sind definiert als Lügen, die die besorgte Welt in falscher Sicherheit wiegen sollen. Dagegen hilft nicht einmal die weltöffentliche Pressekonferenz, in der der russische Präsident die nette Mitteilung des deutschen Bundeskanzlers, ein NATO-Beitritt der Ukraine stünde doch gar nicht auf der aktuellen Tagesordnung und könne schon deswegen kein Grund für kriegerische Gegenwehr Russlands sein, mit der Frage kontert, was denn dann morgen und übermorgen fällig wird: Es bleibt bei der kompromisslosen Zurückweisung des russischen Sicherheitsinteresses in Form offensiver Nicht-Befassung mit dem Drangsal, das die NATO ihrem Feind bereitet; unterstrichen durch den nachträglichen Vorwurf, Putin hätte Kanzler Scholz, so wie vorher schon der russische Außenminister seine deutsche Kollegin, mit dem Hinweis, noch wäre der Ernstfall zu vermeiden, frech belogen. Wozu anzumerken wäre, dass auf russischer Seite neben einigem nationalideologischen Stuss über die Kiewer Rus und die bösen Bolschewiken ein bemerkenswertes Maß an unverblümter Ehrlichkeit in Sachen Grund und Zweck von Militanz und Diplomatie zu notieren ist und eine gewisse Verlogenheit eher aufseiten derer vorliegt, die ihre Abfuhr für den russischen Standpunkt als nicht infrage zu stellendes Faktum verstanden haben wollen und nicht als Gegen-Kriegserklärung, die zur Eskalation der „Lage“ beiträgt und, wie von US-Geheimdiensten prognostiziert und vom US-Präsidenten sogar terminiert, den Ernstfall auslöst.

## 2.

Mit dem ist sie also da, die Zeitenwende. Die findet zwar in der Ukraine statt. Was da stattfindet, sind aber, wie gesagt, nicht bloß Verwüstungen des Landes, sondern nach Auskunft der Herren und Macherinnen dieser Wende die irreversible Zerstörung der europäischen und letztlich der weltweiten Friedensordnung, die „dem Westen“ und ganz prominent der deutschen Nation keine andere Option lässt als *massives militantes Zurückschlagen*. Ergänzend explizit nachzutragen bleibt hier das Stück ehrlicher Klarstellung, das, wenngleich nur sehr implizit, in dieser Kriegserklärung immerhin enthalten ist: Sie klärt auf über die Bedingung – nämlich ein effektives Zurückweichen Russlands vor dem Anspruch der NATO auf entscheidende östliche Geländegewinne –, unter der der freiheitlichste Staatenbund, den die Welt je gesehen hat, mit seinem Höchstmaß an Kriegsfähigkeit und -bereitschaft allenfalls bereit ist, mit Russland bis auf Weiteres friedlich auszukommen und den gegebenen Status der europäischen Staatenwelt fürs Erste als Friedensordnung anzuerkennen. Diese implizite Klarstellung erfolgt explizit in der Praxis als Gegen-Eskalation, die, der Natur der Sache

entsprechend, ziemlich *symmetrisch* mit Waffen in der Ukraine und um sie herum erfolgt, zugleich und vor allem aber *asymmetrisch* auf den als Gefechtsfelder genutzten Geschäftsfeldern der modernen Weltwirtschaft stattfindet.

In der Ukraine sorgt „der Westen“ mit der überreichlichen Lieferung von Waffen und Moral für Widerstand. Er scheut keine ukrainischen Opfer für das hohe Ziel, russische Kräfte aufzureiben. Dazu befeuert er einen Patriotismus, der die heldenhafte Bevölkerung gegen die Wahrnehmung immun macht, für welche Friedensordnung sie die Helden spielen dürfen. Auf Kosten des Landes und seiner Bewohner treiben Russland und NATO-Mächte die Eskalation der Gefechte voran, immer am Rand einer weltkriegsträchtigen Konfrontation; wobei es wieder an der russischen Seite ist, die letzte Eskalationsstufe der strategischen Abschreckungswaffen ins Spiel zu bringen, um bei ihren Gegnern Wirkung zu erzielen. Daneben läuft ganz einseitig von westlicher Seite aus das Großexperiment, Russland mit seiner Abhängigkeit vom Dollar- und Euro-Kapitalismus als seiner postsowjetischen Existenzgrundlage nicht bloß zu erpressen, sondern mit dem Entzug der Geschäftsgrundlage als handlungsfähige Staatsmacht kaputtzumachen. Hier darf alles, was den Gepflogenheiten des Weltfriedens zuzurechnen ist, seine Tauglichkeit als Instrumentarium zur Zerstörung eines politökonomisch schwächeren Mitglieds der Völkergemeinschaft unter Beweis stellen. Diese extreme Zielsetzung des westlichen Sanktionsregimes führt in drastischer Weise zum Ausgangspunkt des Krieges zurück und zugleich über ihn hinaus: Für eine Respekt einfordernde und einflößende russische Macht gibt es in Europa – und überhaupt – für die heilige Dreifaltigkeit aus USA, NATO und EU keinen Platz. Um sie zu eliminieren, ist für „den Westen“ sogar in Geld gemessen erst einmal nichts zu teuer. Die Ukraine hat derweil das Pech, für einen ersten Teil der militärischen Dezimierung russischer Macht als Schauplatz zu fungieren. Das reichlich mit Bildmaterial versorgte Mitleid der Zuschauer mit den staatsoffiziell betrännten Opfern hat darin seinen strategischen Sinn – inkommensurabel, aber wirkungsvoll.

### 3.

Zu alledem sagt die regierende Elite in den zuständigen Hauptstädten, mit besonderem Nachdruck die in Berlin, also *Zeitenwende*. Auch da lässt sie allerdings einen Ergänzungsbedarf offen. Nämlich die Präzisierung, inwiefern der Krieg in der Ukraine eine historische Wende ist und *für wen*.

*Für die USA*, die Führungsmacht der durch Präsident Biden so machtvoll wiederbelebten „freien Welt“, jedenfalls eher nicht. Amerika bekämpft Russland als strategisch ernstzunehmenden Gegner schon lange und teilt sich sein Vorgehen ein: Es arbeitet mit überlegenen Mitteln an seiner Fähigkeit, jede Stufe der Konfrontation zu definieren und zu dominieren; bis hin zur Entwicklung und Vorbereitung der aus seiner Sicht nötigen Szenarios für den Atomkrieg des 21. Jahrhunderts. \*) Dabei wissen die USA, mit oder ohne Geheimdiensterkenntnisse, Bescheid über die Bedrängnis, in die sie vor allem in Europa „den Kreml“ brin-

\*) Ausführlich hierzu in GEGENSTANDPUNKT 3-19: „Die amerikanische Weltmacht treibt die Entmachtung ihres russischen Rivalen voran“

gen, und über dessen Bemühen, auf jeder Stufe der Konfrontation mitzuhalten und die eigene Gegenwehr zu eskalieren; auf das zielt ihr Aufwand für unüberwindliche Eskalationsdominanz. Bei alledem wahrt Amerika stets seine Freiheit zu berechnender Konfrontation; im Fall der Ukraine: voranzumachen, bis Putin zurückweicht, oder ein Stück weit die Zwickmühle zu öffnen, in die es seinen Gegner bringt – Eskalation mit offenem Ende oder strategische Selbstaufgabe –, und in der es selbst jedenfalls nicht gefangen ist.

*Für Deutschland* sieht die Sache anders aus. Da eröffnet die neue Regierung mit einer landesweiten Explosion patriotischer Moral, mit einem 100 000 000 000-Euro-Fonds für die Bundeswehr und einem außenpolitischen Schwenk zu einem neuen Militarismus tatsächlich eine ziemlich andere Epoche. Und da gibt es zu der offiziellen Erklärung, warum das fällig und wofür das gut ist, durchaus auch noch etwas hinzuzufügen. Nämlich den harten Kern des allgemeinen Jubels darüber, dass „demokratische Werte“ und die Sachzwänge der „Realität“ endlich mal und so großartig wie nie in eins fallen: Seinem Anspruch, *Europa zu führen*, wird Deutschland fortan in der Weise gerecht, dass es die Welt nicht „bloß“ kapitalistisch ausnutzt, sondern auch mit der Fähigkeit und Bereitschaft zum erfolgreichen Gebrauch militärischer Gewalt beeindruckt. Frieden schafft es in Europa ab sofort nicht mehr in „strategischer Partnerschaft“ *mit*, sondern – ebenso strategisch – *gegen* Russland. Zu diesem Fortschritt hat die Regierung sich von ihren lieben Partnern, dem großen jenseits des Atlantik und denen aus der EU, vor allem aus deren Osten, lange drängen lassen; jetzt überholt sie alle Drängler und versetzt die Welt in ehrfürchtiges Erstaunen.

Was dafür nötig ist und wie im Sinne dieses frisch entdeckten „Realismus“ der Einsatz der „Ampel“ für Soziales, Grünes und Gelb-Digitales auszubuchstabieren ist – das sagen die Berliner Chefs ihrem einstweilen von seinem patriotischen Moralismus begeisterten Volk dann schon.

## **Merkels Land im Härtetest**

Die neue Ampel-Regierung bewirtschaftet mit ihrer Politik eine politisch gereifte Republik. Die bietet ihren Chefs so viel kapitalistischen Erfolg, dass die ein gigantisches Rüstungsprojekt, eine schwarze Null, Steuernachlässe für Besserverdienende und Kurzarbeitergeld für andere gleichzeitig in Angriff nehmen können. Sie ist in Europa und der Welt eine so dicke Nummer und eine so anerkannte Adresse, dass ihr schon beinahe automatisch die Funktion einer zweiten Führungsmacht einer westlichen Welt im unmittelbaren Vorkriegsmodus zufällt. Das Volk begegnet seiner Herrschaft wie einer freundlichen Vereinsleitung mit einer Anpassungsbereitschaft, die sogar den Übergang in einen Quasi-Kriegszustand locker und problemlos hergibt; mit einer Friedensbewegung, die sich für Krieg „auf der richtigen Seite der Geschichte“ begeistert.

Mit einem Wort: Die neue Regierung erbt von ihrer vierfachen Vorgängerin ein total einsatzbereites politisches Monstrum, das zugleich, Merkel und ihrer Regierungskunst sei Dank, als Inbegriff alternativloser Normalität auftritt und gilt. Das ist das extra Monströse daran. Denn die Wahrheit der über 4 Wahlperioden herbeiregierten bundesdeutschen Realität ist ja umgekehrt: Dieses alltägliche nationale Vereinsleben gibt alles her, was Deutschland für seinen Eintritt in einen ersten europäischen Krieg des 21. Jahrhunderts braucht. Das ist das Verdienst der alternativlosen letzten

### **16 Jahre Merkel: Eine alternative Bilanz**

Mit Alternativen in der Politik ist es im demokratischen Rechtsstaat so eine Sache.

Der kann – und will, das zum einen – aus seiner Haut nicht heraus. Alternativen wie ‚keine Marktwirtschaft‘ oder ‚keine Börsen-Exzesse‘ oder ‚keine Beteiligung an Krieg und Frieden‘ kommen von vornherein überhaupt nicht in Betracht.

Zum anderen bietet der Rechtsstaat eine Alternative zum Machtwort der Regierenden an: In periodischen Wahlen wird die Herrschaft über den ganzen alternativlosen Laden einer neuen, eventuell auch anderen Mannschaft aus dem politischen Angebot anvertraut. Dann gilt, was die nach Recht und Gesetz dekretiert und mit ihrem Volk anstellt; Alternativen dazu sind in den Status unverbindlicher Anregungen versetzt, praktisch also ausgeschlossen – schließlich ist es Herrschaft, die durch die Wahl vergeben wird – und das immer wieder. Es wäre ja auch noch schöner, wenn in einem ordentlichen Staat Herrschaft wirklich nur auf Zeit und unter Vorbehalt Gültigkeit hätte.

Zum dritten gibt es Länder, und die BRD gehört ganz entschieden dazu, in denen das freie Wahlvolk seine Freiheit, bei einer rechtmäßig anberaumten Wahl einer Regierungsalternative zur Macht zu verhelfen, am liebsten so wahrnimmt, dass es die bestehende Regierung als die optimale Alternative zu sich selbst erneut ermächtigt. Wenn das dreimal hintereinander passiert und am Ende 16 Jahre Merkel herauskommen, dann wundert es nicht, dass eher die Chefin das ewige Regieren leid ist als die Regierten den ‚Kanzlerbonus‘, der da wiederholt zugeschlagen hat.

Bei so viel Konservatismus von unten ist eine Regierung natürlich überhaupt nicht darauf festgelegt, selber konservativ zu sein und zu handeln. Sie hat im Gegenteil – und nutzt – alle Freiheit, die politische Agenda im Innern wie nach außen hin immer neu so zu definieren, wie die Konkurrenz um kapitalistisches Wachstum im Land wie im Weltvergleich und um die Fähigkeit, gegen andere Nationen übergriffig zu werden, es gebietet. Was im Fall der BRD bedeutet: in Auseinandersetzung mit ihresgleichen zu definieren, wie sie diese Konkurrenz haben will.

Im Fall Merkel kommt hinzu: Diese Regierungschefin hat ihre Herrschaft nicht nur ideologisch unter das Motto ‚There Is No Alternative‘ gestellt. Sie hat – nicht zuletzt unter Einsatz aller Techniken der politischen Intrigenwirtschaft – fast durchgehend einen dermaßen breiten politischen Konsens, ein quasi selbstverständliches Einverständnis aller namhaften politischen Kräfte mit ihrer Politik organisiert, dass ihre Herrschaft durch alle Wendungen und Fortschritte hindurch den Charakter eines unbestreitbaren Realismus angenommen hat: einer Normalität, die jeder irgendwie grundsätzlicheren Alternative den Status der Abseitigkeit oder der Irrelevanz verpasst hat. Am Ende hat der Umgang mit der Corona-Pandemie dank Rückgriff auf seuchenmedizinisches Expertentum das Seine getan, um die gewollte Gleichsetzung der gewohnten Merkel-Herrschaft mit dem vernünftigerweise Gebotenen – und die Gewöhnung daran als pure Einsichtigkeit – quasi zu beglaubigen.

Dazu im Folgenden ein paar Einwände.



Zu der ewig jungen Frage des systemeigenen marktwirtschaftlichen Gerechtigkeitssinns:

## Warum verdient wer wie viel?

haben 16 Jahre Merkel-Regierung unter anderem zwei weit auseinanderliegende Antworten beige-steuert.

Die eine gilt für Millionen arbeitsame Bundesbürger, lautet auf einen Betrag von rund 9,60 € die Stunde und überlässt dabei den Inhalt der bezahlten Stunde denen, die mit ihrer Verfügung über eine ganze Menge Geld nicht die Zeit, sondern den pro Zeiteinheit geleisteten Dienst bezahlen. Der zählt in den einschlägigen amtlichen Statistiken hauptsächlich zu einem Gewerbe, das – irgendwie passend – unter die Rubrik „Dienstleistungen“ fällt und – irgendwie ungerechterweise – von einem anderen unterschieden wird, das „produktiv“ heißt. Tatsächlich produziert der so sparsam entgoldene „Dienst“ genau dasselbe, worauf es bei allen „produktiven“ Arbeiten ganz genauso ankommt: Produziert werden Einnahmen für die zahlende Seite; produktiv sind die bezahlten Arbeitsleistungen genau darin, dass, und in dem Maß, wie sie pro Zeiteinheit und darin abgeleiteter Arbeit weniger Lohn kosten, als sie Einnahmen für die zahlende Seite schaffen. Neu, irgendwie alternativ ist daran im Prinzip natürlich nichts; schon gar nicht, dass die bezahlten – oder noch nicht einmal bezahlten Über- – Stunden mit maximaler Arbeitshetze gefüllt werden. Der zweite Wortbestandteil von „Arbeitsleistung“ bedeutet eben nicht bloß in der Physik, sondern erst recht im Kapitalismus „Arbeit pro Zeit“. Zu den Errungenschaften der Merkel-Ära zählt die verbindlich mindestens zu zahlende Geldsumme pro Stunde, darin enthalten das *Warum*. Fixiert ist der Schnittpunkt zweier Linien in der Geometrie der sozialen Marktwirtschaft. Die eine Linie sinkt vom Maximalentgelt, das in Merksels Republik gezahlt wird, kontinuierlich ab und repräsentiert das Interesse der geldigen Käufer von Arbeitsstunden, sich die benötigte Anzahl so billig wie möglich zu beschaffen. Dieses Interesse ist sehr heikel, findet sich laufend überfordert, fragt nur so viele Stunden nach, wie sich garantiert für seinen Erfolg lohnen, schafft deswegen – mit der Macht des Geldes, die es ganz auf seiner Seite hat – auf der anderen Seite eine Menge Bereitschaft, für wenig Geld alles Verlangte zu leisten. Die besagte Kurve, die den Preis aufzeichnet, zu dem die Nachfrage nach käuflicher Arbeit sich gut bedient sieht, zeigt dementsprechend beständig nach unten. Dabei kreuzt sie sich irgendwo zuerst mit dem Betrag, den Merksels Gewerkschaften mit ihren Tarifverträgen als Mindestlohn für besonders schlecht bezahlte Arbeitsdienste „durchgesetzt“, besser: zugestanden gekriegt haben. Von da aus geht es für Millionen Landesbewohner auf der schiefen Ebene der Stundenentgelte weiter nach unten, weil es keine gewerkschaftlich ausgehandelten Tarifverträge als Auffangstation gibt. Irgendwo war dann ein Hungerlohniveau erreicht, bei dem die politische Herrschaft im Land, gedrängt durch schon längst nicht mehr als Tarifpartner gefragte Gewerkschaftspolitiker, auf den Grund zurückgekommen ist, aus dem der deutsche Rechtsstaat den Gewerkschaften eine Zuständigkeit in der nationalen Lohnfrage zugesteht: Lohnarbeit muss funktionieren. Dafür ist es grundsätzlich am besten, die Vertreter der beiden

Seiten dieses Verhältnisses regeln die Sache selbst; dann gibt das Ergebnis keinen Grund für Beschwerden bei der Obrigkeit. Wenn es allerdings eine quasi-amtliche Vertretung der lohnabhängigen Seite, eine Gewerkschaft als willigen Tarifpartner, nicht gibt, braucht es Ersatz; schon allein als Orientierungsgröße für die Geldbesitzer, die mit dem Kauf produktiver Dienstleistungsstunden Geld verdienen wollen. Mit der Ersatzvornahme haben Merksels Leute es sich einerseits nicht leicht gemacht, dann aber doch eine für sie sehr bequeme systemkonforme Lösung gefunden: Eine Kommission aus Experten aller Seiten fungiert als Ersatz für die nicht stattfindenden Tarifverhandlungen und bringt deren Sinn und Zweck genau auf den Punkt, indem sie einen Mindestbetrag für die Stunde dekretiert, der dann unterster Fixpunkt für das Interesse der Lohnzahler ist, das Verhältnis von optimaler Menge nutzbringender Arbeitsstunden und maximaler Produktivität neu zu gestalten. Eine Mindestlohnkommission als Bremse für das zeitlos waltende kapitalistische Lohnminderungsinteresse – das ist das „Warum“ für das „Wie viel“, von dem Millionen Arbeitskräfte in Merksels Land leben.

Und eine Gratisgabe der alten an die neue Regierung ist noch dabei: Der sorgfältig errechnete Euro- und Centbetrag ist bescheiden genug, dass die SPD mit dem Versprechen, auf mittlere Sicht, wenn mal Zeit dazu ist, den runden Betrag von satten 12 Euro pro Stunde gesetzlich als Mindestlohn einzuführen, für einen sozialdemokratisch bestens fundierten Respekt vor der Arbeit sorgen kann. Obwohl die wahre, gute und schöne Zivilgesellschaft das von sich aus gar nicht eingefordert hat. So wohltätig wirkt Merksels Herrschaft über ihr Ende hinaus.

Für eine kleine radikale Minderheit beziffert sich das Fazit der sechzehn Jahre Christliche Sozialdemokratie auf eine Zahl rund um glatte 16000. Die bezeichnet nicht eine Euro-Summe, die irgendwer pro Stunde verdienen würde, obwohl das in etlichen Fällen durchaus auch darauf hinauslaufen könnte. Die 16000 beziffert die Gesamt-Performance der DAX-Konzerne am Ende der Ära. Sie – oder die einzelnen Aktienkurse, die darin zusammengefasst sind – informiert eine Handvoll reicher Leute darüber, wie reich sie sind, wie hoch ihr Geldvermögen aktuell ist und um welchen Betrag *es sich* vermehrt hat. Die Leistung, die diesen volatilen Vermögenszuwachs zuwege gebracht hat, ist damit auch schon fertig bestimmt: Sie liegt ganz in dem Geldvermögen selbst. Das vermehrt *sich*, so als wäre es sein eigenes tüchtiges Subjekt. Die Intelligenzleistung, die es für diese Art des selbsttätigen Geldverdienens dann doch braucht, besteht in einem Algorithmus, der das Vermögen so auf verschiedene Geldanlagen mit ihren jeweiligen Kursbewegungen verteilt, Kauf und Verkauf von Wertpapieren so zweckmäßig arrangiert, dass immer mehr daraus wird – soweit die künstliche Intelligenz dieses Algorithmus Menschen als Schöpfer und Knechte braucht, verdienen die mit an der Selbstvermehrung der Geldvermögen, die sie verwalten. Merksels Herrschaft über Deutschland und die Deutschen hat es dafür und für das stolze 16000er Ergebnis einerseits überhaupt nicht gebraucht – außer in dem wirklich ganz alternativlosen Sinn, dass es ein ganzes System kapitalistischer Ausbeutung der gesellschaftlichen Arbeit braucht, damit das Geschäft mit Papierwerten und Derivaten klappt; einen gigantischen, staatlich dirigierten Gesamtbetrieb produktiver Dienstleistung am Reichtum der Reichen, der menschliche

Arbeitskraft und natürliche Lebensbedingungen in größtem Stil aufzehrt. In einer entscheidenden Phase ihrer Regentschaft hat die Merkel-Regierung sich aber doch ganz extra um das Warum des gewaltigen Geldverdienens ihrer vermögenden Elite verdient gemacht. Das war, als die engagierte Intelligenz des Finanzgewerbes es mit ihrer zunehmend perfektionierten Kunst, den Reichtum der Reichen auf dem geraden Weg über den Einsatz noch nicht oder überhaupt nicht vorhandener Geldvermögen wachsen zu lassen, aus Schulden besonders schöne Vermögenssteigerungen herauszuholen, mal wieder und ganz besonders total übertrieben hat; als die drohende Annullierung des aufgelaufenen Übermaßes an Vermögengstiteln beinahe den ganzen großen, sogar den weltweiten Betrieb der Geldvermehrung mitsamt dem darunter subsumierten Arbeits- und Lebensprozess der Menschheit lahmgelegt hätte. Da hat die Regierung die Nerven behalten und das systemgemäß Notwendige getan: In vollem Vertrauen auf die letzte Geschäftsgrundlage der heiligen Privatwirtschaft, die souveräne Herrschaftsgewalt des Staates, hat sie fehlendes Geldvermögen durch ihr hoheitliches Machtwort ersetzt – und so den Algorithmus, also das System finanzkapitalistischer Bereicherung gerettet.

Mindestens zwei Highlights christlich-sozialdemokratischer Marktwirtschaft haben Deutschland und die Welt also der Ära der 16 Jahre zu verdanken; von allem anderen ganz abgesehen. An beiden Enden des Spektrums einschlägiger Aktivitäten hat Merkel passende Antworten auf die Frage inszeniert, warum wer wie viel verdient.

### **„Möglichst viele Menschen mitnehmen“ Klimakrisenbewältigung – die neue soziale Frage**

Nach sechzehn Jahren Merkel lässt sich der Menschheit im Lande auf denkbar unaufgeregte Weise mitteilen, dass die nationalen Großvorhaben, allen voran der „*tiefgreifende Transformationsprozess*“ namens Energiewende zur Rettung des Weltklimas, für die ‚kleinen Leute‘, egal, was da im Einzelnen kommt, unausweichlich Zumutungen bedeuten: „*Es muss natürlich auch darauf geachtet werden, dass wir auf diesem Weg möglichst viele Menschen mitnehmen.*“

Die Kanzlerin lässt jedenfalls keinen Zweifel daran, dass die keine andere Chance und Lebensperspektive haben, als von den Machern in Politik und Wirtschaft bei *deren* Projekten berücksichtigt zu werden, die sich ganz anderen Gesichtspunkten verdanken als den banalen Sorgen um ein so brauchbares wie verlässliches Einkommen. Was da wegen Klimarettung in Sachen Arbeit umorganisiert, dequalifiziert, automatisiert wird oder entfällt, was darüber als Einkommensquelle prekär bis obsolet wird und welche staatlichen Hilfen, Auflagen, Abgaben und Beschränkungen zu erwarten sind, wird ihnen mitgeteilt und praktisch in die Wege geleitet. Um die Bereitschaft der Bundesbürger, dabei mitzumachen, muss sich niemand Sorgen machen, weil auf deren Willen, aus den Setzungen von befugter Stelle für sich das Beste zu machen, Verlass ist. Regierung und Unternehmer machen jeden Tag reichlich davon Gebrauch. Wenn Deutschland die energiepolitische Rettung des Globus auf den Weg bringt, der Sache nach ein deutsch-europäisches Weltmarktprogramm mit strategischen Qualitäten,

dann gibt es für die große Mehrheit der Leute aus der Abteilung Lohn und Soziales jetzt eben einiges zu tun, um mit den neuen Bedingungen des Zurechtkommens fertigzuwerden – unter der Prämisse, dass es für alle sowieso nicht reicht und für ganz viele schlechter wird als bisher. Das alles in der Gewissheit, dass die sture Gewohnheit merkelmäßigen Regierens in der Hartz-IV-reformierten Republik, über die materiellen Lebenslagen der Leute geräuschlos ganz als belastbare Größe der Notwendigkeiten von Staatshaushalt und Sozialkassen, Weltmarkt- und Wachstumserfordernissen zu verfügen, unerschütterlich den sachlichen Leitfaden abgibt für die sozialpolitische Organisation des Ganzen:

„Die totale Kompensation für jeden kann es nicht geben, sondern wir müssen das Ganze ja dahin drängen. Wir können Zuschüsse geben, wir können Anreize geben, aber wir müssen zum Schluss unsere Energie anders erzeugen...“

So kommt die Republik voran. Der deutsche Unternehmerstand nimmt die Leute in Dienst oder auch nicht, die Politik kümmert sich um die sozialpolitische Abstufung der Zumutungen. Als Herr des Rechts und Hüter der Kassen bewirtschaftet sie funktionell die trostlose Realität der Armut der lohnabhängigen Menschheit im Rahmen ihres Standortprogramms, ohne hässliche Zwischenrufe und Friktionen – das ist *soziale Gerechtigkeit* am Ende der Ära Merkel.

### **Und die Antwort des deutschen Proletariats? – Bettelei um Berücksichtigung!**

Protest muss sich die Regierung in Sachen Klima allenfalls von Seiten der „Fridays for Future“-Bewegung anhören – ganz im Namen der großen Verantwortungsideale, unter denen sie ihre Politik als unumgänglichen Dienst wahlweise am Fortbestand der Menschheit, der Zukunft oder sonstigem in die Welt setzt. Etwas anderes als der Ruf nach einer konsequenteren Umsetzung dessen, was sie ohnehin auf die Tagesordnung gesetzt hat, ist von der aufgebrachtten Jugend nicht zu hören. Erst recht keine Einsprüche dagegen, wie mit der Arbeit, der damit verbundenen Armut und den existenziellen Unsicherheiten der lohnarbeitenden Mehrheit in Politik und Wirtschaft praktisch kalkuliert wird.

Und die Lohnabhängigen selbst? Sofern und soweit die andere Seite sie braucht, leisten sie ihre Dienste, machen Unternehmen aller Größenordnungen reich, sind damit das strapazierfähige Mittel für ein deutsches Wirtschaftswachstum, das dem Staat einen soliden Haushalt, ganz viel Kredit bei den internationalen Anlegern und eine in seinen Händen unschlagbare Währung für die Verwirklichung seiner Großprojekte einspielt. Einwände, womöglich Proteste, gegen den Alltag ihrer kapitalistischen Benutzung oder die von oben auf die Tagesordnung gesetzten Eingriffe in ihre Lebensverhältnisse, sind nicht bekannt. Die Mannschaft setzt mehr auf die BILD, die für einzelne Exemplare von ihnen „kämpft“ und sie gegen Abzocker und grüne Fanatiker in Sachen Schnitzelverbot und Tempolimit verteidigt, während sie sich überlegt, ob bei der nächsten Wahl die bessere Alternative für deutsche Arbeiter nicht doch die für Deutschland ist.

Ihre große *Organisation*, die deutsche Gewerkschaft, in der Millionen von ihnen Stimme und Vertretung haben, meldet sich daneben auch zu Wort. Sie veröffentlicht Papiere – z.B. eine „Transformations-Charta“ und ein Forderungspapier:

*„Ob Klimaneutralität, Digitalisierung oder neue globale Kräfteverhältnisse: Arbeit, Wirtschaft und Gesellschaft stehen zu Beginn des Jahrzehnts vor umfassenden Veränderungen. Die Dringlichkeit beim Klimaschutz ist hierzulande spätestens mit der Flutkatastrophe im Juli endgültig im allgemeinen Bewusstsein angekommen. Wir wollen eine Transformation, die unser Land sozial, ökologisch und demokratisch zum Besseren verändert. Nur wenn wir gemeinsam mit den Beschäftigten Zukunft gestalten, soziale Sicherheit vermitteln und Gerechtigkeit schaffen, wird aus einer sozial-ökologischen Transformation ein demokratischer Wandel. Die neue Bundesregierung muss deshalb schnellstmöglich die folgenden Punkte umsetzen...“*

#### **„DEUTSCHLAND MUSS INDUSTRIELAND BLEIBEN**

*Es geht um unsere Zukunft! Die IG Metall fordert die kommende Bundesregierung auf, die richtigen Weichen zu stellen – für einen fairen Wandel, für einen sozialen, ökologischen und demokratischen Umbau unserer Industrien. Wir können den Wandel zu einer klimaneutralen Industrie schaffen... Jetzt müssen die Rahmenbedingungen und Anreize gesetzt werden, um nachhaltige Investitionsentscheidungen und Planungssicherheit zu ermöglichen. Klimapolitische Ziele müssen endlich mit konkreten, umsetzbaren Maßnahmen unterlegt werden. Davon hängen hunderttausende Arbeitsplätze in zahlreichen Branchen ab: von der Automobilindustrie und der Stahlindustrie, über die Luftfahrt- und die Bahnindustrie, die maritime Wirtschaft, die angrenzenden industriellen Entwicklungsdienstleister und die Elektroindustrie, bis zu den vielfältigen Einzelbranchen im Maschinen- und Anlagenbau. Kurzum: Davon hängt der Wohlstand unseres Landes ab. Lassen Sie Ihren Ankündigungen Taten folgen!“*

Kein Gedanke mehr daran, dass das, was die Gewerkschaft bis auf den heutigen Tag organisiert, immerhin das Kollektiv derer ist, ohne deren Leistungen die andere Seite keines ihrer großen und kleinen Vorhaben zuwege brächte. Die deswegen in der Gewerkschaft über die Macht verfügen, die Rechnungen, die die Gegenseite mit ihnen anstellt, mit der kollektiven Verweigerung der Dienste zu durchkreuzen, um Schädigungen abzuwehren und eine Berücksichtigung ihrer Interessen zu erzwingen. Schon das Gejammer von wegen „*Dringlichkeit beim Klimaschutz*“ ist etwas anderes als eine Bilanz dessen, welche unangenehmen Selbstverständlichkeiten für die lohnabhängige Mehrheit mit dem Stichwort „*Klimawandel*“ eigentlich verknüpft sind. Immerhin sorgt der geschäftsmäßige Raubbau tatkräftiger Kapitalisten an allen natürlichen Ressourcen genauso wie die Benutzung von Luft und Wasser als kostenfreie Abraumhalde dafür, dass für die einfache Menschheit von den natürlichen Lebensbedingungen nur noch ein Stück fortschreitend ungenießbarer „*Umwelt*“ übrig bleibt. Wenn unter der Ägide der Staatsmacht, die die Produktivität der kapitalistischen Rentabilitätsrechnungen für ihre Zwecke so überaus schätzt, die Unternehmer mit ihrer weltumspannenden Profitproduktion es dahin gebracht haben, den ganzen Globus aufzuheizen, ist die ganze Sache eben doch kein „*Menschheitsproblem*“, sondern bleibt der ganze Scheißdreck eine weitere Facette proletarischer Armut.

Davon ist in den aufgeblasenen Pamphleten der Gewerkschaft nichts zu finden. Stattdessen malt sie in dramatischen Tönen aus, dass ihren Mitgliedern mit den fälligen Maßnahmen zur Umwälzung des Standorts *jede Sicherheit ihrer Benutzung* abhandenzukommen droht. Die Sache, nämlich die unter den hochtrabenden Titeln einer Rettung des Weltklimas vorangetriebene Agenda einer Neuerobierung des Weltmarkts mit grüner Energie, grünem Stahl, Elektromobilität usw.,

die den Unzuverlässigkeiten, mit denen sich die Arbeiter einzurichten versuchen, die nächste Serie zusätzlicher Belastungen hinzufügt, wird der Regierung nicht etwa unter der Androhung von Gegenwehr bestritten, sondern im Namen der hochheiligen Werte des Gemeinwesens noch einmal als *Auftrag* vorbuchstabiert. Und was dann – *ökologisch, sozial, demokratisch* – als Forderungskatalog verkündet wird, ist für einen Verein, dessen Mitgliedern gerade ihre grundsätzlichen Interessen bestritten werden, erstens eine Schande und zweitens fatal. Wer „*Stahl hat Zukunft*“ in die Welt posaunt, subsumiert das Wohlergehen der arbeitenden Menschheit von vorneherein ganz unter den Erfolg der Branche, den die mit fortwährenden Entlassungen, Rationalisierungen, Lohnstückkostensenkung und sonstigen Kunststücken auf Kosten der Arbeiter Tag für Tag sicherstellt. Die Gewerkschaft tritt ganz entschieden für nichts als *Kapitalförderung* durch die zuständigen Politiker ein, freilich mit dem Zusatz, dass die aber *unbedingt* unter *Auflagen* stattfinden müsste. Die bestehen nicht etwa in der Sicherstellung eines brauchbaren Lebensmittels für die Lohnabhängigen, widrigenfalls die Arbeitervertretung noch ganz andere Saiten aufziehen könnte, sondern in der Forderung, soweit vertretbar, den Unternehmen im Lande zumindest Maßnahmen zu finanzieren und rechtlich aufzuhalsen, die die *Bedingungen der Benutzbarkeit* des Arbeitsvolks der Möglichkeit nach aufrechterhalten.

Dafür gehen sie mit einer Karikatur des einstigen Bildes von der stolzen Arbeiterschaft als unentbehrlichem Leistungsträger für Kapital und Nation hausieren. Wenn DGB und IGM von den Beschäftigten als „*Innovator\*innen*“ schwafeln, denen Staat und Wirtschaft ein „*kontinuierliches Kompetenz-Monitoring*“ schulden, abgesichert durch einen „*bundesgesetzlichen Rahmen für Weiterbildung*“ und ein „*Recht auf lebenslanges Lernen*“, das nicht, wie „*allerdings oft*“, an den „*Faktoren Zeit und Geld scheitern*“ darf, also nach „*gezielten Unterstützungsmaßnahmen, etwa durch ein Transformations-Kurzarbeitergeld*“ schreit, dann machen sie außer der Beschwörung der Abhängigkeit nichts mehr geltend. Worin wird hier kenntlich, dass nicht irgendein Vertreter eines Branchenverbands, ein Sozial-, Wirtschafts- oder Finanzminister spricht? Die Besonderheit des gewerkschaftlichen Standpunkts ist die Selbstdarstellung als einzige Instanz, die der Gegenseite vor Augen stellt, *wie sehr* die *sich* einen Gefallen tut, wenn sie bei den fälligen Maßnahmen nicht allzu brutal und ignorant mit ihren Angestellten umgeht. Ganz vom Standpunkt der benutzten Dienstkräfte aus argumentiert die Gewerkschaft als Anwalt der höheren Vernunft, der der Gegenseite den *besonderen Nutzen*, den die mit dieser ihrer menschlichen Ressource eigentlich in den Händen hält, vor Augen führt. Dafür preist sie sich als den wunderbar passenden, weil in Arbeits-, Wirtschafts- und Sozialfragen unschlagbar kompetenten Partner an, mit dem im Tarifwesen ebenso die besten Lösungen möglich sind wie in Fragen der Kurzarbeiterregelung, Investitionsförderung und Steuerpolitik.

Der Sache nach bringt die Arbeitervertretung ihre Mitglieder konsequent als ohnmächtiges Opfer zur Anschauung und sich als Bittsteller zu Gehör. Der fordernde großmächtige Ton ihrer Bittstellerei verdankt sich allein dem Umstand, dass sie sich in Sachen Moral mit allen gültigen Instanzen und Parteien in diesem Lande im Namen der großen Aufgaben einig weiß. Der „*Klimaschutz*“ vor allem anderen – daneben immer wieder auch die „*Digitalisierung*“ – ist die anerkannte Herausforderung und Pflicht, der alle anerkannten Stände und Mitglieder des



Gemeinwesens, jeder an seinem Platz, zu genügen haben. Der Platz der Arbeiter, den die *Gewerkschaft* darin vorstellig macht, ist der von Arbeiterorganisation und Staat betreuten *Fürsorgeempfängern*. Ihre Rolle geht komplett darin auf, sich an die von Politik und Wirtschaft in Partnerschaft mit ihrer Gewerkschaft geschaffenen Realitäten anzupassen. Alles unter der Voraussetzung und mit der Konsequenz, dass auf die Leistungen, auf die es für einen ehemaligen Exportweltmeister im Aufbruch ankommt, bruchlos Verlass ist.

Damit gibt die Gewerkschaft ihrer Basis nicht nur eine Stimme, sondern definiert von oben herab, was die als solche eigentlich ist. Sie organisiert und vertritt ihre Mitglieder als die große Ansammlung der kleinen Leute, die komplett abhängig von den Berechnungen der Gegenseite sind und damit von vorne bis hinten darauf angewiesen, dass sich unter Fürsprache ihres Vereins die Politik ihrer annimmt. Dieses gewerkschaftliche Programm, der Basis zu dienen, indem die Organisation Kapital und Staat einen Katalog von Vorschlägen unterbreitet, wie die Abhängigkeit ihrer Klientel besser zu gestalten wäre, ohne dass die vom Nutzen, den sie aus dieser Abhängigkeit ziehen, Abstriche machen müssten, kann unmöglich im Auftrag ihrer Mitglieder ergangen sein. Darin wird vielmehr der Wechsel des Auftraggebers deutlich. Diese Gewerkschaft hat sich im Namen ihrer Basis dazu entschieden, den Dienst des Proletariats an Merkels wunderbarer Republik zu organisieren und sicherzustellen. Das ist ihr bleibendes Geschenk an die Gegenseite.

### **Noch ein Erfolg der Krisenmanagerin: Flüchtlingskrise – „geschafft!“**

Die einzige Großtat ihrer Amtszeit, die nicht nüchternen Sachnotwendigkeiten folgen, sondern als „Akt der Humanität“ verstanden werden sollte, hat ebendeswegen Merkel heftige Feindschaft besonders in der eigenen Partei eingetragen. Sie hat dagegen klargestellt, dass die kurzzeitig offene Grenze eine Ausnahme, Abhilfe in einer Notlage sein und bleiben sollte: „2015 wird sich nicht wiederholen.“ Ansonsten hat sie Kritik zurückgewiesen und standhaft behauptet: „Wir schaffen das!“ Und sie hat es geschafft: Eine knappe Million armer Schlucker ist in irgendwelchen Behausungen, im Sozialsystem und im untersten Segment des Arbeitsmarktes verstaut, teils auch in die Herkunftsländer zurückgeschickt worden. Die Grenzen sind wieder dicht und das „Migrationsproblem“ so perfekt im Griff, dass die Frage, die vor fünf Jahren die Nation spaltete, im Wahlkampf 2021 überhaupt keine Rolle mehr spielt.

Geschafft sind damit zudem ein paar Fortschritte in der fälligen Anerkennung der Deutschen, dass ‚wir‘ „*Einwanderungsland*“ sind. Erstens in dem Sinn, dass wir uns zunehmend an vor Armut und Gewalt fliehende Menschenmassen als Normal- und Dauerphänomen der schönen Weltordnung gewöhnen, in der die BRD ein großer Player ist. Mit der Bereitschaft, einmalig einen Schwung des wandernden Elends aufzunehmen, reklamiert dieses Deutschland zweitens globale Verantwortung – natürlich nicht für die Entstehung der Fluchtursachen, sondern für den menschenwürdigen, anderen ein Beispiel gebenden Umgang mit deren Folgen. Merkels Land „*duckt sich nicht weg, wenn die Globalisierung zu uns*

*kommt*“. Es weiß aber auch, dass Gastfreundschaft gefährlich ist, nämlich – der gezeigte gute Wille von damals beweist es ja – „*Pull-Effekte*“ erzeugt und noch mehr Einwanderung provoziert. Und dass „es“ deshalb nicht anders geht, als die Flut der Migranten mit allen dazu nötigen Mitteln zu „begrenzen“. Deutschland muss sich drittens also kein Gewissen daraus machen, dass es längst wieder auf die tödliche Unüberwindlichkeit des Mittelmeers, auf Orbán, die Polen, die Griechen und andere Menschenrechtsverletzer an den Außengrenzen der Union setzt, um von unerwünschten Immigranten verschont zu bleiben. Einwanderungsland heißt viertens eben nicht, dass Leute einwandern können, die das aus ihren Gründen wollen oder nötig haben, sondern dass das aufnehmende Land sich die Leute aussucht, die es hereinholt: Zur Behebung des Fachkräftemangels auf diversen Stufen des deutschen Arbeitsmarktes wirbt das weltoffene Deutschland die ausgebildete Elite anderer Länder an- und ab, entzieht z.B. ihren Krankenhäusern das Fachpersonal und klaut ihnen die Früchte ihrer Bildungsinvestitionen. Zu diesem Fortschritt in der Globalisierung bekennt sich die Republik offen und ehrlich. So weit, dass die Einheimischen die angeworbenen Fachleute nicht mehr rassistisch und xenophob anfeinden würden, hat Merkels kurz gezeigtes „freundliches Gesicht“ dann aber doch nicht gereicht.

## **Die nationale Protestkultur**

ist in 16 Merkeljahren an verschiedenen Stellen aufgeblüht, teils wieder dahingewelkt, teils zum festen Bestandteil des lebendigen demokratischen Meinungspluralismus geworden – freiheitlicher Geist in Aktion.

Da gab es, selten genug in einem Land der kritischen Freidenker, einen protestähnlichen öffentlichen Stimmungsaufschwung *zugunsten* der Regierungschefin: so etwas wie eine landesweite Bürgerinitiative mit dem Ziel, unter dem Motto „*Willkommenskultur*“ Merkels „*Wir schaffen das!*“ – nämlich die Aufnahme eines Schwall von Flüchtlingen und ein „*freundliches Gesicht*“ dazu – wahr zu machen. Eine hochanständige Minderheit im Volk hat eine der brutalen Nebenwirkungen von Krieg und – dazu passendem – Frieden in der gesamtwestlich verantworteten Weltordnung des 21. Jahrhunderts als kollektive private Gewissensfrage genommen und positiv beantwortet. Ein kleinerer Teil hat damit auch nicht aufgehört, als das christliche Abendland nach kurzem Dissens zwischen der Chefin und ihren Ministern, Parteigenossen und Kollegen wieder dazu übergegangen ist, das Mittelmeer in seiner Eigenschaft als Todeszone für Schlauchbootinsassen zur Abwehr weiterer „Migranten“ zu nutzen. Zeitweise wurde die Unterstützung privater Seenotrettung sogar populär, nämlich dank der Zuspitzung durch den und auf den rechtsradikalen italienischen (!) Innenminister, der es zweckwidrig fand, an der Ertränkung unerwünschter Zuwanderer als passender EU-Selbstschutzmaßnahme etwas zu beschönigen oder gar zu relativieren. Das hat immerhin gereicht, um Merkels Bemühen um eine EU-weite Verteilung der Last, die jeder nicht bestellte Syrer oder Äthiopier für Europas Binnenmarkt und Asylsystem darstellt, als hochherzigen Akt der Humanität zu interpretieren, der zwar – an „den anderen“ natürlich – gescheitert ist, Merkels Land aber irgendwie zur Ehre gereicht.

Dieselbe Unterstellung einer regierungsamtlichen Menschlichkeit auch ungefragt hereinströmenden Migranten gegenüber hat auf der anderen Seite sehr viel nachhaltiger eine Gesinnung befördert, geradezu zu einer ideellen Gegenbewegung anschwellen lassen, die dem Merkel-Volk viel besser aus dem politischen Herzen gesprochen hat und spricht als der Idealismus der Humanität, der allemal zur moralischen Ökonomie des zeitgenössischen Imperialismus gehört und – zu Recht oder zu Unrecht – in den kurzfristig aufwallenden Reflex der Hilfe für Hilfsbedürftige hineininterpretiert worden ist. Der vorherrschende Geist der deutschen Staatsbürgergemeinde hat für unerwünschte Ausländer im Land nämlich eine ganz andere ideologische Verwendung. Die sind ganz einfach *Fremde* – die Vorstellung personifizierter Fremdheit in der eigenen Lebenswelt ist hier allemal wichtiger als jede tatsächliche Wahrnehmung – und verdienen allein deswegen Ausgrenzung und eine Ablehnung, die bis in die Sphäre der subjektiven Empfindungen hineinreicht. Die sachliche Quelle dieser Geisteshaltung: die staatsbürgerliche Logik, die da am Werk ist – um es einmal in einem Satz zu sagen:

*Die Anforderungen der alltäglichen Konkurrenz ums Geld und seine lohnende Verwendung werden im Licht des geglaubten staatlichen Fürsorgeversprechens ans nationale Volk „den Anderen“, die davon eigentlich ausgeschlossen und trotzdem vorhanden sind, als Übergriff, der Politik als Versäumnis aus Pflichtvergessenheit zur Last gelegt –,*

die nährt da einen zunehmend verselbständigten Ausländerhass. In Merkels Regierungszeit hat der sich zu einem Dauerprotest ausgewachsen, der teils, von Deutschlands Parteien demokratisch betreut, als Wählermotiv sein Werk tut. Teils findet er im Bereich des öffentlichen Diskurses und vor allem der alternativ öffentlichen Meinungskundgabe im Internet zu sich selbst, drängt gerne ideell zur Tat, feiert bei Gelegenheit wirkliche Täter als seine Helden. Einer dieser Helden geht dann mit der Ermordung eines christdemokratischen Amtsträgers wegen Ausländerfreundschaft den für Deutschlands ordentliche Verhältnisse entscheidenden Schritt zu weit. Ein halbes Jahrhundert nach dem „Radikalenerlass“ gegen Linke wird der Verfassungsschutz dazu angehalten – und dafür sogar mit einem neuen Chef ausgestattet –, auch im konsolidierten rechtsradikalen Milieu dem Übergang von der Gesinnung zur Praxis vorzubeugen. Unterhalb dieser neu markierten „roten Linie“ etabliert sich die zurechtgewiesene, nach wie vor nicht bloß für „Fremde“ tendenziell lebensgefährliche Gesinnung dauerhaft: als ab- und wieder anschwellendes Getöse im Freiraum der „sozialen Medien“. Für das Bedürfnis, den durch Ausländer und Ausländerfreunde „Erniedrigten und Beleidigten“ herauszukehren und gegen die Fremden und die Abstraktion „*die da oben*“ lustvoll „zurück“zuschlagen, ist die Digitalisierung der Republik schon voll gelungen.

\*

Eine richtige regierungskritische Protestbewegung der Anständigen, mit öffentlichen Aufmärschen und Verweigerungsaktionen, hat die Republik unter Merkels Führung und wieder im Geist der von ihr propagierten Ideale dann auch noch hervorgebracht: Im Sinn – schon wieder – höchster Werte und unabweiserbarer sittlicher Notwendigkeiten, so wie die Regierungsspitze höchstpersönlich sie ihrem Volk als nationalen Auftrag vor Augen gestellt hat, sind Teile des

lernwilligen Nachwuchses der Nation unter dem Titel „Fridays for Future“ für die Rettung der Zukunft, der eigenen wie der des Planeten überhaupt, vor der zunehmend sicht- und fühlbar in Gang kommenden „Klimakatastrophe“ mit großem Elan öffentlich aktiv geworden. Auf eine Gegenbewegung – so wie die Freunde einer migrantenfreundlichen „Willkommenskultur“ – sind sie nicht gestoßen; zwar auf manche oberlehrerhafte Kritik am Schulschwänzen; andererseits auch auf ziemlich viel politisches Wohlwollen und sogar auf ein Bundesverfassungsgericht, das ihrem Anliegen in der verfremdeten Gestalt eines schützenswerten Freiheitsrechts Recht gegeben hat. Umso mehr ist ihr Kreuzzug zu einem Exempel dafür geworden, wie nachhaltiger Protest in einer politisierten Konkurrenzgesellschaft eben doch gar nicht geht, und zu einem Schulbeispiel dafür, wie eine auch ideell wehrhafte Demokratie kritischen Einsatz für ein von ihr anerkanntes, aber so doch gar nicht gemeintes hohes Ziel bis zur völligen Wirkungslosigkeit absorbiert, verdaut und unter ihre wirkliche Agenda subsumiert. Was das Erste betrifft: Der kritische Idealismus, wie stichhaltig auch immer begründet, einer kollektiven Zukunftsplanung, die den herrschenden Interessen Rücksichtnahme, der kapitalistischen Konkurrenz und der imperialistischen der Staaten nachhaltige Lebensperspektiven abringen will, stößt in Merkels Musterland bei der „Basis“, den geschädigten Massen, auf einen systemkonformen Materialismus: einen Lebenskampf um Erfolg *in* der marktwirtschaftlichen Konkurrenzgesellschaft und *gemäß* deren Kriterien, um Geld und Anerkennung und Selbstbehauptung im Betrieb, im öffentlichen und im privaten Leben, in den die Betroffenen nicht bloß faktisch alternativlos eingebunden sind, sondern sich alternativlos eingefügt haben. Von deren Seite ist mehr als wohlwollendes Verständnis für das Recht der Jugend auf ein bisschen Utopie nicht drin. Und was die andere Seite angeht: Die Macht, die ihre Interessen zu alternativlosen Fakten macht, praktiziert einmal mehr die schon tausendfach erprobte Kombination aus Zurückweisung im Namen des vernünftigerweise allenfalls Machbaren und zynischem Gebrauch des zurückgewiesenen edlen Anliegens für die Heuchelei einer eigentlich viel besseren Absicht.

Eine sehr viel stärkere, im nationalen Gesinnungshaushalt sehr viel fester verankerte Protestbewegung ist der Merkel-Regierung vor, während und erst recht nach den „Klima“-Demos aus dem Geist der Gewöhnung ans alternativlos „Gegebene“ erwachsen; logischerweise da, wo sie tatsächlich – natürlich wieder im Sinne einer alternativlosen Notwendigkeit – etwas anderes als ein unbedingtes „Weiter so!“ auf die politische Tagesordnung gesetzt hat. Von dem Rumoren unbefriedigter Ausländerfeindschaft anlässlich der befristeten Grenzöffnung zur „Flüchtlingskrise“ war schon die Rede. Die Ankündigung einiger Zumutungen der Energiewende-Politik im Zeichen des „Klimawandels“ ist vor allem insoweit nicht gut angekommen, wie die Nation sich in ihrer Eigenschaft als Autofahrerclub und in der trostlosen teuren Gewohnheit des „Pendelns“ gestört gesehen hat. So richtig hat sich dann anlässlich weitgehender Eingriffe ins bürgerliche Alltagsleben zwecks Corona-Pandemie-Bekämpfung ein zunehmend lautstarker „Widerstand“ herausgebildet, der punktgenau die Quintessenz bürgerlichen Oppositionsgeistes widerspiegelt – wenn man so will eine Gegenprobe auf die Geisteshaltung, an der Idealisten einer besseren, menschenfreundlichen Welt mit ihrem Bemühen um nachhaltigen Protest nicht nur in Merkels BRD notorisch

scheitern. Aufgeregt – oder auch: aufregen lassen – hat sich der Bundesbürger ziemlich dauerhaft und in ziemlich großer Zahl als *politisiertes Konkurrenzsubjekt*; und das heißt: in dem zentralen Punkt seines bürgerlichen Selbstbewusstseins, in dem die staatsbürgerlich-ideelle Seite seiner Existenz, seine – verfassungsrechtlich garantiert! – unveräußerliche Freiheit, und deren bürgerlich-materielle Seite, der Standpunkt, i.e. die akzeptierte Notwendigkeit des bedingungs- und rücksichtslos selbstbezogenen Einsatzes fürs eigene Wohl, nahtlos zusammenfallen. Als Hybrid aus „Bourgeois“ und „Citoyen“ findet der totale Konformist sich total herausgefordert, nämlich materiell geschädigt und ideell beleidigt zugleich, wenn seine Regierung ihm in die Gewohnheiten freier, selbstbewusster Bewältigung der Zwänge des Geldverdienens und Konkurrierens, des Sich-Anpassens und Sich-Durchsetzens hineinpuscht. Er wird rebellisch, wenn die öffentliche Gewalt, die er in den als Herausforderung akzeptierten Nöten seines Konkurrenzalltags nie wahrnimmt, ihm Dinge wie eine Impfung zumutet, die in die Sphäre der selbstbewusst subjektiven Alltags-Bewältigung hineinreichen; rebellisch, wogegen auch sonst, gegen die Abstraktion „*die da oben*“ – die dumme Elementarform staatsbürgerlichen Dagegen-Seins.

So enden 16 Jahre Merkel'scher Alternativlosigkeit dann doch ganz passend mit einem Musterfall gereifter demokratischer Protestkultur.

### **„Querdenker“- ,Demokratischer Widerstand‘ – ,Freie Sachsen‘ Rebellion aus lauter Identität mit den kapitalistischen Lebensverhältnissen**

Bei seinem Kampf um die Volksgesundheit in Pandemiezeiten trifft der bundesdeutsche Staat auf eine neue Art Gegnerschaft. Er sieht sich konfrontiert mit Protest gegen seine seuchenpolitischen Maßnahmen, mit offensiver Missachtung der verordneten Hygieneregeln sowie mit Hassattacken auf Politiker. Der Verfassungsschutz diagnostiziert einen neuen, „*den Staat delegitimierenden Extremismus*“, der natürlich nicht geduldet werden kann, weil die Staatsmacht schließlich ein Recht darauf hat, von den Bürgern als legitime Herrschaft anerkannt zu werden. Die andere Seite sieht sich ebenfalls im Recht, wenn sie gegen „*Freiheitsberaubung*“ und „*Corona-Diktatur*“ aufsteht: Wo Recht zu Unrecht wird – so ihre erzdemokratische Rechtfertigung – wird Widerstand zur Pflicht!

Wenn Gastwirte, die ihr Lokal schließen müssen, Solo-Selbstständige, die ihr Einkommen verlieren und auf staatliche Hilfen angewiesen sind, Naturheilkundler, die ihr Immunsystem durch Impfungen bedroht sehen, gestresste Eltern im Homeoffice und Anhänger der Clubszene, die tanzen wollen, sich zum „*Querdenken*“ entschließen, dann ärgern sie sich nur in erster Instanz über die Wirkungen der seuchenpolitischen Eingriffe des Staates. Ihre verschiedenen, von der läppischen Zumutung der Maske bis zur Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz reichenden Betroffenheiten vereinheitlichen sie und lassen sie aufgehen in dem ungeheuren Vorwurf, die verfassungsmäßige Freiheit werde abgeschafft. Sie legen sich quer gegen den für sie unfassbaren nationalen Konsens, der die Corona-politischen Verordnungen als vernünftig, weil in der gegebenen Situation nötig, akzeptiert. Die Hinnahme der Eingriffe ins hohe Gut der Freiheit

erklären sie sich als Produkt einer Gleichschaltung der Meinungen, für die sie die Politiker, die zusammen mit dem medizinischen Sachverstand das Virus hochjazzten, die „Lügenpresse“, die alternative Auffassungen totschweigt, vor allem aber staatsgläubige Bürger verantwortlich machen, die sich von ein bisschen Angst mache so billig ihre Freiheit abhandeln lassen und brav gehorchen, wenn die Herrschenden befehlen. Dem Meinungsterror dieser geschlossenen Front widersetzen sie sich als die wahren Demokraten, die sich eigene Gedanken und ihre Selbstbestimmung nicht verbieten lassen: Sie bestreiten dem Konsens seine Vernunft und dem Staat jedes Recht zu seinen Eingriffen.

### **Verbote können kein Schutz sein!**

Querdenker sind, wie alle Bürger, damit konfrontiert, dass die Regierung in der pandemischen Notlage anders verbietend und verpflichtend in ihren Alltag eingreift als in normalen Zeiten. Sie rückt von der üblichen gesundheitspolitischen Praxis ab, es den Individuen zu überlassen, selbst auf ihre Gesundheit zu achten oder auch nicht, sich der Angebote des Gesundheitssystems zu bedienen oder es zu lassen. Um Zahl und Geschwindigkeit der Ansteckungen mit dem Virus zu senken, erlässt die Regierung Kontakt- und Zugangsbeschränkungen, eine Masken- und – vielleicht – eine Impfpflicht: Vom Einzelnen ist verlangt, die Gefahr, die er als möglicher Überträger des Virus für andere darstellt, zu begrenzen. Unabhängig von der und auch gegen die persönliche Einschätzung dieser Gefahr wird er für die Volksgesundheit in die Pflicht genommen. Das ist der Übergriff auf die Freiheit der Bürger, für den der Corona-Protest keine gesundheitspolitische Rechtfertigung gelten lässt.

*„In den Medien wird immer wieder darüber berichtet, dass wir gegen die ‚Corona-Schutzmaßnahmen‘ demonstrieren. Diese Behauptung ist irreführend und am Thema vorbei: Es sind keine Schutzmaßnahmen, sondern Verbote, die die Abwehr- und Freiheitsrechte aller Bürger und Bürgerinnen gegenüber dem Staat massiv beschneiden. Wären es tatsächlich ‚Schutzmaßnahmen‘ und wären sie insbesondere verhältnismäßig, würden nicht so viele Gerichte per Urteile diese Maßnahmen immer wieder für unverhältnismäßig und verfassungswidrig erklären.*

*Wären es Schutzmaßnahmen, gäbe es nicht so viele Kollateralschäden, angefangen bei der mentalen Gesundheit, bei der die Depressionen und Suizide in die Höhe schnellen, weitergehend zur Wirtschaft, die kurz vor dem Kollaps steht, bis hin zum Gesundheitswesen, welches zusammengekürzt wird, mit geschlossenen Kliniken und Abbau von Intensivbetten.“<sup>1)</sup>*

Auf die medizinische Logik der diversen Verbote und Pflichten lassen sich Querdenker nicht ein. Schutz für sie kann nicht vorliegen, wo ihnen so viel verboten wird; umso weniger, als mit dem angeblichen Schutz noch „Kollateralschäden“ an anderer Stelle einhergehen. Was ihnen gesundheitlich und überhaupt guttut, wissen sie selbst am besten. Von niemandem lassen sie sich sagen, wie sie mit ihrem Körper umzugehen haben; am wenigsten vom Staat.

Als Beweis für die Unrechtmäßigkeit des Angriffs auf ihre verfassungsmäßigen Freiheits- und Abwehrrechte beruft sich die Querdenker-Szene auf Gerichts-

1) Pressemitteilung zur bundesweiten Demonstration in Stuttgart am 3.4.21, presse.querdenken-711.de



urteile, die Pandemie-Maßnahmen in einigen wenigen Fällen als „*unverhältnismäßig*“ weitgehende, für den Schutz der Volksgesundheit nicht unbedingt nötige Eingriffe in das Treiben der Bürger verwerfen. Das Relative und Abwägende dieser Entscheide ignoriert sie dann ebenso großzügig wie die überwiegende Zahl anderer Urteile, die solche Verordnungen bestätigen. Von der Rechtsprechung lässt sie sich Recht geben, wo sie ihr zupasskommt; wo nicht, zählen Urteile nichts. In ihrer Auffassung, dass sie das Freiheitsversprechen der Verfassung auf ihrer Seite hat und der Staat gegen alles Recht den Bürgern ihre Freiheit stiehlt, lässt sich die Szene jedenfalls nicht irritieren.

### **Die Querdenker und ihre Freunde machen die Bürgerfreiheit gegen ihren staatlichen Garanten geltend**

Sie fordern vom Staat die Rückgabe ihrer Freiheit, die er ihnen offenbar nehmen kann. Dass er es dann aber auch ist, der ihnen ihre Freiheit in normalen Zeiten gewährt, dass er sich mit diesem Gewähren als souveräne Macht über den Bürgern präsentiert und ihnen mit der Freiheit auch deren Grenzen und Bedingungen vorsetzt, mit denen sie zurechtkommen müssen – das alles hat keinen Platz im Denken dieser Freiheitshelden. Im Gegenteil: Wo von einem Gewähren der Freiheit die Rede ist, sehen sie schon den Anfang von ihrem Ende:

*„Niemand gewährt mir Freiheit. Ich bin frei!“<sup>2)</sup>*

Selbstbewusst stellt sich der Wiener Demonstrant auf den Standpunkt der eingerichteten Freiheit und nimmt als sein Recht und seinen Besitzstand in Anspruch, wie er tatsächlich praktisch in der Welt steht: In seiner Privatsphäre ist er frei, kein Diener irgendwelcher Herren, nur im eigenen Interesse unterwegs. In dieser Perspektive kennt er den Staat nicht als Hoheit über sich, der er gehorcht, sondern umgekehrt als Schutzmacht und Diener an seiner Freiheit – jedenfalls so lange, wie ihm dieser nicht behindernde Vorschriften macht. Übertriebene Vorstellungen vom hohen Gut der Freiheit macht sich seinesgleichen dabei gar nicht:

*„Also ich konnte meine Eigenverantwortung und meine Freiräume in meinem Leben bisher gut nutzen und ausleben. Also ich habe sonst die Erfahrung nicht gemacht, dass ich mich gefühlt habe wie ein kleines Kind, so, was von oben herab Dinge vorgeschrieben bekommt, die einfach eigentlich niemand anderen was angehen.“<sup>3)</sup>*

Der Alltag vor Corona ist das Reich der Freiheit, die sie meinen. Dass der geschätzte „Freiraum“ – das Wort sagt es schon – Grenzen hat und unter Bedingungen steht, ist überhaupt nicht unbekannt, aber auch kein Einspruch gegen die ungetrübte Selbstbestimmung. Es sind eben Bedingungen, in denen man sich eingerichtet hat und mit denen zurechtkommen man gewohnt ist. Sie werden positiv genommen als Mittel und Ermöglichung des eigeninteressierten Umgangs mit ihnen. Und dass sie zugleich Schranken der Freiheit sind, wird auch begrüßt,

2) Demo-Parole, Wiener Corona-Protest.

3) Aus einer Demonstranten-Befragung: Nadine Frei/Oliver Nachtwey, Quellen des „Querdenkertums“. Eine politische Soziologie der Corona-Proteste in Baden-Württemberg, Studie für die Heinrich-Böll-Stiftung Baden-Württemberg, November 2021 (online unter boell-bw.de), S. 23

als Schutz gegen die anderen nämlich, die mit dem Überschreiten der Grenzen ihrer Freiheitsräume die eigene Freiheit bedrohen. Gerade die staatlich gezogenen Schranken der Freiheit sind zugleich willkommene Garantien für sie. Nicht nur ‚Freie Sachsen‘, alle Demokraten kennen und akzeptieren die ihnen gezogenen Grenzen unter dem gemütlichen Ausdruck: „*Durchsetzung äußerer Spielregeln des Zusammenlebens*“. Gegen die und gegen deren gewaltsame Durchsetzung hätten sie nichts einzuwenden – wenn sich der deutsche Staat denn darauf beschränken würde. Das aber tut er spätestens seit Corona nicht mehr: „*Freiheit, Leben, Ehre und Eigentum sind die einzigen Rechtsgüter, deren Schutz Strafnormen zu dienen haben.*“ Was darüber hinausgeht, sind „*obrigkeitliche Eingriffe in die Privatautonomie und die Vertragsfreiheit*“, die das für ‚Freie Sachsen‘ einsehbar „*Minimum*“ überschreiten.<sup>4)</sup>

Dass der staatliche Schutz der Freiheit und des jeweiligen Eigentums ökonomische Beziehungen definiert und die Mitmacher im bunten Volk der Corona-Demonstranten auf sehr *verschiedene Rollen* im Gemeinschaftsleben festlegt – auch das ist diesen stolzen Freien selbstverständlich, aber eben überhaupt kein Problem, weil es *ihre Rollen* sind, deren Ausfüllung sie als ihre Lebensaufgabe ergriffen haben: Den alltäglichen Notwendigkeiten der marktwirtschaftlichen Konkurrenz zu gehorchen ist ihre ganze Freiheit. Dabei beschränkt, behindert, auf irgendetwas anderes als die akzeptierten Zwänge des Gelderwerbs und des Geldausgebens hingelenkt zu werden ist Knechtschaft.

„*Ein zunehmend übergreifender Staat, der immer mehr versucht, in das Privatleben seiner Bürger und Bürgerinnen einzugreifen, sowie Politiker und Politikerinnen, die sich anmaßen, die Menschen zu erziehen, und ihnen vorschreiben wollen, was sie zu denken und wie sie zu leben haben, gibt es nicht erst seit Corona. Mit Corona haben sich die bereits bestehenden Verhältnisse nur nochmal verschärft.*“<sup>5)</sup>

Darüber, wo genau die heikle Grenze zwischen dem legitimen Durchsetzen von „Spielregeln“ und gängelnden Übergriffen auf freie Bürger zu ziehen ist, gibt es unter Querdenkern die unterschiedlichsten Vorstellungen je nach dem Grad der individuellen Freiheits-Empfindlichkeit. Einig sind sie darin, dass diese Grenze mit „Gesundheitsdiktatur“ und Impfpflicht überschritten ist, der Staat also gegen das Mandat verstößt, das ihm erteilt zu haben sie sich einbilden.

### **Normalbürger radikalieren sich und entdecken bei ihrem Staat totalitäre Herrschaft**

Freiheit ist das Recht der Bürger, ihre Beschränkung ein nicht zu rechtfertigendes Unrecht, für das also die allerschlechtesten Gründe vorliegen müssen. Weil die Freiheit pandemiebedingt eingeschränkt wird, muss Unterjochung wohl der eigentliche und ganze Zweck dieser Politik sein. Sie ist nicht nur ein Übergriff auf die Freiheit der Bürger, sie will es sein und die freiheitliche Gesellschaft überhaupt abschaffen.

„*Die treibende Motivation der Herrschenden ist Macht. Sie sind süchtig nach Macht. Und diese Macht erreichen sie am besten durch Kontrolle der Bevölkerung.*“ (Ebd.)

4) Freie Sachsen: Wofür wir stehen, [freie-sachsen.info](http://freie-sachsen.info)

5) Matthias Klingensmeyer: Auf leisen Sohlen. Die Nacht bricht nicht plötzlich herein – der Faschismus ergreift oft ganz allmählich von einer Gesellschaft Besitz und wird nicht sofort erkannt, 26.11.21, [rubikon.news](http://rubikon.news)

Denjenigen, die ihrem Wahlamt entsprechend die politische Herrschaft ausüben, soll es um *Macht pur* und dafür um *totale Kontrolle* gehen. Aus der Politik, die sie treiben, wird so ein reines Bestimmen-Wollen, das zu nichts weiter gut ist, als *dass sie eben über andere bestimmen*: ein maßloser, verrückter Selbstzweck.

Mit diesem Verständnisschlüssel im Kopf erschließt sich dann manchem der geheime, totalitäre Sinn, der hinter der angeblichen „Virus-Abwehrschlacht“ steckt:

*„Der Angriff der Regierungen auf die Bevölkerungen zielt ... jenseits der ‚Virus-Abwehrschlacht‘ in Verbindung mit dem Impfterror auf die körperliche Unversehrtheit der Menschen. Denn es handelt sich bei dem ‚4. Bevölkerungsschutzgesetz‘ zusätzlich um ein Projekt zur Schwächung der ‚Volksgesundheit‘: durch verordneten Bewegungsmangel, soziale Distanzierung und Isolierung, Hygieneterror, Schulschließungen, psychische Unterdrückung, permanente Stresserzeugung, Verbot sozialer Kontakte, Verbot von Sportereignissen, der Unterdrückung jedweder Kultur und politischer Betätigung, kurz: aller Freuden des Lebens. Was nur eine Minderheit erkennt: Im Kern geht es auch um einen Versuch zur Abschaffung des gesamten öffentlichen Raumes!“<sup>6)</sup>*

Die bekannten Schäden, mit denen das staatliche Pandemie-Management kalkulierend umgeht, werden mit dem Gestus der Entlarvung als himmelschreiende Skandale präsentiert, die für sich sprechen. Und damit sie das auch tun, überzeichnen die Kritiker sie ins Absurde: Maßnahmen zum Schutz der Volksgesundheit zielen in Wahrheit auf ihre Unterminierung, Kontaktverbote sollen die demokratische Öffentlichkeit abschaffen; aus den Gesichtsmasken, die alle lästig finden, wird ein Folterinstrument; aus der Impfspritze eine tödliche Waffe, im Vergleich zu der das Virus harmlos ist. Jede Erinnerung an das Wozu der Beschränkungen, die die Pandemie-Politik verordnet, durchschauen die Autoren als ein verharmlosendes Kleinreden des Staatsterrors, den sie am Werk sehen; das Verhältnis von pandemischem Anlass und darauf reagierenden Staatsmaßnahmen stellen sie auf den Kopf: Dem rundum bösen Willen der Regierenden kommt das Virus gerade recht für das Unterdrückungsregime, das sie ohnedies errichten wollen. Wahlweise ist es in geheimen Labors gezüchtet oder gleich reines Fake, um den entsprechenden Vorwand zu liefern. In diesem intellektuellen Milieu werden die wildesten Verschwörungstheorien zur verzeihlichen Marotte, weil ihr Vertreter letztlich schon das Richtige meint, wenn er etwas übertreibt:

*„Danach werden sie Beruhigungsmittel ins Wasser kippen, Militär einsetzen, Anschläge verüben (Atommeiler hochjagen wie Brockdorf), Drohnen einsetzen, Lockdown ausrufen, Todesspritze verordnen, Deutschland in 5km Sektoren unterteilen, Supermärkte schließen, Lebensmittel verknappen, Menschen hungern lassen, Ausgangssperren verordnen, Konzentrationslager für Corona-Positive errichten, euch eure Kinder wegnehmen und ihr Blut abzapfen.“ (Attila Hildmann)*

Gegen die Abschaffung, nicht mehr nur ihrer, sondern der Freiheit als gesellschaftliche Verkehrsform überhaupt, ziehen die Aufrechten mit der französischen Revolution nachempfundenen Parolen „Freiheit, Frieden, Menschenrechte!“ durch die Städte und prangern das Unrecht ihrer Unterdrückung an, indem sie

6) Anselm Lenz/Ullrich Mies, Der Ausnahmezustand als Regel. In: Ullrich Mies (Hrsg.), *Schöne neue Welt 2030. Vom Fall der Demokratie und dem Aufstieg einer totalitären Ordnung*, Wien 2021, S. 29 – 38, hier: 34

sich die heiligsten Symbole der Nation für verfolgte Unschuld und gemordete Standhaftigkeit, Judenstern und Sophie-Scholl-Plaketten anheften.

### **Politische Antworten auf die Frage: Woher dieser Abgrund an Freiheitsverrat?**

Die empörten Bürger, die sich keinen legitimen Grund vorstellen können, warum ihr Staat ihnen ihren kapitalistischen Alltag, dessen Prinzipien er sonst schützt und verbindlich macht, verbieten sollte, bekommen von anderer Seite Gründe geboten, warum die Regierenden es dennoch tun; und zwar von politischen Kräften, die selbst ganz anderes bewegt als Ärger über die Seuchenpolitik, die aber in der Entfremdung von Teilen des anständigen Volkes von seiner Obrigkeit die Chance sehen, für ihre eigene Entfremddiagnose Anhänger zu werben und den Freiheitsfanatikern klarzumachen, welchen hohen Wert bzw. welches Subjekt die Volksverräter in Wahrheit schänden.

Da sind einmal die *radikalen Rechten*. Ein Sprecher der „Identitären Bewegung“ wanzt sich bei den Freiheits-Verteidigern an, indem er ihrem Verfolgungswahn Realismus attestiert: „*eine gesunde, materiell belegbare Einschätzung über den Zustand der Welt*“. Sie mögen sich zwar „*oft in mythomanischen, personalisierenden Idiosynkrasien*“ ergehen, tendieren aber „*notwendig nach rechts und ins bodenständige national-patriotische Lager*“. <sup>7)</sup> Dafür, dass die Tendenz auch zum Durchbruch kommt, präsentiert er ihnen seine durch und durch nüchterne Sicht der Dinge, der zufolge viel mehr im Argen liegt als bloß der staatliche Umgang mit dem Virus: Die Republik ist globalistisch-linksliberal unterwandert. Eine volksfeindliche Clique um Merkel und ihre Nachfolger liebt ihr selbstbewusstes deutsches Volk nicht und überschwemmt das Land mit Fremden. Durch „Umwolkung“ will sie sich ein anderes Volk schaffen, das besser zum Unterdrückungswillen der Herrschenden passt. Die Schwächung der Volksgesundheit durch gefährliche immunologische Massenexperimente und wiederkehrenden Hausarrest fügt sich bestens ein in das Projekt, das ursprüngliche Volk durch eine global durchmischte, identitäts- und willenslose, leicht lenkbare Masse zu ersetzen.

Die *Reichsbürger*, die es auch schon länger gibt, haben mit viel alternativer Rechtskunde umgekehrt herausgefunden, dass der existente Staat nicht zum Volk passt, nicht die wahre Obrigkeit der Deutschen ist: Die Bundesrepublik ohne formellen Friedensvertrag und valides Gründungsdokument betrachten sie als einen Scheinstaat ohne Souveränität, den es eigentlich gar nicht gibt. Das Recht, das er gleichwohl flächendeckend durchsetzt, ist reine Schikane, die jetzt um obrigkeitlichen Hygieneterror ergänzt wird.

Die „*Freien Sachsen*“ vermissen noch auf andere Weise das rechte Passungsverhältnis von Staat und Volk: Sie wollen entdeckt haben, dass sie einer Berliner Fremdherrschaft unterliegen, ihr unfreier Freistaat seinem freien Volk daher gar nicht entsprechen kann.

Es gibt offenbar nicht sehr viele Varianten, sich im tiefen Glauben an eine eigentliche Harmonie von politischer Herrschaft und beherrschtem Volk über deren Abwesenheit aufzuregen. Aber eine linke Variante gibt es schon noch: Sie weiß – das ist das Linke an ihr – dass hinter der Gesundheitsdiktatur nicht einfach machtgeile Personen stecken, sondern System. Dass der Staat nicht im

7) Martin Sellner, Der Aufstand der Verschwörungsgegner, 20.5.20, sezession.de

Sinn des Volkes, sondern gegen es agiert, erklärt diese linke Abteilung – wie könnte es anders sein – mit der Krise des Kapitalismus, dem universellen Sachzwang zum Kujonieren der Massen: „Weil das bisherige Akkumulations- und das mit ihm verbundene exzessive Globalisierungsmodell der letzten etwa 50 Jahre an seine Grenzen gekommen war“, haben die Herrschenden „beschlossen, die Reißleine zu ziehen“ – „und so ereignete sich seit März 2020 das, was die Menschheit als Corona-Krise zu gewärtigen hat“. <sup>8)</sup> Was das Virus und die staatlichen Maßnahmen gegen seine Verbreitung mit einem Akkumulationsmodell und dessen Grenzen zu tun haben? Bill Gates und die Drahtzieher vom Davoser Weltwirtschaftsforum werden es schon wissen... Auch linksherum lässt sich ein geheimer Zusammenschluss der Mächtigen beschwören, in dessen Licht die Corona-Politik ihren wahren Sinn offenbart: Der „finanzkapitalistisch-staatsterroristisch-militärisch-industrielle Kommunikationskomplex“ betreibt die Rettung eines unhaltbar gewordenen Akkumulationsmodells. <sup>9)</sup>

Letzteres ist den normal unzufriedenen, queren Bürger\*innen, die im Mitlatschen auf Anti-Corona-Demos ihre Freiheit genießen, wahrscheinlich zu quer. Aber es langt ja fürs Mitmachen, was den Verfassungsschutz mit seinem „rechts/links/Ausländer“-Schema vor Rätsel stellt: Querdenker und -innen brauchen es gar nicht ausdrücken zu können – sie *leben*, jedenfalls in den beseligenden Viertelstunden ihrer Umzüge, den Schwindel vom selbstbestimmten Kollektiv Gleichgesinnter, das vor und unabhängig von seiner verhaltensauffälligen Regierung existiert und als Auftraggeber über ihr steht; also vom *Volk*, das in ihrer Fantasie von niemandem beherrscht wird als von sich selbst. Aus diesem Hochgefühl frisch entdeckter Selbstbestimmung heraus animieren sie den Rest der nationalen Herde, die von der „Lügenpresse“ in die Irre geführten „Schlafschafe“, zum Ausgang aus ihrer selbstverschuldeten Unmündigkeit: „Denk doch mal selber nach!!!“

Das geht ganz leicht. Mit-Spazieren reicht: für den Genuss der Zugehörigkeit zu einer Gemeinde, die sich durch das Recht auszeichnet, „die anderen“ zu verachten. Nämlich als dumme Masse, die mit ihrem Gehorsam selbst erzeugt, worunter sie sich unterwirft: „*Tyrants don't create the tyranny. Your obedience does.*“ <sup>10)</sup>

Selbsteln macht frei; „die anderen“ doof finden verbindet. So geht Oppositionsgeist heute.

## **Merkels Land in einer Welt feindlicher Großmächte: Ganz gut drauf!**

Am Ende der 16 Jahre Merkel-Regierungen findet sich die Republik in einer weltpolitischen Verlegenheit, zu der es eine Nation erst einmal bringen muss: Sie sieht sich in der Gefahr, zusammen mit ihrer Union souveräner Nachbarstaaten zwischen den Weltmächten USA und VR China und, womöglich, zwischen den Atom-Supermächten Russland und USA „zerrieben“ zu werden.

8) Mies, a.a.O., Die Diktatur des „Globalen Tiefen Staates“, S. 103 – 129, hier: 105

9) Mies, a.a.O., Einleitung, S. 21 – 26, hier: 22

10) Amerikanische Spruchweisheit, zitiert von Peter Koenig, Dystopie – Globalisten gegen die Völkergemeinschaft. In: Mies, a.a.O., S. 141 – 153, hier: 152

Tatsächlich haben die 16 Jahre gereicht, um die chinesische Volksrepublik zur kapitalistischen Weltmacht mit militärisch ordentlich unterfüttertem ausgreifendem Selbstbehauptungsanspruch aufwachsen zu lassen; „Moskau“, der Erbe der einstigen sowjetischen Weltmacht, hat sich zu einer spürbaren Defensive gegen das immer weitere Vorrücken eines zunehmend antirussischen „Westens“ nötigen lassen und befähigt; die USA haben ihren Monopolanspruch auf Durchsetzung einer eigennützigen Weltordnung von allen Momenten eines irgendwie rücksichtsvollen Einvernehmens mit ihren wichtigen europäischen Alliierten befreit, ohne von ihrer Führungsposition Abstriche zu machen. Dafür kann Merkel nichts.

Was ihre Nation stattdessen kann, ist ein selbstbewusstes Auftrumpfen gegen alle drei Großmächte, das in der Sorge ums „Zerrieben-Werden“ eine denkbar bescheidene, maximal unehrliche, eben ganz Merkel-mäßige Fassung bekommen hat.

Der eine Trumpf ist ideeller Natur und dabei alles andere als bloßer Idealismus. Er heißt „*unsere Werte*“, bedarfsweise auch „Frieden“ oder „multilaterale Weltordnung“ und artikuliert den Anspruch auf – mindestens – Ebenbürtigkeit mit den Mächten, auf die Merkels Deutschland sich als die wesentlichen anderen, irgendwie gefährlichen Größen in der Weltpolitik bezieht.

Mindestens. Denn Russland gegenüber sind „unsere europäischen Werte“ der durchaus drohend gemeinte Einspruch gegen das sicherheitspolitische Überlebensinteresse dieses Staates. Der besteht auf einem Umfeld und Vorfeld verbündeter oder wenigstens gesichert neutraler Länder, gegen deren fortschreitende Eingemeindung in und Funktionalisierung für einen feindlichen Machtblock, der in doppelter Gestalt, als EU und und als das jederzeit aktivierbare Kriegsbündnis NATO, auftritt. Den einschlägigen, mit asymmetrischen Mitteln begonnenen und in Gang gehaltenen Kampf um die Ukraine definiert Deutschland offensiv als von den Russen menschenrechtswidrig übertretene „rote Linie“. Ihren Standpunkt der Überparteilichkeit, den sie als höchst interessierte antirussische Partei zusammen mit Frankreich im Sinne einer selbstverständlichen Oberhoheit über die staatlichen Trümmer der Sowjetunion geltend gemacht hat, hat die Merkel-Regierung am Ende zur völkerrechtlichen Kriminalisierung russischer Sicherheitsinteressen und Anerkennungsforderungen weiterentwickelt. Damit entzieht sie ihre Absage an Moskau dem Bereich des politischen Abwägens, also jeder Relativierung: eine klare Feindschaftserklärung.

In analoger Weise ermächtigt Merkels Deutschland sich mit der Berufung auf das Menschenrecht der Uiguren auf eine freie völkisch-islamische Identität und das der Hongkong-Chinesen auf die freie Wahl Peking-feindlicher Parteien gegen die mächtige VR China zur quasirechtlichen Kontrolle und moralischen Bevormundung der dort herrschenden Staatspartei. Die freie Öffentlichkeit denkt mit und übt, wo die Regierung es aus Berechnung daran fehlen lässt, nationale Selbstkritik an einem falschen Entgegenkommen gegenüber einer Herrschaft, die in ganz unerhörter, jedenfalls illegitimer Weise erfolgreichen Kapitalismus mit Unterdrückung verknüpft.

In der anderen Himmelsrichtung stehen die lieben „Werte des Westens“ zwar für prinzipielle Übereinstimmung Deutschlands mit den Feindschaften gegen



Russland und die VR China, die Amerika ansagt und auf ihre etwas andere Weise definiert: als Weltmacht, die ein Monopol auf Weltordnung und Atomkriegsfähigkeit zu verteidigen hat. Dass man in Merkels Land aber besser weiß als der „innerlich zerrissene“ Big Brother jenseits des Atlantik, wie „wertebasierte“ Weltpolitik geht und „innerer Frieden“ auszusehen hat, das machen die regierenden Moralisten schon auch deutlich. Im Namen der „gemeinsamen Werte“ weisen sie – unaufgeregt, sachlich, Merkel-mäßig eben – den großen Mühlstein Amerika zurecht, von dem sie auf keinen Fall „zerrieben“ werden wollen.

So positioniert sich das Land nach 16 Jahren der Alternativlosigkeit als Inkarnation des menschenrechtlichen Wertehimmels auf Augenhöhe mit den drei Weltmächten, durch die es sich bedrängt fühlt.

Aber natürlich ist auch in dem Fall der Wertekanon nur so viel wert wie die Macht, deren Geltungswillen er so heuchlerisch artikuliert. Und damit kommt der andere, wirkliche weltpolitische Trumpf der Merkel-Republik ins Spiel. Das ist ihr Kapitalismus: Quelle der wirklichen, nachzählbaren Werte, mit denen sie ihre Karriere zur vierten Weltmacht betreibt, die nicht mehr Gefahr läuft, „zerrieben“ zu werden, sondern die anderen Nationen aufreibt. Die Leistung dieses ökonomischen Systems besteht nämlich nur einerseits darin, private Interessen – die gegensätzlichen, die im Reich der unternehmerischen Freiheit an der Tagesordnung sind – zu bedienen, den Reichtum der einen zu mehren, die anderen auf ein Leben in und von ihrer produktiven Dienstbarkeit festzulegen und das ganze Kunstwerk ins Unabsehbare wachsen zu lassen. Deutschlands Wirtschaft hat es außerdem dazu gebracht – nicht erst unter Merkels Ägide, unter der aber auf immer höherem Niveau in weltrekordmäßigem Umfang –, Ressourcen, Arbeitsleute und die Zahlungsfähigkeit der restlichen Welt – aus deutscher Sicht: des Auslands – fürs eigene Wachstum, also für die Vermehrung der Unternehmensvermögen und ihrer grenzüberschreitenden Zugriffsmacht in Dienst zu nehmen. Dieser von Staats wegen ordentlich geförderte Erfolg ist seinerseits die materielle Grundlage und das Instrument für die noch ganz andere Leistung, die die Staatsmacht ihrem nationalen Kapitalismus abgewinnt.

Das bescheidene defensive Schlagwort dafür heißt *Abhängigkeit* und drückt aus, dass die Nation ganz unbedingt *braucht*, was ihre Kapitalmacht im und mit „dem Ausland“ anstellt. Gemeint ist nicht eine bloße Bedarfslage, sondern der hoheitliche Anspruch, all die ökonomischen Mittel unter fremder Hoheit, auf die der deutsche Kapitalismus zugreift, unter eigene Kontrolle zu bringen; ein Anspruch, der immerhin so weit realisiert ist, dass die Nation auf gar keinen Fall mehr davon lassen kann; und der, gemessen an dieser existenziellen Notwendigkeit, noch überhaupt nicht – und absehbarerweise überhaupt nie – hinreichend realisiert ist. Zu verwirklichen ist er sowieso nie durch den Geschäftsgang, den Unternehmer, Kaufleute und Spekulanten unter Mithilfe ihrer heimischen Behörden alltäglich abwickeln. Unter dem Gesichtspunkt der Abhängigkeit geht es allen Ernstes um Herrschaft über die kapitalistische Verfügungsmasse – Land, Leute, Geld – ausländischer Souveräne; also um die Durchsetzung eigener staatlicher Verfügungsrechte gegen und über die Macht der Machthaber vor Ort; kurz: um zwischenstaatliche Über- und Unterordnungsverhältnisse.

Die kommerziellen Beziehungen zwischen dem heimischen deutschen Kapitalismus und der Ökonomie anderer Nationen sind dabei selbst nur einerseits

der *Stoff*, um den es in dieser Machtkonkurrenz geht. Sie sind zugleich *staatliches Mittel*, Macht über konkurrierende Nationen zu gewinnen, die sich auf solchen Kommerz eingelassen, sich ihrerseits davon abhängig gemacht haben. Wo also Deutschlands Politiker die Abhängigkeit ihres Landes von Ex- und Importen, transnationalen Geldgeschäften und überhaupt allem, was unter der Rubrik „Globalisierung“ läuft, beschwören, geht es um die Überwindung dieses angeblichen Drangsals allein in einer Richtung: um die unwiderstehlich durchgesetzte wirklich passive, von deutscher Seite oberhoheitlich ausnutzbare Abhängigkeit der lieben Geschäftspartner. Das ist der höhere politische Dienst des erfolgsverwöhnten deutschen Kapitalismus für die Sache der Nation: Deren Führung verwendet ihn – so gut sie es vermag in der Konkurrenz mit ihresgleichen – als Sachzwang, der eine von Deutschland aus definierte Geschäftsordnung in Kraft setzt und garantiert, dass alle anderen nur zu ihrem Schaden, zu einem unbezahlbaren Preis von ihr abweichen können.

So sieht also die Substanz der ideellen Werte aus, mit denen Merkels Republik die Staatenwelt beglückt; bis hinauf zu den so sorgenvoll begutachteten Großmächten. Auf einen Konkurrenzvergleich auf dem Feld der militärischen Gewalt, auf dem ihr Abstand zu den drei führenden Atommächten bis auf Weiteres uneinholbar groß ist, lässt sie sich dabei gar nicht erst ein; schon gar nicht mit ihren noch nicht einmal zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für den NATO-Beitrag. Das ist einerseits ein heikler Verzicht, weil eigentlich und in letzter Instanz die Konkurrenz der Waffen dafür zuständig ist, fremde Souveräne über jede kommerzielle Berechnung hinaus auf berechenbare Fügsamkeit festzulegen. Andererseits ist der wirkliche Einsatz von Militär, der – im Erfolgsfall! – fremde Berechnungen wirklich zunichtemacht, keine sehr zweckmäßige Waffe, wenn es um produktive Über- und Unterordnung anderer Souveräne geht; ein Atomkrieg erst recht; und unter den Bedingungen eines Atomkriegs als letzter Eskalationsstufe ist auch jedes andere Kriegsszenario eine allenfalls sehr relativ brauchbare Angelegenheit – *zu relativ* jedenfalls für Merkels ziviles Wirtschaftsmonster. Das traut sich eher zu, und das traut es sich ganz entschieden und offensiv zu, mit dem Einsatz von Ware und Geld, Kapital und Kredit als Waffen für jeden nötigen Respekt vor deutschen Ansprüchen zu sorgen.

In *qualitativer* Hinsicht jedenfalls. Was Merkels Republik nach ihrem eigenen Urteil abgeht, damit andere Staaten, auch die großen Mächte, sich an der deutschen Wirtschaftsmacht politisch aufreiben, ist *Masse*. Deswegen schließt die große Europäerin in die sorgenvoll beschworene Gefahr, zwischen fremden Weltmächten „zerrieben“ zu werden, gleich das ganze unierte Europa ein, auf das ihr Land als Führungsmacht der etablierten Wirtschafts- und Währungsunion Zugriff hat. Die europäischen Partner sind der erste und für alles Weitere entscheidende Fall, in dem sich die imperialistischen Qualitäten der deutschen Wirtschaftsweltmacht zu bewähren haben und über die 16 Merkel-Jahre hinweg auch ganz gut bewährt haben. Mit diesem Rückhalt, den sie durch alle Anfechtungen hindurch doch immer irgendwie hingekriegt hat, begibt Merkels Republik sich hinein in den schon jahrelang andauernden, auf Dauer angelegten Test der Konkurrenzfähigkeit und Nachhaltigkeit einer Weltordnungspolitik, die auf richtige Waffen zwar keineswegs verzichtet, aber den Gebrauch ihres *Kapitalismus als Waffe* perfektioniert hat.

Als Leistung und Hinterlassenschaft der Regierungen Merkel ist jedenfalls nicht nur die arrogante Selbstverständlichkeit zu verbuchen, mit der die neue Außenministerin der russischen Atommacht mitteilt, alles, was „der Westen“ als Offensive gegen seine De-facto-Annexion des europäischen Ostens deutet und bewertet, sei auch deutscherseits mit einem „Preisschild“ versehen. Dieser Spruch sendet eine ernsthafte Drohung nach Moskau, gibt nämlich Zeugnis von der – in einem besonderen Sinn des Wortes – politökonomischen Erpressungsmacht, die Deutschland sich gerade gegen seinen größten Erdgas- und Öllieferanten zutraut. Mit einer geeinten und richtig in Stellung gebrachten EU tritt die Nation auch der Weltwirtschaftsmacht China maßregelnd und fordernd gegenüber – und besteht zugleich darauf, dass der feindselige Gebrauch deutsch-europäischer Wirtschaftsmacht überhaupt nicht einhergehen muss mit Abstrichen vom materiellen Nutzen fürs Geschäftsleben, den das Reich der westlichen Werte aus dem Eineinhalb-Milliarden-Markt herauswirtschaftet. Was schließlich die ganz große Supermacht USA betrifft, hat Kanzlerin Merkel ihrem Staat immerhin schon mal den Standpunkt erarbeitet, dass auf diesen „Freund von gestern“ kein Verlass mehr ist, Deutschland also bereit und fähig sein muss, auch ohne amerikanischen Rückhalt eine weltpolitische Richtlinienkompetenz geltend zu machen, wo immer das – von Kasachstan einmal rund um den Globus bis Belarus – nötig erscheint. An den Bedingungen für eine Emanzipation des Euro-Kapitalismus vom Regime des US-Dollar und seiner Schöpfer wird gearbeitet.

Dass Russen, womöglich Chinesen oder gar Amerikaner irgendwann nach der deutschen Pfeife tanzen, ist wahrlich nicht zu erwarten. Aber dass Deutschland mit der Wucht seines nationalen Kapitalismus gegen die Weltmächte um die ökonomische und politische Funktionalisierung der Staatenwelt konkurriert, rücksichtslos gegen dysfunktionale Eigeninteressen ausländischer Souveräne: dahin hat die Nation es mit 16 Jahren Merkel schon geschafft. Sie hat das immanente Gewaltpotential dieser Wirtschaftsweise nicht neu erfunden, aber exemplarisch herausgearbeitet. Mit ihren höheren Werten beglückt dieses zivile Staatsgebilde eine Völkerfamilie, in deren innere Verfassung, in deren Reichtums- und Elendsverhältnisse es ganz praktisch eingemischt ist: als Machtsubjekt, das gültige Maßstäbe setzt.

Was ist dagegen schon das bisschen Militarismus, den Merkels Land sich nicht nachsagen lässt...

## Und jetzt?

Der neue sozialdemokratische Regierungschef tritt auf als Sachwalter des politisch alternativlos Notwendigen; bis in den Stil hinein eine Merkel-Kopie. Das tut seinen Dienst gerade in dem und für den *Fortschritt* – nicht mehr für die Summe aus Digitalisierung, Klimaschutz und Mindestlohn, die im Programm der Ampel-Koalition steht, sondern, ein paar Nummern größer, für den Übergang zu umfassender nationaler Kriegsbereitschaft. *Diese „Wende“*, die so viele hartgesottene Gemüter prickelnd finden, sieht der nationale Zeitgeist bei Scholz in den besten Händen; eben weil er sie so nüchtern vollzieht und dadurch mit einer Aura verlässlicher Seriosität umgibt.

Das nimmt der Kanzler gerne mit aus der Hinterlassenschaft seiner Vorgängerin. Und wie bei der kommt man der Wahrheit der Sache andersherum sehr viel näher: Scholz' Merkel-gleiche Unaufgeregtheit, allgemein gewertet als unbedingte Vertrauenswürdigkeit, bewährt sich als das politische Transportmittel für die Einführung des Kriegsszenarios, in dem die Republik jetzt ihre aktive Rolle übernimmt und das Volk bis auf Weiteres seine Lebensperspektive zu finden hat. Von wegen „Krieg geht auch harmlos“: Demonstrative Alltäglichkeit steht bei der Ampel-Regierung für das Projekt „Gewöhnung an gefährliche Zeiten“. Scholz steht für Gelassenheit als die Sekundärtugend, die es für die aktuell benötigte Kriegsbereitschaft oben wie unten braucht, ohne „Blut, Schweiß und Tränen“-Rhetorik. Für den aufgeregten Idealismus im – wieder einmal alternativlosen – Irrsinn sorgt die grüne Außenministerin, die von Teilen ihrer Partei und der öffentlichen Meinung als der personifizierte Ineinsfall von Weiblichkeit und Militanz bewundert wird. Und die tatsächlich beweist, dass moralische Werte nicht bloß das Gütesiegel für Gewalt sind, sondern ihr Booster.

Leider ist es in der Konstellation nur allzu wahrscheinlich, dass Deutschland die Führung im ins Militärische gewendeten europäischen Imperialismus übernimmt – so wie schon längst und nach wie vor im Zivilen –, so als wäre auch das *ganz normal*.

## Belarus

# Die fast vergessene „Migrationskrise“ in Osteuropa

Im August 2021 sind es noch ein paar handvoll Flüchtlinge, die im Białowieża-Wald über die weißrussisch-polnische Grenze in die EU wollen; dann werden es mehr, gute 2000 im Oktober. Innerhalb kürzester Zeit verhängen Polen und Balten den Ausnahmezustand in einer Lage, von der sie vermelden, dass sie ihrer nicht mehr anders Herr werden können, als ihre Asyl- und sonstigen EU-Rechtsverpflichtungen sowie die hohen europäischen Werte hintanzustellen und in stattlichem Ausmaß Truppen zur Abriegelung ihrer Grenzgebiete aufmarschieren zu lassen. Sie sehen sich mit nichts Geringerem als einem *hybriden Krieg* konfrontiert, eröffnet vom belarussischen Staatschef, einem notorischen „*Staatsterroristen*“. Seine Waffen: ebendiese Flüchtlinge, deren immenses Bedrohungspotential erst so richtig klar wird, wenn man mit dem polnischen Premierminister in die Zukunft schaut. Dann stehen nämlich nicht nur ein paar tausend Armutsfiguren vor dem von Polen bewachten gemeinsamen Haus Europa, sondern „*Hunderttausende, Millionen, hunderte Millionen*“ (Morawiecki), und die Katastrophe ist da. Das Ziel des Staatsterroristen in Minsk ist damit auch schon klar: erst Polen und das Baltikum, dann die ganze EU überrollen, „*Europa destabilisieren*“ und „*den Westen spalten*“.

Einleuchtend wird dieses Narrativ über seine ebenso fleißige wie einsilbige mediale Aufbereitung – ohne Rücksicht auf geistige Verluste; und unter konsequenter Missachtung der Vorgeschichte, die zu diesem seltsamen Kriegsszenario irgendwie schon auch dazugehört.

### Wie Weißrussland zum neuen Hotspot der Migration geworden ist

Daran, dass es Lukaschenkos böser Wille ist, der dazu führt, dass Weißrussland zum neuen Hotspot für Migration wird, ist so viel wahr, als der 2021 beschließt, die Dienstleistung einzustellen, der EU das Elend vor ihren Außengrenzen vom Leib zu halten:

„*Werde ich diese bewaffneten Iraker, Kurden und andere an der Grenze zurückhalten? Ich werde sie nicht zurückhalten. Ich warne euch offen und ehrlich.*“ (FAZ, 27.7.21)<sup>1)</sup>

Dass es überhaupt ein Flüchtlingsabkommen zwischen der EU und Weißrussland gibt bzw. gab, mit dem die EU Weißrussland für seine humanitäre Dienstleistung, die EU vor diesen Hungerleidern zu verschonen, ein bisschen finanziert, kriegt man hauptsächlich ex post über die öffentliche Empörung mit, dass Belarus aus ihm aussteigt:

1) Es wird schon so sein, dass Lukaschenko ein bisschen mehr getan hat, als die Migranten *nicht aufzuhalten*. In der Frage: *Wie viel?* ermitteln die öffentlichen Ankläger des Diktators. Und, man glaubt es kaum: Es hagelt Schuldsprüche. Für die Erklärung der Sache ist das alles unerheblich.

*„Belarus setzt sich gegen Sanktionen der EU zur Wehr... Für besondere Empörung sorgt in der EU aktuell, dass die belarussische Regierung sich nicht mehr an Absprachen mit Brüssel zur Flüchtlingsabwehr gebunden fühlt. Erst im vergangenen Jahr hat die EU ein sogenanntes Rückübernahmeabkommen mit Belarus geschlossen, das umstandslose Abschiebungen ermöglichen soll. Minsk hat jetzt mitgeteilt, sich nicht mehr an die Vereinbarung gebunden zu fühlen. Ebenso hinfällig sind Pläne der EU, in Belarus Flüchtlingslager zu bauen – für rund sieben Millionen Euro.“ (German-Foreign-Policy.com, 7.7.21)*

Davon, dass die EU das Abkommen zwar nicht offiziell kündigt, aber im Zuge der verhängten Sanktionen seit letztem Sommer schon nicht mehr alimentiert, hört man eher weniger.

Sofern besagte Sanktionen in der Öffentlichkeit überhaupt Erwähnung finden, besteht der dargebotene Zusammenhang zu Lukaschenkos fristloser Kündigung im Wesentlichen darin, dass es sich bei der um eine perfide Racheaktion handelt, mit der der Machthaber aus Minsk sich völlig unrechtmäßig gegen die EU aufstellt. Das ist in zweierlei Hinsicht gerecht. Erstens werden einem Herrscher, dem der Westen jegliche Legitimität bestreitet, schlicht keine politökonomischen, irgendwie nachvollziehbaren Gründe, sondern nur allerböseste Absichten zugestanden; und zweitens besteht man in der EU darauf, dass Lukaschenko trotz allem seine Hilfsdienste bedingungslos zu erbringen und sich gegen die verhängten Sanktionen nicht „zur Wehr“ zu setzen hat. Die sollen schließlich ihre Wirkung tun: nämlich ihn und sein Regime endlich in die Knie und zur Abdankung zwingen.<sup>2)</sup>

### ***„Toughest sanctions yet“:***

#### **Die Notlage, die der Diktator loswerden will ...**

Auf jenen schönen Tag arbeitet der Westen tatkräftig hin. Die Bunte Revolution im Sommer 2020, die Lukaschenko anlässlich seiner gefälschten Wahlen aus dem Amt jagen will, unterstützt und befeuert der Westen nach allen Regeln der Kunst. Einstweilen ist die zwar gescheitert; von ihr geblieben ist Lukaschenko aber eine ziemlich potente Opposition – inklusive einer Regierung im Wartestand, die in der EU als einzig legitime Regierung Weißrusslands hofiert und in den Parlamenten herumgereicht wird, und deren Anhänger sich in Scharen in Polen und im Baltikum versammeln und dort mit einer ganzen Infrastruktur für ihre Agitation und Cyberaktionen gegen ihr Heimatland ausgestattet werden.<sup>3)</sup>

2) Siehe auch: „Die Krise in Weißrussland und der Fall Nawalny ‚Das Ende der Ost-Politik?‘“ in der Ausgabe 4-20 dieser Zeitschrift.

3) Die Galionsfigur des ‚Widerstands‘ darf z.B. an prominenter offizieller Stelle die europäischen Mächte zu mehr Anstrengungen zur Zersetzung des Lukaschenko-Regimes aufrufen:

*„Europa muss gegenüber der Autokratie ‚proaktiver‘ werden ... lassen Sie mich Ihnen versichern, dass Sanktionen wirken. Halten Sie weiter an einer konsequenten Sanktionspolitik fest. Sanktionen spalten die Eliten, zerstören Korruptionsmechanismen und spalten die Menschen um Lukaschenka... Heute hängt nicht nur die Demokratie in Belarus, sondern auch die Demokratie in Europa davon ab, ob wir diesen Weg gemeinsam gehen werden.“ (Tichanowskaja im Europaparlament, 24.11.21)*



Ökonomischen Nachdruck verleihen die EU, Großbritannien und die USA ihrem Anliegen mit den „*toughest sanctions yet*“, mit denen sie das Regime Lukaschenko seit letztem Sommer überzogen haben:

- Sanktionen unter anderem gegen die Öl-, Kali- und Düngemittelprodukte, die Hauptdevisenquellen des Landes; diese treffen Weißrussland empfindlich und senken seine Kreditwürdigkeit dramatisch;<sup>4)</sup>
- daneben werden Hauptsubjekte der weißrussischen Ökonomie, führende, mit Lukaschenko befreundete Geschäftsleute bestraft und der Bankensektor sanktioniert;<sup>5)</sup>
- zusätzlich wird der Flugverkehr von, nach und über Weißrussland weitgehend lahmgelegt.<sup>6)</sup>

Auch wenn die Sanktionen nicht alle unmittelbar wirken – zumal sie auch zeitlich gestaffelt sind, weil für das ansehnliche Geschäft mit weißrussischen Kali- und Erdölprodukten aufseiten der EU erst ein Ersatz gefunden werden muss –, an dem grundsätzlichen Angriff auf die entscheidenden Verdienstquellen Weißrusslands ändert das nichts. Dass das Land darüber zunehmend in eine fundamentale Not geraten ist, konstatieren auch westliche Finanzfachleute in ihrer unnachahmlich nüchternen Art: „*Problematisch ist aber auch, dass die US-Sanktionen gegen das Land das Führen von Dollar-Konten in absehbarer Zeit unmöglich machen werden.*“ (Deutsche Wirtschaftsnachrichten, 24.9.21)

\*

- 4) „*Erstmals beinhalten die Sanktionen gegen Weißrussland maßgeschneiderte Wirtschaftssanktionen, die sich auf den wichtigen Öltraffinerie-, Kali- und Bankensektor erstrecken... Die jüngsten von der EU beschlossenen Maßnahmen sehen ein Verbot aller neuen Verträge über die Einfuhr oder den Transfer aller weißrussischen Erdöl-erzeugnisse vor – darunter nicht nur Öl, sondern auch Flüssiggas (LPG) und Bitumen. Dies bedeutet, dass belarussische Unternehmen gerade den Zugang zum EU-Erdöl-Spotmarkt verloren haben... Darüber hinaus hat das Vereinigte Königreich Sanktionen gegen die in London ansässige BNK (UK) Limited verhängt, die für die belarussischen Brennstoffimporte und den Handel mit diesen Produkten zuständig ist. Dieser Schritt ist besonders wichtig, weil bis 2021 fast die Hälfte der belarussischen Erdölexporte auf das Vereinigte Königreich entfällt.*“ (Eurasia Daily Monitor: EU Sectoral Sanctions Put a Heavy Burden on Lukashenka's Regime, 30.6.21)
- 5) „*Währungstransaktionen [sind] jetzt nur noch über die russische TKB-Bank möglich, während früher mehrere europäische Banken solche Transaktionen abwickeln konnten. Einfach ausgedrückt bedeutet diese Änderung, dass europäische Banken wahrscheinlich alle Überweisungen in Euro für Weißrussland einstellen werden... In Weißrussland sind 24 Banken tätig, von denen sich vier in Staatsbesitz befinden. Im Jahr 2018 gehörten 50 Prozent aller inländischen Finanzanlagen den vier größten Staatsbanken: Belarusbank, Belagroprombank, Dobrabyt-Bank und Belinvestbank. Diese Banken könnten die jüngsten Finanzsanktionen des Westens überleben, was jedoch für die kleineren Banken nicht gelten dürfte.*“ (Deutsche Wirtschaftsnachrichten, 24.9.21)
- 6) „*Zunächst sind am 4. Juni EU-Sanktionen im Luftverkehr in Kraft getreten. Dabei hat die EU ihren Luftraum für belarussische Airlines gesperrt; für die staatliche belarussische Fluggesellschaft Belavia, die bis dahin rund 20 Städte in der EU regelmäßig ansteuerte, entfallen damit ökonomisch wichtige Ziele.*“ (German-Foreign-Policy.com, 7.7.21)

All das kennzeichnet die existenzielle Notlage Weißrusslands, aus der Lukaschenko sich mit seinem Erpressungsversuch zu befreien versucht. Die Hoffnung, die EU mit der Kündigung seiner humanitären Dienste zu Gesprächsbereitschaft über die erlassenen Sanktionen bzw. zu einem für seine Nation besser aushaltbaren Kurs nötigen zu können, wird allerdings heftig enttäuscht.

### **... und die neue Notlage, in die er gerät: Wie Polen mit unfreiwilligen Statisten eine Großkrise produziert**

Ein paar hundert und dann tausend Migrant\*innen an der Grenze auflaufen und sie in Polen ihre Asylanträge stellen zu lassen, um sie dann in Lagern in den polnischen Wäldern verrotten zu lassen, so wie in Griechenland, das kommt für die polnische Regierungspartei PiS von Anfang an nicht infrage. Sie will aus der Affäre etwas anderes machen. Neben der Propaganda des Feindbilds von polnischem Zuschnitt setzt die PiS eine nicht nur verbale Eskalation auf die Tagesordnung.<sup>7)</sup> Die Welt soll begreifen, dass Polen gerade zum Opfer eines Staatsterroristen wird, der ein „Blutvergießen“ will; dass an der polnischen Grenze recht besehen *keine Migrationskrise* vorliegt, *sondern ein hybrider Krieg*, der – letztlich – der EU insgesamt gilt; dass also für die EU und die NATO kein Weg daran vorbeiführt, sich dem polnischen Abwehrkampf gegen den Feind im Osten ohne Wenn und Aber anzuschließen.

Das Schöne an dem „Krieg“ besteht darin, dass sich der anderen Seite ein Vernichtungswille, wie er sich in Kriegen betätigt, zuschreiben lässt, ohne dass irgendwo die üblichen militärischen Werkzeuge des Kriegs in Sicht wären; und ohne dass Lukaschenko den Krieg erklärt hätte. Er beteuert vielmehr, auch nichts Derartiges im Sinn zu haben („*Ich bin doch nicht verrückt*“). Für die Entdeckung eines quasimilitärischen Angriffs in einer Ansammlung verhandelter Asylbewerber braucht es nicht mehr als das richtige Feindbild im Kopf. Dann erkennt man in diesen Figuren unschwer die Vorhut „*eines massiven Angriffs*“, dem „*bald Millionen in Richtung Europa folgen*“ werden (Morawiecki), und man begreift die zerstörerische Absicht des Chefs der Weißrussen.

„*Ich bin überzeugt, und das ist nicht nur ein Eindruck, sondern ich bin überzeugt, dass die belarussischen Behörden eine Eskalation anstreben, die auf beiden Seiten tödliche Opfer fordern wird*“, sagte Wawrzyk [Stellvertreter polnischer Außenminister].“ (zerkalo.io, 8.11.21)

7) Bei der Grenzpolitik kommt es eben immer schwer darauf an, mit welcher Güteklasse Migrant\*innen man es zu tun hat: Tief empfundener Humanismus verbietet sich jedenfalls dann, wenn man sich mit einer Horde Barbaren konfrontiert sieht: „*Polen verhängte einen Ausnahmezustand und eine Informationssperre über das gesamte Ostgrenzgebiet, hielt Journalisten und NGOs von der Grenze fern und inszenierte den Schutz der EU-Außengrenze medial zu einem Heldenepos, inklusive einer TV-Show mit verblassten Disco-Sternchen wie Lou Bega und No Mercy als Mutmacher für die Grenzschützer... Die Staatsmedien [vermittelten] das Narrativ, wonach Polen die EU vor einer Masseninvasion von kulturfremden Eindringlingen schütze. Pressekonzferenzen zeigten Bilder aus angeblichen Smartphones der Migrant\*innen, auf welchen kinderpornographische und sodomistische Inhalte zu sehen waren.*“ (telepolis, 30.1.22)

Der Mann macht sich nicht die geringste Mühe, mehr als seine felsenfeste Überzeugung als Beweis für die weißrussische Bösartigkeit vorzutragen, ein Argument, das durch Wiederholung nur an Kraft gewinnen kann. Noch einmal der polnische Ministerpräsident:

*„Polens Ministerpräsident Mateusz Morawiecki befürchtet eine Eskalation des Konflikts mit Belarus und warnt vor einer Migrationskrise in Europa, wenn es nicht gelingen sollte, jetzt tausende Zuwanderer fernzuhalten... Die Situation ist derzeit stabil, aber sie wird immer bedrohlicher‘, sagte Morawiecki der ‚Bild‘-Zeitung vom Donnerstag. ‚Ich hoffe, alle behalten die Nerven... Die belarussischen Kräfte provozieren immer deutlicher... Ich hoffe, sie machen dabei nicht den einen Schritt zu weit. Denn wir Polen sind fest entschlossen, unsere Grenze mit allen Mitteln zu schützen. Die Ostgrenze Europas und auch der NATO...‘ Auf die Frage, ob Krieg drohe, sagte Morawiecki: ‚Wir können nichts ausschließen.““ (DIE WELT, 18.11.21)*

Natürlich kann man nichts mehr ausschließen, wenn man sich eine Lage- definition zurecht konstruiert hat, die sich pur aus vermuteten Motiven ergibt. Die Logik gleicht dem Verfolgungswahn: Aus den Absichten, die man der Gegenseite in ihrer Bösartigkeit unterstellt, leiten die PiS und ihre Freunde im Baltikum alle *möglichen* erdenklichen Szenarien ab – und landen zielstrebig dabei, ihren Hauptfeind Russland als letzten Strippenzieher auszumachen:

*„Der belarussische Staatschef Alexander Lukaschenko und der russische Präsident Wladimir Putin folgten ‚offensichtlich einer Strategie, um den Westen zu verunsichern, zu destabilisieren. Was sie noch alles planen, wissen wir nicht.““ (Ebd.)*

Erfunden haben Polen und Balten diese „Logik“ nicht. Der Vorwurf der hybriden Kriegsführung ist seit der Krim-Annexion 2014 in Mode gekommen und steht nach übereinstimmendem Urteil der freien Welt seither für eine besonders verwerfliche Art der Aggression, auf die Russland das Monopol hat – ein Staat, dem Krieg im Blut liegt, den er deswegen potenziell mit „allem“ führt. In den Worten des EU-Außen- und Sicherheitsbeauftragten Borrell:

*„Die klassische Unterscheidung von Krieg und Frieden ist immer schwieriger geworden... Wir sehen uns einem hybriden Krieg ausgesetzt, in dem alles in eine Waffe verwandelt werden kann.“ (FAZ, 11.11.21)*

Eben „kann“: Wenn man nämlich ein Gegenüber als unberechenbaren Feind definiert hat, ist es ein Leichtes, auf alles, was der unternimmt, die Definition als kriegsähnliche oder -artige Unternehmung zu übertragen. Dann geht es sogar durch, den Artikel 4 des NATO-Vertrags auszurufen und den Beistand des großen Kriegsverbündnisses einzufordern – „*konkrete Schritte‘ einzuleiten*“, – als Reaktion auf asylsuchende Elendsgestalten, deren militärische Leistungsfähigkeit sich doch eher in Grenzen hält:

*„Der polnische Premierminister Mateusz Morawiecki hat die NATO aufgefordert, ‚konkrete Schritte‘ zur Lösung der Migrantinnenkrise an der weißrussischen Grenze einzuleiten. Er fügte hinzu, dass Polen, Litauen und Lettland Konsultationen gemäß Artikel 4 des NATO-Vertrags beantragen können, wonach jeder Verbündete Konsultationen beantragen kann, wenn er seine territoriale Integrität, politische Unabhängigkeit oder Sicherheit bedroht sieht. ‚Es reicht nicht aus, dass wir unsere Besorgnis öffentlich zum Ausdruck bringen – jetzt brauchen wir konkrete Schritte und das Engagement des gesamten Bündnisses...‘ Die polnischen Behörden rechnen mit einem größeren Versuch von Migrantinnen, die Grenze zu Weißrussland gewaltsam zu durchbrechen,*

*einen Tag nachdem mehr als 200 von ihnen versucht haben, in den EU-Mitgliedstaat einzudringen... ‚Die Migranten bereiten sich heute auf einen größeren Versuch vor, die Grenze zu überqueren. Unsere Kräfte sind einsatzbereit...‘ Die Polizei sagte, dass Beamte am Abend in der Gegend von Kolonia Klukowicz während eines solchen Versuchs angegriffen wurden. Der Einschlag eines von einem Migranten geworfenen Steins war so heftig, dass der Helm eines Beamten beschädigt wurde.“ (rfe/rl, 14.11.21)*

Das unfreiwillig Komische eines beschädigten Polizeihelms als Beweismittel für einen nationalen Notstand, der ohne die Hilfe der NATO nicht zu bewältigen ist, fällt nicht weiter auf, weil jede Plausibilitätsprüfung in der ganzen Affäre ohnehin tunlichst unterbleibt.

Endgültig bewiesen sind die kriegerischen Absichten des Gegners mit dem *Aufmarsch der eigenen Truppen*; als Reaktion auf die weißrussische Aggression definiert bezeugen sie die gebieterische Notwendigkeit, mit eigenen Kampfmiteln gegen „Krieg“ und „Blutvergießen“ antreten zu *müssen* – sonst würden sie ja nicht aufgefahren.<sup>8)</sup>

Mit diesem unanfechtbaren Recht auf Selbstverteidigung im Rücken startet Polen eine neue Offensive gegen Lukaschenko. Der nach Kräften unterstützte Putsch aus dem vorigen Sommer war ja einstweilen nicht erfolgreich – jetzt probiert man dasselbe nochmal auf einer weit höheren Eskalationsstufe: Dem Diktator wird erstens die Abriegelung der Grenzen in Aussicht gestellt, womit der durch die verhängten Sanktionen ohnehin massiv geschädigte Handelsverkehr Weißrusslands so ziemlich lahmgelegt wäre.<sup>9)</sup> Und zweitens ruft die PiS ein Bedrohungsszenario bis hin zu einem möglichen NATO-Krieg aus und beschert Lukaschenko mit den an die Grenze gebrachten Truppen eine ganz neue Sorte Invasionsdrohung.

8) *„Polen hat wegen des Andrangs tausender Menschen 15 000 Soldaten an der mit Stacheldraht verstärkten Grenze zu Belarus stationiert.“ (DW, 12.11.21)*

*„In Warschau tagten am Nachmittag wegen der Entwicklung das Nationale Sicherheitsbüro sowie ein Krisenstab der Regierung. Ein Sprecher der Regierung äußerte die Vermutung, das belarussische Regime lege es darauf an, an der Grenze ein Blutvergießen zu provozieren. Sicherheitsfachleute fürchten schon seit einiger Zeit, dass sich die Lage an der Grenze früher oder später so zuspitzen werde, dass Schüsse fallen.“ (FAZ, 9.11.21)*

9) *„Polen schließt die Möglichkeit nicht aus, seine Grenze zu Weißrussland vollständig zu schließen, um als Reaktion auf die sich verschärfende Migrationskrise Druck auf das offizielle Minsk auszuüben. Dies würde bedeuten, dass die Handelsströme zwischen den beiden Ländern gestoppt und der Personenverkehr an den Grenzübergängen verboten würde. Wenn Warschau den Worten Taten folgen lässt, wird die belarussische Wirtschaft schwere Verluste erleiden. Polen ist der fünftgrößte Außenwirtschaftspartner von Belarus... Im vergangenen Jahr beliefen sich die Gesamtausfuhren von Transportdienstleistungen auf 3,7 Mrd. \$... Der größte Teil dieses Betrags entfällt auf den Güterverkehr, der durch Polen fließt. Erstens liefern belarussische Unternehmen ihre Waren über Polen in andere EU-Länder, und zweitens ist unser Land auch ein Teil der Transitstrecke im Handel von Russland und China mit Europa ... das sind Einnahmen in harter Währung. Selbst wenn diese Leistungen nicht auf Null sinken, sondern halbiert werden, würde dies bedeuten, dass dem Land fast 1,5 Milliarden Dollar pro Jahr entgehen. In Bezug auf Sanktionen ist dies wahrscheinlich einer der härtesten Schläge, die es geben kann.“ (zerkalo.io, 11.11.21)*

Der macht sich jedenfalls keine Illusionen, in welcher Lage er steckt:

*„Anstatt einen Dialog zu führen und wirksame Maßnahmen zur Lösung der Migrationskrise zu ergreifen, setzen unsere Nachbarn eine beispiellose Aufstockung der Streitkräfte an der Grenze zu Belarus fort... Die Konzentration von 15 000 Soldaten, Panzern, Luftabwehrgeräten und anderen schweren Waffen kann man nicht als eine angemessene Antwort auf die Migranten vor dem Grenzzaun bezeichnen.“* (Zitiert nach belTA.by, 11.11.21)

*„Nehmen wir an, dass Polen seine Panzerkolonnen gegen Belarus vorrückt. Das ist ja klar, entweder ist das irgendeine Übung oder eine Erpressung... Das ist fruchtbarer Boden für Provokationen. Man kann eine beliebige Provokation vornehmen. Ich warne mein Militär: Vorsicht! Passt auf, Burschen! ... Wir piesacken niemanden, weil wir wissen, dass jeder Fehler oder Fehltritt dazu führen kann, dass Russland sofort in diesen Strudel hineingezogen wird. Und das kann schlimm enden. Russland ist die größte Atommacht der Welt. Ich bin doch nicht verrückt. Ich bin mir über die Folgen vollkommen bewusst.“* (Zitiert nach belTA.by, 10.11.21)

Einen NATO-Krieg gegen sein Weißrussland kann Lukaschenko wirklich nicht gebrauchen; und er macht sich auch keine Illusionen darüber, dass er der polnisch-baltischen Eskalation alleine nicht Herr werden kann:

*„Hier gibt es auch keinen Platz für irgendein Heldentum. Niemand wird mit Maschinengewehr an die polnische Grenze gehen. Wir sind uns dessen bewusst. Wir kennen unseren Platz.“* (Ebd.)

Das heißt aber natürlich nicht, dass er dem Westen seine vorausseilende Kapitulation anbieten würde: *„Aber gleichzeitig werden wir nie in die Knie gehen.“* Vielmehr lässt er nichts unversucht, den großen Bruder im Osten, „die größte Atommacht der Welt“, „in diesen Strudel hineinzuziehen“, nämlich für eine russisch-weißrussische Gegenabschreckung zu instrumentalisieren:

*„Ich brauche mehrere Divisionen im Westen und im Süden, lasst sie [dort] stehen.“* Lukaschenko sagte dem Magazin National Defense, *„er brauche das mobile ballistische Raketenystem Iskander, das eine Reichweite von bis zu 500 Kilometern hat und sowohl konventionelle als auch nukleare Sprengköpfe tragen kann.“* (de.rt.com, 15.11.21)

\*

So schafft es Polen, die Migranten an seiner Grenze auf eine Eskalationsebene zu heiven, auf der *„ein zufälliger Konflikt nur eine Frage der Zeit [ist]. Es bräuchte nur eine Gruppe polnischer oder baltischer Soldaten, die auf weißrussische Schüsse reagieren – oder auf Migranten schießen, die sie mit Knüppeln, Baumstämmen und ähnlichen Werkzeugen angreifen –, um eine gefährliche Eskalation auszulösen. Die Weißrussen, die nun von russischen Streitkräften unterstützt werden, würden eindeutig zurückschießen, und die andere Seite würde auf dieses Feuer antworten.“* (defenseone, 12.11.21)

Was Polen mit dieser Eskalation bezweckt, ist die Etablierung einer Lage, an der die Notwendigkeit einer harten ostpolitischen Linie, wie Polen sie seit Jahr und Tag gegen die nach ihrem Geschmack viel zu zögerliche und russenfreundliche EU durchzusetzen versucht, unübersehbar wird – für die Erzwingung der Bündnissolidarität ist schließlich nichts besser geeignet als eine penetrant ausgerufenen und mit dem eigenen martialischen Grenzsicherungsregime eindrucksvoll dokumentierte Kriegsgefahr. An der Spitze der anti-weißrussisch-russischen Front will die PiS ihrem Anspruch auf eine Vorreiterrolle in der Konkurrenz in

der EU um die Definition der gemeinsamen Außenpolitik zur Durchsetzung verhelfen. Und nicht zuletzt geht die polnische Regierung auf diese Weise gegen ihre Isolierung in der EU im eskalierenden Streit wegen Verletzung der Rechtsstaatlichkeit in die Offensive.

### **Höhere imperialistische Mächte schalten sich ein**

Dass die maßgeblichen westlichen Mächte das polnische Szenario als angemessene Definition der Sachlage bestätigen, heißt noch lange nicht, dass sie den fanatischen Antirussismus der PiS und ihre kriegsträchtige Eskalationsstrategie teilen; geschweige denn, dass sie gewillt wären, sich für deren Interessen instrumentalisieren und sich aus Warschau die sicherheitspolitische Agenda der EU diktieren zu lassen.

– **Großbritannien** entsendet einerseits eigene militärische Kräfte an die polnisch-weißrussische Grenze: „*Polen teilte mit, dass britische Truppen zu einer Aufklärungsübung mit den NATO-Verbündeten an seine Grenze entsandt worden seien.*“ (defenseone, 12.11.21) Es warnt andererseits zugleich in Gestalt seiner Militärs vor den Risiken einer Eskalation auf NATO-Ebene:

„*Der britische Armee-Minister warnte davor, die Krise schon jetzt als eine Sache der NATO zu betrachten, ‚prinzipiell und zuerst ist es eine Aufgabe der Europäischen Union, ihre Grenzen zu schützen. Je früher die EU reagiert, desto besser. Wenn es militärisch wird, dann droht Eskalation. Wenn es eine NATO-Sache wird, kommen wir auf ein sehr, sehr gefährliches Territorium.‘ Das Vorgehen von Belarus und Russland sei darauf angelegt, zu destabilisieren. Darauf müsse die NATO ‚ein Auge haben‘, so James Heapey.*“ (FAZ, 11.11.21)

Die britische Regierung plädiert daher klar dafür, die Abwägung dieser Risiken nicht einfach der „*kriegerischen Natur mancher*“, also nicht der polnischen Führung zu überlassen.

– **Deutschland** versucht angesichts des polnischen Interesses, die Eskalation bis hin zum Kriegsszenario an der europäischen Außengrenze voranzutreiben, der PiS die Sache aus der Hand zu nehmen und die Hoheit über den Konflikt an sich zu ziehen: An ihr vorbei und ungerührt *gegen* ihre erklärten Interessen betreibt es eine eigene Diplomatie. Zum Zwecke des Krisenmanagements missachtet Merkel sogar das eiserne Gebot demokratischer Außenpolitik, den letzten Diktator in Europa zu ächten, telefoniert mit dem Autokraten in Minsk persönlich und sucht *mit* ihm nach „*Lösungen des Problems*“. Zweitens zieht sie im Namen der Humanität den russischen Präsidenten, der bis dahin versucht hatte, sich aus der Sache herauszuhalten<sup>10)</sup> – man möge sich bitteschön an das legitime Staatsoberhaupt Weißrusslands wenden! –, in die Affäre hinein.<sup>11)</sup> Er

10) „*Der russische Präsident Wladimir Putin erklärte, dass Russland nichts mit der Migrationskrise an der Grenze zwischen Belarus und der EU zu tun habe. ‚Ich möchte, dass jeder weiß, dass wir nichts damit zu tun haben... Jeder versucht, uns aus jedem beliebigen und ohne jeglichen Grund eine Verantwortung aufzuerlegen‘, erklärte der Präsident. Putin betonte auch, dass russische Fluggesellschaften keine Migranten befördern, die sich jetzt an der Grenze zwischen Weißrussland und der EU befinden.*“ (TASS, 13.11.21)

11) Merkel: „*Ich habe heute mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin telefoniert und ihn gebeten, auf den Präsidenten Lukaschenko einzuwirken. Denn hier werden*



soll sich als Hintermann Lukaschenkos outen, die Generalverantwortung für die Konfliktlösung übernehmen, die Merkelsche Schuldzuweisung – von wegen „*menschenfeindliche Politik*“ des Diktators – akzeptieren und seinen engsten Verbündeten weltöffentlich zurechtweisen.

– Die EU unterstützt einerseits Polen bei seinen drastischen Grenzschutzmaßnahmen tatkräftig. Nicht nur aus europäischer „Solidarität“ und um Lukaschenko zu zeigen, dass „*die EU nicht erpressbar ist*“, sondern auch, um diese EU-Außengrenze demonstrativ brachial zu schützen:

*„EU-Ratschef Charles Michel sagte nach einem Treffen mit dem polnischen Regierungschef Mateusz Morawiecki, dass es aus rechtlicher Sicht möglich sei, ‚physische Infrastruktur‘ – also beispielsweise Zäune – zum Grenzschutz aus EU-Mitteln zu finanzieren... Polen, Litauen und Lettland haben angesichts der zunehmenden Migration über Belarus in ihre Länder und somit in die EU bereits damit begonnen, Hunderte Kilometer Grenzzaun zu errichten.“* (DW, 10.11.21)

Andererseits wird konstatiert, dass die polnischen Methoden zur Sicherung der „Festung Europa“ mit der gültigen Rechtslage der EU in Sachen Asylrecht über Kreuz geraten, mit der man sich der restlichen Welt penetrant als Leuchtturm des Humanismus präsentiert. Nicht nur wegen der europäischen Werte, die sich die Union groß auf ihre Fahnen geschrieben hat; sondern auch, weil diese Rechtslagen als (Druck-)Mittel dienen, um über jeden Einzelfall hinaus die zunehmend rebellischen europäischen Asyl- und Einwanderungsverweigerer an der Ostfront auf Linie der führenden westlichen EU-Staaten zu bringen. Zwar bislang erfolglos, aber die EU-Kommission denkt deshalb noch lange nicht daran, ihre Oberhoheit auf die rechtlich einwandfreie Abschreckung der Flüchtlinge an Warschau abzutreten, und ventiliert öffentlich Zweifel an der polnischen Handhabung.<sup>12)</sup> In jeder Hinsicht am besten wäre es daher, die Migranten aus dem

*Menschen benutzt, sie sind sozusagen Opfer einer menschenfeindlichen Politik, und dagegen muss etwas unternommen werden... Die Probleme müssen so gelöst werden, dass es human zugeht. Das tut es im Augenblick leider nicht.“* – womit sie sich in einer ihrer letzten Amtshandlungen für ihre Flüchtlingspolitik, klar gegen die PiS und unter anderem auch gegen ihre eigene Partei positioniert: *„Für die CDU/CSU-Fraktion forderte deren Abgeordneter Thorsten Frei Unterstützung für Polen bei der Sicherung der EU-Außengrenze zu Belarus... Keinesfalls dürften Migranten aus dem Grenzgebiet in Europa verteilt werden. ‚Damit geht das Kalkül von Lukaschenko auf. Damit wird der Druck auf die polnische Grenze verstärkt und damit wird ein Spaltpilz in die Europäische Union getrieben. Das ist das Dümme, was man an dieser Stelle fordern kann.“* (DW, 11.11.21)

12) *„Innenkommissarin Ylva Johansson hatte Warschau schon Anfang Oktober die Unterstützung der Grenzschutzbehörde Frontex angeboten – nachdem es die ersten Todesfälle an der Grenze mit Belarus gegeben hatte. Die Schwedin verband das Angebot mit einer doppelten Botschaft: Einerseits dürfe sich die EU nicht vom Lukaschenko-Regime erpressen lassen, andererseits ‚müssen wir unsere Werte und das EU-Recht schützen, wenn wir unsere Grenze schützen‘. Der polnische Innenminister Mariusz Kamiński lehnte jedoch dankend ab... Möglicherweise gehört das zur Strategie der Abschottung des Grenzstreifens gegenüber den Medien und weitgehend auch gegenüber Hilfsorganisationen. Offenbar will man auch keine Zeugen haben, wenn aufgegriffene Migranten mit unsanften Mitteln zurück an die Grenze gefahren und zur Rückkehr gezwungen werden.“* (FAZ, 10.11.21)

Białowieża-Wald humanitär abzuräumen, sodass auch keine mehr nachkommen; nicht nur wegen der „Menschlichkeit“, die in Europa gilt; sondern auch, um die Krise und die mit ihr drohenden Konsequenzen obsolet zu machen, indem man den Polen den Konfliktstoff entzieht, auf den sich die ausgerufenen Bedrohung gründet, die die Bündnissolidarität der EU erfordert. Dafür versucht man in Brüssel, den polnischen Vorstoß zur Etablierung eines kriegsträchtigen Grenzkonflikts zu entschärfen, mit Frontex-Hilfen und Menschenrechts-Beobachtern vor Ort die Aufsicht über den Fall zu übernehmen und ihn peu à peu auf die Ebene einer humanitären Polizeiaktion herunterzubringen.<sup>13)</sup> Dass Polen eine EU-rechts- und wertetreue Bewältigung der Krise ablehnt, gibt schließlich zu der nicht unbegründeten Befürchtung Anlass, dass Polen sein Grenzregime zum nächsten Fall seiner Maxime ausruft, wonach in grundlegenden Souveränitätsfragen Polens Recht über EU-Recht steht –

*„Polens Staatschef Andrzej Duda sagte etwa: ‚Sein Land wird keine Vereinbarungen anerkennen, die über unsere Köpfe hinweg geschlossen werden.‘ Vor allem denke er dabei an die Gespräche, welche Merkel in den vergangenen Tagen geführt habe. Duda betonte: ‚Wir sind ein souveränes Land, das das Recht hat, selbst über sich zu entscheiden. Und wir werden dieses Recht unter allen Umständen ausüben.‘“* (junge Welt, 18.11.21) –

was Polen inzwischen vollumfänglich bestätigt hat.<sup>14)</sup>

\*

Bei der ganzen Auseinandersetzung mit Polen vergisst die EU natürlich nicht ihre Feindschaft gegenüber dem letzten Diktator Europas. Da man aber nach wie vor auf dem Standpunkt steht, dass Lukaschenko schleunigst seinen Türsteherjob wieder pflichtgerecht auszuführen hat – zumal die Lage an der Grenze „nicht weiter eskaliert“ werden soll –, hält man in Brüssel eine feine Austarierung von Feindschaft und Deeskalation für das Gebot der Stunde:

*„Dazu zählen vor allem neue EU-Sanktionen gegen das Lukaschenko-Regime, die sich allerdings von den bisherigen vier Sanktionsrunden unterscheiden müssen: Die*

13) Wobei bei allem gebotenen Humanismus klargestellt wird, dass die Flüchtlinge letztlich *„wieder dorthin zurückkehren, wo sie hergekommen sind“* (Heiko Maas, DW, 15.11.21), denn: *„Einer humanitären Lösung steht vor allem die Sorge entgegen, dass diese einen Sog auf weitere Flüchtlinge ausüben könnte. Daher muss die EU wirksame Präventivmaßnahmen gegen eine fortgesetzte Schleusung über Belarus ergreifen.“*

14) *„Ende voriger Woche lehnte der polnische EU-Botschafter einen zwischen den Mitgliedstaaten ausgehandelten Kompromiss ab, der seinem Land sowie Lettland und Litauen vorübergehend Ausnahmen bei der Anwendung von EU-Recht zugestanden hätte. Der Grund: Warschau ging auch dieser Kompromiss noch viel zu weit. Es verlangte nicht weniger als eine vollständige Aussetzung von Asylverfahren, ‚wenn eine Bedrohung der öffentlichen oder nationalen Sicherheit vorliege‘. Außerdem könne das Land nicht verpflichtet werden, mit dem UN-Flüchtlingshilfswerk und anderen humanitären Organisationen zusammenzuarbeiten... Das Nein aus Warschau könnte Teil einer generellen Blockade sein, mit der Warschau gedroht hat, weil es im Streit um Rechtsstaatlichkeit bisher kein Geld aus dem Wiederaufbaufonds bekommt. Auf jeden Fall hat Polen nun die nächste Brücke abgebrochen, welche die Europäer dem Land gebaut haben, um es in die gemeinsame Rechtsgemeinschaft zurückzuholen.“* (FAZ, 1.2.22)

*EU müsste deutlich machen, dass diese Sanktionen die Spannungen nicht weiter eskalieren sollen, sondern sich ausschließlich auf die Instrumentalisierung von Migranten beziehen und wieder aufgehoben würden, wenn sich die Situation an der Grenze entschärft.“ (SWP-Berlin, 12.11.21)*

Zwischenzeitlich verfällt man noch auf die geniale Idee, die Flüchtlinge „vorübergehend“ in der Ukraine zu verstauen.<sup>15)</sup>

## **Die USA verkünden die gültige Sicht der Dinge**

Von den USA bekommen die Europäer mitgeteilt, dass das Vorhaben, die „Spannungen nicht weiter zu eskalieren“, völlig deplatziert ist angesichts einer Lage, über die in der EU offenbar größere „Informationslücken“ vorliegen:

*„Wie die Financial Times (FT) berichtet, ist es Washington gelungen, die anfangs zögerlichen Verbündeten auf eine harte Linie einzuschwören – und zwar auch so, dass Konsequenzen folgen könnten. Die Unterweisung der Europäer in bisher geheime Details startete bereits Anfang November vor einem Treffen der NATO-Minister in der vergangenen Woche, in dem es schließlich vorrangig um die Ukraine ging. Die Geheimdienst-Informationen halfen laut FT dabei, die Europäer und hier insbesondere Deutschland von ihrem ursprünglich zurückhaltenden Kurs abzubringen. ‚Viele Verbündete waren nicht davon überzeugt, dass die Lage ernst ist‘, sagte ein anonymes Beamter der FT: ‚Wir waren überrascht über diese Informationslücke – wie und warum die USA Dinge sahen, die wir nicht sahen.‘ Die Stimmung habe sich deutlich in Richtung der US-Lesart gewandelt. Ein weiterer anonymes Informant sagte der FT, es sei den Amerikanern gelungen, die Europäer von Putins wahren Absichten zu überzeugen. Welche Informationen den Europäern von welchen Geheimdiensten vorgelegt wurden, ist nicht bekannt.“ (berliner-zeitung.de, 6.12.21)<sup>16)</sup>*

15) *„Vorschläge aus Deutschland, Flüchtlinge von der belarussisch-polnischen Grenze vorübergehend in der Ukraine unterzubringen, haben dort heftige Diskussionen ausgelöst... ‚Kein Politiker, der sich an der öffentlichen Meinung orientiert ... würde dies tun.‘ In der Bevölkerung sei ein derartiges Abkommen kaum mehrheitsfähig. Krawtschuk [Experte für Migration bei der ukrainischen Menschenrechtsorganisation ‚Europa ohne Barrieren‘] verwies zudem darauf, dass es in der Vergangenheit bereits mehrfach zu Übergriffen auf Flüchtlingsheime gekommen sei.“ (DW, 15.11.21)*

*„Der Chef des Nationalen Sicherheitsrates der Ukraine, Oleksij Danylow, reagierte derweil auf einen Vorschlag des deutschen Außenstaatssekretärs Niels Annen (SPD)... Danylow sagte, die Ukraine habe bereits 1,5 Millionen Flüchtlinge aus dem Donbass aufgenommen; wenn aber der Bundestag oder SPD-Politiker ‚bei sich zu Hause‘ Räume frei hätten, könnten sie diese Migranten vielleicht aufnehmen.“ (FAZ, 13.11.21)*

16) Auch die Ukraine, obwohl ganz nah dran, erfährt erst von den Amerikanern, dass sie überfallen werden soll: *„Anfang November versuchten ukrainische Verteidigungsbeamte, Medienberichte über eine weitere russische militärische Aufrüstung in Grenznähe zur Ukraine herunterzuspielen. Jermak lehnte es ab, die früheren Erklärungen des ukrainischen Verteidigungsministeriums zu kommentieren, wies aber darauf hin, dass der Informationsaustausch mit den Partnerländern entscheidend dazu beigetragen habe, die Ukraine vor der Gefahr eines bewaffneten Angriffs aus Russland sowie vor den Bemühungen um eine Destabilisierung des Landes im Innern zu warnen. US-Außenminister Antony Blinken habe bei seinem Treffen mit Selenskyj am Rande des Klimagipfels im schottischen Glasgow am 2. November die Bedenken der USA ‚in aller Deutlichkeit‘ zum Ausdruck gebracht, so Jermak.“ (Foreign Policy, 8.12.21)*

Die USA sehen sich – von ihrem Geheimdienst aufgeklärt – dazu genötigt, ihre lieben allies auf eine „harte Linie“ zu bringen; gegen wen, ist keine Frage:

„Außenminister Antony Blinken sagte, dass die gestrandeten Migrantenmassen an der weißrussisch-polnischen Grenze ein Versuch waren, von den russischen Truppen in der Ukraine abzulenken. Die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten erhöhen den Druck auf den russischen Präsidenten Wladimir Putin wegen zweier Krisen am Rande Europas, für die sie den Kreml verantwortlich machen. In den eisigen Wäldern und Sümpfen an der polnisch-weißrussischen Grenze kam es am Dienstag zu Unruhen, nachdem die polnische Polizei Tränengas und Wasserwerfer gegen einige von Tausenden dort gestrandeten Migranten eingesetzt hatte. Unterdessen stockt Russland seine Truppen an der Grenze zur Ukraine auf, was die Befürchtung aufkommen lässt, dass sich die Ereignisse von 2014 wiederholen könnten, als Moskau auf der ukrainischen Halbinsel Krim einmarschierte... Außenminister Antony Blinken erklärte am Sonntag in einem Tweet, die inszenierte Migrantenkrise sei ein bewusster Versuch, die Sicherheit zu bedrohen, Zwietracht zu säen und von Russlands Aktivitäten an der Grenze zur Ukraine abzulenken.“ (NBC News, 16.11.21)

Es ist das Privileg eines Außenministers der Supermacht, seine politische Definition des Konflikts als allseits verbindliche Auskunft über die Lage darzubieten, damit jeder Bescheid weiß, was zu tun ist. Dank CIA und Antony Blinken wissen wir jetzt also:

- Worin immer die Krise zwischen Polen, Balten und Weißrussen bestanden haben mag, *Putin* steckt hinter ihr.
- Einen hybriden Krieg mit Migranten hat er inszeniert, weil er so verheimlichen will, dass er etwas anderes, noch viel Schlimmeres im Schilde führt, nämlich einen Einmarsch in die Ukraine.
- Diese Absicht darf als bewiesen gelten, weil Russland *zur gleichen Zeit*, in der die polnische Polizei Wasserwerfer gegen Migranten einsetzt, Truppenbewegungen durchführt, und weil ja allgemein bekannt ist, dass der Kreml seine Nachbarn gern zerstückelt.
- Also steht, analytisch scharf zusammengefasst, wieder einmal fest, dass der große Rivale nichts anderes will als „*die Sicherheit bedrohen, Zwietracht säen*“.

Dass die von den USA angeführte freie Welt diesem Verbrechen des wiedergeborenen Reichs des Bösen nicht tatenlos zusehen darf, versteht sich von selbst.

# Koblenzer Prozess gegen einen Assad-Offizier

## Hoffnung für die Völker: Deutschland setzt sich als Vorsitzender Richter übers weltweite Böse in Szene

Dem nach Deutschland geflohenen ehemaligen Offizier Anwar R., der im Rahmen der staatlichen Aufstandsbekämpfung in Syrien in einem Gefängnis tätig gewesen sein soll, wird vor einem deutschen Gericht der Prozess gemacht. Angeklagt wird er von der deutschen Staatsanwaltschaft wegen vielfacher Mord-, Folter- und Vergewaltigungstaten.

Die deutsche Öffentlichkeit ist begeistert: Von einer lange überfälligen Pioniertat der deutschen Justiz zum Wohle der Völker ist die Rede, die dem unerträglichen Zustand endlich ein Ende setze, dass schlimme Untaten einzig aus dem Grunde nicht gesühnt werden, dass sie auf Befehl und unter dem Schutz von fremden Unrechtsregimes begangen wurden, zu denen sich die Rechtsstaaten leider immer viel zu berechnend stellen. Ein Signal werde damit gesetzt in Sachen Abschreckung, das der Anfang eines zwar langen, aber hoffnungsvollen Weges in eine Welt sein könne, in der idealiter den regierenden Unholden die Folterknechte ausgehen könnten, weil die sich ihrer Straffreiheit niemals und nirgendwo mehr sicher sein könnten...

Die deutsche Öffentlichkeit bleibt bei aller Freude aber auch realistisch: Absehbar werde eine Zukunft ohne Menschenrechtsverletzungen wohl doch nicht Einzug halten, so groß sei die Abschreckungswirkung des offenbar jetzt schon feststehenden Urteils des Koblenzer Gerichts dann wohl doch nicht. Und wenn man ehrlich sei, dann müsse man zugeben, dass auch die deutsche Position gar nicht nur davon bestimmt ist, sich juristisch fürs Völker- und Menschenrecht starkzumachen: Es gebe noch genügend Regierungen, deren Folterkommandeure oder -knechte aufgrund höherer – oder vielmehr niederer – Erwägungen der deutschen Außenpolitik nicht damit rechnen müssen, demnächst nach deutschem Strafrecht und in Anwendung der deutschen Strafprozessordnung belangt zu werden – man denke nur an den ägyptischen Herrscher as-Sisi oder auch das notorische Guantanamo unserer amerikanischen Verbündeten...

Bleibt bei allem Hin und Her zwischen Freude und Skepsis bezüglich der Wirkung des Koblenzer Prozesses auf die Zukunft der Völker noch eine Frage: Was *ist* eigentlich dieser Prozess?

### 1.

**Juristisch** ist er ein ganz normaler Strafprozess: Rechtskundige und dazu befugte Justizfunktionäre verhandeln über die Strafbarkeit von Taten desjenigen, der da vor Gericht gestellt wird. Geprüft und abgeglichen wird, ob und inwiefern das, was der Angeklagte getan hat, einen Tatbestand *im Sinne des Strafrechts* darstellt, ob also seine Tat unter irgendeine der Definitionen fällt, mit der sie im Strafgesetzbuch – hier: im deutschen Völkerstrafgesetzbuch, VStGB – als verboten rubriziert und ihre Begehung mit einer Strafe versehen ist. Die *Gründe* der Tat spielen nur als *Motive* des Täters und nur im Sinne eines strafmildernden oder -verschärfenden Umstands eine juristisch abzuwägende Rolle. Das heißt

im vorliegenden Fall, dass der gesamte politische Kontext die deutschen Juristen nichts angeht: Dass in Syrien ein von erheblichen Teilen des Volkes in seiner Legitimität bestrittenes Regime um die gewaltsame Durchsetzung seiner Autorität gerungen und dafür seine Funktionäre zu allen monströsen Taten, die zu so einem Durchsetzungskampf gehören, beauftragt bzw. von der Leine gelassen hat: uninteressant. Dass die empörten syrischen Volksteile mit ihrem Anti-Assad-Aufstand keine Minute lang allein waren, sondern die Adressaten und Empfänger massiver auswärtiger Finanz- und Militärhilfe gewesen und in kürzester Zeit zu Kombattanten eines auch mit direktem Einsatz von auswärtigen Kämpfern geführten Stellvertreterkrieges gemacht worden sind: uninteressant. Dass diese Mächte bei allen humanitären Phrasen dann doch erkennbar und auch ausdrücklich regionalpolitische Rechnungen mit Assad bzw. weltpolitische Rechnungen an Assad exekutiert haben, die ihnen einen blutigen Krieg in Syrien gerade recht haben erscheinen lassen: uninteressant. Dass diese Unterstützer und ihre Freunde vor Ort ihrerseits dort in Syrien und auch anderswo vor Taten nicht zurückschrecken, die denen des Anwar R. an Grausamkeit in nichts nachstehen: für die Juristen egal, weil ebenfalls nicht Gegenstand der von ihnen zu bewerkstellenden strafrechtlichen Subsumtion.

Darum braucht sie auch nicht zu interessieren, dass das von ihnen hier als Maßstab herangezogene VStGB erstens – wie jedes andere Strafgesetzbuch auch – Zeugnis davon ablegt, wie üblich und systematisch, den Autoren des Gesetzes offenkundig vertraut die Formen der Gewalt sind, die da minutiös als unzulässig aufgelistet werden. Zweitens geht es sie nichts an, dass das VStGB – im Unterschied zu anderen Strafgesetzbüchern – damit in der Form des Verbots bestimmter Formen von Gewalt immerhin die Leistung vollbringt, die anderen Formen von Gewalt, die allesamt von Staaten und ihren Funktionären ausgehen, förmlich ins Recht zu setzen: Das Völkerstrafrecht ist das strafrechtsförmige Siegel darauf, dass die Gewalt staatlicher Mächte *im Prinzip* ihr *Recht* ist. Und drittens sollen und brauchen deutsche Staatsanwälte und Richter deswegen erst recht nicht der Frage nachgehen, was „*der Gesetzgeber*“, der deutsche, eigentlich daran findet, bei seiner Justiz die strafrechtliche Begutachtung und gegebenenfalls Ahndung von Gräueltaten fremder Staatsmächte in Auftrag zu geben.

## 2.

**Politisch** wird die Sache mit dem Völkerstrafrecht und seiner Praxis per Prozess jedenfalls nicht erst dann, wenn – wie des Öfteren öffentlich bedauert wird – außenpolitische Opportunitätserwägungen dessen formvollendete Anwendung *verhindern*. Auch das zeigt sich an diesem Prozess gegen den syrischen Folterbüttel. Am ‚Fall Anwar R.‘ wird nämlich erkennbar *das syrische Regime* verurteilt. Dessen Machtkampf, der im Prozess gar nicht Thema ist, wird so die Legitimität abgesprochen und damit zugleich ganz mit diesem negativen Urteil gleichgesetzt: Die mit aller zielführenden Brutalität unternommene Anstrengung, der Opposition ihre gewaltsame Aufsässigkeit abzuknöpfen und die unbestrittene Autorität der Damaszener Zentrale wiederherzustellen, ist *illegitim*, sonst nichts. Darin geht zugleich der Charakter dieser Zentralgewalt und ihrer zentralen Figur Assad auf: Sie und er sind illegitim; jede politische Feindschaft



gegen sie im Recht, was – der Zirkel ist damit komplett – jede Abwehr gegen diese berechnete Feindschaft zu einer politischen Untat macht, sodass sich das Regime, seine nachgeordneten Funktionäre und die von ihnen begangenen Taten alle wechselseitig und im Kreis als unmenschlich entlarven und als welche, die unbedingt zu bekämpfen sind. Gebraucht hat es den Koblenzer Prozess für die politische Feindschaft Deutschlands gegenüber Assad und seiner Mannschaft bekanntlich nicht, aber: In der vollständigen Subsumtion des Assad-Regimes und damit *all* dessen, was es zu seinem Erhalt tut, unter das Verdikt „*illegitim*“ verfügt diese Feindschaft über eine diplomatische Waffe, die sich je nach den Konjunkturen der Feindschaft und dem Stand der gewalttätigen Selbstbehauptungsversuche des Regimes in Damaskus und auch gegenüber Dritten je nach Interessenlage dosiert einsetzen lässt.

Über alle Konjunkturen und auch über den Fall Assad hinweg besteht Deutschland mit dieser nur dem Buchstaben des eigenen Strafgesetzes verpflichteten Verfolgung der Unrechtstaten dieses Unrechtsregimes auf einer generellen Klarstellung: Egal, wie dieser Prozess genau ausgeht; auch egal, ob und wann es zu weiteren Prozessen gegen welche Missetäter im Dienste welcher auswärtigen Diktatur anlässlich ganz gewiss nicht ausbleibender zukünftiger Gewaltorgien vom Schlage des syrischen „Bürger“- oder eines echten zwischenstaatlichen Krieges es noch kommen wird; und erst recht egal, wie die Rechtssprüche dann ausfallen mögen – die Rechtmäßigkeit der Gewalt anderer Staaten wird damit unter den Generalvorbehalt Deutschlands und seines nationalen Gesetzbuches für internationale Staatsgewalttaten gestellt. Und damit leistet sich diese Nation zweierlei: Zum einen beansprucht und praktiziert sie so die Rolle des Richters über alle anderen, der sich mit dem in eigener Hoheit verabschiedeten VStGB auf die Ankläger- und Richterrolle in Sachen *internationales Strafrecht* verpflichtet – ausdrücklich unabhängig davon, ob der von einer Staatenmehrzahl geschaffene und anerkannte Internationale Strafgerichtshof tätig wird und wie der gemäß seinen Statuten und Büchern entscheidet. Zum anderen zielt Deutschland damit nicht nur auf die Staatenwelt überhaupt und ihre notorischen Übeltäter bzw. üblichen Verdächtigen, sondern in besonderer Weise auf seinesgleichen: Unter den entscheidenden, großen Mächten der Welt, besonders denen, die sich als „*westliche Demokratien*“ verstehen und damit brüsten, dass ‚das Recht‘ überhaupt bei ihnen zu Hause ist, ist es ja ohnehin üblich, sich für die saubere und rechtlich einwandfreie Führung des Gewalthaushalts auf der Welt zuständig zu erklären und die eigenen, überlegen angesagten und ausgetragenen Feindschaften damit zu begründen, dass sie damit das Völkerrecht und die Menschenrechte schützen. Innerhalb dieser und bezogen auf diese Elite macht Deutschland sich daran, sich mittels des in nationaler Autonomie erlassenen deutschen VStGB dazu als ‚*primus inter pares*‘ zu profilieren. Mit ihrem nationalen Vorstoß setzt die deutsche Macht Maßstäbe für die Anwendung des Völkerrechts gerade nach seiner strafenden Seite hin, also dafür, wie das Kollektiv der westlichen Mächte – soweit es als solches agiert – seine weltpolitischen Feindschaften als weltweit geltendes Recht setzt. Beansprucht ist auf dieser Ebene der juristischen Verfolgung feindlicher Handlanger und Auftraggeber nicht weniger als eine besondere deutsche Maßgeblichkeit und Vorreiterrolle beim Ordnen und Führen der Welt.

Wenn das kein Signal der Hoffnung ist.

## Lieferengpässe durch Pandemie und andere Havarien

# Die globale Marktwirtschaft beweist ihre Vernunft

In den letzten anderthalb bis zwei Jahren ist es zu ein paar einschneidenden Störungen des üblichen Gangs der globalisierten marktwirtschaftlichen Dinge gekommen: Vor allem die wegen der Pandemie staatlich verordneten Lockdowns unterschiedlicher Strenge, zusammen mit der durch einen großen Frachter erzeugten Verstopfung einer der Hauptschlagadern des globalen Schiffsverkehrs und schließlich noch havarierte Halbleiterwerke ergeben einen umfassenden „*Stresstest für die weltweiten Lieferketten*“. Den bestehen diese im Urteil derer, auf deren Urteil es in solchen Fragen ankommt, in aller Regel nicht gut.

Alle Einschätzungen, Analysen und Prognosen, die sich an diesen Sachverhalt knüpfen, sind von der parteilichen Sorge getragen, dass die gegenwärtigen „*Disruptionen*“ und „*Manglerscheinungen*“ möglichst schnell dem Wiedereinzug weltwirtschaftlicher Normalität weichen mögen. Halbwegs brauchbare *Erklärungen* über die Beschaffenheit dieser Normalität und die ökonomische Natur der Ausnahme sind darum leider Mangelware. Obwohl *Informationen* reichlich zu haben sind.

### I. Die ökonomische Natur der globalen Lieferketten und ihrer derzeitigen Belastung

Zunächst wird das staunende Publikum darüber aufgeklärt, wie *unglaublich viele Zulieferer* an der Erstellung eines einzigen Gutes durchschnittlich beteiligt sind oder maximal beteiligt sein können – bei einem „*einfachen weißen Herrenhemd*“ rund 140 und bei einem technisch raffinierteren Industriegut mehrere Tausend – und *welch unvorstellbar große Entfernungen* eine mittelpträgliche Ware im Laufe ihres Herstellungsprozesses in Form ihrer Einzelteile bzw. ihrer Halbfertigstadien so zurücklegt – eine Jeans 50 000 km und ein iPhone sogar einmal bis zum Mond und zurück, man denke! Der Unterhaltungswert solcher angesichts unterbrochener Lieferketten erhältlichen Auskünfte ist auf jeden Fall hoch, hat doch der normale Mensch, der schließlich nicht umsonst den Schimpfnamen „*Endverbraucher*“ trägt, mit der Planung und Praxis dieser beeindruckenden Komplexität exakt so viel zu tun, dass er ganz am Schluss mit seiner Geldbörse gefragt ist, um das Zeug aus den Regalen und Onlineshops abzukaufen und zu ‚verbrauchen‘.

Ein paar nähere Erläuterungen gibt es des Öfteren aber auch noch: Irgendwie haben diese immens komplexen und ganz schön unübersichtlichen ‚Lieferströme‘ viel mit der *Verbilligung des Produzierens* zu tun. Was das eigentliche Opfer der schwierigen Sonderlage anbelangt, so handelt es sich – laut den täglich verbreiteten Bulletins zu seinem Gesundheitszustand – um ein Ding namens *Wachstum*;

und schließlich spielt auch noch der ausgiebig befolgte betriebswirtschaftliche Imperativ „*just in time*“ eine wesentliche, in dem Falle unrühmliche Rolle. Das sind doch schon einmal interessante Auskünfte.

### **1. Vom entscheidenden Kriterium und herrschenden Zweck der gestressten internationalen Arbeitsteilung**

Was den Grund für die Billigtendenz angeht, die „*sich nun rächt*“, so entspringt die globalisierte *Zirkulation* der Waren – die wird ja mit dem Terminus „*Lieferkette*“ angesprochen –, die momentan gewisse Schwierigkeiten bereitet, einem Gebot der *Produktion*: der Kalkulation mit möglichst geringen Gestehungskosten für die Hersteller. Auch wenn es so niemand sehen mag: Für ein Urteil über den allgemeinen *Zweck* des Produzierens weltweit taugt der eigenartige Umstand allemal, dass das *entscheidende Datum* für die Frage, *wo* produziert wird, darin liegt, *wie teuer* es an welchem Platz auf dem Globus für ein Unternehmen ist, seine Vorprodukte von einem eigens dazu geschaffenen Ableger seiner selbst oder einem externen und selbständigen Lieferanten herstellen oder auch die Endmontage bewerkstelligen zu lassen.

„Sinn macht“ das erstens nur, dies aber zwingend, weil die Differenz zwischen den Gestehungskosten und den Verkaufspreisen das entscheidende Qualitätsmerkmal aller Waren und ihrer Herstellungsprozesse ist. Das verweist darauf, dass die Erzielung von Geldüberschüssen mittels Produktion und Verkauf von nützlichen Dingen aller Art eben der allgemeine, herrschende Zweck ist, um den es dabei geht – womit jede Idee, materielle Versorgung könnte oder müsste doch, irgendwie und letztlich, der Grund und Maßstab dieser großangelegten internationalen Kooperation sein, hinfällig ist. Und zwar egal, ob diese Vorstellung eines nützlichen Dienstes als die durchschaubare, zu Werbezwecken gern lancierte Lüge ausgepinselt wird, die Ausstattung der Kunden mit preiswerten Produkten sei das Sinnen und Trachten der Unternehmen selbst, oder ob dieser Dienst mehr als Generaleffekt des Wirkens einer irgendwie anonym zu denkenden Vernunft des Marktes aufgefasst wird.

Zweitens lässt sich den von den Zuständigen vorgenommenen Unterscheidungen und ihren daraus folgenden Entscheidungen bezüglich preiswerter Produktionsstandorte entnehmen, wie die alles entscheidende Differenz zwischen Kosten und Überschüssen zustande kommt und inwiefern sich daher manche Standorte vor anderen auszeichnen: Womit sich Länder zum Beispiel in „*Fernost*“ dafür qualifizieren, die Produktion von Textilien, Elektrogeräten und anderen industriellen Massengütern bei ihnen stattfinden zu lassen, das sind die dort ansässigen *Arbeitskräfte*. Die haben wie die Arbeitskräfte überall sonst und überhaupt alles andere ihren *Preis*, sind also als *Waren* käuflich. Als solche käufliche Ware Arbeitskraft prospektieren die kapitalistischen Kosmopoliten die gesamte Menschheit, begutachten diese in Bezug auf die alles entscheidende Frage: Wo haben sie unter welchen Bedingungen zu welchem Preis den Zugriff auf diese Ware und ihren Gebrauchswert? Der unterscheidet sie vom Rest der bunten, unbelebten Warenwelt: Denn die eingekauften Arbeitskräfte *machen*, wenn man die entsprechenden Fabriken baut, mit den entsprechenden Maschinen bestückt und mit allen nötigen Rohstoffen und Vorprodukten versorgt, die

Kosten für alle sachlichen Produktionsmittel *lohnend*; ihr *Gebrauch schafft* die Differenz, die kapitalistischen Reichtum darstellt. Als käuflich erworbenes Eigentum des Kapitals vollbringt die von ihnen geleistete Arbeit die Leistung, sich in ein Geldprodukt zu verwandeln, das größer ist als die Kosten für ihren Erwerb. In besagten asiatischen Gegenden tut sie das offensichtlich besonders vorteilhaft: Da hinten „*kostet Arbeit wenig*“, wie man weiß. In diese Billigkeit der Arbeit dort gehen die absoluten Lohnhöhen ein, die Freiheiten bei der Gestaltung der Bedingungen der Be- und Vernetzung der Arbeitsmannschaften und auch die Freiheit, die dort produzierende Unternehmen haben, die natürlichen Existenzbedingungen der Leute wie die Luft, die sie atmen, das Wasser usw. mehr oder weniger zum Nulltarif zu verbrauchen und zu verderben: kapitalistisch ist all das eben als zu minimierende Kost relevant – oder gar nicht.

Was sich an der ruinösen Benutzung der Arbeitskräfte in den vielen Billiglohngenden dieser Welt so drastisch bemerkbar macht, ist nicht mehr und nicht weniger als das Prinzip der internationalisierten kapitalistischen *Produktionsweise*. Das ist nicht nur da am Werk, wo chinesische Arbeiter für den amerikanischen Konzern Apple Telefone löten, die in die ganze Welt geliefert werden; sondern auch da, wo deutsche Multis und Mittelständler in Deutschland von ihrem ‚Hochlohn‘-Personal Autos und Maschinen montieren lassen, um sie mit Gewinn in alle Welt zu verkaufen: Das ökonomisch entscheidende Resultat aller Produktion ist der Zugewinn der Subjekte, die mit ihrem Kapital das Produzieren in Gang setzen und bestimmen; es existiert in Form eines geldwerten, im Verkauf der produzierten Waren zu realisierenden Überschusses über die Kosten für alle Bedingungen und Mittel der Produktion; es wird erzeugt durch die Arbeitskräfte, die durch ihre Arbeit die besagten Bedingungen und Mittel überhaupt produktiv aufeinander beziehen und in mit Gewinn verkaufbares Produkt verwandeln – und damit dafür sorgen, dass sich die Auslagen für den Anwender der Arbeitskräfte lohnen. Der ihnen gezahlte Lohn ist das Mittel, sie zu maximal überschussträchtiger Arbeit anzuhalten; und daher ist es eine stets opportune Methode, diese Kost zu senken, wie und wo es geht. Und wenn die Senkung dieser Kost drastisch genug ausfällt, dann rechtfertigt sie auch allen mit den Entfernungen wachsenden Aufwand für den Transport mit seinem „*ökologischen Fußabdruck*“, der ja seinerseits kapitalistisch nur nach seiner Geldseite zählt.

Für die unternehmerischen Praktiker ist dieses nicht sehr komplexe Prinzip der Produktion, das durch das öffentliche Beglotzen der unfassbar komplexen „*Lieferketten*“ rund um den Erdball so gründlich zum Verschwinden gebracht wird, ersichtlich der hinreichend genaue Kompass für die Prospektion, Beschlagnehmung und Herrichtung des Globus für ihre Produktionsstätten.

## **2. Relevante und nicht so relevante Betroffenheiten**

In der Besprechung der momentan besonderen Schwierigkeiten, die Versorgung der Menschheit mit Bedarfsgütern zum Mittel in Geld nachzählbarer Gewinne zu machen, kommt dann auch der nähere Erfolgsmaßstab dieser unternehmerischen Tätigkeit zur Sprache, wenn die als Haupt- und eigentliches Opfer von Engpässen und allem, was mit denen sonst noch so zu tun hat, besprochen wird.

Fest steht jedenfalls, dass der viel beschworene „*Endverbraucher*“ mit seinen Bedarfslagen erst einmal nicht als der Geschädigte zählt – was ja auch als Auskunft über die Ratio des weltweiten Wirtschaftens ernst genommen zu werden verdient. Denn der betätigt sich ja nicht in Sachen Geldvermehrung, sondern geht der Aufgabe nach, als letztes Glied in der Kette der Zahlungen den Geldvermehrungsanstrengungen der unternehmerischen Subjekte abschließend zum Erfolg zu verhelfen. Wenn diese Figur dafür tiefer in die Tasche greifen muss, ist daher an und für sich noch nichts in Unordnung. Problematisch wird es erst, wenn sie vor der Aufgabe versagt, immer höhere Preise zu bezahlen, weil sie an die Grenze dessen gerät, was sie überhaupt an Geld besitzt. „*Verbraucher*“, die ihr „*Konsumverhalten*“ am allemal begrenzten, häufig ausgesprochen schmalen Umfang ihrer Geldbörse ausrichten, werden erst dann, dann aber ganz entschieden zur Störung für das ehrenwerte Bemühen von kapitalistischen Produzenten und Handelskonzernen, Gastro- und Tourismusunternehmungen et al., ihrem Berufe *lege artis* nachzugehen. Das betrifft nicht nur die Anbieter von Billigreisen und Fassbier, die mit solchem proletarischen Luxus ihr Geschäft machen. Erstaunlich schnell unterlassen laut WHO-Berichten vom letzten Jahr die Bevölkerungen gewisser Landstriche wegen der unter anderem aufgrund von Verteuerungen von Düngemitteln auf Erdgasbasis rasant gestiegenen Preise für Agrarprodukte sogar den Kauf von elementar nötigen Lebensmitteln. Damit fallen sie als zahlende Kundschaft der Nahrungsmittellieferanten aus und stattdessen mancherorts schon ihren Regierungen und internationalen Organisationen zur Last; die müssen, wie man erfährt, verstärkt mit Nahrungsmittelhilfe anrücken, also mit Lebensmitteln, die es offenbar als solche doch noch gibt.

Umgekehrt ist es von vornherein überhaupt nicht in Ordnung, wenn – mit oder ohne Dazwischenkunft des unverantwortlich geldknappen Endverbrauchers – die Rechnungen der eigentlich aktiven Wirtschaftssubjekte durch die ausnahmsweisen Stockungen und damit verbundenen Preisbewegungen ge- oder gar zerstört werden. Von diesen emsig betätigten Rechnungen erfährt man – nicht erst, aber aus Anlass ihrer Störung wieder einmal mit aller Deutlichkeit –, dass es nicht damit getan ist, *überhaupt* Gewinne zu machen, und dass die große Schiefelage darum auch nicht erst da anfängt, wo sich mit denen überhaupt nichts mehr schiebt. Den allabendlichen Aussagen der Experten fürs Ökonomische zufolge besteht die durch Materialengpässe induzierte Katastrophe darin, dass die *permanente Steigerung des Gewinnemachens* einen Dämpfer erfährt: das unerlässliche *Wachstum*. Und wie auch nicht: Wenn schon alles Produzieren, Liefern, Verteilen für den Zweck des Geldverdienens derer da ist, die all das unter Einsatz ihres Kapitals veranstalten, dann ist ein abschließender und insofern begrenzter Erfolg in diesen Zweck eben nicht eingebaut, und umgekehrt: Dann ist jede Begrenzung ein Abzug von dem, worum es geht.

Daher rührt im Übrigen, auch dies ist eigentlich niemandem ein Geheimnis, der andere Stachel zur Prospektion und Benutzung der globalen Profitwirtschaft: Für deren Veranstalter und Nutznießer ist, weil es ihnen um das Wachstum der einschlägigen Unternehmenskennziffern geht, die Belieferung eines national begrenzten Marktes eine Schranke, die sie schon lange glücklich überwunden haben. Sie haben die ganze Welt auch zum *Absatzmarkt* für ihren Plunder

gemacht. Nahe und ferne Weltgegenden interessieren sie unter dem Gesichtspunkt der Anzahl der dort lebenden, daher ‚verbrauchenden‘ Leute, multipliziert mit deren Geldeinkommen, was sie sich selbstverständlich zu einer dort angesiedelten, daher auszunutzenden „Kaufkraft“ hochrechnen. Das schließt mit der gleichen Selbstverständlichkeit ein, es bei irgendwelchen vorfindlichen Bedarfslagen nicht zu belassen, sondern wie und wo es geht, neue zu stiften, um deren Bedienung weidlich auszuschlachten. Anlässlich der Pandemie und der durch die jeweilige staatliche Pandemiepolitik verursachten Extra-Umstände wird der zeitunglesende Mensch ausführlich damit vertraut gemacht, dass die Lebensgewohnheiten der Bevölkerungen kapitalistischer Nationen sich für die Herren der Ökonomie zu Geschäftsgelegenheiten aggregieren, die nun plötzlich entweder – wie beim Tourismus – „wegbrechen“ oder – wie Home-Office, Home-Schooling, Home-Entertainment – „aufblühen“. Und wenn dabei an irgendeiner Stelle irgendetwas klemmt, dann dauert es wachstumsschädigend länger als geplant, bis amerikanische Konzerne europäischen Kunden ihre in China zusammengeschraubten Elektroartikel verkaufen können, weil die Chips aus Taiwan nicht rechtzeitig geliefert werden.

*Diese ökonomische Welt ist es also, die momentan vor allem vom Virus und den staatlichen Maßnahmen zu seiner Bekämpfung modifiziert wird: ein komplett für die Wachstumsbemühungen der kapitalistischen Unternehmerschaft hergerichteter Globus, dessen Gegenden ökonomisch vollständig damit charakterisiert und dem untergeordnet sind, was sie als Standorte profitabler Benutzung von Arbeitskräften und als Zielmärkte lohnenden Verkaufens auf immerzu wachsender Stufenleiter taugen. Die Gegenprobe dafür liefern all die ernst oder unernst gemeinten alternativen Rechnungen bezüglich dessen, was „man“ kurz-, mittel- oder langfristig alles doch „wieder hier bei uns“ statt „in Fernost“ oder sonst wo produzieren könnte, um sich weniger abhängig von den verletzlichen Lieferketten zu machen; ebenso wie die allfälligen realitätstüchtigen Einwände gegen solche Rechnungen. Niemand macht sich etwas vor darüber, dass es ausschließlich eine Frage der in Geld gemessenen Rentabilität der Produktion und nicht einer sachlichen Unmöglichkeit oder Umständlichkeit ist oder wäre, erfolgreich ins Ausland verlagerte Produktion wieder heimzuholen, die hier nun einmal nicht stattfindet, weil sie woanders ‚billiger‘ ist. Und erst recht ist allen klar, dass sich das Verkaufen von hier, dort oder wo auch immer produzierter Ware schon gleich nicht auf nationale oder regionale Märkte beschränken darf, womöglich wegen der größeren Verlässlichkeit beim Liefern. Dass Wachstum ohne all das nicht zu haben ist, was die Globalisierung in diesen Hinsichten ausmacht, reicht schon als schlagender Grund für das „Weiter so!“, das niemand ernsthaft infrage stellt.*

Die letzte Beglaubigung für die alternativlose Gültigkeit dieser Vernunft und ihren ultimativen Erfolgsmaßstab bekommt man werktäglich 19.55 Uhr mitgeteilt: Freundliche Damen oder Herren berichten vor dem Hintergrund einer gezackten Linie und unter Zuhilfenahme weiterer Tabellen und Statistiken darüber, wie „die Börse“ oder auch „die Finanzmärkte“ mit dem Ausnahmezustand einer Pandemie oder den Wirkungen von Schiffs- und anderen Havarien umgehen: Deren auf kompakte Zahlenform reduziertes Urteil darüber, ob sich die ein



wenig – oder ein wenig mehr – durcheinandergeratenen Warenströme auf *ihre* Art, Geld zu vermehren, auswirken, gilt allen Ernstes als abschließendes ökonomisches Urteil darüber, wie schlimm es tatsächlich um die armen Lieferketten steht bzw. wie optimistisch man umgekehrt in Sachen „*Erholung*“ sein darf. Auch das kann als Mitteilung über die gültigen und die nicht so gültigen Zwecke des Wirtschaftens hierzulande und überhaupt auf dem Globus nicht hoch genug eingeschätzt werden: Immerhin wird auf diese Weise börsentäglich öffentlichkeitswirksam darauf insistiert, dass aller, durch ein paar äußerliche Umstände zwischendurch ein bisschen aus dem Tritt gebrachter, rund um die Uhr und rund um die Welt betriebener Aufwand für Produktion, Transport und Absatz immer größerer Warenberge dafür da ist, dass die wachsenden Bilanzen der darin involvierten Unternehmen die Geschäfte der Finanzmärkte rechtfertigen, die ganz ohne eigene materielle Einmischung ins Produzieren, Transportieren, Verkaufen auskommen. ‚Eingemischt‘ sind sie nämlich in viel systematischerer Hinsicht: Von ihrem Urteil hängt es ab – darum hat es ja auch den prominenten Platz auf allen Nachrichtenkanälen –, ob sie der produzierenden und handelnden Unternehmenschaft das Kapital verschaffen, nämlich den Kredit gewähren und den Börsenwert stiften, den die für ihre immer neuen Bemühungen braucht, sich die Welt zum Produktionsstandort und Absatzmarkt herzurichten. Deswegen ist es auch nur gerecht, wenn die Finanzmärkte ihren Zuspruch bzw. dessen Verweigerung davon abhängig machen, wie sie die Aussichten für *ihr* Wachstum einschätzen, wenn sie das Unternehmertum „*mit Kapital versorgen*“. Und darum ist es nur umso gerechter, dass diese börsentäglich erneuerte Einschätzung die letztgültige Auskunft darüber ist, ob überhaupt und was eigentlich gestört ist durch irgendeine Störung in der globalen Lieferkette.

\*

Dass besagte finanzkapitalistische Beurteilung keinesfalls eine eindeutige Angelegenheit ist, auch das lernt man in diesem Zusammenhang. Unter anderem daran, dass die Börsianer im Zuge der Pandemie und der mit ihr einhergehenden Stockungen über so manches Unternehmen den Daumen senken, während ihnen zugleich andere Unternehmen viel Freude bereiten, die sich in den entsprechenden „*Kurssprüngen*“ äußert. Dieses Nebeneinander verweist auf eine weitere Facette globaler marktwirtschaftlicher Vernunft.

### **3. Die Rolle der Preise bei der kapitalistischen Kooperation und ihren Störungen**

Wie es sich für ein Wirtschaften gehört, das jede materielle Produktion zum Mittel der Gewinnerwirtschaftung auf wachsender Stufenleiter macht, findet die Arbeitsteilung, die darum auch höchst fragil ist, in der Form von *Ein- und Verkaufsbeziehungen* von Lieferanten und Abnehmern statt, die sich um *Preise* drehen, welche sich lohnen und den jeweiligen Gewinn- und Wachstumskalkulationen dienen. Dies bedeutet, die „*Corona-Krise*“ lehrt es, zweierlei: Erstens ist, bevor auch nur ein einziges Produkt tatsächlich nicht mehr zu haben ist, also ein Mangel in diesem naiv-gebrauchswertmäßigen Sinne einreißt, die Bewegung der verlangten bzw. gezahlten Preise nicht einfach ein Indikator für einen ganz anders gearteten materiellen Engpass, sondern das, was für die engagierten

Unternehmen ökonomisch entscheidend ist. Und in dieser Preis-Frage liegt zweitens ein Gegensatz zwischen den Kooperationspartnern, der es in sich hat.

Auch dies bekommt der interessierte Laie in der Zeit gestörter Lieferbeziehungen sehr deutlich vorgeführt: Zu den mit Produktions- und Lieferunterbrechungen einhergehenden Preisausschlägen ‚kommt es‘ nicht einfach so, quasi als große externe Störung des gesamten Warenverkehrs, die übers globale Profitmachen hereinbricht. Preise *gibt es* schließlich nicht einfach, und sie bewegen sich auch nicht von allein, sondern sie werden *gemacht*. Wie, das ist allgemein bekannt. Was derzeit in Form von wechselseitig erhobenen bzw. im Kreis herumgereichten Schuldzuweisungen bezüglich „*Wucherpreisen*“ und „*Krisengewinnlertum*“ thematisiert wird, das gilt ansonsten als einer der größten Vorzüge des Kapitalismus, der darum auch „*Marktwirtschaft*“ heißt: Preise und alles, was sie an Austausch vermitteln, sind das Resultat des Marktschachers zwischen den kapitalistischen Käufern, für die der von ihnen zu zahlende Preis möglichst gering sein soll, und den Verkäufern, für die der von ihnen verlangte Preis nicht hoch genug ausfallen kann. Kapitalistisch sind die materiell aufeinander bezogenen und angewiesenen Lieferanten *Konkurrenten*, die einander ausnutzen und aneinander zu verdienen trachten, was beides im Preis den entscheidenden Hebel und das entscheidende Kriterium hat. Für ihr Ringen stellt das Verhältnis von Angebot und Nachfrage darum nichts anderes als ein ökonomisches *Kräfte-* bzw. *Machtverhältnis* dar. Verfügbarkeit oder Nichtverfügbarkeit, ‚Schwemme‘ von oder ‚Mangel‘ an *Gütern* – das gibt es nur als Resultat und nur in der Form dessen, dass *Preise* verlangt und bezahlt oder verweigert werden, die für den Verkäufer die Überschusskalkulation erfolgreich aufgehen lassen und für den Käufer seinerseits den lohnenden Einstieg in seine Kosten-Überschuss-Operation darstellen sollen. Was sich dabei an „*Lieferantenbeziehungen*“ und „*Partnerschaften*“ ergibt, das hat den Austausch der Gegenstände zum Inhalt, die sie für ihre Profitproduktion voneinander brauchen bzw. einander anzubieten haben, zu den Preisen und in den Mengen und in den Zeitrhythmen, die als Ausgangs- bzw. Endpunkt ihrer jeweiligen Gewinnrechnung erfordert sind. *Das* regiert die ‚Arbeitsteilung‘ zwischen den Beteiligten und bestimmt, was hergestellt und verkauft wird oder auch nicht. Im Prinzip nichts anderes findet gegenwärtig statt, wenn der Warenverkehr an vielen Stellen rationiert wird und ins Stocken gerät, weil die wachstumsgetriebene Nachfrage und das Angebot, das nicht so reichlich und flüssig ist, wie es die Wachstumsanstrengungen der Nachfrager erfordern und unterstellen, besonders drastisch auseinanderklaffen. Das ist, dem allgemeinen Prinzip gehorchend, gleichbedeutend mit Preissteigerungen, die sich aufgrund veränderter Marktmachtverhältnisse offenbar durchsetzen lassen und so manchen Extragewinn an einer Stelle, so manche Beschaffungsnot und entsprechend verschlechterte Gewinnbilanz an anderer erzeugen.

Gerade in dieser wunderbaren Anarchie passt der *Modus* der ‚Arbeitsteilung‘ also perfekt zu ihrem Zweck und sorgt für eine weitere, gerade in der gegenwärtigen Liefer- und Mangelkrise so deutlich zutage tretende, nur der Marktwirtschaft eigene Schönheit: Die besteht darin, dass es gemessen an den ökonomisch gültigen Erfolgsmaßstäben keinen Schaden gibt, der nicht auch einen Nutzen, gemessen an ebendiesen Maßstäben, mit sich brächte. Preiserhöhungen, die für die einen zweckwidrige Kostensprünge bedeuten, die sie dann an ihre Kunden

„leider weitergeben müssen“, also denen aufhalsen, so gut sie es vermögen, sind schließlich zweckdienliche Einnahmezuwächse für diejenigen, die diese Preise verlangen, weil sie es können. Nur der Kapitalismus schafft es zum Beispiel, einer seuchenbedingten Knappheit an so manchem medizinischen Gut auf diese Weise einen guten ökonomischen Sinn zu verleihen.<sup>1)</sup>

Auf ein Nullsummenspiel läuft dieser Gegensatz, den Käufer und Verkäufer per Preis austragen, allerdings im Prinzip nicht, und im Moment schon gar nicht, hinaus. Denn ob für kapitalistische Käufer die erhöhten Preise, die sie zahlen müssen, nachhaltig auf die Bilanzen drücken oder ob sie sie an ihre Kundschaft weiterreichen können, ist die offene und für ihr Geschäft brisante Frage. Für deren Beantwortung kommt es entscheidend darauf an, welche gesamtgesellschaftliche Zahlungsfähigkeit sich dafür ausnutzen lässt.

Hier kommt der schon erwähnte Endverbraucher ins Spiel, und zwar gleich zweifach. Zum einen sind die so bezeichneten Figuren in ihrer Mehrzahl Lohn- und Gehaltsempfänger, für die arbeitgebenden Unternehmer also ein Kostenfaktor. Von diesem haben die sich unter Ausnutzung aller bestehenden und neu geschaffenen Freiheiten in den letzten zwei Jahren in großem Umfang befreit, was den von der Pandemiedepression befallenen Unternehmensbilanzen gutgetan hat. Zum anderen ist mit ihren Löhnen und Gehältern im selben Umfang profitlich ausnutzbare Zahlungsfähigkeit geschwunden. Angesichts der vor allem pandemiebedingt unterbrochenen ‚Liefer-‘, also *Zahlungsbeziehungen* zwischen den Unternehmen springt der Staat als externer Stifter reichlich bemessener zusätzlicher Zahlungsfähigkeit ein, denn er will es nicht zulassen, dass der von ihm betreute Kapitalismus an der seuchenpolitischen Störung notleidet. Hinzu tritt das Finanzkapital, das die staatliche Bereitschaft zur finanzstarken Rettung als guten Grund für seine Spekulation auf einen vom Staatskredit getriebenen Aufschwung nimmt, also seinerseits darauf Kredit schöpft. Zusammen ergibt sich so für die Kapitale, die ihre Produkte gewinnbringend zu verkaufen trachten, ein riesiges Reservoir an Extrazahlungsfähigkeit: Sie feiern nach nur kurzer Pandemie-Tristesse einen Aufschwung, der alle Friktionen bei Angebot und Nachfrage im Bereich einiger allgemein benötigter Waren – Erdgas, Chips, Metalle ... – in eine allgemeine Preissteigerung übersetzt: „*Es kommt zu*“ Inflation. An der sind systemgemäß diejenigen, die nicht kaufen, um zu verkaufen, sondern um zu leben, nur in der Weise beteiligt, dass sie die gesteigerten Preise für ihre Bedarfsgüter zahlen, soweit sie können. Dass die Konkurrenz derer, die mit Preisen und um sie konkurrieren, eine ins System eingebaute Garantie für preiswerte Lebensmittel ist, hat eben noch nie – auch bei geölten Lieferketten nicht –

- 1) Das wird auch allgemein so eingesehen, sodass die *moralische* Frage, ob an einzelnen Stellen eher zu verurteilendes Wuchertum vorliegt, wie zum Beispiel bei Masken oder Erdgas aus dem Ausland, oder doch eher ein nicht zu beanstandendes marktwirtschaftliches Glück des Tüchtigen, wie bei BioNTech, sich regelmäßig daran entscheidet, ob da jeweils ein Beitrag zur nationalen Bewältigung des historischen Wachstumseinbruchs zu konstatieren ist oder ein Beitrag zu dessen Verlängerung... Und die *sachliche* Auskunft über Zweckmäßigkeit bzw. -widrigkeit der zu beobachtenden Preisausschläge geben, wie gesagt, die Kurstabellen, in denen der finanzkapitalistische Status der Firmen nachzulesen ist.

gestimmt: Die ‚Billigkeit‘, um die es denen geht, die ihr Kapital verwerten, sorgt ja überhaupt für das permanent prekäre Verhältnis zwischen Bedarf und Zahlungsfähigkeit derjenigen, die sie als Arbeitskräfte schlecht bezahlen und als Endverbraucher beanspruchen. Auch in dieser Hinsicht ist die Ausnahmelage ein Beleg fürs Funktionieren der Normalität.

\*

Im Zusammenhang mit der Frage, wie sich für welche Konkurrenten mit den Produktions- oder Transportunterbrechungen die Machtverhältnisse auf dem Markt modifizieren, gerät eine weitere Errungenschaft der ‚Globalisierung‘ in den Blick. Ein Fenster der Verwundbarkeit innerhalb der Konkurrenz stellt offensichtlich die weithin geübte Praxis dar, die man unter dem Namen „*just in time*“ kennt.

#### **4. Die modernen Formen der Lagerhaltung und ihr Beitrag zu Art und Umfang der derzeitigen Klemmen**

Bezeichnet wird mit diesem englischen Terminus, der in normalen Zeiten mit seiner angelsächsischen Herkunft allein schon dafür bürgt, dass es mit der so bezeichneten Sache seine Richtigkeit hat, die Praxis kapitalistischer Unternehmen, ihre Lagerhaltungskosten möglichst zu minimieren. Der Fachwelt ist es jedenfalls die größte Selbstverständlichkeit – und so gibt sie es auch dem Laienpublikum weiter –, dass mit dem auf Wachstum verpflichteten, weltweit ausgedehnten und verästelten Produzieren die planvoll betriebene Reduzierung von Lagerhaltung einhergeht. Und zwar in einem Maße, das – wie nun berichtet wird – dafür verantwortlich ist, dass gewisse Verzögerungen an einer Stelle so umfassend und vor allem so schnell an hundert anderen Stellen durchgeschlagen haben. Angesichts der aktuellen ‚Verwerfungen‘ ist von mancher Seite gar davon die Rede, „*man*“ habe es „*übertrieben*“ mit dem Ersatz von Lager- und Vorrats- haltung durch die Strategie „*just in time*“. Als ob die eine Mode gewesen wäre. Eine kollektive Verirrung oder Übertreibung liegt aber überhaupt nicht vor, sondern der unternehmerische Umgang mit einem Widerspruch kapitalistischen Produzierens.

*Einerseits* verlangt der Zweck permanenten Wachstums, für das jeder eingefahrene Gewinn nur der Ausgangspunkt dafür ist, ihn unter Zuhilfenahme der Angebote des Kreditwesens in die nächste Runde Gewinnproduktion zu investieren, gebieterisch die Kontinuität und möglichst große Geschwindigkeit des Produzierens; jede womöglich durch Materialmangel verursachte Unterbrechung oder Verlangsamung des *materiellen Produktionsprozesses* beschädigt den endlosen Zirkel von Investition, Rückfluss und Re-Investition, also den *Umschlagsprozess* des investierten *Kapitals*; darum stellt ja unter anderem – wie allgemein geläufig –, der 24/7-Betrieb aller Produktionsanlagen und Transportvehikel ein unhinterfragbares Gebot der Vernunft dar.

*Andererseits* verträgt sich ebendiese Herabsetzung des Produzierens zum Bestandteil des auf immer größerer Stufenleiter permanent zu durchlaufenden Umschlags des Kapitals überhaupt nicht damit, die Geldflüsse des Unternehmens dadurch zu belasten, dass der für die materielle Produktion, ihren Fortgang, ihr Wachstum nötige *Stoff auf Vorrat* gehalten, also das darin angelegte

*Kapital auf Eis* gelegt wird. Das bewährt sich schließlich als solches nur in dem Maß, in dem es sich permanent und möglichst schnell von einem in Geld getätigten Vor- in einen in Geldform zurückfließenden Überschuss verwandelt. Vom Standpunkt der Rechnung, dass jedes vorgeschossene Geld möglichst umstandslos und schnell in einen Überschuss zu verwandeln ist, stellt Lager- und Vorrats-haltung pure Verschwendung dar, tote Last, die es zu verringern gilt.

Also sind kapitalistische Unternehmen schon immer auch damit beschäftigt, mit diesem unauflösbaren Widerspruch schöpferisch umzugehen, nämlich sich den permanenten und jeder Schwankung ihres Bedarfs angepassten Zugriff über alles Material zu sichern und sich zugleich die damit einhergehende finanzielle Last so weit wie möglich vom Halse zu schaffen. Für die nimmermüden Strategen des Kapitals liegt darum nichts näher, als die Lagerhaltung in unterschiedlicher Weise auf die globalisierten Produktions- und Lieferbeziehungen, die weltweiten Transportwege und -zeiten abzuwälzen. Das sorgt mit dafür, dass der Verkehr an und zwischen den Standorten kapitalistischer Produktion und den Absatzmärkten sich so wunderschön gestaltet, wie er es ausweislich aller Berichte tut: mit all den rollenden, schwimmenden und fliegenden Lagern, für deren zweckmäßigen Betrieb Pausen- und Ruhezeiten, Nachtflugverbote oder Einschränkungen für Schiffspassagen bekanntermaßen nicht auszuhalten sind; mit all den für erfolgreiche kapitalistische Standorte gewöhnlichen „*Verkehrsinfarkten*“ und „*Feinstaubproblematiken*“, und mit den ständigen Reparatur- und Ausbaurbeiten an den Verkehrsinfrastrukturen... Aber weil und solange alles brummt, worauf es ankommt, also diese ‚Strategie‘ ihre kapitalistische Nützlichkeit beweist, steht nichts davon je zur Disposition.

Doch auch wenn ein pandemisches oder anderweitiges Unglück dazwischenkommt, ist der globalisierte „*just in time*“-Kapitalismus, der das weltweite Produzieren und Transportieren beherrscht, nicht am Ende – im Gegenteil. Den deutschen Autoproduzenten zum Beispiel hat er die Freiheit verschafft, auf den coronabedingten kurzfristigen Nachfrageeinbruch nach ihren Produkten unter anderem „*zeitnah*“ mit einer Abbestellung der nun nicht mehr nötigen elektronischen Bauteile zu reagieren, statt hilflos dem schlimmen Schicksal preisgegeben zu sein, bestellte Ware kaufen und so lange auf Lager legen zu müssen, bis der eigene Absatz wieder richtig fluppt. Für das darauf abgestimmte Abbestellen von gebuchten Arbeitskräften bietet das „*Hochlohnland*“ Deutschland erst recht ein reichhaltiges Repertoire in Sachen flexibler Arbeitszeit, Kurzarbeit usw. Dass die Unternehmen ihren lieben Lieferanten aus Übersee damit exakt die komplementäre Last aufhalsen, geht sie nach marktwirtschaftlicher Logik nichts an – das ist schließlich der schöne, marktwirtschaftlich gerechte Effekt der flexibilisierten und diversifizierten Lieferbeziehungen. Blöd für die ehrenwerten deutschen Autobauer war halt nur, dass diese Lieferanten sich umgekehrt nicht auf Lagerhaltung für bessere Zeiten beim deutschen Automobilkapital verpflichtet sahen, sondern ihrerseits schauten, wie sie sich schadlos halten konnten – und da kam ihnen der ebenfalls durch die Pandemie und Pandemiepolitik hervorgerufene Nachfrageboom bei IT- und anderen Elektronikprodukten wegen Home-Office u.ä. gerade recht. Der steht nun zwar einer schnellen Wiederauslastung der Produktionskapazitäten der deutschen Premiumindustrie entgegen, weil es

deren Vorzeigeunternehmen an Bauteilen mangelt, aber das geht ja wiederum die Chiphersteller nichts an...<sup>2)</sup>

Gerade diesen deutschen Vorreitern eines globalisierten Zulieferwesens und der stetigen Minimierung eigener Lagerhaltung zugunsten einer perfektionierten „just in time“-Lieferkette sind aber angesichts der nicht bestellten Engpässe und Preisausschläge die Hände auch nicht gebunden. Erstens haben sie schließlich alle Freiheit, mit knappem Material so zu kalkulieren, dass der Profit möglichst wenig leidet. Für die Autokonzerne heißt das zum Beispiel, dass sie die verfügbaren Chips einerseits ins Hochpreissegment ihrer Flotte mit den traditionell besseren Margen einbauen; andererseits setzen sie – bezogen auf die noch produzierbaren Kleinwagen – feine Preissprünge durch. Zweitens greifen die Unternehmen über das bilanzfreundliche Hantieren mit knapper Ware hinaus zu Umgangsweisen mit und Alternativen zu den im Moment etwas problematischen ‚Beziehungen‘, um ihre Profitapparate „wieder auf Wachstumskurs“ zu bringen. Dafür haben sie im Resultat der bisher erfolgreich betriebenen Konkurrenz das entscheidende Mittel selbst in der Hand: ihre *Kapital-*, also *Konkurrenzmacht*. Nicht sehr überraschend, worauf sie in Sachen Engpass-Bewältigung so kommen.

### **5. Systemgemäßer Umgang mit Engpässen und seine zwiespältigen Wirkungen**

Das fängt bei ihnen und in anderen Branchen ganz klein, aber in der Gesamtwirkung auch schon nicht von Pappe, damit an, was heutzutage bei Experten „sandbagging“ heißt und schlicht ‚Hamstern‘ meint. Wo kapitalistische Unternehmensführer die Leichtigkeit behindert sehen, mit der sie normalerweise all das genau dann an Ware einkaufen bzw. an Transportkapazitäten buchen, was für die von ihnen veranstaltete profitable Produktion samt Verkauf gebraucht wird, da nutzen sie im Rahmen ihrer Finanzmacht ihre Vertragsfreiheit eben doppelt: zum einen, wie besagte Einkaufsmanager deutscher Kfz-Hersteller,

- 2) *„Anfang 2020 sah die Welt noch rosig aus. Die Halbleiterindustrie hatte gerade einen langanhaltenden Abschwung überwunden und stand kurz vor einem kräftigen Konjunkturaufschwung. Doch dann tauchte Covid-19 auf und insbesondere die Automobilbranche fürchtete eine schwächere Nachfrage. Tatsächlich brachen die Fahrzeugverkäufe im Frühjahr 2020 kurz ein. Fast panikartig stornierten die Chef-Einkäufer der Automobilkonzerne ihre Aufträge an große Chiphersteller wie TSMC in Taiwan. Das sollte sich allerdings als folgenschwere Fehleinschätzung erweisen. ‚Plötzlich stieg die Nachfrage nach Autos nämlich wieder stark an‘, sagt Kota Yuzawa, Automobil-Analyst bei Goldman Sachs.*

*Die stornierten Fertigungskapazitäten in der Chipindustrie standen den Autokonzerne aber nicht mehr zur Verfügung. Sie waren inzwischen längst an die Hersteller von Unterhaltungselektronik weitergereicht worden. ‚Wir haben in dieser Zeit von zu Hause aus gearbeitet, von zu Hause aus Sport gemacht, von zu Hause aus Schule gehabt und uns zu Hause unterhalten‘, sagt Branchenexpertin Julia Hess von der Berliner Stiftung Neue Verantwortung. Das habe zu einer erhöhten Nachfrage nach Smartphones, Tablets, Laptops und Spielekonsolen geführt. Damit waren die globalen Chip-Vorräte schnell aufgebraucht.“ (zeit.de, Wie der Chipmangel entstanden ist, 13.12.21)*



dazu, Ware kurzerhand abzubestellen; zum anderen, wo es möglich ist und passend erscheint, auch dazu, auf Vorrat oder auch nur auf Verdacht zu ordern. Das führt, wie sich nachlesen lässt, unter anderem dazu, dass mitten in einer Phase von Übernachfrage nach Transportkapazitäten insbesondere auf Schiffen so mancher Containerplatz leer bleibt. Denn findige und vorsichtige Manager buchen angesichts des knappen Angebots an Containern und Stellplätzen auf Schiffen lieber doppelt und dreifach, sofern die Stornokosten billiger sind als die errechneten Schäden für den Fall, dass sie ihren Krempel gar nicht verschifft kriegen. Auch bei den benötigten Gütern funktioniert der reihum gepflegte Umgang mit tatsächlichen oder erwarteten Knappheiten so. Die Lieferanten von Vorprodukten für die Industrie zum Beispiel berichten von einem Nachfrageboom nach ihren Produkten, während die von ihnen belieferte Industrie weniger produziert: Es bestellen alle mehr, als sie brauchen, weil es weniger gibt, als sie verlangen. Alles andere wäre ja auch Planwirtschaft, und die passt zur gegeneinander gerichteten Planung der Konkurrenz um Gewinne nun wirklich nicht, also wird reihum um den sicheren Zugriff auf die zwischenzeitlich unsicher gewordenen Waren konkurriert, was das „*Ungleichgewicht*“ zwischen Angebot und Nachfrage verallgemeinert, verlängert und verstärkt. Das heißt im Expertensprech „*Bullwhip-Effekt*“ und sorgt dafür, dass innerhalb kürzester Zeit tatsächlich ununterscheidbar ist, ob gehamstert wird, weil es einen Mangel gibt, oder ob es einen Mangel gibt, weil gehamstert wird.

\*

Wohl unterscheidbar sind dafür aber die Potenzen derer, die sich daran beteiligen. Denn klar ist, dass bei diesem Kreisverkehr des Umgangs mit und der Erzeugung von Lieferengpässen und Preisausschlägen diejenigen am besten abschneiden, die die meiste Finanzmacht einzubringen haben: Die größten Kapitale sind als größte Abnehmer die entscheidenden Kunden für die umworbenen Lieferanten, müssen es sich also am wenigsten gefallen lassen, sich in der Reihe der Nachfrager hinten anzustellen; *und* sie können sich die erhöhten Preise und die anderen – zum Beispiel mit dem Kauf auf Vorrat verbundenen – gestiegenen Kosten am ehesten leisten.

## **6. Systemgemäße Schlussfolgerungen aus den aktuellen Schwierigkeiten**

Ihre Kapitalgröße verpflichtet und befähigt sie außerdem dazu, sich noch ganz anders für die Zukunft zu wappnen. Worauf es da ankommt, das macht, um beim Beispiel Fahrzeugindustrie zu bleiben, der Vorreiter der Elektrifizierung des Weltautomarkts, Tesla, vor. Dem wird bescheinigt, der „*Chipkrise*“ ganz gut zu trotzen und sogar mehr zu verkaufen, während deutsche Autoproduzenten ihre „*vollen Auftragsbücher nicht abarbeiten*“, d.h. nicht in wachsenden Absatz ummünzen können, weil ihnen die Bauteile fehlen. Wie dieser aus deutscher Sicht zutiefst bedauernde Unterschied zustande kommt, ist schnell berichtet: Zum einen hat Tesla seinen Aufwuchs im großen Stil durch den Zukauf von bestehenden Herstellern diverser Bauteile erreicht, was sich neben der Entwicklung von Produktionskapazitäten für seine spezielle neue Ware – den vollelektronischen PKW – zu einer nun allseits bewunderten „*vertikalen Integration*“ des Konzerns mit enormer „*Fertigungstiefe*“ summiert. Das ersetzt nicht nur so manche Liefer-

beziehung zu fremden Unternehmen, die im Falle eines Falles womöglich entgegen den eigenen Notwendigkeiten kalkulieren und agieren, sondern sorgt im Verhältnis zu den Lieferanten, mit denen Tesla auf Basis seiner eigenen Produktionskapazitäten im Geschäft ist, für die Überzeugungskraft, auf die es aus Preisgründen stets und in einer Sondersituation wie derzeit erst recht ankommt.<sup>3)</sup>

Die „Zukunftsstrategien“ des deutschen Industriekapitals, das sich angesichts seiner Schwierigkeiten Vorwürfe der Sorte „*hausgemacht*“, „*Entwicklung verschlafen*“ oder „*auf Erfolgen ausgeruht*“ anhören muss, folgen scheinbar – ähnlich undogmatisch wie bei Tesla – ganz entgegengesetzten Leitlinien, die bei näherem Hinsehen aber alle auf dasselbe hinauslaufen. Zündende Ideen wie „*wieder mehr selbst fertigen*“, „*mehr Unabhängigkeit von auswärtigen Lieferanten*“ stehen in diesem Zusammenhang genauso hoch im Kurs wie „*stärkere Beteiligungen in der vertikalen Richtung*“. Das steht neben Plänen der Art „*Lieferketten diversifizieren*“ u.ä. Alles zusammen ergibt eine ‚Strategie‘, die wunderbar zu dem passt, worum es ökonomisch sowieso immer schon geht und was darum auch die einsinnige Perspektive für einen erfolgreichen Weg aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten darstellt. Anders als in der Form von *Hindernissen fürs eigene Wachstum* kennen marktwirtschaftliche Produzenten nun einmal keine Krise, keinen Mangel, keine Störung. Und wenn sie so etwas wahrnehmen, dann nur in der Art, dass ihnen ihre *Konkurrenten* – Lieferanten, Abnehmer, ‚Mitbewerber‘ – diese Misslichkeiten *bereiten*. Und das wiederum übersetzt sich für sie restlos in die fehlende oder mangelhaft eingesetzte *eigene Macht*, solche Störungen auf die anderen abzuwälzen. Fertige sind die Lehren aus der Sonderlage: Es kommt darauf an, sich den möglichst unangreifbaren *Zugriff auf* alle nötigen Bestandteile des eigenen Wachstums unter allen weltwirtschaftlichen Umständen zu sichern.

Dafür bietet sich zum einen die Aneignung von zusätzlichen Elementen der Lieferkette an, die bis dato noch unter der Verfügung anderer Unternehmen stehen – mit dem überhaupt nicht nebensächlichen Effekt, dass damit ganz getrennt von der Absicherung gegenüber irgendwelchen externen Katastrophen unmittelbar das eigene geschäftliche Wachstum befördert wird, schlicht weil eine „*Liefer-*“ eben vor allem eine „*Wertschöpfungskette*“ ist. Wie das mit dem „*Wertschöpfen*“ genau funktionieren mag, ist dabei für die Akteure des Gewerbes nicht wichtig – Werttheorie zu treiben ist ja nicht ihre Aufgabe, sie haben

- 3) „*Tesla besitzt eine größere Fertigungstiefe als Daimler und andere Autohersteller. Als das Unternehmen noch am Anfang stand, fanden sich teilweise keine Zulieferer, die Teile für die ersten Modelle Roadster und Model S liefern wollten. Tesla war daher gezwungen, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen. Bis heute ist dieser Ansatz fester Teil der Unternehmenskultur bei den Amerikanern.*

*In Zeiten des Chipmangels zeigen sich die Vorteile dieser Strategie in Form einer erhöhten Reaktionsschnelligkeit – und auch einer besseren Verhandlungsposition. Die Kalifornier scheuen sich nicht davor, in Verhandlungen damit zu drohen, die Herstellung eines knappen Teils auch mal selbst in die Hand zu nehmen. Um das Geschäft nicht zu verlieren, kommen die Zulieferer Tesla gerne ein Stück entgegen.“* (fool.de, Warum der Chipmangel die Quartalszahlen der Daimler-Aktie drückt und Tesla weiter wächst, 7.10.21)

schließlich mit dem Anhäufen von *Mehrwert* schon genug zu tun. Und gerade von diesem praktischen Standpunkt aus steht über diese Kette so viel fest, dass die Anzahl von deren Gliedern exakt der Anzahl von Gelegenheiten entspricht, sich Wert *anzueignen* – unter Verdrängung der anderen Kettenglieder, die das selbe für sich versuchen. Zum anderen verschafft, siehe das vorbildhafte Tesla, eine möglichst große Präsenz innerhalb der vielfältigen Abhängigkeitsverhältnisse ein Mehr an Macht gegenüber den zahlreichen anderen Mitwirkenden an dem Gesamtkunstwerk Liefer- bzw. Wertschöpfungskette. Und diese Macht braucht es, um diese anderen für sich *auszunutzen*, ohne sich damit in eine Abhängigkeit zu begeben, die sich in Form von diktierten Preisen geltend machen könnte.

All die schlaun Ideen und Kalkulationen, die schon in Zeiten des normalen Gangs der Dinge und im Moment vermehrt gewälzt werden, alle strategischen Alternativen bezüglich „*vertikaler Integration*“ oder „*Outsourcing*“ von Produktions- und anderen Geschäftsbereichen, bezüglich „*Verschlinkung*“ oder auch „*Diversifizierung*“ der geschäftlichen Kooperationen drehen sich um die Frage, wie man die anderen zu verlässlichen, dabei preisgünstigen und jederzeit flexibel zu handhabenden Momenten der eigenen Profitmacherei herrichtet; zu Beiträgern zum eigenen Wachstum, die für jede Anspruchslage und jede Änderung der Anspruchslage zweifellos verfügbar sind, auf deren Kalkulationen und Überlebensfähigkeit man gleichwohl keine Rücksicht nehmen muss. *Mehr von allem*, was die ‚Globalisierung‘ bisher schon immer geheißt und an Geschäftsstrategien und -techniken hervorgebracht hat – das ist die ganze, systemgemäße Weisheit, zu der sich Unternehmer, parteiliche Experten und staatliche Betreuer angesichts von Chip-, Phosphat- und Klopapiermangel wechselseitig ermuntern. Dass so etwas irgendeinen Engpass in Zukunft verhindert, glaubt niemand, aber darauf kommt es ja auch nicht an, sondern ausschließlich darauf, dass – unter *allen* Bedingungen – das eigene Wachstum gesichert wird und die negativen Wirkungen nur bei anderen anfallen.

## **II. Die Rolle des marktwirtschaftlichen Transportwesens für die Globalisierung und die aktuellen Stockungen**

Der Natur der Sache gemäß rückt neben allen anderen eine Branche ganz besonders in den Fokus der gegenwärtigen Begutachtung der verwobenen Weltwirtschaft: das Transportwesen, das tatsächlich seinen ganz eigenen Anteil an den ‚Problemen‘ hat, über die landauf, landab geklagt wird. So manch Interessantes über das Brauchtum in dieser Abteilung Wirtschaft wird da aus Anlass gewisser pandemiepolitisch verordneter Unterbrechungen und anderweitiger ‚Schieflagen‘ vermeldet, was wiederum ein paar Schlaglichter auf die Vernunft der globalisierten Marktwirtschaft wirft.

Völlig selbstverständlich ist dabei, was ‚Branche‘ auch in diesem Fall heißt: Transport von was auch immer von einem Ort zum anderen ist nicht einfach eine *sachliche Notwendigkeit* des arbeitsteiligen Produzierens, sondern stellt als unerlässliches Mittel des globalisierten Produzierens und Vermarktens durch kapitalistische Unternehmen zugleich eine verlässliche und mit jeder neuen Etappe Globalisierung verlässlich wachsende *Gelegenheit* dar, *Geld zu verdienen*. Der

Dienst dieser Branche an den anderen besteht darin, die nötigen Transport- und Lagerhaltungsdienste abzuwickeln, in wachsendem Maße und zu für die Nachfrager nach diesen Dienstleistungen lohnenden Preisen. Weil die Preise sich aber vom Standpunkt der Reeder und LKW-Flotten-Betreiber vor allem für *sie* lohnen müssen, gestalten sie ihr Geschäft entsprechend, was in Zeiten wie diesen schon mal öffentlich kritisch thematisiert wird, weil gerade nicht alles wie gewohnt funktioniert.

### **1. Auch in der Transportbranche: Vom multiplen Nutzen der freien Verfügung über die (manchmal auch nicht) bezahlte Arbeitskraft in ordentlichen und außerordentlichen Zeiten**

Ein auch von den Betreibern des weltweiten Transportwesens weidlich ausgenutztes Mittel, die für sie lohnenden Verhältnisse zwischen Kosten und den Preisen zu gestalten, die sie von ihren Kunden verlangen können, besteht in der puren Billigkeit und Verfügbarkeit ihres Personals. Das rekrutieren sie über alle Grenzen hinweg dort, wo es am preiswertesten zu haben ist; und auch hier heißt preiswert, dass sich die Unternehmer mit wenig Geld die Arbeits- und Produktivkraft der Transportarbeiter verfügbar machen, sie anwenden und sich den so geschöpften Überschuss als Profit ihrer Firmen aneignen. Was das an Umgangsweisen der Kapitalisten mit ihren Arbeitskräften einschließt, legen nicht zuletzt pandemiepolitisch erlassene Beschränkungen der Bewegungsfreiheit über inner-europäische Grenzen hinweg schlagartig offen: zum Beispiel in welchem Ausmaß die „*Freiheit des Warenverkehrs*“ – eine der Grundfreiheiten der Europäischen Union und ein hohes Gut, wie man weiß – inzwischen eben auch daran hängt, dass zehntausende billige Polen, andere Osteuropäer und inzwischen auch Filipinos einen Gutteil ihres Lebens auch außerhalb der bezahlten Arbeitszeit in ihren Fahrerkabinen auf den Autobahnen und LKW-Parkplätzen in ganz Europa verbringen.

Noch fröhlicher geht es bei der christlichen Seefahrt zu. Was die Folgen des globalen „*Corona-Schocks*“ für deren Dienstkräfte bedeuten, ist zum Beispiel der UNCTAD immerhin einen eigenen Bericht wert,<sup>4)</sup> der allerdings eher belegt, wie der Normalvollzug dieses Geschäfts funktioniert, als dass er irgendwelche umstürzenden Neuerungen zu verkünden hätte, für die die Seuche verantwortlich wäre. Dass eine zwischenzeitliche Stockung beim Schiffstransport mal eben hunderttausende Seefahrer und Hafearbeiter samt Familien brotlos macht, in unmittelbare Existenznot stürzt und sogar Löcher in die Haushalte von deren Heimatstaaten reißt, belegt ja nur, dass die großen Reeder dieser Welt in der absoluten Armut der Bevölkerung ganzer Länder ein schönes Reservoir für jederzeit verfügbare, traumhaft billige maritime Arbeitskräfte haben. Und wenn es an anderer Stelle in diesem Bericht heißt, dass aufgrund von seuchenbehördlich gesperrten Häfen zwischen 50 000 und 100 000 Seeleute teils Monate nach Ablauf ihrer Verträge auf den Weltmeeren unbezahlt festsitzen, statt – wie mit Verweis auf die entsprechenden, durchaus vorhandenen Kapazitäten und schon

4) „*The Covid-19 Seafarer Crisis*“ in „*Review of Maritime Transport 2021*“ der UNCTAD; einsehbar unter [unctad.org](http://unctad.org)

lange bestehenden internationalen Humanisierungsabkommen gefordert – in konzertierten Aktionen abgelöst zu werden, dann zeigt das vor allem eines: welche Freiheiten die kapitalistischen Reeder diesbezüglich offenbar seit jeher haben. Dass sie diese Freiheiten in normalen wie erst recht in den besonderen Zeiten von „Corona“ ausgiebig strapazieren, mag sich *rechtlich* mitunter in Graubereichen abspielen oder gar offensiv illegal sein.<sup>5)</sup> *Ökonomisch* ist das aber nur die konsequent wahrgenommene Verantwortung der Unternehmen für ihre Gewinne. Die beruhen ja darauf, dass sich das Kapital mit der Zahlung des Lohnes zum profitträchtigen Gebrauch der Arbeit berechtigt, also auch *nur* die Arbeit bezahlt, die diese profitliche Wirkung entfaltet. Und das heißt umgekehrt: Von der Rücksicht darauf, dass vom Geld für die *Arbeit* die *Arbeitskraft* – womöglich gar noch samt Familie – leben muss, hat sich das Kapital in aller Form freigekauft. Von daher geht es die Reeder ebenfalls nichts an, dass ihre Leute mit den ihnen gezahlten Heuergeldern nicht nur dafür zuständig sind, die Profite der Reeder zu produzieren, sondern zugleich für den patriotischen Dienst verplant sind, zu den Haushalten ihrer Heimatstaaten beizutragen. Freilich ist der Umstand, der gewisse Landsmannschaften zum bevorzugten Pool für die Heuerpolitik der internationalen Reedereien macht, auch für ein paar extra Schwierigkeiten bei der Rückkehr zur unpandemischen Normalität beim Schiffstransport verantwortlich: Die absolute Armut der Crews und das allgemeine ökonomische Elend ihrer Herkunftsnationen korrelieren laut UNCTAD auffällig damit, dass die Impfquote unter den Seefahrern zu wünschen übrig lässt. Das führt nicht nur zu so manchem Corona-Ausbruch an Bord der Handelsschiffe – dies wäre als solches zu verschmerzen –, sondern dazu, dass insbesondere die eminent wichtige Warenhandelsnation China immer wieder darauf besteht, dass diese Leute nicht an Land bzw. die entsprechenden Schiffe gar nicht erst in die Häfen kommen. Chinas „Null-Covid-Strategie“, der solch rigides Vorgehen folgt, ist aus Sicht der Reeder vor allem eines: eine Dauerstörung der Rolle, die das Land für das Rundlaufen des globalen Warenverkehrs, also die berechtigten Wachstumsambitionen der internationalen Unternehmerschaft spielt.

## **2. Alte und neue Techniken des Transportgewerbes für die Sicherung seines Wachstums unter allen Umständen**

Auf den freihändigen, allen seuchenpolitisch verordneten Ab- und konjunkturellen Aufschwüngen angepassten Umgang mit dem wundervoll erpressbaren Arbeitskräftematerial beschränken sich die Strategien der Profitmacherei seitens

- 5) Im internationalen Seehandelsrecht gibt es die Kategorie der *force majeure*, die, wenn ausgerufen, von allen möglichen vertraglichen Pflichten zwischen Schiffseignern und Warenbesitzern entbindet. Das war im Falle des im Suezkanal liegenden gebliebenen Frachters für so manche Klage deutscher Händler gut, denen drohte, die bereits bezahlten Gelder für ihre Bestellungen ersatzlos abschreiben zu müssen. Viel weniger interessant, aber gleichfalls durch die Ausrufung von *force majeure* rechtlich einwandfrei funktioniert die Befreiung der Reeder von jeglichen störenden Verpflichtungen gegenüber ihren Mannschaften. Und zwar so gut, dass die ILO sich dazu veranlasst sah, vom leichtfertigen und ungerechtfertigten Gebrauch dieser Wunderwaffe während der Pandemie in aller Höflichkeit „*abzuraten*“.

der großen, global agierenden Transportkapitale natürlich nicht – auch das belegt die seit 2020 existierende Klemme an verfügbaren Transport- und Verladekapazitäten.

Fast schon nicht der Rede wert ist die selbstverständlich auch von den Herren über den weltweiten Transport beherzigte Devise, dass sich eine wachsende Nachfrage vonseiten der Anbieter für möglichst heftige Preissteigerungen ausnutzen lässt, was nach allen Anstands- und Erfolgsmaßstäben der kapitalistischen Konkurrenz nicht als ‚leistungsloses Einkommen‘, sondern als geschicktes und quasi sachgesetzliches Ausnutzen der „*Marktlage*“ gilt. Den Frachtkunden wird damit die Gewinnspanne verschlechtert und so manchem ganz verhagelt, was bei letzteren selbstverständlich dazu führt, dass sie Produktion und Auslieferung einstellen. So fungiert das als eigene Gewinnquelle gehandhabte Transportwesen als eine weitere und eigenständige Quelle für den einen oder anderen Mangel, wie u.a. den erschütternden Zeugenaussagen aus den Reihen des deutschen Mittelstands zu entnehmen ist. Bedauerlich, aber nicht zu ändern! Vor allem aber gilt auch im Kapitalismus, dass es keinen Schatten ohne Licht gibt – in diesem Fall strahlt es hell aus den Bilanzen insbesondere der Branchenführer des Transportgewerbes, die, teilweise ohne mehr zu transportieren, in den letzten Monaten die größten Gewinne ihrer Unternehmensgeschichte schreiben konnten.

Nebenbei werden noch ein paar weitere Tendenzen thematisiert, die ihrerseits zum „*Chaos in den Lieferketten*“ auf den internationalen Transportmärkten beitragen und es modifizieren. Das betrifft vor allem die Verwendungsweise der Gewinne aus dem globalen Transportgeschäft. Die werden den einschlägigen Statistiken und Geschäftsberichten zufolge zu erheblichen Teilen in neue Containerschiffe investiert. Und zwar noch größere als bisher. Neu ist dieser Drang nicht – die Ladekapazität der größten Schiffe hat sich in den letzten 20 Jahren ungefähr verdreifacht. Mit einem bloßen Mehr an Transportaufkommen ist das nicht zu erklären, sondern, na klar, damit, dass es für das *Geschäft mit* wachsendem Warenumsatz lohnender ist, immer mehr Container auf immer weniger immer größere Schiffe zu stopfen, weil es die Kosten pro Container verringert. Und zwar so sehr, dass die paar heiklen Nebeneffekte, die der Betrieb immer größerer Schiffe mit sich bringt, allemal gerechtfertigt sind.<sup>6)</sup> Für die geschäftsdienliche

- 6) Einer davon war neulich im Suezkanal zu begutachten, als das Container-Schiff „Evergiven“ wegen seines im Verhältnis zum befahrenen Kanal ausreichend großen Volumens und der damit einhergehenden Veränderung der Strömungsverhältnisse in der vergleichsweise engen Röhre in einer andernorts bzw. für kleinere Schiffe komplett beherrschbaren Situation – ein bisschen mehr Sturm als angesagt – sofort vollständig unkontrollierbar geworden ist. Auch ist zu lesen, dass proportional zum Wachstum der Schiffe die Anzahl der Brände pro Jahr steigt, weil die Kontroll-, Sicherungs- und Löschtechnik und – dies vor allem! – die einschlägigen, immer erst international zu vereinbarenden Vorschriften nicht ‚mithalten‘. Nebenbei wird noch erwähnt, dass auch die Anzahl der jährlich auf Nimmerwiedersehen ins Meer stürzenden Container als Begleiterscheinung des Größenwachstums der maritimen Transportmittel kontinuierlich steigt; für die Reeder aber offensichtlich bloß in einem Maß, das sie mit der Effektivierung ihres Geschäfts per Gigantomanie locker wegstecken. Anlässlich des Suez-Unglücks haben sich dutzendweise Experten zu Wort gemeldet und ausnahmsweise ein paar Zeilen geschenkt bekommen, die schon



Bewältigung des kapitalistischen Naturgesetzes „*größere Schiffe, größere Risiken*“ (Süddeutsche Zeitung) sind schließlich die Versicherungen da. Ihre nach der „Evergiven“-Havarie erfolgten Ankündigungen, ad infinitum vergrößerte Schiffe nicht mehr versichern zu wollen, müssen sie erst einmal wahr machen, schließlich lohnt sich dieser kapitalistische Fortschritt bisher auch für sie. Und den Effekt, dass auch einzelne Staus und Stockungen immer schneller immer größere allgemeine Wirkungen entfalten, wenn jeder Transport ein immer gigantischeres Volumen hat, nehmen die großen globalen Transport-„Dienstleister“ in Kauf.

Denn der in ihrer Branche erreichte Monopolisierungsgrad ist inzwischen groß genug, um die von ihnen gefällte Entscheidung für Bau und Anschaffung immer größerer Schiffsklassen zum „*Trend*“ zu machen, dem auch die vorderen und hinteren Glieder in der Transportkette nicht auskommen: Die Reeder können sich darauf verlassen, dass Kanal- und Hafenbetreiber weltweit sich darum bemühen, stets rechtzeitig mit ihren Vertiefungs- und Verbreiterungsarbeiten fertigzuwerden und die für neue Schiffsgößen unbrauchbaren Verladetechnologien an den Docks auch vor dem eigentlichen Verschleiß durch neue zu ersetzen. Andernfalls riskieren sie, vom globalen Liefergeschäft abgehängt zu werden, denn wie man weiß, stehen im Rahmen der globalen Marktwirtschaft auch Häfen zueinander in Konkurrenz.

Ihren eigentlichen Kunden gegenüber – dies haben die Stockungen der jüngsten Zeit ebenfalls nur belegt und verschärft – ist die Marktmacht der paar global agierenden Schiffstransportmultis inzwischen so groß, dass sich die Produzenten des Frachtguts immer häufiger dazu bewegen lassen, ihre Produktionszyklen am Be- und Entladezyklus sowie dem Transportturnus der schwimmenden Containerberge auszurichten, auch wenn das zu ihrer „*just in time*“-Politik gar nicht einfach passt. Auf der Basis wird ihnen aber auch eine neue Form von Sonderangebot gemacht, das den Reedern dazu dienen soll, die so glückliche Übernachtfrage nach ihren Dienstleistungen noch weiter gewinnsteigernd auszunutzen: Wer auf Ankunft oder Abfahrt des nächsten Zwanzig-, Zweiundzwanzig- oder Vierundzwanzigtausend-Container-Frachters nicht warten will, dem bieten die kapitalstarken Reeder – gegen einen entsprechend happigen Aufpreis – auch kurzfristige und individuell zugeschnittene Alternativlösungen per Luft- oder Straßentransport oder eine Mischung aus allen drei Transportwegen an. Zu diesem Dienst an einem von ihnen selbst erzeugten Bedarf sind sie in der Lage, weil sie ihr Wachstum immer mehr auch außerhalb ihrer angestammten Branche betreiben, sich Flugzeuge zugelegt haben und vermehrt zulegen, sich in bestehende Lufttransportunternehmen ein- oder diese gleich gänzlich aufkaufen, dasselbe mit LKW-Spediteuren, Hafengesellschaften usw. betreiben und zusätzlich auf die Angebote des staatlichen oder privaten Eisenbahnwesens zurückgreifen.

In diese derzeit besonders heftig tobende Konkurrenz darum, welche Seite eigentlich für die jeweils andere da zu sein hat, wessen kapitalstarker Bedarf zu welchem Preis den Takt für die Produktion und den rollenden, schwimmenden

seit längerem vor den diversen Risiken des Großexperiments permanenter Schiffsvergrößerungen warnen und bisher schlicht durch das noch stets erfolgreiche Gewinnemachen ins Unrecht gesetzt worden sind und wohl auch bleiben.

oder fliegenden Transport im Rahmen der schwer gestressten Lieferketten vor- gibt, mischen sich schließlich auch noch allerlei Startups mit ihrem ganz eigenen Angebot ein. Den in die globale Konkurrenz ums Transportwesen verwickelten Unternehmen einerseits und den umworbenen finanzkapitalistischen Investoren andererseits präsentieren sie eine unwiderstehliche Idee: Mittels GPS-Tracker an jeder Tomatendose und IP-Adresse für jede Schraube samt zusätzlichem Satellitenaufkommen wollen sie den Akteuren des globalen kapitalistischen Warenverkehrs einen neuen, profitdienlichen „*real time*“-Überblick über den Irrsinn verschaffen, den sie anrichten.

Es kann also alles so weitergehen wie bisher. Jedenfalls wenn es nach den beteiligten kapitalistischen Akteuren am globalen maritimen Warenhandel geht.

\*

Was sie dabei ausnutzen, das ist die Freiheit, die Meere, die ihre Produktionsstandorte und Absatzmärkte trennen, als Verbindungswege zu benutzen. Auch diese Freiheit ‚gibt es‘ nicht einfach so: Die staatlichen Herrschaften, unter denen die Festlandmassen des Globus samt den angrenzenden Meeresgebieten aufgeteilt sind, *gewähren* sie, abgestuft, wechselseitig für ihre Territorialgewässer und ausdrücklich auch für die Teile der globalen Wassermassen, die sie sich nicht als Hoheitsgebiete zugeschlagen haben, verbindlich geregelt im „*Law of the High Seas*“ mit seinem Kern: „*the freedom of navigation*“. Die Tat dieser Subjekte hat es ja schließlich schon gebraucht und braucht es weiter dafür, dass der vergleichende Blick des Kapitals auf alle Kontinente und Länder mitsamt ihren Einwohnern keine theoretische Angelegenheit bleibt, sondern in deren tatkräftige Benutzung mündet. Daran, dass diese *Freiheit* Angelegenheit ihrer gewaltbewehrten *Sicherung* seitens einiger weniger besonders mächtiger Staaten ist, lassen die paar Angehörigen dieser Staatenelite selbst keinen Zweifel: Das erhabene „*right to sail ships*“ gibt es nur als Objekt und Resultat ihrer *Herrschaft über* die Ozeane und Meerengen, und seine *Universalität* hängt an der *Unteilbarkeit* dieser Herrschaft. Um die dreht sich daher eine Rivalität zwischen ihnen, die von ganz anderer Art ist als die private Konkurrenz um wachsende Profite und die staatliche um deren nationalökonomischen Nutzen – und die darum eigens zu erklären bleibt und lohnt.

# Die Einführung des Bitcoins in El Salvador

## Klarstellungen zu dem gewagten Geld-Projekt des internetaffinen Präsidenten eines Landes ohne eigenes Geld

Im Jahr 2019 gewinnt Nayib Bukele die Präsidentschaftswahlen von El Salvador. Der 40-jährige politische Newcomer, der sich der Öffentlichkeit gerne – immer eifrig twitternd – mit verkehrt herum aufgesetzter Baseballmütze präsentiert, regiert das Land seither mit seiner neu gegründeten Partei „Nuevas Ideas“ auf Basis einer bequemen Zweidrittelmehrheit. Aufgrund der von ihm sogleich ergriffenen Maßnahmen zur Durchsetzung von mehr Staatsgewalt im Land fällt er nicht nur der hiesigen Presse, sondern auch den USA mit ihrem kritischen Blick auf die Regierungen in ihrem zentralamerikanischen Hinterhof auf, die ihn nachdrücklich abmahnen im Hinblick auf in ihren Augen autoritäre und demokratisch bedenkliche Eigenmächtigkeiten.

Noch deutlich größere internationale Aufmerksamkeit erzielt schließlich seine Ankündigung, ab September 2021 als globale Premiere neben dem Dollar wie bisher den *Bitcoin* als offizielles Zahlungsmittel in El Salvador zu etablieren.<sup>1)</sup>

Finanzexperten und Kommentatoren in der Öffentlichkeit weltweit sind sofort hellhörig, zeigen sich „*skeptisch*“ und halten die Einführung des Bitcoins als Zahlungsmittel für „*riskant*“, mindestens für „*unvernünftig*“, wenn nicht gar für die „*Spinnerei*“ eines populistischen neuen Idols der Bitcoin-Fangemeinde.<sup>2)</sup> Im Hinblick auf das Geld in Händen des Volkes erscheint manchem die Bitcoin-Einführung „*zynisch*“ – schließlich kennt man die „*Volatilität*“ des Bitcoin-Kurses an den internationalen Finanzmärkten. Und man fragt sich besorgt, ob das staatliche Vorhaben überhaupt funktionieren kann. Aus diesem Konzert kritischer Begutachter sticht die warnende Stimme des IWF hervor, da das hochverschuldete El Salvador schon länger von dessen Krediten abhängig ist, deshalb unter dessen Aufsicht und aktuell wieder in Kreditverhandlungen steht.<sup>3)</sup>

Allseits wird also der Nachricht, dass ein kleines armes Land im Hinterhof der USA den Bitcoin, eine inzwischen an den Finanzbörsen der Welt als Spekulationsobjekt gehandelte ‚Kryptowährung‘, zum alternativen Staatsgeld kürt, eine gewisse politische Brisanz beigemessen. Offenbar sehen die echten und

- 1) „Die Nutzung des Bitcoins soll nicht in Konkurrenz treten zur Verwendung des US-Dollars, der nach dem aktuellen ‚Gesetz zur monetären Integration‘ verwendet wird.“ (amerika21.de, 12.6.21)
- 2) Die ist begeistert: In einem Land von der Größe Hessens mit nur 6,5 Mio. Einwohnern, die alle bislang den Dollar gebrauchen, sehen sie das ideale Experimentierfeld für den Praxistest des Bitcoins in der echten Welt in der ihm von seinen Erfindern zgedachten Funktion als Tauschmittel.
- 3) „Als nationale Währung ist eine Kryptowährung – inklusive Bitcoin – mit einem erheblichen Risiko für die makrofinanzielle Stabilität, die finanzielle Integrität, den Konsumentenschutz und die Umwelt verbunden“, heißt es in einem Blogeintrag des IWF. Das Potenzial für billigere Finanzdienstleistungen dürfe zwar nicht übersehen werden, doch Regierungen müssten diese ‚neuen digitalen Formen von Geld‘ unter Wahrung von ‚Stabilität, Effizienz, Gleichheit und Nachhaltigkeit‘ einsetzen.“ (ORF.at, 7.8.21)

eingebildeten Aufseher über die Gelder der Welt da Gefahren prinzipieller Natur heraufziehen, die sie dem Fehlen von Gütesiegeln anlasten, die ein staatlich autorisiertes Geld auszeichnen sollen, wie insbesondere Wertstabilität und Kontrolle. Davon lässt sich Bukele als selbst berufener Retter seines Landes<sup>4)</sup> aber nicht beeindrucken: Entgegen solchen Warnungen verspricht er sich offenbar etwas von der Einführung des Bitcoins als alternatives Geld unter seiner Hoheit für El Salvador – nach eigener Auskunft nicht weniger als die Befreiung seines Landes aus jahrzehntelanger Misswirtschaft und -herrschaft.

## 1. Die Dollarisierung El Salvadors

### Der Ersatz des Colón durch den Dollar

Der trostlose Zustand seines Landes, den Bukele beklagt und den er für grundlegend verbesserungsbedürftig hält, ist Resultat der jahrzehntelangen *Einbeziehung* El Salvadors in das kapitalistische Weltgeschäft. Infolge seiner Teilnahme an der und Benutzung für die weltweite Konkurrenz um nationalen Reichtum besitzt es schon seit 2001 *keine eigene Währung* mehr und wirtschaftet seither auf Basis der von der damaligen Regierung beschlossenen „*Dollarisierung*“. Mit dem Entschluss, ihre eigene Währung aus dem Verkehr zu ziehen, hat diese eine radikale Konsequenz aus der geschäftlichen Untauglichkeit ihrer Landeswährung gezogen.<sup>5)</sup>

Mit der „*Dollarisierung*“ wird in El Salvador nicht einfach der salvadorianische Colón durch den Dollar *ersetzt*. Denn, worum es in dieser Ökonomie als Teil der „*Dollarsphäre*“ in Lateinamerika – mit oder ohne Colón – letztlich schon längst geht, das ist der durch erfolgreiche Geschäfte privater Unternehmer und der durch staatlich erhobene Abgaben auf deren Resultate zustande gebrachte Zugriff auf *Dollar* als dem einzig gefragten Geld. Das ist die Konsequenz davon, dass sich die staatlichen Ansprüche, mit der nationalen Geldschöpfung über die Zentralbank und der Finanzierung der Staatsnotwendigkeiten mittels staatlicher Verschuldung gleichzeitig eine Geschäftstätigkeit anzustoßen, die zu einem nationalen ökonomischen Wachstum führen soll, ständig blamiert haben. Das kam immer nicht in nennenswertem Umfang zustande, weil dafür die ökonomische Voraussetzung, eine ausreichende Masse konkurrenz-, also kreditfähiges nationales Kapital fehlt. Stattdessen inflationierte der als staatliches Finanzierungsmittel weiterhin national beanspruchte und vermehrte Colón beständig, sodass er zwar genommen und benutzt wurde, wo nötig, aber immer gleich in Dollar verwandelt wurde, wo möglich. In der Sphäre des Imports sowie für größere

- 4) „*Wir werden nie wieder zu dem System zurückkehren, das uns zwei Jahrhunderte lang Kriminalität, Korruption, Ungleichheit und Armut gebracht hat. Nie wieder. Machen wir uns keine Illusionen. Solange Gott mir Kraft gibt, werde ich das nicht zulassen... Es geht darum, eine echte Demokratie zu konstruieren.*“ (amerika21.de, 4.6.21)
- 5) In der Region steht El Salvador mit diesem Schicksal nicht alleine: Als erster Staat verband Ecuador seinen Staatsbankrott mit der Einführung des Dollar als nationales Geld. Siehe dazu in GEGENSTANDPUNKT 1-2000: „Aufruhr in Ecuador: Ein Staatsbankrott neuen Typs und ein schnell entschiedener Machtkampf in Amerikas Hinterhof“

private Anschaffungen wie Häuser oder Autos wurde von vornherein nur der Dollar akzeptiert und erst recht als Spargroschen jeder Colón in Dollar umgetauscht. Für die Geschäfte der *internationalen* Finanzmärkte wurde der Colón schon gleich nicht nachgefragt. Aufgrund dessen fiel auch sein Außenkurs gegenüber dem Dollar beständig. Als die Regierung dagegenhalten wollte und im Jahr 1992 beschloss, trotz allen „*Abwertungsdrucks*“ einen fixen Wechselkurs zwischen Colón und Dollar zu garantieren,<sup>6)</sup> führte dies vorübergehend zu einer Stabilisierung seines Verhältnisses zum Weltgeld, allerdings auf Kosten der zunehmend knappen Dollarreserven, die der salvadorianische Staat ständig für die Stützung des Kurses aufwenden musste. Zugleich verdrängten die dadurch relativ günstiger werdenden Importe die Reste einheimischer Produktion.

Letztlich bewirkt dann Ende 2000 das rapide Sinken des Weltmarktpreises für Kaffee, das den Dollarfluss nach El Salvador weiter minimiert, den Beschluss der Regierung, nicht nur ihre ruinösen Bemühungen um die Stabilisierung des Colón einzustellen, sondern über Nacht den Colón ganz aus dem nationalen Geldverkehr zu ziehen und den Dollar zum alleinigen gesetzlichen Zahlungsmittel zu erklären. Dafür untersagt sie ihrer Zentralbank jede weitere Emission der Landeswährung und kündigt an, die noch vorhandenen Colón mit einem festen Umtauschverhältnis zum Dollar aus dem Verkehr zu nehmen. Das ist das endgültige staatliche Eingeständnis El Salvadors, *erstens*, dass das nationale Geld, das schon zunehmend durch den in der nationalen Zirkulation immer verbreiteter verlangten Dollar verdrängt war, nichts taugt für das Verdienen von *wirklichem Geld*. *Zweitens*, dass die weitere Aufrechterhaltung des gegenteiligen Scheins die Wirtschaft des Landes und deren politischen Hüter insgesamt nur *schädigt*, da dies letztlich die Nation mehr Dollars kostet, als es solche ins Land und in die Staatskasse bringt. Praktisch vollzieht die Politik das negative Urteil der Geschäfts- und Finanzwelt über die Unfähigkeit El Salvadors nach, eine nationale Währung mittels eigener ökonomischer Potenzen irgendwie am Leben und für sie ‚attraktiv‘ zu erhalten. Begraben ist damit endgültig die staatliche Hoffnung, durch selbst geschaffenen Kredit die nationale Wirtschaft derart in Gang zu setzen, dass sie zugunsten eines heimischen Geldes floriert. Um sich von der *Last*, die das eigene Geld für ihn geworden ist, zu befreien, gibt der Staat die faktische Hoheit über das im Land Verwendung findende Geld auf. Er dankt auf diese Weise als *geldpolitischer Souverän* ab und anerkennt, dass allein der Dollar, dessen Schöpfung und Gebrauch in der kapitalistischen Welt unter *fremder Hoheit* stehen, wirkliches Geld und damit tauglich ist zur kapitalistischen Benutzung im Land. Das, was seine Ökonomie kapitalistisch leistet und welche finanzielle

6) „*Seit 1992 ist der salvadorianische Colón ein Fels in der Brandung von Abwertungen. Trotz erheblich höherer Inflation in El Salvador als in den USA bleibt der Wechselkurs konstant. Vor allem bei Importgütern und internationalen Unternehmen hat sich bereits eine Quasi-Dollarisierung eingebürgert.*“ (Lateinamerika Nachrichten Nr. 319, 2001)

In der Wechselkursgarantie El Salvadors sahen auch ein paar Carry-Trader der internationalen Finanzwelt eine Geschäftsgelegenheit, kauften mit niedriger verzinsten Dollar-Krediten Colón, mit denen sie hoch verzinsten Colón-Papiere erwarben, um deren Zinsen zum festen Wechselkurs wieder in Dollar zurückzutauschen – oder das Geschäft gleich wieder von vorn zu machen. Unter anderem auch für salvadorianische Banken ein lukratives Geschäft.

Potenz der salvadorianische Staat nunmehr auf *dieser* Grundlage hat, überantwortet er damit ganz den einheimischen oder fremden Dollarbesitzern und deren Entscheidungen, was sich in El Salvador für sie geschäftlich lohnt.

### **Die dollarisierte Ökonomie unter US-Aufsicht**

Daher verbleiben seither im Wesentlichen drei Abteilungen der nationalen Ökonomie, die jeweils auf ihre Weise als Dollarquellen und damit als ökonomische Basis für den Bedarf und Bestand des salvadorianischen Staats fungieren:

– Im *Export* sind es vornehmlich US-Geschäftsleute, neben ein paar reichen Salvadorianern, die mittels heimischer Agrarprodukte wie Zucker, Kaffee oder Bananen ihre private Dollarvermehrung betreiben oder zu diesem Zweck einheimische Billiglohnarbeiter in zollbefreiten Sonderwirtschaftszonen benutzen. Das lohnt sich für die Besitzer solcher Plantagen und Textil-Maquiladoras in dem Maße, wie es der Weltmarkt erlaubt, auf dem die Waren verkauft werden; und ernährt genau den kleinen Teil des Volkes, dessen Arbeit dafür benötigt und mit Elendslöhnen bezahlt wird.

– Die andere nennenswerte Abteilung des nationalen ökonomischen Lebens ist Teil der sogenannten „*Schattenwirtschaft*“ und besteht zum Großteil in dem illegalen Geschäft des Durchschleusens der aus Kolumbien und Mexiko stammenden Drogen in die EU und die USA. Als einheimische Handlanger für diese Geschäfte werden etwa 70 000 der ansonsten perspektivlosen Jugendlichen beschäftigt und entlohnt. Die Protagonisten des Drogenhandels sind permanent damit beschäftigt, sich und ihr Gewerbe dem Zugriff nicht nur der salvadorianischen, sondern insbesondere der US-Staatsgewalt zu entziehen, der der salvadorianische Staat – von den USA genötigt – weitreichende Befugnisse für *ihren* Antidrogenkrieg in El Salvador erteilt hat. Und die Tatsache, dass dieses verbotene und daher besonders lukrative Geschäft unter den darin engagierten Geschäftsleuten heiß umkämpft ist, sorgt seinerseits mit für die exorbitant hohe Mordrate, die das Leben für die Massen in El Salvador so unmittelbar gefährlich macht.

– Bei der Masse des Volkes befördern diese Verhältnisse und ihre Versuche, mangels Alternativen vornehmlich „*informell*“ irgendwo im Bereich dieser oder der sonstigen „*Schattenwirtschaft*“ mit ihnen zurechtzukommen, die Einsicht, dass sie gar nicht auszuhalten sind, und deshalb den massenhaften Entschluss, ihr Heil im Ausland zu suchen. Diese Salvadorianer füllen und erweitern seit Jahren den Migrationsstrom in Richtung USA, den nicht nur Trump, sondern auch sein demokratischer Nachfolger bekämpft, auch wenn dieser seine zentralamerikanischen Nachbarn nicht mehr öffentlich zu den „*shitholes*“ zählt, gegen die sich die USA mit hohen Mauern abzugrenzen haben. Dort erarbeiten sich diese Migranten – wenn möglich – die Dollars, mit denen sie sich und außerdem ihre Familien in der Heimat mit Dollarsendungen, sog. „*remesas*“, ernähren, was inzwischen den größten Anteil der Devisen, über die El Salvador verfügt, ins Land bringt.<sup>7)</sup>

7) „Viele der 2,5 Millionen Salvadorianer in der Diaspora schicken Geld an Freunde und Verwandte, die noch in El Salvador leben. Im vergangenen Jahr überwiesen sie zusammen fast 6 Milliarden Dollar, was etwa 23 % des Bruttoinlandsprodukts des Landes entspricht... Etwa 70 % der Bevölkerung erhalten sie. Die durchschnittliche



Diese Überweisungen unterliegen, was Absender, Empfänger und Höhe des Betrags betrifft, wiederum einer strengen Kontrolle der USA, um die Zirkulation von Drogengeldern zu unterbinden. So werden Geldüberweisungen aus den USA in Länder wie El Salvador registriert, geprüft und gegebenenfalls beschränkt oder ganz verhindert. Gelder mit möglichem Bezug zum Drogenhandel werden als Terrorfinanzierung, also als nationale Sicherheitsfrage der USA behandelt und damit El Salvadors bedeutsamste Dollarquelle laufend unter Generalvorbehalt, also infrage gestellt.<sup>8)</sup>

*Darin* also besteht das aktuelle ökonomische Leben El Salvadors und die Bedeutung seiner „*Dollarisierung*“. In dieser beschränkten und – sofern international kriminalisiert – prekären kapitalistischen Benutzung von Land und Leuten El Salvadors liegen dann auch die Schranken für die staatlichen Ansprüche. Weil der Staat *keinen nationalen Kredit* hat, ist er auf den Dollar verwiesen. Und weil seine Ökonomie als Dollarquelle nur bedingt taugt, er laufend mehr Dollars benötigt, als seine Grundlage für ihn ökonomisch hergibt, ist er davon abhängig, sich auswärts zu verschulden. Dazu aber ist er auf den internationalen Finanzmärkten – aus demselben Grund – wenn überhaupt, nur in sehr engen Grenzen und zu hohen Zinskosten in der Lage. Deshalb ist er ständig auf den politischen Kredit und die direkten finanziellen Zuwendungen vor allem des IWF und der Weltbank angewiesen, mit deren Hilfe die Auslandsverschuldung des Landes in den letzten Jahren explodiert ist. Seine ständig akuten Zahlungsnöte mag er mit solchen Unterstützungen beheben, muss sich aber damit – über die amerikanischen Drangsalierungen in Sachen Drogenpolitik hinaus – laufend IWF-Vorgaben unterwerfen, die mit ihren Auflagen die staatliche Wirtschafts- und Haushaltspolitik auf die Interessen der internationalen Kreditgeber und Anleger verpflichten.

## **2. Das neue nationale Zahlungsmittel Bitcoin und wie es herrschaftsfrei funktioniert**

Um seiner Nation in dieser politischen und ökonomischen Zwangslage in der imperialistisch geordneten Welt im Hinterhof der USA größere Freiheiten zu verschaffen, verordnet der Präsident Nayib Bukele dem Land eine eigentümliche „*Währungsinnovation*“. Um nicht mehr allein vom Dollar, der für den nationalen Bedarf nie reicht und immer so exorbitant hohe Kreditkosten produziert, und um

*monatliche Überweisung beträgt 195 USD, und für die Haushalte, die Überweisungen erhalten, machen sie 50 % ihres Gesamteinkommens aus. Der Geldtransfer aus dem Ausland zurück nach El Salvador ist also für die meisten Menschen im Land überlebenswichtig.“* (CNBC.com, 17.9.21)

- 8) Wie das in einem weiteren Sinn die Freiheiten einer dem eigenen Land verpflichteten Politik beeinträchtigen kann, weil man in dieser Region, als „Hinterhof der USA“, von diesen als Staat mit nur sehr bedingter Souveränität behandelt wird, zeigen zuletzt die Drohungen Donald Trumps an den Nachbarn Guatemala. Diesem kündigte er an, Überweisungen von in die USA Geflüchteten in ihre Heimat zu sanktionieren, sollte sich deren Regierung nicht bereitfinden zu der von ihm verlangten wirksameren Kooperation bei dem Programm, die anschwellenden Flüchtlingsströme in Richtung Norden wieder nach Zentralamerika umzuleiten.

vor allem nicht mehr von dessen weltmächtigem Schöpfer, seinen Finanzinstanzen und deren politischen Vorgaben und Vorschriften abhängig zu sein,<sup>9)</sup> wird der Bitcoin ohne große parlamentarische Umstände als eine „zweite Landeswährung“ im ganzen Land eingeführt.<sup>10)</sup> Er soll *neben* dem Dollar, der explizit weiter *maßgebend* im Inland zirkulieren soll und auf den sich alle Preise beziehen, als ein zweites *Zahlungsmittel* funktionieren, mit dem, sofern technisch möglich, alles im Land bis zu Löhnen und Steuern bezahlt werden darf.

Angestrebt ist also ein partieller „Tausch“ der Abhängigkeit vom Dollar, dem fremden Kreditgeld der USA und dessen ständig negativ erfahrener Macht, gegen ein zwar ebenso fremdes, aber *gar keiner Hoheit* unterworfenen Zahlungsmittel.<sup>11)</sup> Dabei kann Bukele anknüpfen an zweierlei qualitative Fortentwicklungen des digital konstruierten Kryptogeldes, das für sich erst einmal gar kein werthaltiges Geld, sondern nichts ist als ein verschlüsselter Datensatz mit auf einer Blockchain festgehaltenen wechselnden Besitzverhältnissen: erstens daran, dass dieser Bitcoin mittlerweile eine beachtliche Karriere an den Finanzmärkten hingelegt hat, die ihm international eine Wertschätzung als taugliches Spekulationsobjekt eingebracht hat; dem also *Wert* in Dollar und Euro von den „Märkten“ *zugesprochen* wird und der somit einen Wert als *Mittel für eine spekulative Geldvermehrung* hat, ganz jenseits jeder materiellen kreditfinanzierten kapitalistischen Reichtumsvermehrung. Und zweitens daran, dass Finanzdienstleister inner- und außerhalb der Internetszene aus diesem so dollarwert gewordenen reinen Spekulationsobjekt mittlerweile tatsächlich ein für jedermann *käufliches* rein digitales Zahlungsmittel gemacht haben, dessen Kaufkraft von seinem *Dollarkurs* abhängt, die allerdings dementsprechend „*volatil*“ ist.

- 9) Die politisch Verantwortlichen El Salvadors berufen sich ausdrücklich auf die Freiheit, die der Bitcoin ihnen eröffnen soll: „*Kritiker wenden ein, die wenig transparente Kryptowährung ... könnte zu einem Verlust an monetärer Souveränität führen – was Vizepräsident Ulloa zurückweist: ‚Das Gegenteil ist der Fall. Bitcoin ist eine Befreiung. Man verliert seine Autonomie, wenn man eine Fremdwährung wie den US-Dollar einführt... Wenn man sich aber auf den Markt der Kryptowährungen begibt, dann gibt es keine Abhängigkeiten von anderen Staaten. Das ist der Vorteil.‘* (Interview mit Vizepräsident Felix Ulloa, euronews, 25.10.21)
- 10) Damit wird ein schon in diesem Land in El Zonte seit 2019 existierendes Sozialprojekt namens „*Bitcoin Beach*“ aufs ganze Land ausgedehnt: „*Das Projekt unterstützt bedürftige Familien seit 2019 mit Zahlungen in Bitcoin. Dafür liess der Gründer Mike Peterson, ein kalifornischer Surfer, der seit 2004 hier lebt, von der Bitcoin-Plattform GaloyMoney eigens die Bitcoin-Beach-Wallet kreieren. ‚Anfangs war uns nicht bewusst, dass der Bitcoin das Mindset der Jugendlichen derart verändert: Sie denken über Geld und ihre Zukunft nach und beginnen zu sparen, um mit Bitcoins zu spekulieren.‘ Dollars hingegen hätten sie stets achtlos ausgegeben.*  
*‚Bitcoin Beach‘ war das Vorbild für die von Präsident Nayib Bukele im September gestartete Einführung des Bitcoin als zweiter Landeswährung, neben dem bereits 2001 eingeführten amerikanischen Dollar. Er habe den Regierungsbeamten zuvor die Vorteile von Bitcoin ans Herz gelegt, erzählt Peterson. Man erreiche damit Menschen im unteren Bereich der Gesellschaft, wie Jugendliche, die ohne Zukunftsperspektive in kriminelle Banden einträten. Und generell arme Familien, die kein Bankkonto hätten. Das sind etwa 70 % der 7 Millionen im Land lebenden Salvadorianer.“* (NZZ, 22.11.21)
- 11) Siehe dazu in GEGENSTANDPUNKT 3-21: „*Bitcoin – ‚freies Geld‘ für freie Bürger*“

Auf diese Weise – über seine spekulative Wertschätzung in Dollar – ist überhaupt erst eine digitale Datenkette, die *als Geld* funktionieren soll, in ein allgemein gültiges Verhältnis zum wirklichen Waren- und Dienstleistungsreichtum der Welt gestellt. Und das ermöglicht es, dass das Bezahlen großer und kleinster Beträge mit ganzen oder Bruchteilen eines Bitcoin nicht nur überhaupt *geht*, sondern auch – zumindest in einigen internetaffinen Kreisen und nun erstmals auch in einem ganzen Staat – als Zahlung *anerkannt* wird.<sup>12)</sup>

Die Einführung des Bitcoins als offizielles Zahlungsmittel, von dem die Offiziellen El Salvadors sich und ihrem Volk mehr Freiheit und finanziellen Fortschritt versprechen, erfordert allerdings mehr als einen staatlichen Anerkennungsbeschluss, nämlich die Einrichtung und materielle Ausstattung eines völlig neuen Zahlungswesens und seines Verhältnisses zum Dollar – eine Aufgabe, deren Umstände den weitreichenden Versprechungen einigermaßen Hohn sprechen.

Auf der technischen Seite möglich gemacht wird dieses neue Zahlungswesen über Handy-Apps, welche Smartphones zu persönlichen digitalen Geldbeuteln namens „*Wallets*“ machen, die sich per QR-Codes digital über den jeweilig von den Käufern und Verkäufern vereinbarten Geldfluss verständigen, der dann fälschungssicher im Netz festgehalten wird. Um ein solches Verfahren in El Salvador zu installieren, lässt sich Bukele mithilfe seiner Freunde in der Internetbranche eine staatseigene sogenannte „*Chivo-App*“ konstruieren. Vermittels dieser können zumindest seine Smartphone besitzenden Bürger zu ihrer persönlichen „*Wallet*“ kommen, die sie wiederum mithilfe von in El Salvador wie auch in den USA aufgestellten „*Chivo*“-Geldautomaten, sofern sie sie mit ihren Dollars füttern, zur digitalen Aufbewahrung und zum Transfer von Bitcoins benutzen können.<sup>13)</sup> So müssen die Bitcoins, die künftig zum Händewechsel von Geld in

- 12) *„Bitcoin ist eine virtuelle Währung, die ein elektronisches Tauschmittel darstellt, und kann wie jede andere Währung, wie Devisen zum Kauf von Waren und Dienstleistungen verwendet werden. Er besteht aus einer alphanumerischen Sequenz, die von Menschen mit einer virtuellen Brieftasche, die Zahlungen abbucht und entgegennimmt, gelesen werden kann. Für den Austausch von Bitcoin wird ein System verwendet, bei dem jeder Benutzer einen kryptografischen Schlüssel besitzt. Dieses als ‚Peer-to-Peer‘ bezeichnete System ermöglicht es, dass der Bitcoin-Preis von dem Bitcoin-Betrag des Käufers abgezogen wird und den Bitcoin-Betrag auf dem Konto des Verkäufers erhöht. Es handelt sich also um eine Überweisung im eigentlichen Sinne... Derzeit umfasst der Bitcoin-Markt rund 680 Milliarden Dollar, was es El Salvador ermöglicht, das erste Land der Welt zu sein, in dem diese Währung gesetzliches Zahlungsmittel sein wird, und damit eine Vorreiterrolle bei der Nutzung von Technologien und wirtschaftlichem Wachstum einzunehmen.“* So der offizielle Begründungstext im „*Ley Bitcoin*“.
- 13) Von Beginn an ist die staatliche Einführung dieser App begleitet von Kritik an ihrem technischen Funktionieren und von Zweifeln am Willen und der Fähigkeit der Regierung, wie behauptet einen reibungslosen Austausch von Dollar in Bitcoin und vor allem umgekehrt zu gewährleisten: *„Oft komme der Transfer von einer Chivo-Wallet zur nächsten nicht zustande, manchmal dauere er tagelang, wobei Beträge ohne ersichtlichen Grund einbehalten und manchmal erst nach zwei Wochen zurückerstattet würden, berichten die Jugendlichen. In anderen Fällen komme es zu grossen Differenzen zwischen dem abgebuchten und dem tatsächlich überwiesenen Betrag. Bei der Umwandlung der Bitcoins in Dollar bekomme man an den Chivo-Geldautomaten oft weniger ausbezahlt, ohne Begründung. Doch am seltsamsten sei, dass Chivo Transaktionen*

El Salvador bei jeglichen Zahlungen Verwendung finden sollen, erst einmal mit Dollar *gekauft* werden. Und weil die Kaufkraft der erworbenen Bitcoins ihrem Börsenkurs entsprechend ausgesprochen *variabel*, aber dies nun Voraussetzung ist für jede nationale Zahlung mit ihnen, richtet Bukele gleichzeitig mit deren Einführung im Interesse einer umfassenden Verwendung von Bitcoin vorsorglich als *vertrauensstiftende* Maßnahme einen staatlichen Rücktauschfonds<sup>14)</sup> ein, dessen geringer Umfang von 150 Mio. Dollar von vornherein darauf berechnet ist, nie wirklich ernstlich in Anspruch genommen zu werden. Als zusätzlichen Anreiz gibt es das staatliche Versprechen einer 30-Dollar-Gutschrift in Bitcoin für alle Bürger, die sich eine „Chivo-App“ auf ihr Handy laden, nicht zuletzt, um auch die zu überzeugen, die in großer Zahl auf Demonstrationen ihre Bedenken gegen das neue Geld ausdrücken.<sup>15)</sup> Die dafür nötigen Bitcoins muss die Regierung an den Kryptobörsen der Welt einkaufen, mit je nach deren Kurs mal mehr mal weniger Dollars aus dem Staatshaushalt.

Mit der von ihm dekretierten Einführung des Bitcoins als digitalem Mittel fürs alternative Zahlen im Status einer neu gültigen „Zweitwährung“ des Landes verfügt Bukele mit seiner Nation also weder über *eigenes*, etwa *selbst geschaffenes* und womöglich kapitalistisch produktives, noch überhaupt über *mehr Geld* als bislang, denn dessen Umfang basiert nach wie vor auf den spärlichen Dollarquellen, die El Salvador eben nur hat. Es bleibt auch nach dieser „Bitcoinisierung“ El Salvadors dabei, dass die geldpolitische Souveränität El Salvadors mit dem staatlichen Entschluss zur eigenen „Dollarisierung“ begraben wurde und mit dem Bitcoin im Land keine Auferstehung erlebt, auch wenn der Präsident dies wie eine Rettung der Nation aus ihren Nöten propagiert. Was einem salvadorianischen

*mit anderen Wallets blocke. Eine Auszahlung der Bitcoins in Dollar an Geldautomaten, die nicht zum staatlichen Chivo-Netzwerk gehörten, funktionieren auch nicht.*“ (NZZ, 22.11.21)

Für die Bitcoin-Fangemeinde ist das alles umgekehrt der Beweis, dass hier das zukunftsweisende Programm ‚Bitcoin‘ – trotz ein paar selbstverständlicher ‚Kinderkrankheiten‘ – ordentlich vorankommt.

- 14) *„Der Gesetzesentwurf besagt, dass der Wechselkurs zwischen Bitcoin und Dollar vom freien Markt festgelegt wird, jeder Preis in der Kryptowährung ausgedrückt und sie sogar zur Steuerzahlung verwendet werden kann. Händler könnten weiterhin darüber entscheiden, ob sie Beträge während der Transaktionen in Bitcoin oder in Dollar auf ihre Konten erhalten möchten... Die Regierung will einen Treuhandfonds von 150 Millionen Dollar bei der Entwicklungsbank El Salvadors einrichten, um den Bitcoin sofort konvertieren lassen zu können und somit Händlern das Risiko der Nutzung der Kryptowährung abzunehmen.“* (amerika21.de, 12.6.21)
- 15) Nicht zuletzt darauf richten sich umgekehrt berechtigte Zweifel, ob der Staat sein Versprechen auch ordentlich erfüllt: *„Bukele hat erklärt, dass 3 Millionen Bürger die Chivo-Wallet heruntergeladen und ihre 30 \$ erhalten hätten. ‚Doch statt der dafür nötigen 90 Mio. \$ in Bitcoin hatte die Regierung zu jenem Zeitpunkt erst für 30 Mio. \$ Bitcoins gekauft‘, sagt Castaneda [ein Ökonom des Instituto Centroamericano de Estudios Fiscales]. Wer garantiert also, dass es wirklich Bitcoin sind, die da zirkulieren? Es könnte genauso irgendein Typ von Digital-Token sein. Die Schwierigkeiten bei Transaktionen von Chivo zu anderen Wallets sowie die Tatsache, dass sich die 30 \$ in Bitcoin, die man vom Staat erhält, nicht in Dollar auszahlen lassen, würden diese Zweifel erhärten.“* (NZZ, 22.11.21)

Staatsmann wie Bukele am Bitcoin aber offenbar positiv ins Auge sticht, ist, dass dieser weltweit jedem, also auch Nationen ohne eigenes Geld, per Internet potentiell zum eigenen Gebrauch zur Verfügung steht und insofern – zumindest erst einmal grundsätzlich – frei und *herrenlos* seine eigentümliche Geldfunktion zu leisten verspricht, *jenseits* des Geldes der fremden US-Notenbank und dessen politischer oder ökonomischer Verwendung, Garantie oder Kontrolle.

*Das* macht offensichtlich für Bukele die staatliche *Verwendung* des Kryptogeldes so interessant, dass er dafür trotz aller auswärtigen Warnungen die Tauglichkeit seiner neuen nationalen Zahlungsmittel, soweit sie in seinem Land anstelle von Dollars benutzt werden, einem *neuen fremden* Subjekt, nämlich der autonomen Bestimmungsmacht des Finanzkapitals über das frei gehandelte Spekulationsobjekt Bitcoin mitsamt allen an dieser Spekulation beteiligten Akteuren überantwortet. An denen hängt nun, dem Charakter und den Fortentwicklungen dieses neuen Geldes gemäß, was das von ihm und seinem Volk benutzte Geld, also zuletzt auch seine staatlichen Einnahmen wert sind. Genau das begründet zwar, wie weltweit in den dafür maßgeblichen Kreisen festgestellt, die totale ‚Volatilität‘ und damit *Untauglichkeit* des Bitcoins als Zahlungsmittel für das gewöhnliche kapitalistische Getriebe. Doch von diesem bzw. genauer: von dessen immer zu mageren Erträgen für seine Nation will sich der Präsident – zumindest teilweise – gerade verabschieden und hat dabei Erträge ganz *eigener Art* für El Salvador im Auge, die er nicht *trotz*, sondern *aufgrund* der Besonderheit des virtuellen Geldes in der wirklichen Welt des US-Imperialismus und des von ihm dominierten Finanzkapitals realisieren könne. Die präsentiert er selbstbewusst seinem Volk, dem er verspricht, mit den staatlichen Bitcoin-Rechnungen würden auch die Massen viel besser gestellt als bisher.

### **3. Die landesspezifischen Versprechungen im Hinblick auf die Kryptowährung**

Anlässlich der Einführung des Bitcoins als offizielles Zahlungsmittel verheißt Bukele seiner Nation als deren Nutzen und Ertrag, sie werde „*finanzielle Inklusion, Investitionen, Tourismus, Innovation und wirtschaftliche Entwicklung für unser Land bringen*“.

Er hat also in ziemlich allen Bereichen der heimischen Ökonomie, deren Erträge bislang unter der Herrschaft des Dollar im Land sehr zu wünschen übrig lassen, bedeutsame Fortschritte im Auge. Wie und wo er dabei auf spezifische Geldleistungen der Kryptowährung setzt, wissen der Präsident und seine Regierung als staatliche Pioniere auf diesem Gebiet streng entlang der ihnen zu Gebote stehenden Reichtumsquellen zu benennen:

– Alle, die von einem geregelten Geldverdienst ausgeschlossen sind, weil die herrschende Dollarwirtschaft für sie keine Verwendung hat, sollen trotzdem dadurch irgendwie volksökonomisch nützlich gemacht werden, dass sie vermittels des neuen Geldes *zahlungstechnisch* neu erschlossen werden:<sup>16)</sup> Wo ein großer Teil der Bevölkerung dauernd so wenig Dollars verdient, dass er auch

16) „*Als Vorteil des Bitcoins als Zahlungsmittel gilt, dass Arbeitende in der informellen Wirtschaft dadurch die Möglichkeit erhielten, finanziell integriert zu werden. Derzeit haben etwa 70 Prozent der Einwohner El Salvadors kein Bankkonto und können*



an keinem offiziellen und institutionalisierten Geldverkehr beteiligt ist, folgt Bukele der modernen Parole der Digitalwelt, die für kaputte Staaten ausgerechnet in Bezug auf ihre arme Bevölkerung als speziellen Fortschritt empfiehlt „to bank the unbanked“, und will mit der Zugangsermöglichung zu einem Bitcoin-Geldverkehr deren „finanzielle Inklusion“ erreichen – schlicht dadurch, dass sie jenseits der Banken stattfindet. Die Beförderung der Massen aus ihrem vom staatlichen Standpunkt aus unnützen „informellen“ Dasein hin zu einer großen Masse von Teilnehmern an – wie auch immer – Geldbeziehungen soll zur Geldquelle für den Staat werden, ohne dass und schon gar nicht weil diese Leute dadurch mehr verdienen.

– Von der Hauptquelle des Devisenflusses nach El Salvador ist bekannt, dass die in den USA erarbeiteten „remesas“, wie es in der kapitalistischen Welt üblich ist, immer erst ein Finanzgeschäft bedienen müssen, das die Dollars gehörig reduziert, bevor sie ins Land gelangen. Die Institutionalisierung eines Bitcoin-Zahlungsverkehrs in und nach El Salvador zu den jetzt dafür „inkludierten“ bedürftigen Familien soll die horrenden Gebühren für auswärtige ‚Zahlungsdienstleister‘ umgehen und damit Kosten einsparen.<sup>17)</sup> Die um die ersparten Gebühren angewachsene Unterstützung der familieninternen Sozialleistungen soll – sofern eine Überweisung per Bitcoin wahrgenommen wird – eine relativ gesehen durchaus beträchtliche Erhöhung des salvadorianischen Nationaleinkommens bewirken. Das, so die Rechnung des Präsidenten, erweitert dann automatisch die zahlungsfähige Nachfrage und mit der dann auch automatisch die Geschäftsmöglichkeiten im Land.

– Das hoheitliche Leiden an der umfangreichen salvadorianischen „Schattenwirtschaft“, die hauptsächlich mit dem verbotenen Vertrieb von Drogen befasst ist und damit viele gute Dollars verdient, die sie aber branchentypisch vor staatlichem Zugriff verbirgt, soll ein Ende haben. An deren Interesse an einer Geldwäsche der Erlöse lässt sich anknüpfen mit dem reizvollen Angebot, das die Einführung des Bitcoins für diesen Geschäftsbereich bekanntermaßen in Aussicht stellt, schließlich warnt ja fast die ganze Welt davor.<sup>18)</sup> Die Drogenhändler können nun zum einen ihre zu Bitcoins gewaschenen Erlöse aus den USA als „remesas“ verkleidet unter dem Radar der US-Drug-Enforcement-Administration (DEA) in die Heimat zurücksenden. Zum anderen sollen sie

*somit keine Finanzdienstleistungen wie Sparmöglichkeiten, Kredite und sichere Transaktionen nutzen.“ (amerika21.de, 12.6.21)*

17) *„Der Bitcoin habe immense Vorteile für El Salvador, so Bukele. Allein die Geldtransfers aus den USA nach El Salvador würden jedes Jahr Millionen US-Dollar an Gebühren verschlingen. Rund 6 Milliarden US-Dollar überwiesen El Salvadorianer\*innen im Ausland 2020 laut offiziellen Statistiken an ihre Familien im Heimatland. Etwa 10 Prozent davon sind Gebühren von Dienstleistern wie Money Gram oder Western Union. Dieses Geld könnte durch die Verwendung von Bitcoin gespart werden, so Bukele.“ (taz, 10.6.21)*

18) *„Bedenkt man außerdem, dass Kryptowährungen auch zum Transfer von Drogengeldern in großem Stil dienen können, werden die US-Behörden dem nicht lange zuschauen. Und letztlich müssen die Bitcoins irgendwann in Dollar oder Euro getauscht werden, wenn man damit in den USA oder Europa etwas kaufen möchte.“ (Capital, 22.6.21)*



ihre Gewinne in Bitcoin, denen man ihre Herkunft nicht mehr ansieht, endlich in und durch die salvadorianische Wirtschaft fließen lassen, sodass beim Staat ein ordentlicher Anteil davon hängen bleibt.

– Dass sie es in der Herrichtung von El Salvador zu einer Bitcoin-affinen Umgebung an Gründlichkeit vermissen lassen, kann man Bukele und seiner Mannschaft nicht nachsagen. Sogar für das energieaufwendige „*mining*“ von Bitcoins durch finanzkräftige Investoren, die darauf spezialisiert sind, haben sie ein Angebot. Die konkurrieren gemäß den Konstruktionsbedingungen des Bitcoins mittels riesiger energieintensiver Rechneranlagen um die Schöpfung neuer digitaler „*coins*“, auf deren Wertsteigerung in Dollar sie setzen, weswegen der Aufwand dafür in einem lohnenden Verhältnis stehen muss. Mit seinen bislang nicht nur gefährlichen, sondern kapitalistisch gesehen weitgehend nutzlosen Vulkanen bietet Bukele ihnen nicht nur die – noch zu organisierende – Verbilligung des benötigten Energiebedarfs an,<sup>19)</sup> sondern verkündet gleich den Plan zur Gründung einer ganzen „*Bitcoin City*“.

– Denn darüber, dass El Salvador dem Bitcoin so eine Heimstatt als erlaubtes, sogar erwünschtes ‚aufsichtsfreies‘ Zahlungsmittel bietet, sollen zwar nicht direkt mehr Dollars, aber immerhin viele *dollarwerte Bitcoins* ins Land und damit auch in die Staatskasse kommen, auch wenn bzw. gerade weil deren Kurswachstum demonstrativ nicht besteuert wird.<sup>20)</sup> Ist schließlich erst einmal durch die Verwandlung El Salvadors in eine steuerbegünstigte Geldwaschanlage und Wechselstube der Ausbreitung der Kryptowährung im Land der Weg bereitet und sie dort heimisch gemacht, wirkt das doch – so die Spekulation – auf reiche Bitcoinbesitzer aus aller Welt wie eine artspezifische Anziehungskraft, die ihresgleichen lockt, kapitalistisch im Land tätig zu werden.<sup>21)</sup> Dass sich im Land die ökonomischen Möglichkeiten für ein geschäftsträchtiges Investieren gar nicht verändert haben, die weltweit ehrenwerte und kriminelle Bitcoinbesitzer dazu veranlassen könnten, zumindest Teile ihrer Reichtümer in El Salvador zu investieren, und

19) „Für 2021 wird [weltweit] mit einem Stromverbrauch wie dem der gesamten Niederlande zur Herstellung des Bitcoins gerechnet. Um dies zu minimieren, schlug Bukele vor, die notwendige Energie über aktive Vulkane zu beziehen und beauftragte am Donnerstag den geothermischen Stromkonzern LaGeo damit, einen Plan auszuarbeiten.“ (amerika21.de, 12.6.21) Weil dieses Geschäft mit national subventionierten Strompreisen gerade in China verboten wurde, kann El Salvador auch darin seine Chance als Alternative sehen.

20) „Ein wichtiger Punkt ist die Steuerbefreiung von Gewinnen in Bitcoin. Steigt der Bitcoin vergleichsweise zum Euro oder Dollar, müssen auf realisierte Gewinne in Deutschland und den USA Steuern abgeführt werden. In El Salvador ist das ab sofort nicht mehr der Fall.“ (f5krypto – Marktanalyse, 8.6.21)

21) „Ausländische Investoren, die Bitcoins in Startups und Real Estate investieren wollten, stünden jedenfalls bei den Behörden Schlange, so Serrano [Head of Operations der Banking-Plattform BlockBank in El Salvador]. Langfristig werde El Salvador dank Bitcoin zu einem Technologiepionier in Zentralamerika; statt Migranten in die USA zu exportieren, werde man Arbeitskräfte aus aller Welt hierher locken. Dazu passt, dass Bukele am Samstag die Schaffung einer Sonderwirtschaftszone am Fusse des Vulkans Conchagua bekanntgab. In ‚Bitcoin City‘ sollen sich ausländische Investoren ansiedeln, nahezu steuerfrei.“ (NZZ, 22.11.21)

dass überhaupt das wesentliche Bitcoin-Geschäft vollständig in der finanzkapitalistischen Spekulation auf ihn aufgeht, hindert salvadorianische Politiker nicht in ihrem Fortschrittsdrang – sie setzen im Gegenteil darauf.<sup>22)</sup>

– Die staatliche Kalkulation mit dem Bedürfnis vermögender Bitcoin-Besitzer nach einer staatlich eröffneten Bitcoin-Sphäre und die Hochrechnung der daraus zu erwartenden Dollarerträge beruhen nämlich zu guter Letzt und auf ihre Weise ganz konsequent allein auf der Erwartung riesiger Gewinne aus einem Kursanstieg des Bitcoins, die dem Land dank seiner Teilnahme an der Spekulation zufließen werden – mit denen er also heute schon wirtschaften kann. Mit der Ankündigung einer sogenannten „*Vulkananleihe*“ in Milliardenhöhe, einer neuen gewagten Sorte finanziellen Schneeballsystems, bei dem eine einfach langfristig unterstellte *Kurssteigerung* der für die eine Hälfte der aufgenommenen Dollars gekauften Bitcoins die Verzinsung und Rückzahlung der ganzen Anleihe tragen soll, während mit der anderen Hälfte die „*Bitcoin City*“ finanziert wird, treibt Bukele seine Zukunftsprojekte mit dem Bitcoin auf eine vorläufige spekulative Spitze.<sup>23)</sup> Dieser neue Anlagentyp für Interessenten aus dem internationalen Finanzkapital soll, so (gar nicht nur) seine geniale Idee, sich so *von selbst* refinanzieren und das zu einem Zinssatz, der für ein El Salvador ohne Bitcoin unerreichbar ist. Um die Gläubiger, die ihm das gewähren sollen, trotz alledem dafür zu gewinnen, winken extra schöne, alle fünf Jahre auszuschüttende, „*booster*“ genannte Dividenden.<sup>24)</sup>

\*

- 22) „Die Präsidentin der Finanzkommission, Daniela Gonzalez, sagte, dass El Salvador dadurch mehr Investitionen in das Land bringe. Die Aussage bezieht sich vermutlich auf die Kalkulation des Präsidenten, nach der bereits eine Investition von einem Prozent der Marktkapitalisierung des Bitcoins (zu diesem Zeitpunkt 680 Milliarden Dollar) das Bruttoinlandsprodukt des mittelamerikanischen Landes um 25 Prozent wachsen ließe. Außerdem sollen durch zehn Millionen neue Bitcoin-Nutzer jährlich zusätzliche Umsätze von sechs Milliarden US-Dollar generiert werden, was einer Million Familien wirtschaftlich helfen werde.“ (amerika21.de, 12.6.21)
- 23) „El Salvador möchte Bitcoin-Land werden – das ist das erklärte Ziel. Das südamerikanische Land macht dabei auch Ernst und gibt dafür eine Anleihe aus. Mit ihr soll eine sogenannte ‚Bitcoin City‘ entstehen, die Bitcoin-Anleihe – und folgende, die bereits angekündigt sind – soll sie finanzieren. Die Daten klingen dabei relativ nüchtern: Sie hat einen Umfang von einer Milliarde Dollar bei einem Coupon von 6,5 Prozent. Sie soll zehn Jahre laufen, und die Zinsausschüttungen sollen jährlich im Januar stattfinden. Der Mindestanlagebetrag beträgt dabei 100 Dollar.“ (FAZ, 2.12.21)
- 24) Die angesprochenen professionellen Anleger betrachten das ganze Unternehmen so vorurteilslos kritisch wie jedes andere: „Und El Salvador? Das Bruttoinlandsprodukt beträgt nur 24 Milliarden Dollar, die Anleihe hat also eine große Bedeutung. Ob das Ganze erfolgreich wird, hängt davon ab, wie erfolgreich der Präsident Bukele mit seiner Taktik sein wird. Mit einem Mix aus Standortmarketing, günstigem Strom, einer laxen Regulierung und niedrigen Steuersätzen möchte El Salvador so etwas wie das Bitcoin-Paradies werden. Für Anleger bilden die 6,5 Prozent Zinsen aber nicht das Risiko ab, das sich in der Taktik widerspiegelt. Die Ausfallwahrscheinlichkeit ist sehr hoch. Wer in Digitalwährungen investieren möchte, sollte das direkt machen. Und zu 6,5 Prozent Zinsen gibt es bessere Anleihen als die Bitcoin-Anleihe von El Salvador.“ (FAZ, 2.12.21)

Ein neues und eigenes Geld kommt also mit der Einführung des Bitcoins nicht in die Reichweite eines Staates wie El Salvador. Und darauf rechnet das staatliche Vorhaben auch gar nicht. Von der Ohnmacht in Sachen eigener Geldhoheit geht es in Wahrheit aus, will die aber mit dem Bitcoin zum Positiven wenden. Leisten soll dessen Einführung – neben einer Kostenersparnis bei der Überweisung der „*remesas*“ seiner ausgewanderten Bürger – die Herrichtung des Landes zu einer sich digital-modern gebenden Heimat für Kryptowährungsbesitzer und damit zugleich zu einer Art Waschanlage für Schwarz- und Drogengelder. Der Staat spekuliert damit auf eine bessere Beteiligung an mehr oder weniger offiziellen Geschäftserlösen, die er hoheitlich nicht zu stiften vermag. Dafür stiftet er eine kleine Zirkulation, die die armselige Kaufkraft seiner Bürger unmittelbar der Finanzspekulation mit dem Bitcoin, also einer völlig ungewissen Werthaltigkeit des neuen Zahlungsmittels unterwirft; praktisch verbindet er damit das zynische Angebot an sie, auf eine Partizipation an Spekulationsgewinnen zu setzen. Mit den trostlosen finanziellen Mitteln ihres Lebensunterhalts werden sie einem gar nicht aushaltbaren *Risiko* ausgesetzt und sollen das als neue Chance für ein besseres Leben begreifen.

So wird das ganze Volk in das Programm der Regierung dieses Staates, der seit Jahren über *keinen Kredit* mehr verfügt, involviert, sich – ohne kleinliche Bedenken hinsichtlich der absehbaren Auswirkungen auf die Geldbeutel seiner Bürger oder bezüglich der zu erwartenden Auseinandersetzungen mit dem IWF und den USA – durch seinen Umgang mit der letzten Ausgeburt finanzkapitalistischer Spekulation einen *neuen Kredit anderer Art* zu verschaffen, mit dem der Staat nach der einigermaßen kühnen Rechnung seiner nationalen Führung an internationaler Zahlungsfähigkeit nur gewinnen kann.<sup>25)</sup>

#### **4. Der Aufstand eines kaputten Landes gegen die US-Herrschaft**

Auf diese Weise erfährt das im Internet geborene Kunstgeld Bitcoin dadurch, dass es von einem Armutsländchen wie El Salvador zum national gültigen Geld erhoben wird, eine neue absurde Karriere als ökonomischer Hoffnungsanker für einen hoffnungslos überschuldeten Staat. Den diesbezüglichen Anstrengungen Bukeles sieht man dabei durchweg an, dass sie auf den staatlichen Nöten El Salvadors aufgrund seiner *bleibenden Unterordnung* unter die Dollarherrschaft basieren und – weil der aktuelle Präsident dies als souveräner Führer seiner Nation nicht gelten lassen will – gleichzeitig auf seiner sich unbeeindruckt gebenden Absicht, den sich aus dieser Herrschaft für das Land ergebenden Nöten zu *entgehen*.

In der Sache stellt die ‚Bitcoinisierung‘ El Salvadors deshalb einen Affront in mehrfacher Hinsicht dar. Sie unterminiert den in El Salvador ausgetragenen Antidrogenkrieg der USA. Sie verstößt unmittelbar gegen den grundsätzlichen Bedarf der USA an Kontrolle aller Machenschaften der finanzkapitalistischen Akteure rund um den Bitcoin und ruft notwendigerweise die Weltmacht und

25) „Dass das Vorhaben riskant ist, muss sicherlich nicht noch extra betont werden: Die bestehenden Anleihen notieren alle auf Ramschniveau mit Zinsen jenseits der 10 Prozent. Diese sollen durch die Bitcoin-Staatsanleihen ersetzt werden.“ (FAZ, 2.12.21)

ihre Partner mit den von ihnen dominierten Instanzen der Weltwirtschaft auf den Plan; schon gleich, wenn ein minderbemittelter politischer Teilnehmer am Weltmarkt sich unautorisiert auf dieses noch nicht fest geregelte Derivategeschäft kapriziert. Die Aufseher über die internationale Konkurrenz sind ohnehin schon wegen der zunehmenden spekulativen Verwendung von Kryptowährungen damit befasst, Ge- und Verbote zu erlassen, die deren fortschreitende „Integration“ in den üblichen Kapitalismus in ihnen genehme Bahnen lenken sollen. Sie fassen von daher das ganze Projekt, das auf eine Absage an und einen Entzug aus derartiger Aufsicht zielt, sehr prinzipiell als einen *Verstoß gegen ihr weltweites Finanzregime* auf – begleitet von den kritischen Abwägungen der Öffentlichkeit. Und die Bitcoin-Unternehmung reiht sich damit ein in die von Washington aufgemachte Liste von Verstößen El Salvadors gegen den grundsätzlichen Aufsichtsanspruch der amerikanischen Vormacht; die hat die Regierung Bukele ohnehin als Störenfried ausgemacht.<sup>26)</sup>

26) Das bestimmt nicht nur das Verhältnis des IWF zu El Salvador –

*„El Salvador hat einen Kredit in Höhe von 1,3 Milliarden Dollar vom IWF beantragt. Doch die USA haben kürzlich erst einige enge Verbündete von Bukele auf die schwarze Liste der Korruption gesetzt, obwohl dieser versprochen hatte, mit der Kultur der Bestechung aufzuräumen. Aus der Kommission zur Korruptionsbekämpfung der Organisation amerikanischer Staaten hat sich El Salvador im Juni zurückgezogen.“* (FAZ.net, 8.9.21) –,

sondern die Stellung der USA zu diesem Hinterhofquertreiber überhaupt:

*„Die Beziehungen zur US-Regierung verschlechtern sich bereits seit 2019, ganz besonders jedoch seit Beginn der neuen Legislaturperiode am 1. Mai 2021. Schon in der ersten Sitzung des neuen Parlaments setzten die Abgeordneten in einer beispiellosen Vorgehensweise die gewählten Mitglieder des Obersten Gerichtshofs und den Generalstaatsanwalt ab und ersetzten sie mit Personen, die der Politik der Regierung Bukele nahestehen.*

*Diese Entscheidungen lösten international auf allen Ebenen Besorgnis darüber aus, dass die Gewaltenteilung in El Salvador aufgehoben und demokratische Verfahren ausgesetzt wurden. Die USA gehörten zu den schärfsten Kritikern. Noch im Dezember soll ein Beauftragter der US-Regierung in Verhandlungen mit Bukele gefordert haben, Rodolfo Delgado als Generalstaatsanwalt nicht zu bestätigen – der doch vor zwei Wochen vom Parlament für weitere drei Jahre im Amt bestätigt wurde. Delgado stellt sich zur Zeit gegen die Auslieferung eines salvadorianischen Bandenmitgliedes an ein Gericht in Virginia, USA, und fordert die Überarbeitung des Auslieferungsabkommens.*

*Im November 2021 erklärte die US-Botschafterin, sie werde das Land verlassen, und listete eine ganze Reihe von Problemen auf, denen sie sich im vergangenen Jahr in ihren Gesprächen und Verhandlungen mit der Regierung gegenüber sah.*

*Einer der wichtigsten Punkte für die Verschlechterung des Klimas zwischen El Salvador und den USA dürfte indes die Einführung des Bitcoin als Währung im September 2021 sein. Bukele unterminiert damit die Vorherrschaft des US-Dollars als Zahlungsmittel und setzt eine hochspekulative Währung ein, die sich der Kontrolle der USA und der Kontrolle des Internationalen Währungsfonds (IWF) entzieht.*

*Bukele schwebt vor, El Salvador eine führende Rolle in der Finanzwelt zu geben. Obwohl es seit Dezember Klagen über die Erschwindelung von Bitcoin-Wallets mit gefälschten Identitäten und neuerdings Klagen über verschwundene Bitcoins aus pri-*

So wird dieser haltlose Versuch, der Dollar-Herrschaft ein Stück weit zu ent-rinnen, um mehr Dollars in Reichweite staatlicher Verfügung zu bringen, von vornherein zu einem höchst riskanten Manöver für die Regierung, weil ihr die maßgeblichen politischen Aufsichtsinstanzen mit Konsequenzen drohen. Und das quittieren die Weltfinanzmärkte – vorausschauend, wie sie sind – mit den Mahnungen des IWF im Ohr ganz sachgerecht: Sie strafen das Land mit seinen Staatsanleihen wegen des wesentlich gestiegenen Ausfallrisikos, dessen sie sich bei absehbarer Nichteinigung mit dem IWF gewiss sind, mit einem kräftigen Kurseinbruch auf dem freien Markt ab.<sup>27)</sup>

*vaten Wallets gibt, plant die Regierung in 2022 eine großangelegte Ausgabe von Bit-coin-Anleihen und gesetzliche Regelungen, um Transaktionen mit Bitcoin einen verbindlichen Rahmen zu geben.*

*Gerüchten darüber, dass der IWF die Gespräche mit El Salvador abgebrochen habe, trat Finanzminister Alejandro Zelaya entschieden entgegen.“ (amerika21.de, 8.1.22)*

Aus gutem Grund!

- 27) Dazu diese Meldung aus einer Finanzanlage-Zeitung: *„Die Risiken im Zusammen-hang mit der Einführung von Bitcoin, die Ungewissheit über eine Einigung mit dem IWF und andere politische Maßnahmen trieben die von Geldmanagern geforderte zusätzliche Rendite für El Salvadors Staatsschulden gegenüber US-Schatzpapieren im September auf einen Höchststand von 1.115 Basispunkten und damit über die Schwelle, die als notleidend gilt.“ (Fortune, 19.10.21)*

## **Leserbrief zu „Deutschlands Energieimperialismus wird klimaneutral“<sup>\*)</sup>**

### **Zum strittigen Zusammenhang von Klima- und Energiepolitik**

„Der Artikel vertritt die Ansicht, dass die staatlich angeordnete Dekarbonisierung nicht stattfindet wegen der jahrzehntelangen übermäßigen Karbonisierung der Atmosphäre samt ihren Folgen, sondern dass der wahre Grund der Kampf um die nationale Energieautonomie ist (36 f.). Begründet wird dies mit Verweis auf die hervorragende ‚Bedeutung der Energie für die nationale Standortpolitik‘ (36) (was schon immer gilt und kein Grund für die aktuelle Energiewende sein kann) sowie mit zwei Übertreibungen:

Erstens wird behauptet, dass die imperialistischen Subjekte die Abhängigkeit von auswärtigen fossilen Rohstoffen als ‚unerträglich‘ einstufen, weil diese vom ‚Ermessen und der Preisgestaltung fremder Souveräne‘ (37) bestimmt sei. Was so nicht stimmt: Mit den etablierten Handels- und Staatsbeziehungen besteht gerade ein Zustand, in dem sich die imperialistischen Staaten den Zugriff auf die Rohstoffe ihrer Objekte zu ihren Konditionen sichern und die Preisbestimmung der Rohstoffe durch die Abnehmer dominiert ist. Die Produktion von Öl und Gas in den Lieferländern erfolgt vorrangig für die Ökonomie der imperialistischen Staaten, und erst im dort erzielten Nutzen erhält die Ware ihren kalkulatorischen Preis, der für die Lieferanten Dreh- und Angelpunkt ihrer Preisgestaltung ist und bleibt. Dass uns die ‚Russen und Saudis den Gashahn zudrehen könnten‘ (37), ist propagandistisch feindliche Nachrede, aber keine politökonomische Zwangslage, aus der man unbedingt herausmüsste. Denn zweitens haben die Lieferländer lauter Gründe, ebendies nicht zu tun: Von dieser Exportware hängt ihre eigene Ökonomie ab, wenn nicht gleich die Handlungsfähigkeit ihres ganzen Staatswesens. Die ‚Energieversorgung und den Nutzen aus den dafür eingegangenen Abhängigkeitsverhältnissen zu fremden Souveränen allein durch die ökonomische Bestimmungsmacht der eigenen Nation‘ (37) sicherzustellen ist kein ‚Emanzipationsbedarf‘ (37), der erst noch befriedigt werden müsste, dieser Zustand besteht schon jetzt. Und Maas (‚Energiewendeländer können ihre strategischen und außenpolitischen Interessen unabhängig verfolgen‘, 39) schwadroniert hier über einen politisch selektiven Kollateralschaden der Energiewende (da denkt er wohl an RU), nicht über deren Grund.

Im Übrigen haben die politischen Strategen der Energiewende dahingehend entschieden, dass auswärtige Energieabhängigkeiten gerne auch weiterhin bestehen können und sollen: Der deutsche Energiebedarf wird auch nach 2050 ‚zu über 50 Prozent aus importiertem, nachhaltig erzeugtem Wasserstoff‘ gedeckt (46, Karliczek). Perspektivisch will Deutschland in einigen Jahrzehnten fossile Energie vorwiegend durch per Windkraft sowie fotovoltaisch und solarthermisch hergestellten Strom, Gas und Wasserstoff ersetzen, womit die Abhängigkeit von RU u.a. beendet wird, dafür aber neue Abhängigkeiten eingegangen werden, z.B. von äquatornahen Wüstenstaaten, die sich für Solarproduktion besonders eignen und die man deswegen im Focus hat. Eine Besorgnis über diese Perspektive ist nicht zu erkennen. Wenn’s nur um Energieautonomie ginge, wäre D bereits jetzt mit AKW und heimischer Braunkohle gut bedient. Warum wird das abgeschafft?

Für Staatseingriffe wie die aktuelle Klimapolitik gab’s mal eine ganz gute Erklärung: Der Kapitalismus benutzt, verbraucht und zerstört die humanen und natürlichen Grundlagen

<sup>\*)</sup> Siehe GEGENSTANDPUNKT 1-21, S. 31.



seiner Produktion, was den Staat auf den Plan ruft, der seinem Volk und seinem Kapital einen anderen Umgang mit diesen Grundlagen aufnötigt, damit diese weiter als kapitalistisch benutzbare Ressource funktionieren. Dies tut er streng marktwirtschaftlich: Er greift so ein, dass auch die neue Produktion kapitalistisch (=profitabel) funktioniert und zweitens neues Geschäft in der so aufgemischten imperialistischen Konkurrenz eröffnet wird. Es ist nicht einzusehen, was an dieser Erklärung schlecht oder überholt sein soll. Der Artikel will sich dem nicht anschließen, erfindet stattdessen als Grund die angeblich noch nicht saturierte staatliche Energieautonomie und dreht die Sache glatt um: Die Dekarbonisierung ist, wenn überhaupt, ein mehr zufälliges Nebenprodukt.“

**1.** Der Kurzschluss ‚Energiewende, weil Energie *wichtig*‘, den du dem Artikel entnimmst und formallogisch zurückweist, kommt in ihm schlicht nicht vor. Der zitierten Stelle und erst recht den anschließenden Ausführungen ist vielmehr zu entnehmen, dass die „*hervorragende Bedeutung der Energie für die nationale Standortpolitik*“ – sie geht in alle kapitalistischen ‚Wertschöpfungs‘-Prozesse stofflich und preislich ein, ist die materielle Basis jeder staatlichen Herrschaftstätigkeit und der Reproduktion der Menschen – der Grund für einen sehr großen energiepolitischen *Anspruch* ist. Der hat sich noch nie – weder im Innern noch nach Außen – mit der gegebenen energiepolitischen Lage zufriedengegeben, und sei sie auch noch selbst hergestellt. Im Gegenteil: Gerade weil der deutsche Staat seit jeher konsistent darauf besteht, dass Energie sicher, ausreichend verfügbar, billig und zugleich Geschäftsmittel für weltweit aktive Energieversorger und Kraftwerksbauer zu sein hat, hat er im Laufe der Jahrzehnte eine energetische Wende nach der anderen folgen lassen: eine umfassende staatliche Subventionierung der Kohleförderung sowie deren Zurückfahren, den Aufbau einer Atomkraftwerkssparte und deren anvisierte Beendigung, den Import von Erdöl, den Bau umstrittener Pipelines aus Sowjet- wie dem modernen Russland, seit gut 20 Jahren die Verspargelung der Landschaft und die Pflasterung der Dächer mit Solarpaneelen. Fasst man den *Inhalt* der Energiepolitik ins Auge, die dazugehörigen Ansprüche sowie den dir bekannten Umstand, dass die dafür beanspruchte Außenwelt nicht gerade darauf gewartet hat, sich nach diesen Ansprüchen zu richten, sondern selbst welche hegt – dann ist es kein Rätsel, inwiefern daraus auch und gerade der Plan folgt, den ganzen nationalen Kapitalismus auf eine Energieversorgung und -nutzung auf Basis von Strom aus erneuerbaren Quellen umzustellen. Damit will die deutsche Energiepolitik ihrem Ideal ein großes Stück näher kommen, wahrhaft souverän über die eigene Energieversorgung zu bestimmen.

**2.** Das scheint allerdings genau das theoretische Problem zu sein. Du weigerst dich in seltsamer Weise, sowohl das Niveau dieses energiepolitischen Anspruchs als auch die imperialistische Lage, auf die er sich bezieht, zur Kenntnis zu nehmen. Seltsam deswegen, weil du – ausgerechnet als Kritiker imperialistischer Energiepolitik – an deren Stelle deine *eigene*, absolut unmaßgebliche Vorstellung setzt, ab wann dieser Anspruch doch zufriedengestellt sein müsste: Die Imperialisten *können* ihre bestehende auswärtige Energieabhängigkeit nicht unerträglich finden, weil sie nach *deinem* Dafürhalten längst alles Nötige im Griff haben. Daran hältst du auch dann fest, wenn der ehemalige Außenminister dich mit der Nase darauf stößt, dass es seiner maßgeblichen Meinung nach durchaus Luft nach oben gibt:

„Und Maas (‚Energiewendeländer können ihre strategischen und außenpolitischen Interessen unabhängiger verfolgen‘, 39) schwadroniert hier über einen politisch selektiven Kollateralnutzen der Energiewende (da denkt er wohl an RU), nicht über deren Grund.“

Woher weißt du eigentlich, was Kollateralnutzen und was wirklicher Grund ist? Wieso ist es ein bloßes Schwadronieren, wenn Außenpolitiker den imperialistischen Zweck der Energiewende – den Zugewinn an ökonomischer und weltordnungspolitischer Bestimmungs- und Erpressungsmacht – zur Sprache bringen, aber Wahrheit, wenn sie in diesem Zusammenhang auf die Notwendigkeit der Klimawandelbekämpfung zu sprechen kommen? „*Propagandistisch feindliche Nachrede*“ ist es zwar allemal, wenn Energiepolitiker davon reden, dass ‚die Russen und die Saudis den Gashahn zudrehen könnten‘. Doch du ignorierst genau die Sache, die dabei überhaupt propagandistisch zum Ausdruck gebracht werden soll, eben den hochgesteckten Maßstab, unter dem die Bundesregierung sich nicht zufriedengeben will. Die gleiche, eigenartige Genügsamkeit zeigst du auch in Bezug auf die Lieferländer – als hätten die nicht, und zwar gerade weil „*ihre eigene Ökonomie von dieser Exportware abhängt*“, schon immer Gründe, ihre eigene Abhängigkeit von den Ansprüchen der Abnehmer zu reduzieren, etwa mit dem Versuch, den notorischen Energiehunger aufstrebender (Welt-)Wirtschaftsmächte nach eigener Rechnung auszunutzen, was ihren traditionellen Hauptkunden nicht passt.

Den von uns konstatierten Emanzipationsbedarf deutscher Energiepolitiker mit einem Verweis auf die angeblich bombensichere Zurichtung der Lieferländer zurückweisen zu wollen geht auch insofern an der Sache vorbei, als besagte Politiker noch an jedem Problem mit den unterschiedlichen Lieferländern bemerken, dass ihr Hauptproblem im Westen selbst liegt: in der amerikanischen Supermacht, die den Weltenergiemarkt nach wie vor dominiert und eine Energieordnung garantiert, die immer weniger in Deutschlands Sinn ist. Das bemerken sie längst nicht mehr nur an den Folgen der freizügigen amerikanischen Zerstörung der angestammten Quellen ‚unseres Öls‘ im Nahen und Mittleren Osten, Nordafrika usw., sondern auch und gerade vor ihrer eigenen Haustür. Schon seit Jahren stellen die USA mit ihrer eskalierenden Feindschaft gegen Russland und der nachdrücklichen Forderung an Deutschland, diese zur eigenen Sache zu machen, die Sicherheit der europäischen, vor allem der deutschen Energieversorgung nicht nur faktisch, sondern auch sehr ausdrücklich infrage: als unverschämte Ausnutzung der amerikanischen Schutzmacht für Geschäfte mit genau der Macht, vor der die USA Europa schützen sollen. Schon vor dem aktuellen Krieg in der Ukraine führen die USA Deutschland vor, dass es gerade in Energiefragen nicht nur passiv Betroffener amerikanischer Sicherheitsbedürfnisse, sondern als Instrument ihrer Erfüllung verplant ist, in diesem Fall durch die Stornierung von Nord Stream 2 und durch den Konsum von ‚Freiheitsgas‘ aus den USA. Sie untergraben damit Deutschlands Ambition, sich mit solchen ‚strategischen Partnerschaften‘ der US-dominierten Weltenergieordnung zu entziehen und ein Stück eigener Weltenergieordnung zu etablieren, indem es sich selbst zum Herrn der europäischen Gasversorgung macht. Aber nicht nur das. Sie stellen Deutschland vor die gar nicht bloß energiepolitische Frage, ob es sich wirklich leisten will und kann, den USA die Gefolgschaft zu verweigern und sich ihnen als konkurrierende Energieordnungsmacht entgegenzustellen.

Wenn die Bundesregierung nun eine militärische und außenpolitische ‚Zeitewende‘ einläutet, sich die Feindschaft der USA gegen Russland zu eigen macht und dabei das große Pipeline-Projekt vorerst beerdigt, dann beschwört sie ganz explizit die Vorzüge erneuerbarer Energien als strategische Waffe in *eigener* Hand. Wenn der freiheitliche Finanzminister von ‚Freiheitsenergien‘ redet, dann meint er ganz offensichtlich nicht nur die Freiheit *von* Abhängigkeiten vom russischen Feind *und* vom übermächtigen, transatlantischen Freund, sondern auch die Freiheit *zur* Ruinierung des russischen Energielieferanten *bei* der Durchsetzung seines europäischen Ordnungsanspruchs. Und das tut Lindner erkennbar in der Gewissheit, damit einen Grund für eine grüne Wende geliefert zu haben, der so unabweisbar ist, wie der Klimawandel es nie hätte sein können. Wiedereingliederungsmaßnahmen unter die amerikanisch dominierte Energieordnung kommen deswegen genauso wenig infrage. Die nun perspektivisch angepeilte ‚Energieunabhängigkeit‘ Deutschlands mitsamt der imperialistischen Handlungsfreiheit, die sie verspricht, erstreckt sich eben in alle Himmelsrichtungen. Man merkt: Von einer so kleinlich-defensiven Frage wie der, ob Deutschland das Gas ausgeht oder was man unter einer „*politökonomischen Zwangslage*“ in der Frage verstehen mag, ist dieser Anspruch, den wir im Begriff ‚Energieautonomie‘ auf den Punkt gebracht haben wollen, ziemlich weit entfernt.

**3.** Die missverstehst du allerdings als Absage an jegliche Abhängigkeit von auswärtigen Energielieferanten, wenn du unseren Begriff von der deutschen Energiepolitik an dem offensichtlichen Umstand zu blamieren versuchst, dass Deutschland glatt immer noch auswärtige Energielieferanten *hat*, sogar neue aufbaut:

„Im Übrigen haben die politischen Strategen der Energiewende dahingehend entschieden, dass auswärtige Energieabhängigkeiten gerne auch weiterhin bestehen können und sollen.“

Eines ist sicher: Die Frage haben sich – deutsche – Politiker so abstrakt nie gestellt: Wollen wir auswärtige Energieabhängigkeiten bestehen lassen, ja oder nein? Energieabhängigkeit ist eben nicht gleich Energieabhängigkeit; es ist und bleibt – unter welchen neuen Umständen auch immer – ein Unterschied ums Ganze, ob Deutschland Abnehmerland in einem Öl- und Gas-Weltmarkt ist, den die USA nach *ihren* strategischen Interessen bewirtschaften, oder ob es mit deutscher Technologie, unter deutsch-europäischer Aufsicht einen Weltmarkt für grünen Wasserstoff und Folgeprodukte durchsetzt und sich durch *von ihm* hergerichtete Lieferländer beliefern lässt. Weil *Energieautonomie* also nicht zu verwechseln ist mit einer so genügsamen und defensiven Vorstellung wie *Energieautarkie*, ist es auch verkehrt, uns vorzurechnen:

„Wenn’s nur um Energieautonomie ginge, wäre D bereits jetzt mit AKW und heimischer Braunkohle gut bedient. Warum wird das abgeschafft?“

Außerdem: Einfach abgeschafft wird da bekanntlich nichts, weder die Atomkraft noch die Braunkohle – wie insbesondere die ‚Fridays for Future‘-Aktivisten freitäglich zu beklagen haben. Die klimafreundlichen Ersatzenergien mussten und müssen die eingangs erwähnten Kriterien einer tauglichen kapitalistischen Energieversorgung ja erst erfüllen: gut fürs Geschäft, gut als Geschäft, gut für die Freiheit der staatlichen Gewalt? Und wenn dafür noch einige Jahrzehnte ins Land gehen müssen, dann müssen solche berühmten Restlaufzeiten – womöglich

sogar eine Laufzeitverlängerung für einige Atom- und Kohlekraftwerke und ein paar neue LNG-Terminals dazu – eben sein. Das ist der gebotene Realismus einer weltrettenden Energiepolitik. Und dass ausgerechnet aus der klimaschädlichsten Form der Stromgewinnung mit Braunkohle der projektierte Ausstieg zuletzt erfolgt, nach dem jetzigen offiziellen Stand 2038, vielleicht etwas früher, spricht unmittelbar gegen deine Lesart, dass er sich der Bekämpfung der Klimakrise verdanke.

Freilich: Abwarten, bis erneuerbare Energien besagte Bedingungen erfüllen, ohne die eine Energiewende nicht zu haben ist, kam für Deutschland nicht infrage. Aus grünen Energien hat es vielmehr eine weltweite Offensive gemacht – mit dem Ziel, Vorreiter einer neuen Weltenergieordnung zu werden, die auf erneuerbarem Strom und damit hergestelltem grünem Wasserstoff basiert. Der Atomausstieg war und ist darin ein Schritt: Angesichts der durch die Förderung mit Subventionen, Forschung usw. schon verfügbaren und marktreifen Technologien für Strom aus Erneuerbaren setzte die Regierung einen neuen Sachzwang für deren Erfolg und ebnete ihnen zugleich weiter den Weg, indem sie – zwar mit sehr langer Vorlaufzeit, aber eben eindeutig – ein Datum dafür setzte, dass auf diese ‚Hochrisikotechnologie‘ zu setzen sich in Deutschland nicht mehr lohnt. Und wenn sich abzeichnet, dass erneuerbare Energien diese Kriterien nach und nach erfüllen, dann wird sogar auf einmal daran erinnert, dass Atomstrom gar nicht – wie jahrzehntelang propagiert – billig, sondern hochsubventioniert ist. Analog zum Atomausstieg muss auch die Braunkohle weg, erstens damit diese neuen Technologien rentabel werden, zweitens als Teil des Programms, den Umstieg auf die Sorte Energie weltweit verbindlich zu machen, als deren Vorreiter Deutschland sich aufbaut. Deutschland hat sich vorgenommen, sein Programm zu einem *weltweiten* Sachzwang zu machen, dem es auch selbst unterliegt, und hat auch deshalb allen Grund, seine Emissionen aus der Kohleverstromung – nach und nach, idealerweise im Gleichschritt mit dem Rentabel-Machen der grünen Energiequellen – zurückzufahren.

4. Wenn du den Grund für die „aktuelle Energiewende“ in der Zerstörung entdeckst, die der Kapitalismus an den „humanen und natürlichen Grundlagen seiner Produktion“ verursacht, und darin, dass das „den Staat auf den Plan ruft, der seinem Volk und seinem Kapital einen anderen Umgang mit diesen Grundlagen aufnötigt, damit diese weiter als kapitalistisch benutzbare Ressource funktionieren“, dann triffst du mit letzterem zwar schon etwa das allgemeine *Prinzip* nationaler Umweltpolitik. Aber wenn du aus vorliegenden bzw. prognostizierten Schäden – im Falle des Klimawandels besonders umfassenden und tiefgreifenden – schnurgerade auf dieses Prinzip schließt und es als „Erklärung“ der Klimapolitik aus gibst, ignorierst du, dass schon in der „normalen“ nationalen Umweltpolitik einiges zwischen Schäden und umweltpolischem Programm steht: Es ist eine Sache, dass es durch die Tätigkeit von Unternehmen Schäden an Mensch und Natur gibt. Es ist etwas Zweites, inwiefern kaputte Gebrauchswerte und Gesundheit kapitalistische Schäden bedeuten, wie sie sich also für die wirklich gültigen Rechnungen geltend machen. Das Dritte ist, was der Staat daraus macht, ob und wie er das als Gefahr für das nationale Wachstum bilanziert und welche Maßnahmen er dann ergreift. Als Schutzherr über die Volksgesundheit wie über die

natürlichen Grundlagen seines Standorts ist er gegen jeden *unnötigen* Verschleiß dieser nationalen Grundlagen. Unnötig ist der dann, wenn es bereits oder absehbar zu geschäftstauglichen Kosten Alternativen für die Stoffe und Prozesse gibt, welche die Schäden hervorrufen – oder wenn solche aus dem Ausland billiger zu beschaffen sind, wo den Staat die Ruinierung von Mensch und Natur zumindest aus umweltpolitischer Sicht nicht zu interessieren braucht (dass darüber heimische Firmen, die bisher mit den weniger strengen Standards Gewinne gemacht haben, pleitegehen oder abwandern, kalkuliert er ein, wenn er ihre Branche für national nicht mehr interessant befindet, genauso wie er auch nicht jede natürliche nationale Ressource erhaltenswert findet). Dann erlässt er Grenzwerte oder Vorschriften zur Produktion, Entsorgung usw. – wobei er immer streng prüft, ob die ansässigen Unternehmen mit den neuen Regelungen wettbewerbsfähig bleiben, sodass im Namen der nationalen Wirtschaft die Volksgesundheit auch mal mit höheren Grenzwerten z.B. bei der Stickoxid- und Nitratkonzentration in Luft und Trinkwasser zurechtzukommen hat. Umgekehrt hat er sich darum zu kümmern, dass umweltschützende Maßnahmen auch gegenüber auswärtigen Konkurrenten geltend gemacht werden, um Konkurrenznachteile durch die neuen Kosten für die heimischen Unternehmen zu vermeiden – so selbstverständlich ist es ja nicht, dass aus zusätzlichen Kosten „*neues Geschäft in der so aufgemischten imperialistischen Konkurrenz eröffnet wird*“. Usw. Als Standorthüter addiert der Staat eben nicht einfach die einzelnen Geschäftsrechnungen, sondern kümmert sich um das aktuelle und zukünftige Gelingen nationalen Wachstums im Ganzen. *Dessen* Gesichtspunkte und ihre durch die jeweilige Regierung vorgenommene Bewertung vermitteln zwischen konstatierten oder prognostizierten Schäden an Mensch und Natur und dem staatlichen umweltbezogenen Handeln.

Auch die andere Seite deiner Argumentation hinkt: Ist es denn so, dass das *Klima*, wenn der Staat „*seinem Volk und seinem Kapital einen anderen Umgang mit [den humanen und natürlichen Grundlagen seiner Produktion] aufnötigt*“, „*weiter als kapitalistisch benutzbare Ressource funktioniert*“? Immerhin handelt es sich beim Klima seiner Natur nach um ein *globales* Phänomen, sodass eine national verfügte Beschränkung beim Emittieren von Treibhausgasen gar nicht sicherstellen kann, dass es für den Standort benutzbar bzw. in der bisherigen Weise nutzbar bleibt, zumal Deutschland zu den weltweiten Emissionen je nach Rechnung nur 1-2 % beiträgt. Eine Rückrechnung von national gesetzten Bedingungen für die Treibhausgasemissionen auf ein national zu benutzendes Klima bzw. national zu benutzende Naturbedingungen ist nicht möglich.

Es gibt also kein nationales Subjekt einer umweltpolitischen Klimarettung. Ob die Staaten es jemals zu einer internationalen Kooperation im Sinne eines globalen Umweltschutzes gebracht hätten, ob also die führenden Staatenlenker sich auf ein gemeinsames Klimarettungsprogramm zur Sicherung ihrer jeweiligen nationalen Grundlagen, die vom Klimawandel auch sehr unterschiedlich und gar nicht ausnahmslos negativ betroffen sind, hätten einigen können, werden wir nie erfahren. Sie haben nämlich – mit Deutschland als Vorreiter – mit der CO<sub>2</sub>-Reduktion als Lösung in einer klimaneutralen grünen Zukunft etwas weit Größeres entdeckt als solch ein defensives Programm, das die natürlichen Grundlagen der Kapitalakkumulation vor der Zerstörung durch das Kapital bewahren

soll, ohne dabei sein Wachstum zu schädigen: Die EU, die USA und auch China sehen darin gerade die Zukunft ihres Wachstums. Die Kooperation, die es wirklich gibt, besteht deshalb in Verhandlungen um CO<sub>2</sub>-Reduktion auf Klimakonferenzen, die sich neben und getrennt von der ohnehin betriebenen Konkurrenz in Sachen Energiebereitstellung, -einfuhr, -nutzung und -beaufsichtigung ganz um die jeweiligen national bestimmten Beiträge zur Minderung der globalen Treibhausgasemissionen in Anerkennung der „gemeinsamen und unterschiedlichen Verantwortlichkeiten“ (Abkommen von Paris) drehen. Auf der Grundlage wird in diesen Verhandlungen der Streit darum geführt, welche Energiewende sich wie durchsetzt, also globalisiert wird. Mit unseren Ausführungen, nicht zuletzt im PS des von dir beanstandeten Artikels, versuchen wir zu erklären, dass es den Klimaschutz nur *als* dieses imperialistische Konkurrenzprogramm gibt, weil es das ist, was die entscheidenden Staaten aus dem Klimawandel als Chance gemacht haben. Wir haben also nie behauptet, es ginge „*nicht* um Dekarbonisierung, *sondern* um Energieautonomie“ – die Dekarbonisierung ist eben genau die Form, in der Deutschland seine Energiewende zur Neuaufstellung seiner Energieautonomie vorantreibt.

Es wird übrigens schon so sein, dass unsere Politiker bei der Vorstellung einer um mehrere Grad erwärmten Atmosphäre oder auch bei der Betrachtung schon eingetretener Schäden wie z.B. an der Ahr „erschrecken“ und deshalb nicht nur das Anliegen verfolgen, den Standort Deutschland gegen die vermehrt auftretenden Extremwetterereignisse resilient zu machen, sondern auch das Klima schützen wollen durch die Ursachenbekämpfung des Klimawandels: die Minderung der klimaschädlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen. Das Schöne in der Hinsicht ist: Dieses Anliegen, die Bekämpfung der „*Klimakrise, der größten Herausforderung unserer Zeit*“, ist für die regierenden Standortnationalisten bestens in dem grünen Standort- und Konkurrenzaufruch aufgehoben, den sie schon länger im Programm haben, jetzt verstärkt vorantreiben und der unter dem Label Klimaschutzpolitik läuft, nämlich als Quidproquo von energie- und wachstumspolitischen Zweck und dekarbonisierender Wirkung. Es ist also weder für einen klimabewegten Grünen widersprüchlich, dass er in seinem Willen, die Erhitzung der Erdatmosphäre zu bremsen, voll konstruktiv in den deutschen grünen Imperialismus einsteigt, noch für einen gestandenen FDPLer, dass er angesichts der längst stattfindenden weltweiten Transformation zum nachdrücklichen Klimaretter wird, also seine Förderung deutscher Weltmarkteroberung mit ihrem Beitrag gegen die Erderwärmung begründet. Nun mögen die Politiker nicht mehr unterscheiden wollen zwischen dem Zweck ihrer Energiewende und deren klimafreundlicher Wirkung. Wahr ist die Verwechslung deshalb trotzdem nicht.

**5.** Den Fehler, den du dem Artikel vorwirfst, meinst du schließlich auch in der Antwort auf einen Leserbrief in Heft 3-10<sup>\*)</sup> gefunden zu haben:

„Exemplarisch lässt sich der Fehler nachlesen in der ‚Antwort der Redaktion‘: Anfangs steht die Sache richtig drin (S. 43, 2. Absatz), bevor man sich gegen Ende der Replik dazu entschließt, dem Treibhauseffekt doch keine wissenschaftliche Objektivität zuzubilligen.

\*) Leserbrief zum Artikel „Weltklimagipfel ‚gescheitert‘“ (GEGENSTANDPUNKT 1-10): „Der Kopenhagener Klimagipfel ist nicht in Anführungszeichen ‚gescheitert‘, sondern wirklich.“ (GEGENSTANDPUNKT 3-10, S. 40 – 49)



Der Artikel wartet hier mit einer alternativen Expertenmeinung auf, dass es sich beim Klimawandel nämlich um eine ‚komplexe Problemlage‘ (46) handele, während die staatlichen Akteure verdächtigerweise nur um eine Ursache verhandeln: CO<sub>2</sub>. Diese vermeintlich einseitige Betrachtung soll plausibel machen, dass das ein Schwindel ist, ‚der Dreh, auf das Projekt einer neuen Energiepolitik Klimapolitik draufzuschreiben...‘ (47), damit man eine Begründung und Vorschrift für den neuen Energieimperialismus hat. Dagegen: Es geht hier um den Treibhauseffekt und der ist überhaupt nicht komplex, sondern ein einfacher physikalischer Zusammenhang zwischen einigen Atmosphärgasen und der Erdoberflächentemperatur, ein Zusammenhang, der theoretisch und empirisch gut erforscht ist. Dass die Staaten vorrangig um die CO<sub>2</sub>-Emissionen verhandeln, hat schon seine Richtigkeit, weil dieses Gas den allergrößten Brocken beim Treibhauseffekt ausmacht. Im Übrigen kommen in den Klimarechnungen die anderen Einflüsse (Methan usw.) sowie die zahlreichen nachrangigen Interdependenzen (Luft, Meer, Land, Wolken, Gletschereis usw.) sehr wohl vor. Wie das zusammenhängt, ist wissenschaftlich hinreichend geklärt, und es ist deshalb Unsinn zu behaupten, dass es sich da um ‚andere, nicht weniger wichtige Ursachen ... aber das interessiert nicht‘ (46) handelt.

Die Antwort insinuiert folgende Erklärung: Die ‚bestimmenden Nationen‘ wollen eine Energiewende erzwingen (warum?) und haben dazu als Vorwand CO<sub>2</sub> ausgewählt: ‚Das Instrument dafür soll der ... Kunstgriff sein, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß der alten Energiewirtschaft als Schadstoff zu definieren...‘ (48) Sorry, aber das ist er nun mal in der gegenwärtigen Konzentration von 410 ppm, da gibt’s nichts zu definieren.“

Wir hegen keinen Zweifel an dem *„theoretisch wie empirisch gut erforschten Zusammenhang zwischen einigen Atmosphärgasen und der Erdoberflächentemperatur“* samt *„nachrangigen Interdependenzen“* oder daran, dass Kohlendioxid *„den allergrößten Brocken“* ausmacht. Wir halten es jedoch für bemerkenswert, dass die Politik hier erstens an der Ursache etwas ändern will und zweitens sich dabei in erster Linie genau diese eine ausgewählt hat. Dafür meinen wir den Grund gefunden zu haben, der hier noch einmal wiederholt sei: Der Fortschritt bei dem besprochenen Umbau der Energienutzung lässt sich genau in dieser Größe wunderbar messen. Deswegen redet unser Artikel bei der CO<sub>2</sub>-Reduktion auch nicht von einem willkürlich gewählten *„Vorwand“* für irgendeinen ganz anderen Zweck: Dieser Stoff, das Reaktionsprodukt der Verbrennung, misst die Nutzung fossiler Energieträger und wurde deswegen auf den Klimakonferenzen zum Maßstab für die Umstellung der Energiebereitstellung gemacht. Er wurde für Staaten (abgesehen von Inselstaaten u.ä., die existentiell vom Klimawandel bedroht sind, aber selber gar nicht die Subjekte der Emissionen, und deren Selbstverpflichtung auf die CO<sub>2</sub>-Reduktion darum den Charakter eines Hilfeappells an die wichtigen Staaten hat) deshalb und dann interessant und praktisch relevant, weil und wenn sie sich eine solche Umstellung auf die Fahnen geschrieben haben, Chancen auf eine neue Rolle als Lieferant grüner Energieträger wie Wasserstoff nutzen wollen, selber führend als Ausrüster in dieser neuen Abteilung des Weltenergiemarkts zu werden beabsichtigen usw.

Und was die Definition von Schadstoffen angeht: Die Schäden an Mensch und Natur, die mit der gegenwärtigen und zukünftigen Konzentration der Treibhausgase einhergehen, sind das eine. Dass deshalb die rechtsstaatliche bzw. die völkergemeinschaftliche Festlegung erfolgt, dass es sich um einen Schadstoff handelt, der da emittiert wird, ist eben etwas anderes. Und wenn dann ein ganzes Staatenbündnis bei der rechtlichen Festlegung dieses Schadstoffes gar kein

Verbot oder einen Grenzwert erlässt, sondern Zertifikate, Erlaubnisscheine für den CO<sub>2</sub>-Ausstoß, vorschreibt, die auch noch gehandelt werden dürfen und sollen, sodass die Vermeidung von Ausstoß auch noch zum Wertobjekt wird, dann ist man bei einem echten Kunstgriff der Regierung einer modernen Marktwirtschaft gelandet: So versuchen Deutschland und seine europäischen Partner, ihr Interesse an einer Umstellung der Energieversorgung zum Eigeninteresse ihrer Lieblingsbürger und mit dem CO<sub>2</sub>-Preis mittlerweile auch des ganzen Rests des Volkes zu machen.\*) Sie verankern die Messgröße des Fortschritts der neuen Energiepolitik in der Gesellschaft als eigenes Ziel, das zu überschreiten kostet, dem zuzuarbeiten Geld einbringt und das deshalb an vielen Stellen und auch mit verschiedenen Maßnahmen verfolgt wird, die sich nicht mehr in umgestellte Erzeugung oder Einsparung von Energie zurückübersetzen lassen.

So bringt das gerne angenommene Angebot, an so etwas Geld zu verdienen, auch solche Schönheiten wie eine neue Zukunftsbranche namens ‚negative Emissionswirtschaft‘ hervor: Die ist in ihren verschiedenen Abteilungen mit nichts anderem befasst als der ‚Dekarbonisierung‘ der Atmosphäre zwecks Herstellung von nationaler Klimaneutralität, und zwar in Gestalt einer nationalen wie globalen Produktion von Emissionsrechten, z.B. mit einer Landwirtschaftssparte, die Pflanzenanbau einzig zwecks ‚carbon farming‘ (Humusaufbau für Kohlenstoffbindung) betreibt, oder einer projektierten ‚carbon capture and storage‘-Industrie, die das CO<sub>2</sub> in der Atmosphäre einfängt, um es anschließend in aufgelassenen Nordsee-Bohrlöchern zu verklappen.\*\*)

Was die Staaten jeweils dafür tun, was sie sich als eigenes Kriterium gegeben haben, folgt ganz anderen Gesichtspunkten als ‚Klimawandel bremsen‘. Welcher Art diese Gesichtspunkte sind, zeigt sich schlagend am Umgang der Staaten mit

\*) Mehr zum europäischen Emissionshandel in: „Ein umweltschützerischer Irrsinn der besonderen Art. Emissionshandel: Das Recht auf Luftverschmutzung wird vermarktet, um die Emission von Klimaschutz zu stimulieren“ in GEGENSTANDPUNKT 2-04

\*\*\*) Damit sind der Emissionsrechtshandel und die CO<sub>2</sub>-Bepreisung ein Musterfall der Metamorphose, die ein materielles Interesse, sei es privater oder öffentlicher Natur, durchmacht, wenn der Gesetzgeber es zum Rechtstatbestand erhebt. Denn in der Sache ist die ‚Dekarbonisierung‘ der Atmosphäre vermittlems CO<sub>2</sub>-Preis das aufs Eigeninteresse der Betroffenen zielende Instrument für die Durchsetzung nachzählbarer Fortschritte bei der Umstellung der Energiewirtschaft auf erneuerbare Quellen. Das damit eingeführte Recht, mit CO<sub>2</sub>-Einsparung Geld zu verdienen – komplementär zu der Rechtspflicht, für CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu bezahlen –, ist die prinzipielle, in der Rechtsform enthaltene Verselbständigung des Mittels CO<sub>2</sub>-Reduktion gegenüber seinem Zweck. Die Gleichung von Energieumstellung und CO<sub>2</sub>-Einsparung bekommt durch ihre rechtliche Festschreibung ein Moment von Ungleichung, die, wie man sieht, bei entsprechendem Interesse auch Wirkung zeitigen kann, vor allem bei Firmen, die Wege entdecken, am CO<sub>2</sub>-Preis zu verdienen. Dass schon lange nicht mehr alles, was unter dem Titel Klimaschutz unternommen wird, in einer Funktion für das wirkliche und entscheidende Staatsziel einer neuen Energiebewirtschaftung aufgeht, spricht hingegen überhaupt nicht dafür, dass dann im Umkehrschluss das Mittel der Energiepolitik, das sich ihr gegenüber verselbständigt, ein eigenständiger Staatszweck wäre.

dem Treibhausgas Methan, das wissenschaftlich als Klimasünder Nummer Zwei bekannt und von dem zu lesen ist:

*„Methan ist ein starkes Treibhausgas und dem jüngsten Bericht des Weltklimarats zufolge etwa zur Hälfte für die Erderwärmung um netto 1,0 °C seit dem vorindustriellen Zeitalter verantwortlich. Eine rasche Senkung der Methanemissionen ergänzt die Maßnahmen, die auf Kohlendioxid und andere Treibhausgase abzielen, und gilt als die wirksamste Strategie zur unmittelbaren Verringerung der Erderwärmung und zur Erreichung des Ziels, die Erderwärmung auf 1,5 °C zu begrenzen.“* (Gemeinsame Pressemitteilung EU-USA: Global Methane Pledge, 18.9.21, ec.europa.eu)

Nicht nur ist dieser Umstand genau so lange bekannt wie die Klimawirksamkeit von CO<sub>2</sub>; die globale Klimadiplomatie hat sich von der Wissenschaft auch schon in den 90ern die Umrechnungsfaktoren von Methan, Lachgas usw. in CO<sub>2</sub>-Äquivalente kalkulieren lassen und in ihre Klimaabkommen geschrieben, und in den regelmäßig fortgeschriebenen Sachstandsberichten des Weltklimarats wurde auch der Ausstoß dieser Gase stets erfasst und berücksichtigt. Trotzdem hat das Methan in der Klimaschutzpolitik bisher nie eine große Rolle gespielt, es gilt als das ‚vergessene Klimagas‘. Sein Ausstoß ist in genau dem Maß reduziert worden, wie das als Nebeneffekt von Projekten zur Verbesserung der Boden- und Luftqualität rund um Mülldeponien, zur *„Steigerung der Produktivität der Tiere“* (so die EU in einem Strategiepapier 1996) usw. und vom Rückgang des Kohleabbaus zustande kam. Dabei verkündet neuerdings neben Institutionen wie der Internationalen Energieagentur sogar der betriebswirtschaftliche Sachverständigenrat von McKinsey-Klimaökonom, dass *„Methanreduktion relativ kostengünstig“* ist, die 40 % Emissionen aus undichten Gas- und Ölquellen bzw. -leitungen sogar *„kostenneutral“* verhindert werden können und 30 % der gesamten Emissionsreduktionen *„mit negativen Kosten verbunden [sind], was bedeutet, dass sie betriebliche Einsparungen oder Einnahmemöglichkeiten schaffen“*.

Aber offensichtlich hat selbst das bisher nicht dafür gereicht, dass die maßgeblichen Mächte zumindest die so billig zu habende Bremsung der Erderwärmung, diese *„lowest-hanging fruit“* (von der Leyen) gepflückt hätten. Es musste schon etwas hinzukommen, damit im Umfeld des Klimagipfels 2021 in Glasgow die USA und die EU gemeinsam eine Initiative zur Verringerung von Methanemissionen um 30 % bis 2030 gegenüber 2020 gestartet haben, der sich inzwischen gut 100 weitere Staaten angeschlossen haben: Diese Bekämpfung einer Ursache des Klimawandels, die Reduktion der Methanemissionen vorrangig im Energiesektor, musste sich mit politischen Zwecksetzungen der beiden Führungsmächte und Architekten des globalen Rettungsversprechens decken. Der amerikanische Präsident Biden will mit seiner ‚Build Back Better‘-Agenda, Abteilung Umwelt, die menschliche und natürliche Infrastruktur der Weltmacht endlich auf Vordermann bringen, u.a. durch die Versiegelung hunderttausender aufgegebener Öl- und Gas-Bohrlöcher, die mit einer bunten Mischung an Ausgasungen, darunter Methan, weiterhin die Umgebung vergiften. Aufseiten der EU fällt dieser Akt der Klimarettung aufs Schönste zusammen mit der Sachnotwendigkeit im Rahmen des ‚Green Deal‘-Aufbruchs, die Gasleitungsinfrastruktur Europas für die Einspeisung wachsender Mengen des neuen, sehr flüchtigen Energieträgers Wasserstoff zu ertüchtigen – und im Zuge der Umstellung auf noch mehr erneuerbare Energien wird ein Teil der Emissionen ohnehin wegfallen.

Die angepeilten 30 % sind mit diesen Programmen gut zu erledigen, sodass die beiden Initiatoren die Hauptemissionsquelle Landwirtschaft weiterhin getrost außen vor lassen können – in Sachen Rindviehhaltung, Düngung usw. planen sie derzeit nun einmal keine Revolutionierung. Jedem unterzeichnenden Land steht es aber – so ist das mit der Einigung auf die Methanemissionsreduktion als Einheit – frei, wie es gemäß seinen nationalen Gegebenheiten die Reduktionen erreichen will, und auch die USA selbst wollen z.B. ihren Landwirten Denkanstöße dazu geben, mehr methanarme Techniken anzuwenden. Unwidersprechliche Gründe zum Mitmachen liefert das Abkommen mit einer sorgsam ausgemalten Bilanz:

*„Die Reduktion der Methanemissionen bringt noch weitere bedeutende Vorteile mit sich wie z.B. Besserungen in der öffentlichen Gesundheit und der Produktivität in der Landwirtschaft. Laut dem Bericht ‚Global Methane Assessment‘ der Koalition für Klima und saubere Luft (CCAC) und des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) können, wenn das für 2030 gesteckte Ziel erreicht wird, mehr als 200 000 vorzeitige Todesfälle, Hunderttausende von Notaufnahmen wegen Asthma und über 20 Millionen Tonnen Ernteverluste pro Jahr vermieden werden, weil das zum Teil durch Methan verursachte bodennahe Ozon verringert wird.“* (Gemeinsame Pressemitteilung EU-USA: Global Methane Pledge, 18.9.21, ec.europa.eu)

*„Und das wird die Wirtschaft in unseren Ländern ankurbeln, Unternehmen Kosten ersparen, Methanlecks reduzieren, Methan auffangen und in neue Einnahmequellen verwandeln sowie gut bezahlte sozialversicherungspflichtige Jobs für unsere Arbeiter schaffen.“* (Remarks by President Biden at an Event Highlighting the Progress of the Global Methane Pledge, 2.11.21)

Darauf, dass viele mitmachen – und wer nicht –, kommt es den Initiatoren nämlich auch noch sehr an. Die USA, deren neuer Präsident als eine seiner ersten Amtshandlungen die Rückkehr zum Abkommen von Paris und im Sommer einen eigenen Staatsführergipfel zum Thema Klima inszeniert hat, melden damit ihren Anspruch auf die Führerschaft in der Klimafrage an und zielen ab auf die Stiftung einer diplomatischen Front gegen alle, die sich nicht anschließen, darunter prominent China und Russland. Der ‚Green Deal‘-Kontinent, der sich 2020 in seiner Methan-Strategie als Erstes das Ziel gesetzt hat, dass die Inventarisierung und Quantifizierung von Emissionsquellen mit dem EU-Satellitensystem erfolgen soll, besteht auf seiner Vorreiterrolle als Definitionsmacht von globalem Klimaschutz, dessen Notwendigkeit und Möglichkeit, und legt Wert auf den Beweis seiner Fähigkeit, die nationalen Klimasünder aufzuspüren und irgendwann auch zur Rechenschaft zu ziehen.